



Und wir werden nicht länger um die Insider-Kardinalfrage herumkommen: wieviel Demokratie denn in einem real-existierenden Kapitalismus überhaupt möglich ist.

Was wir ohne Zweifel haben: Wohlstand im großen ganzen, natürlich auch Arme, Obdachlose, Fixer etc., Rentner etc., Pechvögel etc., aber Reichtum ohne Zweifel für viele. Reichtum ohne Zweifel. (...) Nicht das einzige, aber das offenkundige Elend in der kapitalistischen Demokratie ist das Elend einer Kaufkraft ohne eine große Hoffnung, die Verblödung durch Ware, viel Freizeit in der stehenden Kolonne und im Dienste unsres Wirtschaftswachstums: eine Erste-Welt-Gesellschaft, die sich in erster Linie bestimmt durch ihr Wirtschaftswachstum, profit-manisch ohne Zweifel krank.
Gibt es dazu keine Alternative?«
Max Frisch (1989) (1990)



Nr. 3
September 1990

Jörg Goldberg

■ **Triumph und Konjunktur**

Hermann Bömer

■ **Nord-Süd**

Ulrich Dolata

■ **MEMO-Alternativen**

Heidi Knake-Werner

■ **Feminisierung als Restposten?**

Uwe Kremer

■ **Demokratischer Diskurs**

Gert Hautsch

■ **Umbau?**

André Brie

■ **PDS-Alternativen**

Jan Prieue

■ **Marktsozialismus?**

André Leisewitz/

Reinhold Schweicher

■ **Marxismus in Frankreich**

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Vierteljahresschrift
1. Jahrgang
Heft 3 (September 1990)

Herausgegeben vom Forum Marxistische
Erneuerung e.V. (Wiesbaden)

und

Gertrud Antoni, Christiane Bainski,
Harry von Barga, Ulrike Bohnenkamp,
Ulrich Briefs, Olaf Cless, Rainer
Einenkel, Albert Engelhardt, Heike
Flessner, Edgar Gärtner, Wolfgang
Gehrcke, Jörg Heimbrecht, Johannes
Henrich von Heiseler, Jörg Huffschmid,
Stefan Isensee, Heinz Jung, Peter Jung,
Jörg Jungmann, Fritz Krause, Stefan
Krull, Steffen Lehndorff, Anja
Maschinski, Hans-Joachim Müller,
Norman Paech, Lothar Peter, Jürgen
Reusch, Ursula Schumm-Garling,
Susanne Schunter-Kleemann, Werner
Stürmann, Cornelia Teller, Harald
Werner und Elke Vesper

Redaktion:
Albert Engelhardt, Heinz Jung

4 Editorial

- 6** *Jörg Goldberg:*
Konjunkturelle Risiken und internationale Verflechtung
Die Wirtschaftslage im Jahr 1990

Reformalternative

- 20** *Uwe Kremer:*
Reformalternative und demokratischer Diskurs
- 28** *Hermann Bömer:*
Nord-Süd-Konflikt, globale Probleme und Reformpolitik
Überlegungen angesichts des Scheiterns des Sozialismus
- 36** *Ulrich Dolata:*
Ökologischer Umbau über funktionsfähige Märkte und flankierende Staatsintervention?
Fragen an eine alternative Wirtschaftspolitik für die 90er Jahre
- 43** *Stefan Isensee:*
Nachdenken über Produktivkraftentwicklung - jetzt?
- 51** *Gert Hautsch:*
Umbau statt Systemveränderung?
Die Programme von SPD und Grünen zum ökologisch-sozialen Umbau der Industriegesellschaft
- 61** *Heidi Knake-Werner:*
Feminisierung als Restposten der Reformalternative?
Thesen zu Reformalternative und Feminismus
- 70** *André Brie:*
Zur PDS-Diskussion über gesellschaftliche Alternativen und Sozialismus
-
- 79** *Jan Prieue:*
Der Sozialismus ist tot - es lebe der Marktsozialismus?
- 88** *Joachim Bischoff/Richard Detje:*
Gewerkschaften im zusammenwachsenden Deutschland
- 96** *Harald Werner:*
Abschied in der Sackgasse
Was kommt nach dem realen Sozialismus?
- 105** *Gero von Randow:*
Links

- 108** *Herbert Schwenk:*
Aufbruch in eine neue Weltzivilisation
Die Krise der Zivilisation und das Scheitern des Sozialismus

- 115** *André Leisewitz/Reinhard Schweicher:*
Verständigungsversuche
Zur aktuellen Marxismus-Diskussion in Frankreich

- 131** *Andreas Malycha:*
Die Entwicklung zur Partei neuen Typus - Stalinisierung der SED?

- 150** *Monika Nakath:*
Die PDS auf der Suche
Bericht über die Konferenz der PDS zum Thema "Demokratischer Sozialismus" am 8.Juli 1990 in Berlin

- 153** *Peter Degkwitz:*
Nachdenken über die Perspektive sozialistischer Politik

- 159** *Albert Engelhardt:*
Erneuerung im Niemandsland oder: Theorie, Strategie und die Gewalt des Faktischen
Kein Bericht von der Erneuerungskonferenz der PDS am 8./9. September 1990

- 167** *Winfried Schwarz:*
Naturwissenschaft und Produktivkräfte
Zur vierten Sitzung der AG Marx-Engels-Forschung beim IMSF (in Verbindung mit der MES Wuppertal)

- 172** **Buchbesprechungen:**
Linke Politik (A.Stephan), Subjekte der Veränderung (A.Breuer), Marxismus und Demokratie (J.H. v. Heiseler), Arbeiterbewegung in Lateinamerika (F.Krause), Demokratisierung (P.Eckhardt), Chruschtschow (H.Jung), KPD/DKP (J.Schleifstein)

- 50** **Vorschau**

- 78** **AutorInnen**

- 152** **Impressum**

Editorial

Im Moment des Triumphalismus konservativer Einverleibungspolitik nach dem Sinn und Gehalt des Konzepts der Reformalternative zu fragen, mag unzeitgemäß anmuten. Viele neue Fragen müssen gestellt, bisherige Antworten überprüft werden. Wir wollen mit den in diesem Heft veröffentlichten Beiträgen an eine Diskussion anschließen, die - trotz all ihrer Unvollkommenheit und Schwachstellen - in den vergangenen Jahren dazu beigetragen hat, marxistisches Kapitalismus- und Fortschrittsverständnis weiterzuentwickeln, neue Aspekte gesellschaftlicher Entwicklung und Bewegung aufzuarbeiten sowie Kernpunkte eines demokratischen Alternativen-Konzepts auszuloten. Und die damalige Diskussion gehörte nicht zuletzt zu den Faktoren, die den Konservatismus und die Überlebtheit tradierter 'marxistisch-leninistischer' Sichtweisen und Politikvorstellungen offengelegt haben.

Doch für Selbstgenügsamkeit gibt es keinen Grund. Wie die Linke insgesamt hat auch die in der damaligen kommunistischen Bewegung sich um eine Erneuerung des Marxismus bemühende theoretische und politische Strömung es nicht vermocht, in den historischen Monaten der Jahre 1989/90 ihren Optionen Geltung zu verschaffen. Die Linke ist in weiten Teilen mit nötiger Selbstvergewisserung, in Ansätzen auch mit gemeinsamer Verständigung beschäftigt.

Das Konzept der Reformalternative ist angesichts des Zusammenbruchs des realen Sozialismus, gravierend veränderter weltpolitischer Konstellationen und der eklatanten Hegemoniefähigkeit deutscher Anschluß- und Expansionspolitik in Frage zu stellen. Dies Befragen und Erkunden ist nicht gefeit vor alten Fehlern linker Politik. Bleibt nur die trotzige Wiederbelebung fundamentalistischer Kapitalismuskritik? Existiert zwischen dieser Option und der, die sich - auf der Welle konservativen Triumphschreis mitreitend - kurzer Hand selbst zum besten und zivilisierten Anwalt großmachtpolitischer Ambitionen des 'neuen Deutschland' erklärt, keine Möglichkeit, demokratische und radikale Politik gesellschaftlicher Veränderung zu entwickeln und durchzusetzen? Nach dem mehrstimmigen 'Abschied vom Sozialismus' nun auch Abschied von linker - theoretischer wie praktischer - Kritik des Bestehenden und dem Anspruch, die Gesellschaft demokratisch zu gestalten und sie so offen zu halten für humanen, menschheitlichen Fortschritt?

Mit dem vorliegenden Heft sowie mit den Heften 4 ("Deutschland, die neue Hegemonialmacht?") und 6 ("Kapitalismus-Analyse und -Verständnis") wollen wir zur nötigen Diskussion beitragen. Heft 5 soll sich mit allgemeineren Fragen (Defiziten wie Aktualisierungserfordernissen) marxistischer Theorie befassen.

Wir tun dies auch weiterhin mit der Maßgabe, verschiedene linke Sichtweisen und Positionen zu Wort kommen zu lassen. Da es Nachfragen gab, sei angemerkt, daß sich die SprecherInnen der DKP sowie die Redaktion der Zeitschrift 'Marxistische Blätter' diesem Meinungsaustausch bisher selbst entzogen haben.

Fragen der redaktionellen Kooperation (Vermittlung von Beiträgen, gegenseitige Information über Heftplanungen, gemeinsame Veranstaltungen, Perspektive linker Publikationsprojekte u.ä.) haben wir in den vergangenen Wochen mit den Zeitschriften 'sozialismus', 'Das Argument', 'Utopie konkret' und 'Initial' besprochen.

Die ersten der in Heft 2 angekündigten Gesprächsrunden mit HerausgeberInnen, AutorInnen und interessierten LeserInnen von 'Z' werden bei Erscheinen dieses Heftes in Bremen, Hamburg und Marburg schon stattgefunden haben. Entsprechende Veranstaltungen sollen noch diesen Herbst im Rhein-Main- und im Rhein-Ruhr-Gebiet sowie im Süden der Republik durchgeführt werden. Wir beabsichtigen, demnächst auf diesen Seiten darüber zu informieren.

Die positive Entwicklung der Abonnementzahlen und des Einzelverkaufs hält an. Wir appellieren an dieser Stelle jedoch auch daran, die mit dem vergangenen Heft verschickten Rechnungen zu begleichen. Erst dann werden wir genauere Zahlen bekanntgeben können, wieviele LeserInnen sich die Lektüre von 'Z' auch tatsächlich etwas kosten lassen.

Spenden und regelmäßige Förderbeiträge können auf das Konto des Herausgebers ('Forum Marxistische Erneuerung e.V.', Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 501 02, Konto: 34595) überwiesen werden.

Abschließend sei auf die sich im Impressum findenden, veränderten Adressen von Redaktion und Vertrieb der Zeitschrift hingewiesen.

Jörg Goldberg

Konjunkturelle Risiken und internationale Verflechtungen

Die Wirtschaftslage im Jahre 1990

Die erneute Zuspitzung der Konflikte am Golf und der Anstieg der Ölpreise im August 1990 haben die Krisenanfälligkeit der Weltwirtschaft wieder ins Bewußtsein gehoben. Es wird wieder öffentlich über die Möglichkeit einer weltweiten Rezession (oder sogar Depression) nachgedacht. So wenig wahrscheinlich dies derzeit ist, so sehr wird doch dabei das im Zuge des Siegeszugs des Markt- und Privateigentumsgedankens etwas verschüttete Bewußtsein von der Krisenhaftigkeit dieser Wirtschaftsordnung geschärft.

Der Aufschwung in der Ersten Welt und die Schwäche der USA

Vorauszuschicken ist, daß derzeit, im Spätsommer 1990, die aktuellen konjunkturellen Grunddaten immer noch günstig sind. Die achtziger Jahre, eingeläutet als Krisenjahrzehnt, haben sich in den OECD-Ländern als eine Periode neuer Wachstumsdynamik entpuppt. Seit 1983 befindet sich diese Region in einer konjunkturellen Aufschwungsphase, die zwar zunächst schwach war, seit 1987 aber zunehmend Fahrt gewonnen hat. Ein bislang achtjähriger Wirtschaftsaufschwung scheint im Herbst 1990 immer noch nicht am Ende zu sein.

Wirtschaftswachstum der 7 Großen¹

	1960-69	1969-82	1982-89	1990 ²
USA	5,5	3,3	4,0	1,5
Japan	10,4	4,9	4,3	4,5
BRD	4,4	2,4	2,5	4,0
Frankreich	5,5	3,3	2,1	3,0
Großbritannien	2,9	1,7	3,5	1,0
Italien	5,8	3,4	2,8	3,0
Kanada	5,5	3,7	4,3	2,0
G 7	5,8	3,0	3,7	2,5

¹ Jahresdurchschnittliche Veränderung des realen Sozialprodukts in Prozent

² Verschiedene Schätzungen lt. DIW

Quelle: Bank für Internationalen Jahresausgleich (BIZ), 60. Jahresbericht; DIW-Wochenbericht 26/90

Während sich der Aufschwung in der Vergangenheit in fast allen OECD-Ländern weitgehend gleichläufig vollzogen hatte, sind nun (ähnlich wie 1986/87) verstärkt Differenzierungen sichtbar geworden. In den USA und in Großbritannien hat sich die Konjunktur 1990 stark abgekühlt, eine Rezession in den USA erscheint, zusätzlich befördert durch die höheren Ölpreise, möglich. Dagegen zeigt die Konjunktur in den übrigen westeuropäischen Ländern und in Japan kaum Ermüdungserscheinungen, auch wenn allgemein mit einer gewissen Wachstumsverlangsamung gerechnet wird.

Dabei gibt es allerdings unübersehbare Konjunkturrisiken, die sich in hektischen Ausschlägen an den Börsen und den Devisen- und Kapitalmärkten bemerkbar machen. Dazu gehören neben den anhaltenden Zahlungsbilanzungleichgewichten außerordentlich hohe Realzinsen und ein nach der Irakkrise nochmals geschwächter Dollar, welcher die Exporte in den Dollar-Raum erschwert. Die Phase der extrem niedrigen Ölpreise, die nach 1985 einen Aufschwung ohne Inflationsdruck erlaubt hatten, scheint vorbei. Die Durchschnittspreise von sieben OPEC-Referenzölen stieg zwischen Mitte Juni und Ende August von 13,5 auf 30 \$ (je barrel=159 Liter). Auch wenn dies hohe Niveau nicht gehalten werden sollte, werden die Preise deutlich über 20 \$ bleiben. In den USA steht die Wirtschaftspolitik vor der kaum lösbaren Aufgabe, einerseits durch niedrige Zinsen Rezessionstendenzen entgegenarbeiten und andererseits über hohe Zinsen für eine Finanzierung des Leistungsbilanzdefizits und die Bekämpfung der Inflation sorgen zu müssen. Die konjunkturpolitisch gebotene expansive Finanzpolitik kann nicht realisiert werden, weil das Defizit im Staatshaushalt wieder zunimmt. Die Kosten der Militärintervention müssen durch Steuererhöhungen und/oder Ausgabeneinsparungen an anderer Stelle finanziert werden. Die Sanierung des überschuldeten Bankensystems beansprucht die öffentliche Hand schon jetzt außerordentlich - im Zuge einer Rezession würden weitere Belastungen entstehen.

Insofern richtet sich die Aufmerksamkeit derzeit auf die USA, wobei eher strukturelle als konjunkturelle Probleme im Mittelpunkt stehen. Besorgnis erregt die Situation des Bankensektors, der infolge der Finanzierung riskanter Unternehmensübernahmen, Immobiliengeschäfte und Wertpapiertransaktionen im Gerede ist. Der US-Staat hat für einen großen Teil der Einlagen Garantien übernommen, die ihn schon jetzt - im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch von etwa 3000 örtlichen Spar- und Darlehenskassen - mit 325 Milliarden Dollar an Verpflichtungen gegenüber den Sparern belasten. Kommt es im Zuge von weiteren Forderungsausfällen zu neuen Liquiditätsproblemen im Finanzsektor, so wäre eine umfassende amerikanische Finanzkrise nicht auszuschließen. Der derzeit zu beobachtende Verfall der spekulativ überzogenen Immobilienpreise stellt eine weitere Bedrohung des Bankensektors dar.

Die strukturellen Probleme der USA scheinen die Rolle des Dollar als Leitwährung denn auch nachhaltig beeinträchtigt zu haben. War der Dollar nach den Ölkrise 1973 und 1979 jeweils angestiegen, so reagierten die Devisenmärkte auf die Irakkrise nun umgekehrt: Der Dollar sank bis Ende August auf historische Tiefpunkte (1,54 DM bzw. 144 Yen), keine militärische Machtdemonstration der USA konnte die Anleger davon überzeugen, daß in Krisenzeiten der Dollar noch der "sicherste Hafen" ist. Derzeit ist das immer noch größte kapitalistische Land eher zu einem weltweiten Sorgenkind geworden. Rezession und Finanzkrise dort, so wird vielfach befürchtet, könnten die glänzende Weltkonjunktur unversehens in Turbulenzen stürzen.

Anpassungskrisen in der Zweiten Welt

Nimmt man den Begriff der "Weltkonjunktur" allerdings wörtlich, so ist die positive Beurteilung der achtziger Jahre unzutreffend. Im teilweise krassem Gegensatz zur Lage in den OECD-Ländern, also in der Ersten Welt, steht die Situation in den meisten übrigen Regionen.

Die Zweite Welt, also die ehemaligen sozialistischen Industrieländer, stecken in einer tiefen Anpassungskrise. In vielen Ländern steigt die Arbeitslosigkeit rapide an, während die Produktion bei hohem Inflationsdruck entweder stagniert (in der Sowjetunion ist mit einem Produktionsrückgang um ein bis zwei Prozent zu rechnen) oder regelrecht einbricht (wie in Polen mit minus 20 Prozent). Überall haben sich die zentralistischen und administrativen Planwirtschaften in den achtziger Jahren als unfähig erwiesen, den erforderlichen Strukturwandel zu bewältigen. Reformdiskussionen wurden entweder politisch unterdrückt oder beschränkten sich auf Detailfragen, so daß jetzt systemimmanente Anpassungskonzepte völlig fehlen. Nun wird - bei Unterschieden von Land zu Land - unter starkem politischen Druck versucht, gleichzeitig kapitalistische Lenkungsverfahren einzuführen und die bisher binnenorientierten Wirtschaftsstrukturen weit in Richtung Weltmarkt zu öffnen. Die Eigentumsfrage kann zumindest in den meisten osteuropäischen Ländern als im Sinne des Kapitalismus gelöst betrachtet werden. Hoffnungsträger ist das westliche Kapital, von dessen Einströmen eine neue Dynamik erwartet wird.

Obwohl die Reichweite und die Tiefe der Reformen (nicht ihre Richtung) große Differenzen aufweisen - unterschieden werden müssen die Sowjetunion einerseits und die europäischen RGW-Länder andererseits - sind die bisherigen Ergebnisse als wenig ermutigend zu bezeichnen. Während die veralteten, starren und nicht nur unter Weltmarktgesichtspunkten völlig unangepaßten Strukturen zusammenbrachen oder zerschlagen wurden, sind neue Ansätze kaum in Sicht. Die sicherlich unzureichende RGW-interne Arbeitsteilung ist im Zerfall begriffen ohne daß neue Beziehungen

auch nur in Konturen sichtbar wären. Verschärfend wirkt das Ausscheren der DDR aus dem bisherigen Wirtschaftsgebiet, in welchem sie der wichtigste Investitionsgüterlieferant gewesen ist. Die Hoffnungen auf das Einströmen westlichen Kapitals - sei es als "joint venture", sei es als Direktinvestition - wurden bisher enttäuscht. Interessant sind dabei die Erfahrungen Ungarns, das schon seit Jahren als "marktwirtschaftlich" gilt und bislang für westliches Kapital am attraktivsten ist. Ende 1989 wurde der dortige Bestand an Auslandsinvestitionen auf 900 Millionen Dollar beziffert, 1990 hofft man auf einen Anstieg auf deutlich über ein Milliarde. Damit liegt Ungarn weit an der Spitze, es ist aber hinzuzufügen, daß aus einer Auslandsverschuldung von 20 Milliarden Dollar jährlich Zinszahlungen von etwa zwei Milliarden geleistet werden müssen. Der Umfang von Auslandskapital in den übrigen RGW-Ländern (einschließlich der Sowjetunion) ist, bezogen auf die Größe der Länder, fast bedeutungslos. In Polen, dem man neben Ungarn eine Vorreiterrolle in Sachen Marktwirtschaft zubilligt, werden Auslandsanlagen in Höhe von 200 Millionen Dollar gezählt (bei 35,5 Milliarden Dollar Auslandsverschuldung). Das Ifo-Institut fragt mit einem zweifelnden Unterton: "Bei aller Euphorie angesichts des eingeschlagenen marktwirtschaftlichen Weges in Osteuropa bleibt doch zu bedenken, daß sich diese Länder nun gegenüber Konkurrenten bewähren müssen, die schon lange auf stabile marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen verweisen können." (Schnelldienst 4/1990, S. 8) Zur Zeit gibt es kaum einen Bereich, in dem Weltmarktfähigkeit besteht - steigende Importe führen zu wachsenden Leistungsbilanzdefiziten und einer Hartwährungsverschuldung, die Ende 1989 150 Milliarden Dollar überstieg. Um Mißverständnisse zu vermeiden, ist allerdings darauf hinzuweisen, daß diese Tendenzen schon vor dem eigentlichen politischen Umbruch sichtbar waren, also keinesfalls als Folge der Neuorientierung bezeichnet werden können. Es war die Starrheit und Reformunfähigkeit der politisch-ökonomischen Systeme, die rechtzeitige Anpassungsmaßnahmen verhindert hat. Allerdings verbessern Weltmarktöffnung, Privateigentum und Marktorientierung ebenfalls nicht die auch mittelfristig eher ungünstigen Perspektiven. Die Weltbank schätzt für die osteuropäischen Mitgliedsländer des RGW folgende jahresdurchschnittliche Wachstumsraten des realen Sozialprodukts:

1965-1980:	5,3 %
1980-1989:	1,4 %
1989 :	0 %

Für 1990 werden überall negative "Wachstumsraten" registriert. Für die neunziger Jahre erwartet die Weltbank einen jahresdurchschnittlichen Zuwachs von 1,9 Prozent, womit dieser Region die ungünstigsten Aussichten in der Welt bescheinigt werden.

Zunehmende Differenzierung der Dritten Welt

Die wirtschaftliche Situation der Dritten Welt ist durch große Unterschiede und Differenzierungen gekennzeichnet. Die Gesamtentwicklung hat sich aber 1989/90 weiter verlangsamt. Insgesamt gelten die 80er Jahre als "verlorenes Jahrzehnt" - eine allerdings sehr pauschale Einschätzung. Einerseits haben einige asiatische Staaten den Sprung zum Industrieland geschafft, andererseits ist die Mehrheit der lateinamerikanischen und afrikanischen Länder absolut zurückgefallen.

Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern¹

	1978-84	1984-88	1989
Naher Osten	1,8	- 0,1	2,0
Afrika ²	2,3	2,1	3,0
Asien	6,2	7,7	5,2
darunter:			
China	8,3	10,8	3,9
Indien	3,8	5,8	4,5
NIC ³	7,4	8,9	6,3
Lateinamerika	2,0	3,0	0,7
Insgesamt	3,9	4,5	3,2

¹ Jahresdurchschnittliche Veränderung des Inlandsprodukts

² Länder südlich der Sahara

³ Südkorea, Taiwan, Singapur, Hongkong

Quelle: BIZ, 60. Jahresbericht; Weltbank, World Development Report 1990

Bei den Ziffern ist das rasche Bevölkerungswachstum in Rechnung zu stellen - die Pro-Kopf-Einkommen gehen im Nahen Osten, in Afrika und in Lateinamerika in den achtziger Jahren zurück, während sie in Asien deutlich zunehmen.

Die aktuelle Wachstumsverlangsamung ist einerseits auf eine konjunkturelle Abkühlung in Asien, insbesondere in China, Indien und Südkorea zurückzuführen; andererseits machen sich in den meisten lateinamerikanischen Ländern die Auswirkungen von rigiden Stabilisierungsprogrammen bemerkbar, mit denen die Regierungen und die internationale Gebergemeinschaft die Hyperinflation unter Kontrolle zu bringen hoffen. Dagegen können einige ASEAN-Länder (Thailand, Malaysia, Indonesien) neuerdings hohe Zuwachsraten realisieren.

Nach wie vor bleibt die Verschuldung eines der Hauptentwicklungshemmnisse. In den vierzehn Hauptschuldnerländern blieb das Wachstum bei einem Prozent. Obwohl die Summe der Schulden mit 1,3 Billionen Dollar nicht weiter anstieg - u.a. ein Ergebnis der Brady-Initiativen führten -, höhere Zinsen zu steigenden

Zahlungsverpflichtungen. 1989 lagen diese bei 82 Milliarden Dollar, wovon 14 Milliarden als Zinsrückstände unbezahlt blieben. Dem standen neue Kredite in Höhe von 43 Milliarden Dollar gegenüber, wobei der Anteil privater Kredite mit 13 Milliarden weiter zurückging. Auch die Direktinvestitionen fielen mit 16 Milliarden etwas niedriger aus als im Vorjahr. Die derzeit verfolgte Schuldenstrategie führt im Ergebnis zu einer "Verstaatlichung" der Verpflichtungen und zu einem Rückzug der privaten Gläubiger. Nun drohen die Auswirkungen der Ölpreiserhöhungen - höhere Importrechnungen bei einem Teil der Schuldnerländer und höhere Zinsen die Erfolge der neuen Schuldenstrategie völlig zunichte zu machen.

Internationalisierung bei anhaltenden Ungleichgewichten

Betrachtet man die Struktur der Weltwirtschaft, so fällt nicht nur die ungleiche Verteilung des Reichtums auf sondern auch die Tatsache, daß die Kluft sich in den achtziger Jahren im Zuge der Internationalisierung des Wirtschaftsgeschehens nicht verringert hat. Auch die Prognosen für die 90er versprechen kaum Abhilfe.

Struktur der Weltwirtschaft

	BIP in Mrd \$ ¹	Anteile in ²		Bevölkerung in Mio	Wachstumsraten ⁴	
		\$	PPP		% ³	1980-89 89-2000 ⁵
1. Welt ⁶	12585	76,0	56,9	755	14,6	2,5 2,6
2. Welt ⁷	1347	15,8	29,8	370	7,1	2,3 1,5
3. Welt	2615	8,2	13,3	4060	78,4	0,8 3,2
Welt	16547	100	100	5185	100	

¹ Bruttoinlandsprodukt im Jahre 1987

² Anteile der Regionen am Weltprodukt gemessen in \$ bzw. in Kaufkraftparitäten (PPP)

³ Anteile der Regionen an der Weltbevölkerung in Prozent

⁴ Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens

⁵ Prognose der Weltbank

⁶ OECD-Länder

⁷ Osteuropäische RGW-Staaten

Quelle: BIZ, 60. Jahresbericht; World Development Report 1990

Gemessen an Kaufkraftverhältnissen (was ein wirklichkeitsnäheres Bild gibt als die in Dollar bewerteten Relationen) verfügen 78 Prozent der Weltbevölkerung über 13 Prozent des Welteinkommens, während die Erste Welt den Löwenanteil verbraucht. Gleichzeitig kommt es im Zuge der raschen Internationalisierung zu immer engeren Beziehungen und Interdependenzen. Dieser Widerspruch zwischen dem Zusammenwachsen der Weltwirtschaft einerseits und wachsenden Ungleichgewichten andererseits stellt aktuell auch das Hauptproblem der hochentwickelten Industrieländer

dar: Seit Jahren prägen kaum vermindert hohe Defizite der USA auf der einen und hohe Überschüsse Japans und der BRD auf der anderen Seite die Leistungsbilanzen. Zwar haben sich die Ungleichgewichte hier seit 1988 etwas verringert, der Anpassungsprozeß stockt aber in der jüngeren Vergangenheit wieder. Im Integrationsraum EG haben sich die Ungleichgewichte sogar noch verstärkt: Dort hat die BRD bis zuletzt ihre Überschußposition noch erweitert, während Großbritannien, Italien und Spanien weiter ins Minus gesackt sind.

Dieser Widerspruch zwischen zunehmender Integration und wachsenden Ungleichgewichten, der durch die volle Weltmarktintegration der Zweiten Welt eher noch vergrößert worden ist, dürfte auch in der Zukunft für Spannungen und Konflikte sorgen. Offensichtlich ist der weltweit dominierende Marktmechanismus in seiner gegenwärtigen Form nicht in der Lage, hier in vernünftigen Zeiträumen einen Ausgleich zu schaffen. Die profitgesteuerten Kapitalströme fließen in die reichsten Regionen, die gleichzeitig die besten Verwertungsaussichten bieten. Einen gewissen Schutz vor einer völligen Auszehrung der weniger entwickelten Weltteile bieten zur Zeit öffentliche Transaktionen, wie sie die gegenwärtige Schuldenstrategie, aber auch Kreditprogramme für die Zweite Welt beinhalten. Ohne massive finanzielle und regulierende Eingriffe der Staaten auf allen Ebenen ist ein Funktionieren des Weltmarktes nicht denkbar.

Glänzende Konjunktur in der BRD

Die Konjunktur im Währungsraum der DM ist durch scharfe Gegensätze zwischen Bundesrepublik und DDR gekennzeichnet. In der Bundesrepublik wird die Situation vom Bundeswirtschaftsministerium als "glänzend" bezeichnet.

Wirtschaftswachstum in der BRD¹

	1989	1990	1991 ³
BSP	4,0	4,0	3,0
Privater Verbrauch	1,7	5,0	2,5
Öffentlicher Verbrauch	- 0,8	2,5	2,0
Anlageinvestitionen	7,2	7,0	5,5
Export	10,4	9,5	9,5
Außenbeitrag (Mrd.DM) ²	140,7	158,0	172,0

¹ In Preisen von 1980, Veränderung in Prozent

² Differenz zwischen Ausfuhr und Einfuhr (Waren und Dienstleistungen), jeweilige Preise

³ Prognose des DIW

Quelle: DIW-Wochenbericht 26/90

Im laufenden Jahr geht die größte Dynamik vom privaten Verbrauch aus. Eine kräftige Steigerung der Kaufkraft der Beschäftigten ("Reallöhne") um viereinhalb Prozent, die auf höhere tarifliche Einkommensverbesserungen (+ 3,5 Prozent auf Monatsbasis), auf die Steuerentlastung und auf ein relativ günstiges Preisklima zurückzuführen ist, steht dabei im Mittelpunkt. Außerdem hat die Zahl der Beschäftigten stark um rund zwei Prozent zugenommen. Schließlich waren die Käufe von DDR-Bürgern im Bundesgebiet ein zusätzliches Moment.

Besonders dynamisch haben sich die Investitionen entwickelt, die Ausrüstungen (+ 8,5 Prozent) noch stärker als die Bauten. Im Mittelpunkt stand bei den industriellen Investitionen das Erweiterungsmotiv, mit dem derzeit fast die Hälfte der industriellen Anlagen begründet wird. Bei einem anhaltenden hohen Auslastungsgrad von knapp 90 Prozent ist dies auch verständlich. Immer noch hoch ist die Exportdynamik, wozu im hier verwendeten Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auch der Außenhandel mit der DDR gezählt wird. Der Außenbeitrag steigt in nominalen Werten nochmals an, was aber vor allem der günstigen Entwicklung der "Terms of Trade" zu verdanken ist. Leicht rückläufige Einfuhrpreise wirken stabilisierend auf das inländische Preisniveau, während die Ausfuhrpreise weiter etwas angehoben werden. Die Wachstumsdynamik scheint sich in der zweiten Jahreshälfte zwar etwas zu verlangsamen - darauf deuten Auftragsentwicklung und minimal rückläufige Kapazitätsauslastung hin -, ohne daß aber Anzeichen für eine nachhaltige Konjunkturverlangsamung sichtbar wären.

Bei günstigen außenwirtschaftlichen Bedingungen (die sich im Zuge höherer Ölpreise aber etwas verschlechtern werden), einer Steigerung der Arbeitsproduktivität um drei Prozent und raschem Wirtschaftswachstum nehmen die Arbeitseinkommen deutlich zu bei gleichzeitigem Rückgang der Verteilungsposition der Lohnabhängigen. Die Lohnquote als Anteil der Einkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen sinkt von 67,2 Prozent 1989 auf 65,9 Prozent 1990 und soll nach vorliegenden Prognosen 1991 65,5 Prozent erreichen. Hohe Einkommens- und Kaufkraftzuwächse bei den abhängig Beschäftigten und gleichzeitig steigende Renditen bei günstigen Selbstfinanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen schaffen gute Bedingungen für ein anhaltendes Wirtschaftswachstum.

Die erstmals 1989 spürbaren Besserungstendenzen am Arbeitsmarkt haben sich 1990 fortgesetzt. Allerdings bleibt die registrierte Arbeitslosigkeit sehr hoch, u.a. als Folge eines kräftigen Zustroms von DDR-Bürgern und Aussiedlern. Nach der Abschaffung des Aufnahmeverfahrens für Übersiedler aus der DDR scheint sich das Tempo der Zuwanderung abgeschwächt zu haben. Immerhin spiegelt eine Zunahme der Erwerbstätigkeit im Jahre 1990 um schätzungsweise eine halbe Million eine enorme Beschäftigungsdynamik wider. Dies ist aber nicht nur dem

Wirtschaftswachstum zu verdanken, das ja mit rund vier Prozent nur wenig stärker ist als die Zunahme der Arbeitsproduktivität (je Arbeitsstunde) um drei Prozent. Eine wichtige Rolle spielt die Verkürzung der Arbeitszeit: Mitte 1990 lag die tariflich vereinbarte Wochenarbeitszeit mit 37,7 Stunden um etwa eine halbe Stunde niedriger als Ende 1989. Trotzdem bleibt die registrierte Arbeitslosigkeit mit mehr als 1,9 Millionen Arbeitslosen sehr hoch, der Rückgang hat sich zudem im Jahresverlauf etwas verlangsamt.

Massive Verschlechterung in der DDR

Während die Konjunktur im Gebiet der Bundesrepublik günstig bleibt, hat sich die wirtschaftliche Lage in der DDR rapide verschlechtert. Zur Jahresmitte 1990 lag die industrielle Erzeugung um 15 Prozent unter dem Vorjahresstand. Rund 340000 Arbeitslose (Mitte August) stellen nur einen Bruchteil der Unterbeschäftigung dar. Hinzuzählen sind gut eine Million Kurzarbeiter, die überwiegend Null Stunden arbeiten. In der zweiten Jahreshälfte 1990 wird inzwischen (August) mit 1,4 Millionen "Beschäftigungslosen" gerechnet. Das DIW erwartete im Frühjahr 1990 für das ganze Jahr 300 000 Arbeitslose und 420 000 Kurzarbeiter, eine offensichtlich viel zu optimistische Annahme. 1991 wurde mit 1,4 Millionen Arbeitslosen (= 16,5 %) und 1,1 Millionen Kurzarbeitern gerechnet. Die negative Dynamik scheint aber größer zu sein als ursprünglich befürchtet.

Der Hauptgrund ist die Tatsache, daß die DDR-Wirtschaft schockartig der Weltmarktkonkurrenz - vor allem jener der BRD - ausgesetzt wurde. Mit der überfallartigen Einführung der DM wurden die intensiven Handelsbeziehungen zu den osteuropäischen Ländern schwer geschädigt. Unter diesen Bedingungen ist praktisch kein Bereich der DDR-Wirtschaft mehr konkurrenzfähig. Nur über kräftige Finanzspritzen aus der BRD gelingt es, ein gewisses Niveau der wirtschaftlichen Aktivität aufrecht zu erhalten.

Auf die Bundesrepublik und auf Westeuropa wirkt dies wie ein zusätzliches Konjunkturprogramm. Zwischen einem und anderthalb Prozent Wirtschaftswachstum ist nach Expertenschätzungen der DDR zu verdanken. Der Überschuß der Bundesrepublik im DDR-Handel schnellte empor, nach einer Berechnung des DIW bringt dies 1990 in der BRD etwa 160 000 Arbeitsplätze. Gleichzeitig werden dadurch in der DDR 500 000 vernichtet. Bezogen auf das Währungsgebiet der DM - und dies ist nicht erst seit dem 3. Oktober die adäquate Betrachtungsweise - verschlechtern sich die Beschäftigungsverhältnisse also rapide.

Geht man vom Stand des Jahres 1989 aus, so sieht die Bilanz noch ungünstiger aus: Von 37,1 Millionen Erwerbstätigen 1989 sinkt die Zahl der Arbeitsplätze bis 1991 auf 35,8 Millionen, also ein Verlust von 1,3 Millionen.

Wie die aktuelle Entwicklung zeigt, verläuft der Prozeß der Arbeitsplatzvernichtung aber viel schneller als ursprünglich angenommen.

Arbeitsmarkt im Währungsgebiet der DM (in 1000)¹

	1990			1991		
	BRD	DDR	D	BRD	DDR	D
Erwerbstätige	28240	8575	36815	28630	7210	35840
Arbeitslose	1945	300	2245	1940	1415	3355
Kurzarbeiter	60	420	480	65	1080	1145

¹ Prognose des DIW vom Frühjahr 1990

Quelle: DIW-Wochenbericht 26/90

Ökonomische Perspektiven des Anschlusses

Die katastrophale Entwicklung auf dem Gebiet der DDR ist sicherlich vor allem auf den in der Vergangenheit versäumten Strukturwandel zurückzuführen. Gleichzeitig aber wird immer deutlicher, daß bei der Vorbereitung des Eingangsprozesses an die Stelle von nüchternen ökonomischen Überlegungen ein naiver Wunderglaube an die Marktwirtschaft getreten war. Derzeit erscheint vor allem fraglich, ob unter den Bedingungen der Weltmarktkonkurrenz neue Strukturen und Arbeitsplätze in einem absehbaren Zeitraum geschaffen werden können. Dies hat Konsequenzen für den gesamten DM-Raum, die Freude über kurzfristige positive Konjunktur- und Beschäftigungswirkungen in der BRD übersieht die Tatsache, daß spätestens mit der Wirtschafts- und Währungsunion ein politischer und ökonomischer Gesamtzusammenhang entstanden ist.

Es ist daher zu fragen, welche ökonomischen Gesamtwirkungen der Eingangsprozeß haben kann.

Sinnvoll ist dabei die Trennung zwischen einer kurzfristigen (bis 1991) und einer mittelfristigen Betrachtungsweise. Denn sicherlich war nicht zu erwarten, daß die Umstrukturierung der DDR ohne einen Anpassungsschock vor sich gehen würde. Die Frage ist einmal, wie verlustreich dieser Anpassungsschock ist und zum anderen, ob dabei mittelfristig die Voraussetzungen für eine kräftige Wachstumsdynamik entsteht.

Was die kurzfristigen Auswirkungen angeht, so ist entscheidend, daß die Bundesrepublik die hohen Defizite sowohl der öffentlichen Hand als auch der Unternehmen zeitweilig übernimmt. Alle Schätzungen über den Umfang der damit verbundenen Zahlungsverpflichtungen erweisen sich als nahezu täglich überholungsbedürftig. Im Frühjahr ging das DIW von einem negativen Finanzierungssaldo im Staatshaushalt der DDR in Höhe von 54

Milliarden DM aus, wobei damals noch eine Überschuß in der Sozialversicherung erhofft worden war.

Inzwischen wird das Defizit der Sozialversicherungen auf 14 Milliarden DM beziffert, für einen DDR-Nachtragshaushalt waren 30 Milliarden im Gespräch. Hinzuzurechnen sind die Finanzierungsanforderungen der Treuhandanstalt, die als Träger der ehemaligen VEB für deren Liquidität zu sorgen hat. Mitte August bezifferte die Bundesregierung die 1990 und 1991 zu erwartenden Defizite der Staatshaushalte, der Treuhandanstalt und des Fonds "Deutsche Einheit" auf 190 Milliarden DM, wozu noch 15 Milliarden Defizit der Sozialversicherungen zu rechnen wären. Auch dabei wird es wohl nicht bleiben.

Bei näherer Betrachtung der wachsenden Finanzierungsanforderungen zur Überbrückung des "Anpassungsschocks" dürfte die Freude über die damit verbundenen kurzfristigen Konjunkturimpulse etwas verfliegen. Denn die Aufbringung der Mittel hat ebenfalls wirtschaftspolitische Wirkungen, die die positiven Effekte u.U. sogar überkompensieren können:

- Eine Finanzierung über die Kapitalmärkte wirkt zinssteigernd; dabei liegen die Realzinsen schon heute auf Rekordniveau.
- Es muß davon ausgegangen werden, daß Steuern und möglicherweise auch Sozialversicherungsbeiträge erhöht werden.
- Die Belastung der öffentlichen Haushalte wird in der Bundesrepublik zu Ausgabenbeschränkungen führen.
- Es ist nicht auszuschließen, daß ein erneuter Wanderungsprozeß von Arbeitskräften stattfindet, wodurch das schon bestehende regionale Ungleichgewicht BRD/DDR noch verstärkt würde.

Ob diese - in ihrem Umfang heute kaum abschätzbaren Belastungen - ohne negative wirtschaftliche Rückwirkungen in der BRD getragen werden können, hängt auch vom weltwirtschaftlichen Umfeld ab. Bei einer Fortsetzung der positiven konjunkturellen Grundtendenz in den entwickelten Industrieländern bestehen hierfür relativ günstige Voraussetzungen. Anders aber würde es aussehen, wenn es z.B. in den USA zu einer Rezession kommt, die auf die Weltwirtschaft ausstrahlt und die Exportmöglichkeiten Deutschlands beschneidet. Schon bei einer starken Wachstumsverlangsamung auf dem Gebiet der BRD, verbunden mit einem geringeren Zuwachs bei Steuern und Sozialabgaben, käme es hier zu Engpässen. Eine Steigerung der Kreditaufnahme würde in Konflikt geraten mit der Notwendigkeit, mit niedrigeren Zinsen konjunkturellen Schwächetendenzen entgegenzuarbeiten. Höhere Steuern und Abgaben würden die Kaufkraft der Konsumenten beschneiden.

Während schon die kurzfristigen konjunkturellen Effekte derzeit kaum abzuschätzen sind, sind die mittelfristigen Auswirkungen vollends ungewiß. Entscheidend ist, ob die Zerstörung der bestehenden ökonomischen Strukturen der DDR "schöpferische" Effekte hat. Dies hängt davon ab, ob

ein Investitionsprozeß in Gang kommt, der sowohl öffentliche wie private Komponenten hat. Zentral scheint die Frage, ob mittelfristig ausreichend privates Kapital einströmt.

Gegenwärtig ist eine solche Tendenz noch nicht sichtbar, wenn man bestimmte Bereiche im Dienstleistungs- und Versorgungsbereich ausklammert. Dafür wird vielfach die noch ungeklärte Rechtslage (insbesondere beim Bodenrecht) und die Unerfahrenheit der DDR-Verwaltung verantwortlich gemacht. Es soll hier davon ausgegangen werden, daß diese Probleme in absehbarer Zeit geklärt werden können, angesichts der Auseinandersetzungen um die Besitzansprüche der Altbesitzer und ihrer Erben eine sicherlich optimistische Annahme.

Während das benötigte Kapital in ausreichendem Umfang existiert, sind die ökonomischen Bedingungen für private Investitionen widersprüchlich:

- Das ja auch in der DDR vorhandene private Kapital dürfte angesichts der Überlegenheit westdeutscher Konkurrenz vorsichtig mit eigenen Investitionen bleiben. DDR-Unternehmensgründer bzw. -käufer sehen sich auf rentablen Feldern dem überlegenen know-how und auch Finanzkraft der BRD-Unternehmen gegenüber.
- Für Kapitalanleger West wie Ost stellt sich die Frage, ob angesichts von Rekordrenditen für Finanzanlagen das Risiko von Realinvestitionen in unsicherem Umfeld wirklich zu vertreten ist.
- Das Argument der niedrigen Arbeitskosten bei relativ hoher Qualifikation der Beschäftigten ist auf mittlere Sicht untauglich: Relevante Lohndifferenzen bei einem einheitlichen Preisniveau führen in einem einheitlichen politischen und wirtschaftlichen Raum zu Wanderungsprozessen insbesondere der qualifizierteren Arbeitskräfte. Die vielstrapazierte Behauptung, niedrige Löhne in der DDR sicherten dort Arbeitsplätze geht völlig an der Wirklichkeit vorbei: Kurzfristig ist offensichtlich derzeit kaum eine Branche wettbewerbsfähig, und zwar nicht aus Kosten- sondern aus Qualitäts- und Imagegründen. Mittel- und längerfristig wird der Marktmechanismus - mit oder ohne Gewerkschaften - für eine Angleichung sorgen.
- Eine Stärke des Standorts DDR ist sicher die Nähe zu den "Ostmärkten" und die Kenntnisse, die dort über die ehemals sozialistischen Länder existieren inklusive Sprachkenntnisse. Die überhastete Einführung der DM hat hier aber zur Zerschlagung oder zumindest zur Beschädigung von Handelsstrukturen geführt, an die man unter anderen Bedingungen hätte anknüpfen können. Ob dieses Argument investitionsfördernd wirkt hängt von der mittelfristigen Einschätzung der Entwicklungschancen im "Osten" ab welche, (siehe oben) derzeit eher gedämpft sind. Es erscheint immerhin überraschend, daß die Öffnung

der östlichen Märkte, früher als Wunschtraum des Kapitals betrachtet, nun keineswegs einen Wettlauf der Investoren auslöst.

- Für private Investitionen in der DDR spricht die Überlegung, daß bei einem hohen Auslastungsgrad der Anlagen in der Bundesrepublik eine dauerhafte Belieferung der DDR-Märkte nur über "Exporte" wenig sinnvoll erscheint, jedenfalls solange auch in der BRD die Absatzmöglichkeiten wachsen. Wenn Erweiterungsinvestitionen notwendig werden, dann ist nicht einsehbar, warum diese nicht auch in der DDR getätigt werden sollten.
- Auch ist überhaupt nicht auszuschließen, daß Unternehmen aus dem EG-Raum nach einer gewissen Konsolidierung ihrerseits in der DDR investieren und bundesdeutschem Kapital zuvorkommen - die DDR als Teil des EG-Binnenmarktes ist keine "chasse gardée", wenn auch westdeutsches Kapital die Treuhandgesellschaft benutzt, um europäische Konkurrenz zu bremsen.
- Bei entsprechenden Preisen ist die Modernisierung eines bestehenden Betriebs billiger als eine Neugründung. Vor allem für das Grundvermögen sind rasche Wertsteigerungen zu erwarten.
- Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, daß die Effizienz moderner Produktionsverfahren in hohem Maße vom infrastrukturellen Umfeld der Produktionsstätten und von der Existenz stabiler Zulieferbeziehungen abhängt. Unzureichende Verkehrsverbindungen, unsichere Telekommunikationswege und unangepaßte örtliche Produktionsstrukturen machen Neuinvestitionen höchst risikoreich. Die gewünschten "Fühlungsvorteile" fehlen in der DDR.
- Gegen ein umfangreiches privates DDR-Engagement sprechen auch die Risiken, die beim Kauf von DDR-Unternehmen eingegangen werden: Dabei handelt es sich vor allem um "Altlasten" finanzieller (Schulden und Verpflichtungen), ökologischer und rechtlicher Art. Bei letzteren geht es nicht bloß um Besitzansprüche ehemaliger Eigner sondern auch um die Frage von anderen Verpflichtungen (Renten, Entschädigungen usw.).

Bei einer Abwägung der Argumente stellt sich die Haltung der öffentlichen Hand als ein entscheidender Faktor heraus: Werden die erforderlichen (öffentlichen) infrastrukturellen Investitionen rasch und in ausreichendem Umfang getätigt? Ist die öffentliche Hand bereit, die mit den "Altlasten" verbundenen Risiken zumindest teilweise zu übernehmen? Dabei ist die Frage der Altschulden der Betriebe (die ja 2:1 umgestellt worden sind) in Höhe von ca.125 Milliarden Mark ein wichtiger Punkt. Ist die öffentliche Hand bereit, in Form von höheren Investitionsprämien zusätzliche Anreize zu schaffen? Wird der Staat bei fehlendem privaten Kapital DDR-Betriebe übernehmen oder sich an ihnen beteiligen? Werden die Kommunen der

DDR in den Stand gesetzt, aktiv Wirtschaftsförderungspolitik zu betreiben?

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß eine Rekonstruktion der Ökonomie der DDR unter den neuen Bedingungen nur im Rahmen eines umfangreichen staatlichen Engagements erfolgreich sein wird. Privates Kapital wird erst dann in größerem Umfang fließen, wenn über geeignete staatliche Maßnahmen und Leistungen hohe und sichere Renditen gewährleistet werden. Die Diskussion hierzulande inclusive der Bestimmungen des Einigungsvertrags macht deutlich, daß hierzu - bis zur direkten Staatsbeteiligung an DDR-Unternehmen - Bereitschaft besteht. Schon aus politischen Gründen ist ein "Armenhaus DDR" auf Dauer in einem kapitalistischen Deutschland nicht tragbar. Die politische Ebene wird diejenigen finanziellen und politischen Rahmenbedingungen schaffen, die erforderlich sind, um die Verwertungsbedingungen auf ein gegenüber alternativen Kapitalanlagemöglichkeiten attraktives Niveau zu heben. Und es besteht kein Zweifel daran, daß diese in der Bundesrepublik und in anderen hochentwickelten Industrieländern sowohl auf den Finanzmärkten als auch bei Realinvestitionen derzeit außerordentlich günstig sind. Die Maßlatte für die Ertragskraft von Anlagen in der DDR liegt also hoch. Entsprechend hoch sind die Anforderungen der potentiellen privaten Anleger an die Leistungen des Staates.

Reformalternative und demokratischer Diskurs

Der folgende Aufsatz soll sich mit dem Verhältnis von reformpolitischen und antikapitalistischen Alternativen beschäftigen. Um es vorwegzuschicken: Das Ergebnis ist offen. Es handelt sich "nur" um eine Annäherung an die Problemstellung. Sicher scheint mir aber zu sein, daß dieses Thema nicht als Neuauflage der ewigen "Reform-und/oder-Revolution"-Debatte behandelt werden kann, wie es heute wieder als Schlacht zwischen neuem Reformismus und neuem Fundamentalismus in Teilen der Linken inszeniert wird. Die sozialistische Linke muß sich von einem Denken befreien, das ihre politische Konzeption immer wieder um diese Front- und Problemstellung bzw. in "zwei Linien" gruppiert und damit an den realen Widersprüchen, Kämpfen und Diskursen vorbeigeht.

Kapitalismus - Sozialismus

Die kapitalistische Produktionsweise hat ihre immanenten Widersprüche zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen immer wieder durch eine höhere Stufe von Regulierungsstrukturen periodisch verarbeiten können und dabei neue Potenzen freigesetzt. Die moderne bürgerliche Gesellschaftsformation als Zusammenhang von "Basis" und "Überbau" hat insgesamt eine Reihe von bedeutsamen Transformationen erlebt und dabei zwei historische Tatsachen geschaffen: Sie hat auf der Basis des Weltmarktes ein globales Zivilisationsmodell konstituiert und sie hat eine expandierende Zivilgesellschaft hervorgebracht. Und in beiderlei Hinsicht ist in den vergangenen Jahrzehnten ein weltweit wirksames bürgerliches Hegemonialsystem installiert worden - unter Mitwirkung des sozialdemokratischen Reformismus und im schließlich siegreichen Kampf gegen das sozialistische Lager.

Der darauf basierende historische Erfolg dieser Gesellschaftsformation wurde und wird mit erheblichen Deformationen und Katastrophen "bezahlt". Die auch von vielen Linken betonte "Mitverantwortung" der verschiedenen sozialistischen Projekte ändert nichts an dem grundlegenden Zusammenhang: Das weltweit dominierende Zivilisationsmodell mit seinen globalen Problemstellungen konnte sich nur auf der Grundlage des kapitalistischen Weltmarktes durchsetzen - eines Weltmarktes, auf dem sich das Kapital als "alles beherrschende ökonomische Macht der bürgerlichen Gesellschaft" (Marx) behauptet hat. Gegenüber einer rein "globalistischen" Sichtweise muß dabei auch hervorgehoben

werden, welches Ausmaß an sozialer Abdrängung und kulturellem Zerfall, psychischer und physischer Deformation, individuellen und kollektiven Identitätskrisen in den kapitalistischen Zentren und deren Zivilgesellschaften festzustellen ist, in denen die individuelle Vergesellschaftung stärker durch die "Macht des Geldes" bestimmt als durch das Streben nach Gemeinschaftlichkeit.

Aber dies ist nur die eine Seite der historischen Medaille. Denn die moderne bürgerliche Gesellschaft wäre nicht hegemonial, wenn sie nicht in dreierlei Hinsicht zivilisatorische und emanzipatorische Züge hervorgebracht hätte: erstens sind entwickelte Marktstrukturen, individuelle Rechte (einschließlich der freien Konsum- und Berufswahl) und die parlamentarische Demokratie grundlegende Elemente jeder modernen, also auch einer sozialistischen Gesellschaftsformation; zweitens sind Ansätze einer "politischen Ökonomie der Arbeit" (von der Marx mit Blick auf die Arbeitszeitverkürzung gesprochen hat) und Elemente der "Gemeinschaftlichkeit" insbesondere in Form des Sozialstaates und der Gewerkschaftsmacht in diese Gesellschaftsformation eingebaut worden; und drittens sind sie auf der Basis einer fortschreitenden Erhöhung der Arbeitsproduktivität, d.h. der Verkürzung der notwendigen Arbeit auf der einen und einer fortschreitenden Vergesellschaftung der ökonomischen Beziehungen auf der anderen Seite wirksam geworden.

Theoretisch sollte dabei beachtet werden, daß "Gesellschaftsformation" und "Produktionsweise" keineswegs identisch sind: Historisch-materialistisch gilt vielmehr, daß eine Gesellschaftsformation eine bestimmte und dominierende Produktionsweise zur ökonomischen Basis hat, sie aber mit den Elementen anderer Produktions- bzw. Arbeits- und Austauschweisen durchaus produktiv zu koexistieren vermag - wie an der Beziehung von Feudalismus und frühkapitalistisch-bürgerlichen Elementen im Handel gelernt werden kann. Weiterhin ist feststellbar, daß verschiedene Gesellschaftsformationen wie z.B. die agrarisch basierten durchaus ähnliche Züge aufweisen können. Dies trifft m.E. für die modernen, industriell basierten Formationen ebenfalls zu. Man wird also mit der Vorstellung einer strengen historischen Abfolge von Produktionsweisen und Gesellschaftsformationen auch in Bezug auf das Verhältnis von Kapitalismus und Sozialismus brechen müssen. Die harte Kontroverse zwischen Reformismus und revolutionärem Antikapitalismus ist das Produkt eines frühen Entwicklungsstadiums der bürgerlichen Gesellschaftsformation.

Die Weiterentwicklung der kapitalistischen Produktionsweise und der bürgerlichen Gesellschaftsformation und der Niedergang des realen Sozialismus sowjetischen Typs wie auch der verschiedenen antiimperialistischen Revolutionsmodelle signalisieren das definitive Scheitern aller Versuche, außerhalb des Weltmarktes und im radikalen Bruch mit marktfördernden und zivilgesellschaftlichen Strukturen eine sozialistische Alternative

Bürgerliche Gesellschaft, Zivilisation und Emanzipation

aufzubauen (geschweige denn durchzusetzen). Auf der anderen Seite hat sich insofern der Reformismus als erfolgreiche und "normale" Operationsmethode der Linken, als die eigentliche Methode des "Stellungskrieges" (Gramsci) erwiesen - doch sind ihm die Transformationen des weltweiten Kapitalismus regelrecht über den Kopf gewachsen. Die historische Tragik bestand in der jahrzehntelang praktizierten und in der "Systemkonkurrenz" verfestigten Gegenüberstellung von revolutionärem Antikapitalismus an der Peripherie und reformistischer Integration in den kapitalistischen Metropolen des Weltmarktes.

Heute kann jedwede sozialistische Perspektive nur noch auf der Basis der demokratischen-emanzipatorischen Potentiale entwickelt werden, die dem modernen Kapitalismus innewohnen. Der Sozialismus als Gesellschaftsformation setzt zwar voraus, daß eine sozialistische Produktionsweise dominiert, die durch gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln und durch die Steuerung und Selbstverwaltung der Wirtschaft nach gemeinschaftlichen Kriterien charakterisiert ist. Aber sie wird diese Kriterien im Rahmen der Weltmarktintegration, der ökonomischen Konkurrenz, einer entwickelten Geldwirtschaft und eines ökonomischen und sozialen Pluralismus abarbeiten müssen und insofern mit den Strukturen der bürgerlichen Gesellschaftsformation zumindest genetisch verbunden bleiben.

"Antikapitalismus" bleibt aufgrund der eklatanten und - wie betont - systembedingten Widersprüche des heutigen Kapitalismus notwendiger Bestandteil einer modernen sozialistischen Konzeption. Aber es muß sich eben um einen modernen Antikapitalismus handeln, der sich durch die komplexen Strukturen der bürgerlichen Gesellschaftsformation national und international "durcharbeiten" und dabei dessen progressive Tendenzen und Elemente identifizieren, für sich reklamieren und entfalten muß. "Antikapitalismus" als radikale Negation des Bestehenden ist hingegen konzeptionell - aber auch als Lebenshaltung - nur noch um den Preis des Sektierertums durchhaltbar.

Zivilisation und Zivilgesellschaft

Aus all diesen Gründen halte ich auch eine Neuauflage vergangener Kontroversen über die prinzipiellen Grenzen und Möglichkeiten "des" Kapitalismus, wie sie gegenwärtig zwischen den Fans des ökologischen/zivilen Kapitalismus und den radikalen Antikapitalisten und Zivilisationskritikern ausgetragen werden, für absurd. Denn "das System hat seine eigentlichen Schwachstellen in einer Kombination ökonomischer und politischer Schwierigkeiten; seine Verwundbarkeit liegt in dieser Kombination begründet und nicht in der Unlösbarkeit irgendeiner spezifischen ökonomischen Schwierigkeit für sich genommen." (Hobsbawm) Anders ausgedrückt und gedanklich erweitert: Die Bedeutung "reformistischer" und "revolutionärer" Elemente und ihrer jeweiligen Beziehung ergibt sich nicht

aus irgendwelchen objektiven Widersprüchen an und für sich bzw. "der Sache nach", sondern aus deren Wirksamkeit in den sozialen, kulturellen und politisch-ideologischen Prozessen, in Bewegungen und Diskursen. Was erwartet uns also in den kommenden Jahren und Jahrzehnten?

Ökonomisch erleben wir mit dem Ende des "kalten Krieges" eine Ausweitung des kapitalistischen Terrains, die mit einer anhaltenden "langen Welle" der Prosperität verknüpft ist. Im Schatten dieser Situation findet allerdings eine forcierte Segmentierung und Polarisierung zwischen den verschiedenen Weltteilen statt. Der Kampf um die künftigen Plätze am Weltmarkt, um die Rangordnungen und Hegemonien nach dem endgültigen Zusammenbruch der bipolaren Weltstruktur ist schon im vollen Gange, ohne daß auch nur einer der ökonomischen Risikofaktoren (betr. die UdSSR, die USA und den größten Teil der Entwicklungsländer) entschärft worden wäre. Dies ist der aktuelle ökonomische Hintergrund für die Krise des weltweiten Zivilisationsmodells. Die darin enthaltene Dynamik ist in den Zentren vielfach unterschätzt worden, weil man sich bislang zu stark auf die sachlichen Probleme (insbesondere der Ökologie) konzentriert hatte. Tatsächlich aber sind die ökonomischen Segmentierungsprozesse, die fortschreitende ökologische Zerrüttung in den Erdteilen und die explosiven sozialen und demographischen Verhältnisse in den verschiedenen Erdteilen so miteinander verknüpft, daß die weltweiten Wanderungsbewegungen vermutlich sprunghaft zunehmen werden. Dabei dürften sich ökonomische, ökologische und soziale Verteilungskämpfe immer mehr mit demographisch-ethnischen Konfliktpotentialen verbinden und darin wohl immer häufiger entladen. Inwieweit dies noch durch die ökonomischen Spielräume der anhaltenden "langen Welle" eingedämmt werden kann, wäre zu prüfen. Aber auch diese Welle wird ein Ende finden...

**Segmentierung
und Polarisierung
in der
'einen Welt'**

Auf der anderen Seite erleben wir einen weltweit artikulierten Überdruß gegenüber überkommenen autoritären Regimes und Strukturen (nicht nur in Osteuropa, sondern auch in den südlichen Erdteilen, insbesondere Afrika). Dieser Überdruß entlädt sich in doppelter Weise: in popular-demokratischen Bewegungen und in einer Hinwendung zum ökonomischen (und politischen) Liberalismus. Die darin enthaltenen Widersprüche werden vorzugsweise in einem marktförmigen Demokratiemodell bzw. im Parlamentarismus kaschiert. Allerdings ist schon jetzt absehbar, daß sich hinter dem weltweiten Siegeszug des Liberalismus die Unfähigkeit verbirgt, auf seiner Basis mit den wachsenden Spannungen fertig zu werden, die zuvor skizziert worden sind. Schon jetzt gibt es genügend Anzeichen an Gegenreaktionen, die in einer weltweiten Welle des Populismus münden könnten - mit mindestens zwei Varianten: einmal als Verbindung von Nationalismus und "starkem Staat", zum anderen als Verbindung von borniertem Regionalismus und "Anti(zentral)staatlichkeit". Beide Tendenzen

zeichnen sich in Osteuropa am stärksten ab. Aber der Aufschwung der "Lega Lombarda" und anderer norditalienischer Regionalparteien zeigt, wie die gesamte Problematik auch in den kapitalistischen Zentren aufbricht.

Dort trifft sie auf einen Individualisierungsprozeß, der die moderne Lebensweise in fortgeschrittenen bürgerlichen Gesellschaften auszeichnet. Dieser Prozeß umfaßt aber nicht nur eine emanzipatorische Seite (Pluralität, Flexibilität, Selbstbestimmung, Ausbruch aus überkommenen Geschlechterbeziehungen), sondern auch zerstörerische Komponenten (soziale Spaltung, Konkurrenzkampf, Identitätsverluste). Bei gleichzeitiger Einwirkung der globalen Probleme bis in den Lebensalltag hinein nimmt die individuelle Verantwortung für die Arbeits- und Lebensplanung, für den bewußten Umgang mit sich selbst, mit dem Konsum, mit der Natur, mit den Beziehungen zwischen den Geschlechtern usw. erheblich zu. Kombiniert mit Bedrohungsängsten wächst die Gefahr, daß es subjektiver Überforderung und autoritärer Gegenreaktionen kommt.

Wir befinden uns hiermit an den Schnittstellen zwischen der Wirksamkeit der globalen Probleme und den Umbrüchen in den Zivilgesellschaften: in einer Situation, in der sich international dimensionierte Verteilungskämpfe mit der Verteidigung von sozialkulturellen Identitäten vermischen werden. Die Linke hat dies weitgehend noch nicht begriffen. Und sie hat vor allem noch nicht realisiert, daß heutzutage "Ökologie" und die "Gattungsfragen" nicht mehr wie selbstverständlich für linke Diskurse gepachtet sind. Tatsächlich reift die Aufnahmebereitschaft für reaktionäre Konzeptionen zur Bewältigung der globalen Zivilisationskrise - für Konzeptionen, die zur Eindämmung der Wanderungsbewegungen in die kapitalistischen Zentren, zum Kampf gegen den ökologischen Raubbau am Amazonas und anderen Teilen der "3. Welt", zur Abwehr des internationalen Drogenhandels und natürlich zur ökonomischen Ressourcenbeschaffung auf eine neuerliche Beherrschung der südlichen Kontinente und eine entsprechende militärische Struktur setzen.

So ist davon auszugehen, daß uns auch in Europa schon in den 90iger Jahren ein politischer Zyklus bevorsteht, der durch massive soziale Konflikte und Bewegungen und durch einen Aufschwung von Populismen verschiedenster Couleur gekennzeichnet sein wird. Und in diesem Zyklus wird es darauf ankommen, einem autoritären Populismus entgegenzutreten und einen progressiven, demokratischen Populismus hervorzubringen. Die Frage der Reformalternative ist in diesem Zusammenhang zu diskutieren - nicht in ihrem Verhältnis zur "Revolution" oder in ihrer Eigenschaft als Aktions-, Übergangs- oder sonstiges Programm, sondern als Frage des "populär-demokratischen Diskurses" (Laclau) : Kann die sozialistische Linke zu einem Diskurs beitragen, der die Bewältigung der zivilisatorischen Problemstellungen (im doppelten Sinne: auf die globale Zivilisation

und auf die Zivilgesellschaft bezogen) im Rahmen einer umfassenden "demokratischen Modernisierung" thematisiert?

Demokratischer Diskurs und Reformalternative

Selbstverständlich muß sich ein derartiger Diskurs auch programmatisch ausdrücken, um als Reformalternative wirksam zu werden. Dabei geht es weniger um linke Patent- und Regierungsprogramme, sondern um Vorstellungen, die genug Raum für Assoziationen lassen: Linke Diskursfähigkeit muß sich erst noch entwickeln. Einige Grundüberlegungen sollen im folgenden angesprochen werden:

Raum für Assoziationen

Die globalen Probleme erfordern für die südlichen Kontinente das im Brundland-Report geforderte "sustainable development" und in den Industrieländern eine "Politik ausgewählter Wachstumsfelder" (beide Überlegungen sind im Berliner Grundsatzprogramm der SPD enthalten). Aber sie können nur über eine grundlegende Neuordnung der internationalen Beziehungen in der Zeit nach dem "kalten Krieg" entwickelt werden. Die Schaffung einer wirklichen internationalen Gemeinschaft, die auf gemeinsamen Sicherheits- und Entwicklungsstrukturen basiert, ist gleichbedeutend mit internationaler Demokratisierung. Sie kann aber wohl nur schrittweise über Kompromisse auch und gerade mit den ökonomisch dominierenden kapitalistischen Finanzgruppen durchgesetzt werden und erfordert einen "globalen Reformismus" - wenn man so will: die "Übertragung" des Sozialstaatsmodells auf den Bereich der internationalen Beziehungen. Die Stärkung und gleichzeitige Demokratisierung supranationaler Institutionen und die Entwicklung weltweiter demokratischer Netzwerke mag utopisch klingen, ist aber auch aus Sicht der Linken in der "3. Welt" die einzig mögliche Perspektive nach dem Ende der "antiimperialistischen Revolutionen".

Qualitative Fortschritte sind auf diesem Gebiet aber undenkbar ohne Wirtschaftsreformen in den kapitalistischen Zentren. Eine "Politik ausgewählter Wachstumsfelder", die im Einklang mit einer Veränderung der internationalen Arbeitsteilung steht, kann ohne entwickelte Formen der Wirtschafts- und Investitionslenkung nicht realisiert werden. Aber dazu ist es notwendig, aus der Gegenüberstellung von Markt und Staat auszubrechen: Die relevanten wirtschaftlichen Entscheidungen werden ohnehin nicht unmittelbar "am Markt" getroffen, sondern in einem ökonomisch-sozialen Geflecht "zwischen" Markt und Staat, worin auch die großen Konzerne mit ihren strategischen Optionen und die wirtschaftsnahen Einrichtungen des Staates angesiedelt sind und in denen finanzkapitalistischen Mechanismen (mit dem Bankensektor) eine zunehmende Rolle spielen. "Wirtschaftsdemokratie" bedeutet, dieses Geflecht im Sinne einer demokratischen Selbstverwaltung der Wirtschaft (gesellschaftliche Kontrolle des

Bankensektors, demokratische Konzernverfassung, Investitionsfonds, regionale Wirtschaftsräte u.a.m.) so zu reorganisieren, so daß die Pluralität gesellschaftlicher Interessen und Bewegungen Eingang in den ökonomischen Mechanismus finden kann.

Wirtschaftsreform und Sozialisierung müssen insoweit als Stärkung und Emanzipation der Zivilgesellschaft gegenüber dem Staat wie auch den ökonomischen Machtgruppen und dem von ihnen dominierten Marktmechanismus und als eine Reform der "ökonomischen Kultur" gedacht werden. Aber dies setzt voraus, daß soziale Bewegungen und Initiativen demokratische Einwirkungsmöglichkeiten erhalten, die über den "Druck der Straße" und seine Verarbeitung im Parlamentarismus hinausgehen und sich dort unmittelbar niederschlagen, wo Entscheidungen über die Entwicklung des Verkehrswesens, des Energiesektors, der Informations- und Kommunikationsstrukturen, der sozialkulturellen Dienstleistungen usw. real stattfinden (nämlich - um es zu wiederholen - "zwischen" Markt und Staat). Es geht bei einer Reformalternative insoweit auch um die Entwicklung ziviler bzw. von Alltagsdemokratie, was auch eine Infragestellung der gegenwärtigen politischen Verfassung einer entwickelten bürgerlichen Gesellschaft wie der BRD beinhaltet.

Die Frage der Demokratie bezieht sich schließlich auch auf den zuvor problematisierten Individualisierungsprozeß. Nun kann es nicht darum gehen, den Individuen ihre Verantwortung für die eigene Arbeits- und Lebensgestaltung bürokratisch abzunehmen. Aber es stellt sich die Frage, ob diese Verantwortung durch gemeinschaftliche Projekte realisiert werden kann. Es könnte darum gehen, durch einen Umbau des Sozialstaates überhaupt eine flexible Arbeits- und Lebensplanung und insbesondere eine "biographische Selbstbestimmung" für Frauen zu gewährleisten, durch einen Umbau des Gesundheitswesens und gesellschaftliche Eingriffe in die Pharmaindustrie einen rationalen Umgang mit der eigenen Gesundheit zu ermöglichen, durch eine neue Bildungsreform die Kompetenzen und Fähigkeiten herauszubilden, um eine Ausweitung demokratischer Mechanismen überhaupt ausfüllen zu können. Und natürlich muß es darum gehen, im Rahmen der Wirtschaftsreform nicht nur neue Institutionen zu schaffen, sondern individuelle Interessen und Kompetenzen darin einzubauen - sei es durch die innerbetriebliche Demokratisierung, sei es im Rahmen des Aktienrechts und der finanziellen Anlagemöglichkeiten von Einzelpersonen und Personengruppen.

Diese Skizze soll ausreichen, um die Elemente eines demokratischen Diskurses und einer darauf aufbauenden Programmatik anzudeuten: "Demokratie" als Faktor, der insoweit die globalen Herausforderungen mit der Freisetzung von Individualität im Rahmen einer modernen Arbeits- und Lebensweise in Einklang bringt.

Open end

Man kann sagen, daß es sich bei diesen Überlegungen um "Reformismus" handelt, weil der radikale Bruch mit der bürgerlichen Gesellschaft darin nicht markiert ist. Dies trifft sicherlich zu. Aber dies bedeutet doch keineswegs, daß sich die entsprechenden Veränderungen auf "ruhigen Bahnen" bewegen werden. Schließlich gehen sie davon aus, daß eine neue Periode weltweiter Bewegungen und sozialer Kämpfe vor uns liegt: A priori "reformistische" oder "revolutionäre" Festlegungen zu treffen, ist dabei völlig unsinnig. Entscheidend ist, daß ein Fortschritt in Richtung Sozialismus nur dann stattfinden wird, wenn sich die Linke durch diese Unwetterzone hindurcharbeitet und sich dabei gerade nicht in einer Auseinandersetzung zwischen "Reformismus" und "Fundamentalismus" verzettelt.

'Reformismus' und 'Fundamentalismus'?

PapyRossa Verlag GmbH & Co. KG

Gottesweg 52 · 5000 Köln 51



Multi Kulti? „Man kann Amerikaner werden und sich zugleich seiner irischen, italienischen, koreanischen oder anderen Volkszugehörigkeit vergewissern. Die BRD aber hat mit ihrem multiethnischen Charakter jeden Begriff einer gesellschaftlichen Einheit verloren... Sie ist hin- und hergerissen zwischen der Realität, ein Einwanderungsland zu sein, und einer Normalitätsvorstellung, die dem völkischen Nationalstaatsdenken verhaftet ist.“
Ein Buch zur Zeit.

Lutz Hoffmann
Die unvollendete Republik
Zwischen Einwanderungsland und deutschem Nationalstaat
Neue Kleine Bibliothek 2
208 S., DM 20,-, ISBN 3-89438-002-0

Fordern Sie bitte unser Gesamtverzeichnis an.

Hermann Bömer

Nord-Süd-Konflikt, globale Probleme und Reformpolitik

Überlegungen angesichts des Scheitern des Sozialismus

Zum Stand der globalen Probleme

Krieg/Frieden. Es besteht Einigkeit, daß Hochrüstung und Rüstungsinnovationen eine, wenn nicht die zentrale Bedrohung der Menschheit darstellen. Zerfall und zunehmende Auflösungserscheinungen des Sozialismus ermöglichen einerseits beschleunigte Abrüstungsentscheidungen zwischen Ost und West, denen die laufenden Verhandlungen (START und WIEN I) noch nicht genüge leisten. START bewegt sich auf Betreiben der USA immer noch in den bekannten Bahnen der (quantitativen) Begrenzung und der Strukturierung des qualitativen Rüstungswettlaufs.

Entspannung und vor allem die Auflösung des Sozialismus, insbesondere der Zerfall der UdSSR, schaffen jedoch auch neue Unsicherheitsmomente, die im Westen als Argument für die Aufrechterhaltung einer hohen militärischen Schlagkraft erhalten müssen: Die UdSSR falle auf den Status eines von nationalistischen und sozialen Konflikten geschüttelten und selbst vor fundamentalistischen Wendungen nicht gefeiten Entwicklungslandes (mit relativ großem Industrie- und Wissenschaftspotential) zurück und bleibe dennoch zugleich eine (deswegen unkalkulierbare) militärische Supermacht.

Konsequenz einer vernünftigen westlichen Sicherheitspolitik müßte es deshalb eigentlich sein, möglichst schnell den Abbau und die Verminderung der Massenvernichtungswaffen und der Landstreitkräfte zu vereinbaren.

Die Annexion Kuweits durch den Irak zeigt gleichzeitig, daß selbst bei einer West-Ost-Entspannung bzw. gar einer Aufhebung des Konflikts mangels Systemgegensätzen regionale Kriege in der 3. Welt weiterhin stattfinden werden, sogar zunehmend einen fundamentalistischen, gegen den reichen Norden gerichteten Charakter annehmen können. Es wäre demnach illusorisch, in den nächsten Jahrzehnten auf allgemeine und vollständige Abrüstung setzen zu können. Eine internationale Reformpolitik könnte zwecks Eindämmung bzw. Verhinderung regionaler Kriege die Stärkung der UNO und der UNO-Streitkräfte als Antwort vorsehen.

Sozial- und Bevölkerungsentwicklung in den Drittweltländern. Die Daten brauchen hier nicht wiederholt zu werden (Worldwatch Institute Report 88/89; Schneider, 1990; Weltbevölkerungsbericht der UNO, 1990). Die

Weltbevölkerung wächst schneller als in der optimistischen Variante des Berichts Global 2000 (1980) angenommen: allein bis zum Jahr 2000 nun nochmals um ca. 1 Mrd.! Die Schuldenkrise wird zwar 'sicher gemanaged' in dem Sinne, daß ein Zusammenbruch des internationalen Kreditsystems verhindert wird. Was jedoch bleibt, ist die völlig einseitige Verteilung der Anpassungslasten auf die Schuldnerländer selbst.

Hohe Außenverschuldung, völlig desolate innere Verhältnisse, anhaltende Kapitalflucht usw. veranlassen verschiedene Drittweltländer, zum Kursbuch der sogenannten "Schocktherapien" zu greifen (Brasilien, Peru, Argentinien), deren Konzept im wesentlichen darin besteht, eine äußerst scharfe Anpassungskrise herbeizuführen, die Preise und den Wechselkurs völlig freizugeben und das Staatshaushaltsdefizit abrupt zu beseitigen. Mit diesen Instrumenten soll die Inflation gebrochen, sollen zugleich alle ohne Subventionen nicht konkurrenzfähigen Betriebe liquidiert, das staatliche Vermögen privatisiert werden. Die sprunghaft wachsende Verelendung soll über Suppenküchen usw. (Realtransfers) in Grenzen gehalten werden.

**Schocktherapie
in der Dritten
Welt**

Falls derartige Programme nicht mit einer gerechteren Einkommensverteilung, also mit drastischen Steuererhöhungen für die Reichen, mit Bodenreformaßnahmen sowie mit der steuerlichen Diskriminierung der Finanz- und Spekulationserträge (zwecks Förderung der realen Investitionen) sowie mit einer effektiven Bekämpfung der Kapitalflucht aus diesen Ländern verknüpft werden, sind sie von vornherein zum Scheitern verurteilt; ebenso dann, wenn keine tiefgreifenden Lösungen für die Auslandsverschuldung vereinbart werden. Bei Realisierung dieser Zusatzbedingungen könnten jedoch einige der von den Schocktherapeuten verordneten Maßnahmen durchaus ihre Berechtigung haben. Sichere Aussagen lassen sich hierzu heute noch nicht treffen, weil wir gerade erst die erste Phase dieses gewaltigen Experiments der Umgestaltung (sowohl in einigen Kernländern der 3. Welt als auch in den osteuropäischen, einst real-sozialistischen Ländern) erleben.

Nur wenige Staaten der 3. Welt haben in einem jahrzehntelangen Prozeß Anschluß an das Tempo der westlichen Metropolen gefunden (z.B. Südkorea). Zwecks Diskussion von realistischen Reformperspektiven für die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Drittweltländer wäre eine genaue Analyse der Ursachen dieser Erfolge erforderlich, die hier jedoch nicht erfolgen kann. Verwiesen sei deshalb auf die äußerst instruktiven Arbeiten von Menzel und Senghaas (Europas Entwicklung und die Dritte Welt, Frankfurt 1986).

Das Beispiel Türkei belegt dagegen, daß die Befolgung der Empfehlungen des IWF sowie eine großzügige Unterstützung seitens der Metropolen (im Falle Türkei besonders der Bundesrepublik) keineswegs die Garantie für den Anschluß an das westliche Entwicklungstempo bietet. Der größte Teil

der Drittweltländer steht somit zu Beginn der 90er Jahre schlechter da als vor Beginn der Verschuldungskrise.

Selbst für den Fall, daß in den nächsten zwei Jahrzehnten sehr große Erfolge auf dem Feld der inneren Reformen und auch der Weltwirtschaftsbeziehungen zugunsten der Dritten Welt erzielt werden, ist aufgrund der hohen aktuellen Wachstumsraten der Bevölkerung und der Massenarmut, die sich auch dann nur allmählich reduzieren lassen, mit stark steigenden Flüchtlingsströmen in Richtung Metropolen zu rechnen. Themen wie die Asyl- und Einwanderungspolitik werden für die Metropolen deshalb immer größere Bedeutung gewinnen. Progressive und reaktionäre Antworten auf diese Probleme sind nicht auf Anheb auseinander zu halten. Auf jeden Fall werden auch reformorientierte Konzepte sehr konflikt- und widerspruchsgeladen ausfallen (vgl. Leggewie, 1990).

Umweltkrise. Der Zusammenbruch des Sozialismus hat das Desaster der Umweltzerstörung in Osteuropa erst richtig offenbart (Bachmann, 1990). Die "Spätfolgen" von Tschernobyl sind katastrophal, weitere Katastrophen dieser Art nicht auszuschließen. Global verhandelt wird vor allem über das Verbot von FCKW's, Über CO2-Reduktionspläne sowie den Schutz der Tropenwälder.

Daß weitreichende Erfolge auf diesen Gebieten (mit Ausnahme des Verbots der Treibgase) mit drastischen Veränderungen der Lebensweise (z.B. der Abkehr von der Automobilgesellschaft) sowie radikalen Reformen in und zugunsten der Dritten Welt einhergehen müssen, wird seitens der meisten Regierungen verschwiegen. Insofern werden die Probleme nach wie vor verharmlost, rangiert Profit- und Wachstumsinteresse sowie hedonistische Konsumpolitik vor dem Überlebensinteresse der Menschheit.

Der erforderliche radikale Ausbau des nationalen und internationalen umweltpolitischen Instrumentariums, eine Struktur- und Funktionsveränderung der Marktwirtschaften von einer Reichweite, die nur vergleichbar ist mit der Entwicklung der sozialpolitischen Funktion des Staates seit Ende des 19. Jahrhunderts, kommt viel zu langsam voran. Radikale Reformfortschritte sind auch hier überlebensnotwendig. (Zum aktuellen Stand der internationalen Regenwaldpolitik vgl. als Übersichtsartikel den "Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung" vom 29.6.1990).

Niedergang der Sozialismus - Konsequenzen für Osteuropa und die Entwicklungsperspektiven der 3. Welt

Eine ausführliche und fundierte Einschätzung der Folgen für die Dritte Welt hat Rainer Falk bereits in den "Blättern" Heft 3/1990 mit seinem Aufsatz "Der Umbruch in Europa und die Dritte Welt" vorgelegt. Ich kann hier lediglich einige Gedanken zu einer 'optimalen Strategie des ökonomi-

sehen Umbruchs' sowohl in Osteuropa als auch in den Drittweltländern beitragen.

Das bisherige bürokratisch-etatistisch-industrialistische Modell des Sozialismus ist gescheitert, war eine Sackgasse. Es ist deshalb gut und ein Befreiungsschlag, wenn es möglichst schnell überwunden wird, einerseits wegen der Möglichkeiten zur Senkung der Rüstungslasten auch in der Dritten Welt, andererseits nicht zuletzt auch deshalb, weil damit auch die Nachahmungsversuche des bürokratisch-etatistischen Modells in der 3. Welt abgebrochen werden (müssen) und sich diese Länder (Vietnam, Äthiopien, Kuba usw.) einen neuen Entwicklungsweg suchen müssen.

Dabei dürfte zumindest für die Länder Osteuropas nicht so sehr strittig sein, welches System an seine Stelle tritt, nämlich ein marktwirtschaftlich kapitalistisches, sonder eher, welche Variante dieses Systems sich mit welchem Tempo durchsetzt. Hier gibt es offensichtlich Unterschiede (z.B. zwischen Polen und der Tschechoslowakei) und Handlungsspielräume, wobei die DDR als Sonderfall zu betrachten ist.

Der Weg der osteuropäischen Länder

Weder für die Erfolgsaussichten des schrittweisen Übergangs zu einer regulierten Marktwirtschaft, wie er zur Zeit den Wirtschaftsreformern um Gorbatschow vorschwebt, noch für die des schockartigen Systemwechsels, wie er z.B. in Polen und in ganz extremem Maße wegen der überstürzten Währungsunion in der DDR bei finanzieller Absicherung der sozialen Folgen durch die BRD versucht wird, liegen zur Zeit bereits gesicherte Erfahrungen vor. Die möglicherweise gefährlichste Folge der Schocktherapie liegt vermutlich darin, daß durch sie im Prinzip wettbewerbsfähige oder zumindest auf mittlere Sicht konkurrenzfähig zu machende Betriebe und Unternehmen kurzfristig liquidiert werden, also eine Deindustrialisierung erfolgt, die kaum mehr oder nur mit sehr hohen Kosten (die aus anderen Wirtschaftsgebieten/Ländern gedeckt werden müssen) rückgängig zu machen ist. Die aktuellen externen Hilfszahlungen werden dann hauptsächlich für explodierende sozialpolitische konsumptive Zwecke (z.B. Arbeitslosengeld) verwandt (Vgl. hierzu ausführlich Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Bremen, Mai 1990). Wird der schrittweise und kontrollierte Übergang angestrebt, kann bei mangelnder Konsequenz eine Situation der "Doppelherrschaft" von zwei sich widersprechenden und sich gegenseitig ökonomisch und politisch blockierenden Regulierungsmechanismen entstehen, deren Resultat eine Dauerkrise ist (vgl. Polen und Ungarn in den 80er Jahren, UdSSR seit 1987), deren Überwindung dann letztlich doch mit Hilfe einer Schocktherapie versucht werden müßte.

Die Aufhebung der i.d.R. formellen und bürokratischen Vergesellschaftung der Produktion in den ehemals realsozialistischen Ländern kann enorme Entwicklungsschübe freisetzen (wie z.B. in der VR China in den 80er Jahren), wobei einerseits die historischen Bedingungen unterschiedlich sind (z.B. die Tradition der gewerblichen und

landwirtschaftlichen Kleinproduzenten), andererseits die Sektoren Schwer- und Großindustrie, Kleinindustrie, Dienstleistungen und die Landwirtschaft ganz unterschiedlich auf die Aufhebung des bürokratischen Planungssystems reagieren. Kleinindustrien, Dienstleistungen und die Landwirtschaft lassen sich unter der Voraussetzung, daß es nationale Traditionen der unternehmerischen Warenproduktion gibt, i.d.R. schnell privatisieren bzw. etwa durch Genossenschaften flexibilisieren, wenn die zentralistische Planung beseitigt wird. Für die Großindustrie, insbesondere die Grundstoffindustrie und die technische Infrastruktur gelten jedoch ganz andere Bedingungen: sie sind nur durch hohen (staatlichen) Kapitaleinsatz langfristig modernisierbar und danach eventuell auch privatisierbar, wie selbst die Beispiele der Sanierung von Krisenbranchen in hochentwickelten kapitalistischen Ländern zeigen. Die Sanierung der EG-Stahlindustrie hat 10 - 15 Jahre gedauert und ca. 100 Mrd. DM öffentlicher Mittel gekostet, die dennoch nicht falsch angelegt waren.

Nicht nur in den am sowjetischen Modell orientierten Drittweltländern wie Vietnam, Äthiopien usw., sondern auch in den westlich orientierten Drittweltländern hat der Staat und die Staatswirtschaft vor allem im Bereich der Industrie und der Banken ebenfalls eine dominante Position (z.B. in Indien, Brasilien, Indonesien usw.) mit durchaus widersprüchlichen Wirkungen: einerseits als breites Feld von Mißwirtschaft, Korruption, Belastung für den Staatshaushalt usw., andererseits als Feld für Sozial- und Beschäftigungspolitik und als Instrument zur Entwicklung der nationalen Produktivkräfte und Brechung des Monopols der Transnationalen Konzerne.

Der Rückzug des Staates aus der unmittelbaren unternehmerischen Tätigkeit, die bislang i.d.R. einherging mit weitgehender makroökonomischer Steuerungsfähigkeit (Inflation; Innovationsfeindlichkeit), kann deshalb durchaus trotz großer Privatisierungsschübe verbunden sein mit einer letztlich erheblich *größeren und effektiveren makroökonomischen Steuerungskapazität* desselben für die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung, wobei klar sein muß, daß die Steuerungskapazität (mit Instrumenten wie Haushalts- und Geldpolitik, Zins-, Wechselkurs-, Preis- und Strukturpolitik sowie Sozial- und Umweltpolitik) durchaus für unterschiedliche Ziele einsetzbar sind. Folglich müssen von Land zu Land konkrete Untersuchungen und Empfehlungen ausgearbeitet werden. Privatisierungen und Verstaatlichungen z.B. können von Land zu Land unterschiedlichen Charakter im Rahmen einer Reformpolitik haben. Die Beurteilung dessen, was fortschrittliche Reformpolitik ist, wird also schwieriger, unübersichtlicher. Das Rasenmäherprinzip der IWF/Weltbank-Strukturpassungsprogramme ist i.d.R. dabei ebenso untauglich wie das bisherige Patentrezept der traditionellen Linken (Verstaatlichung der Industrie; Enteignung der Transnationalen, Kollektivierung und Industrialisierung der Landwirtschaft usw.).

Überhaupt muß auch hier betont werden, daß sich unter dem Terminus "Dritte Welt" Länder und Ländergruppen mit weitestgehend unterschiedlichen Ausgangsbedingungen verbergen. So haben z.B. 61 der 111 Entwicklungsländer, hauptsächlich aus dem asiatischen Raum, in denen der größte Teil der Bevölkerung der 3. Welt und die meisten der Armen wohnen, seit 7 Jahren keine Schuldensituation, die multilaterale Umschuldungsaktionen erforderlich gemacht hätten. Diese Länder haben also nach wie vor Zugang zu den internationalen Kapitalströmen aus privaten und öffentlichen Quellen (Finanzierung & Entwicklung, Juni 1990, S. 24). Wegen dieser internen Differenzierung der Lage der Drittweltländer ist es folglich auch erforderlich, von einer pauschalen Kritik der IWF/Weltbank-Politik Abstand zu nehmen (vgl. hierzu z.B. Jörg Goldberg, Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7/1990).

Kein Weg führt jedoch daran vorbei, daß die Drittweltländer effektiv entschuldet sowie gerechte Preisstrukturen (terms of trade) für den Nord-Süd-Handel geschaffen werden müssen. **Die Konditionen der Weltwirtschaft**
Der Nettokapitaltransfer in Richtung Metropolen (1989: 50 Mrd. Dollar !!) muß schnellstens gestoppt werden. Innere Reformen und Strukturveränderungen der Weltwirtschaft zugunsten der Dritten Welt verhalten sich letztlich zueinander wie notwendige und hinreichende Bedingungen, wobei die Konditionen der Weltwirtschaft letztlich den Ausschlag geben. Eine Zinserhöhung an den internationalen Kapitalmärkten von nur 2 Prozentpunkten z.B. macht alle Schuldenerleichterungen, die sich aus dem Brady-Plan und den anderen Maßnahmen zu ihrer Reduktion ergeben (30 - 35 Mrd. \$), zunichte!

Die Unterhöhnung der insgesamt gerechten Austauschbeziehungen zwischen Kuba und den RGW-Ländern, die in der Vergangenheit bewiesen haben, welche sozialpolitischen Erfolge auf ihrer Basis in Entwicklungsländern realisiert werden könnten, ist sicherlich einer der negativsten Aspekte des Zerfalls des realen Sozialismus.

Kein Weg führt auch daran vorbei, daß die Diktatur der jeweiligen Einheits- und Staatsparteien durch ein demokratisches System des offenen Wettbewerbs um beste politische Lösungen abgelöst werden muß. Staats- und Parteitheorie der ehemals am Modell der UdSSR orientierten Marxisten muß sich grundlegend ändern (Thomas Mies, 1990). Nicht auf der Erringung von intellektuellen und politischen Hegemoniepositionen basierende Revolutionsmodelle mit putschistischem Charakter bieten für die Phase nach der Machtergreifung keine vernünftigen Entwicklungsperspektiven.

Das Grundproblem: Vereinbarkeit von ökologischer Politik und Armutsbekämpfung im globalen Maßstab

Ein oder vielleicht das Grundproblem der Antwort der westlichen Metropolen auf die globalen Probleme besteht darin, daß es ein ungebrochenes Wachstum der Wirtschaft der Metropolen zur Voraussetzung für die Gesundung der Drittweltländer macht (diese Position wird gebetsmühlenhaft von der IWF/Weltbankgruppe vertreten!) und damit zugleich die ökologischen Folgen der Expansion des Massenwohlstandes à la 'american way of life' negiert oder verharmlost.

Die Gleichrangigkeit der Ziele von Umweltsicherung und Armutsbekämpfung verlangt neben effizienten Reformen in den Drittweltländern Umverteilungspolitik von Nord nach Süd in Dimensionen, die heute noch nicht einmal annäherungsweise diskutiert werden. Weitere Wohlstandsgewinne im Norden sind nur noch als Übergang auf einen radikal ressourcensparenden Typ von Lebensweise wünschenswert. Produktivitätsgewinne müssen in wachsende Realtransfers für die Dritte Welt transformiert werden. Komplexe diesbezügliche Programme werden bereits in wachsender Zahl publiziert (vgl. z.B. Worldwatch report 88/89, 1988).

Damit stellt sich die Frage, ob und wie eine derartige Politik mehrheitsfähig werden kann: sicherlich nur dann, wenn eine derartige Lebensweise und Politik tatsächlich zu einem Massenbedürfnis wird, als tatsächlicher Wohlstandsgewinn erfahrbar wird. Es wird m.a.W. nach effektiven Strategien zur Bekämpfung kollektiven Suchtverhaltens in einer Gesellschaft gesucht, deren Konkurrenzprinzipien und Umsatzmaximierungsstrategien eben dieses Suchtverhalten erzeugen: Nichtraucherkampagnen, Bewegungen für den Verzicht auf's Auto, für gesunde Ernährung, gegen touristische Hypermobilität, parasitären Verschleißkonsum usw., kurz: die Entdeckung der Langsamkeit (Nadolny) und ihr Genuß müßte zum Programm einer kulturellen Umwälzung gemacht werden. Jeder Mensch, der erfolgreich von einer Sucht 'geheilt' ist, weiß, welche Anstrengungen hierzu erforderlich sind.

Als Alternative bleibt bei den begrenzten und zur Neige gehenden ökologischen Kapazität (CO₂ z.B.) eigentlich nur ein diktatorischer *Ökoimperialismus*, der die Überlebenschancen der Metropolenbevölkerung an die Nichtüberlebenschancen eines wachsenden Teils der Weltbevölkerung koppelt.

Literaturangaben

- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Sondermemorandum "Sozialökonomisches Sofortprogramm: Risiken der deutsch-deutschen Währungsunion auffangen. In: MemoForum Nr. 16, Bremen 1990.
- Bachmann, Günter,
In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7/1990.
- Falk, Rainer, Die Dritte Welt und der Umbruch in Europa. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3/1990.
- Finanzierung & Entwicklung, Juni 1990, Schuldenkrisenmanagement in den 90er Jahren. Der Wiedererlangung anhaltenden Wirtschaftswachstums sollte Priorität eingeräumt werden. Von S. Fischer u. I. Husain.
- Leggiewie, Klaus,
In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 8/1990.
- Menzel, Ulrich/Senghaas, Dieter, Europas Entwicklung und die Dritte Welt. Eine Bestandsaufnahme, Frankfurt/M. 1986.
- Mies, Thomas, Thesen zur Krise der kommunistischen Parteikonzeption. In: Marxistische Blätter, Heft 3/1990.
- Schneider, Jürgen, Die Verwundbarkeit der Ökologie. In: Wissenschaft und Frieden, Heft 2, Juli 1990.
- Worldwatch Institute Report, Zur Lage der Welt 88/89, Frankfurt/M. 1988.

Ulrich Dolata

Ökologischer Umbau über funktionsfähige Märkte und flankierende Staatsintervention?

Fragen an eine alternative Wirtschaftspolitik für die 90er Jahre

"Die Fragmentarisierung eines Vorgangs betont seinen Prozeßcharakter, hindert das Verschwinden der Produktion im Produkt, die Vermarktung, macht das Abbild zum Versuchsfeld, auf dem Publikum koproduzieren kann. Ich glaube nicht, daß eine Geschichte, die 'Hand und Fuß hat', der Wirklichkeit noch beikommt."

Heiner Müller

In der Regel gut begründete Geschichten, die Hand und Fuß haben, finden sich seit Mitte der 70er Jahre in den jährlich erscheidenden Memoranden der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, die im Laufe dieser Zeit zum wohl wichtigsten Bezugspunkt einer kritischen Wirtschaftswissenschaft und -politik in der Bundesrepublik geworden ist. Die regelmäßige Kritik der herrschenden Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Entwicklung von Beschäftigungsprogrammen sowie die Vorlage alternativer Entwicklungskonzepte für Krisenregionen (z.B. das Ruhrgebiet) oder -branchen (z.B. die Stahlindustrie), aber auch demokratische Gegenentwürfe zu stark vermachteten Schlüsselsektoren (wie dem Bankenbereich) oder Ansätze eines ökonomisch fundierten ökologischen Umbauprogramms haben die Veröffentlichungen der Memorandum-Gruppe zu wichtigen Arbeitsgrundlagen in Gewerkschaftskreisen und sozialen Bewegungen und damit zu einem bedeutenden Stück Gegenöffentlichkeit in diesem Land werden lassen.

Dies festgehalten, soll in den folgenden Ausführungen allerdings nicht eine Revue dieser runden Geschichten präsentiert werden; statt dessen wird sich das Augenmerk auf einige im Umfeld der Arbeitsgruppe diskutierte und z.T. auch aus dem 90er Memorandum herauslesbare *Probleme und ungeklärte Fragen* an eine alternative wirtschaftspolitische Konzeption für die kommenden Jahre konzentrieren. Zu diesem Zweck ist es womöglich ganz hilfreich, auf den ersten Blick verhältnismäßig glatt erscheinende Argumentationen zunächst einmal ein wenig knirschen zu lassen, ohne alle damit offengelegten Reibungsverluste durch neue Sinnstiftungen gleich wieder aufheben zu können.

Drei ausgewählte Problemkreise, die mir wichtig erscheinen (keine Frage: es gibt noch mehr davon), sollen hier angesprochen werden:

Zum einen muß angesichts der immer bedrohlicheren Umweltprobleme das Verhältnis von ökologischen Umbauprogrammen und dem Primat der

Beschäftigungssicherung im Rahmen einer alternativen Wirtschaftspolitik m.E. neu durchdacht und korrigiert werden.

Zweitens hat angesichts des restlosen Zusammenbruchs der zentral gesteuerten Planwirtschaften im Osten Europas die Frage nach dem Verhältnis von Markteffizienz und gesellschaftlichen Regulierungserfordernissen auch für die Konzipierung wirtschaftspolitischer Alternativen neue Aktualität gewonnen.

Drittens schließlich haben politische Überhöhungen und Voluntarismus im Wirtschaftsmechanismus der osteuropäischen Länder ebenso wie gescheiterte Verstaatlichungsprogramme und weithin einflußlose Mitbestimmungsmodelle in Westeuropa die Bestimmung des Verhältnisses von ökologischem Umbau, ökonomischer Effizienz und demokratischer Partizipation als weithin ungeklärtes Problem auch einer alternativen Wirtschaftspolitik offenbart.

Ökologische Umbauprogramme und Primat der Beschäftigungssicherung

Luftverschmutzung und Waldsterben, Bodenbelastung und Wasserverschmutzung, Müllberge und ungeklärte Entsorgungsprobleme, Ozonloch, Treibhauseffekt und die Verschiebung der Klimazonen - dies sind die Stichworte einer beschleunigten Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, die schon heute nicht mehr regional oder stofflich begrenzt, sondern in globale Dimensionen hineingewachsen ist. Der ökologische Kollaps des Planeten ist zu einer denkbaren Perspektive geworden; ein (wenn überhaupt noch wirksames) Gegensteuern läßt sich in den Industrieländern als den Hauptverursachern dieser Entwicklung wohl nur noch über schnelle und drastische Korrekturen ihrer ökonomischen und konsumtiven Grundstrukturen realisieren. Dieser Kerngedanke hat sich in der Bundesrepublik zuerst im Konzept der Grünen für einen ökologischen Umbau der Industriegesellschaft politisch niedergeschlagen.

Die Memo-Gruppe hat diesen Schritt wenn auch nicht Ökologie und Beschäftigung mitinitiiert, so doch in den letzten Jahren sukzessive nachvollzogen und zu seiner ökonomischen Fundierung beigetragen. Nachdem bis weit in die 80er Jahre hinein die Ausarbeitung von Programmen zur Wiederherstellung und Sicherung der Vollbeschäftigung unumstritten im Zentrum ihrer Alternativen gestanden hatte, erweiterte die Gruppe ihre Konzeption in jüngster Zeit schrittweise auf Maßnahmen zur Bekämpfung der Umweltzerstörung - zunächst durch die immer stärkere Gewichtung ökologischer Forderungen im Rahmen ihrer Beschäftigungsprogramme, in diesem Jahr durch die Vorstellung erster Konturen eines eigenständigen ökologisch-sozialen Umbauprogramms für

die BRD. Mittlerweile werden Beschäftigungssicherung und Umweltschutz als gleichrangige Hauptziele einer alternativen Wirtschaftspolitik begriffen. "Umwelt- und Beschäftigungsziele sollten gleichrangig verfolgt werden," heißt es dazu im Memo '90, und: "Wenn durch Umweltschutz Arbeitsplätze abgebaut werden, müssen mit gleicher politischer Priorität Ersatzarbeitsplätze geschaffen und eventuell Überbrückungsmaßnahmen vorgesehen werden." (167)

Das ist für am Umweltschutz orientierte Einzelmaßnahmen sicherlich eine ganz brauchbare Faustregel. Wenn etwa durch die (notwendige und nicht durch noch so gute Arbeitsplatzargumente aufschiebbare) Schließung von umweltgefährdenden Betrieben oder Kraftwerken Arbeitsplätze verlorengehen, so dürften sie über (regionale) Beschäftigungsprogramme und Überbrückungsmaßnahmen relativ leicht zu kompensieren sein. Was aber, wenn sich die beiden Ziele im Rahmen größerer Umbaukonzepte zu beißen beginnen? Greifen wir drei zentrale Bereiche heraus: Die Energieversorgung, das Verkehrssystem und die Chemieproduktion. Ein ökologischer Umbau dieser Schlüsselsektoren, der ja zu Recht gefordert wird, tangiert direkt und mittelbar Millionen von Arbeitsplätzen. Schon im Umfeld der Automobilindustrie sind, rechnet man Zulieferer, Tankstellen und Mineralölunternehmen, Werkstätten, Autohäuser, Straßenbauunternehmen, Straßenverkehrsämter, Polizei usw. hinzu, mehrere Millionen Menschen tätig. Es ist nicht auszuschließen (m.E. sogar wahrscheinlich), daß im Zuge des Umbaus und der Neustrukturierung dieser Sektoren zumindest für eine Übergangsphase größere Beschäftigungsprobleme auftreten, die dann nicht mehr so ohne weiteres kompensierbar sind.

Die alternative Wirtschaftspolitik stößt hier an ein Dilemma, daß durch einen halben Paradigmenwechsel allein nicht aufzulösen ist: Die Dramatik der Umweltprobleme verlangt nach größeren Umbauprogrammen für Kernbereiche der industriellen Produktion, deren Beschäftigungswirkungen allerdings noch weithin unklar sind und im Zweifelsfall durchaus negativ sein können. Wird der ökologische Umbau als gesamtwirtschaftliches Restrukturierungsprojekt (und nicht nur als partielle Flickschusterei) ernst genommen, dann läßt sich dem zwar die Forderung einer umfassenden sozialen Flankierung der auftretenden Beschäftigungsprobleme durch die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen, Umschulungsmaßnahmen, Arbeitszeitverkürzung, etc. beordnen, das Vollbeschäftigungsziel allerdings schon nicht mehr mit gleicher Priorität verfolgen. Dreh- und Angelpunkt des wirtschaftspolitischen Alternativkonzepts müßte dann der ökologische Umbau werden, der im Zweifelsfall auch unter Inkaufnahme zeitweilig größerer Arbeitslosigkeit (freilich bei Ausschöpfung aller Möglichkeiten der Beschäftigungssicherung und sozialen Abfederung) durchzuführen wäre. Dies wäre der konsequente Übergang vom Beschäftigungsprogramm

mit ökologischer Ausrichtung zum Umbauprogramm mit einer starken beschäftigungspolitischen Komponente. Die neue Formel hieße dann nicht "Gleichrangigkeit von Umwelt- und Beschäftigungszielen", sondern ehrlicherweise "Ökologischer Umbau bei möglichst weitgehender Sicherung der Beschäftigung".

Markteffizienz und gesellschaftliche Regulierungserfordernisse

Im Sog des Bankrotts der osteuropäischen Planwirtschaften und insbesondere des DDR-Zusammenbruchs ist die begriffliche Verknüpfung von Marktwirtschaft, Effizienz und ökonomischer Rationalität zu neuen Ehren gekommen - größtenteils als konservative Erfolgsformel von hoher ideologischer Qualität, teils aber auch als Thema einer neuen Nachdenklichkeit fortschrittlicher Ökonom(inn)en. Die für eine alternative Wirtschaftspolitik konstitutive *Frage nach dem Verhältnis von Wettbewerb, Konkurrenz und Marktregulierung auf der einen sowie regulierender Intervention und Vergesellschaftung auf der anderen Seite* ist damit neu aufgeworfen - und dies ist nicht nur angesichts der Negierung ökonomischer Rationalität und Effizienz durch politische Überhöhungen und voluntaristische Entscheidungen im staatlich-zentralisierten Wirtschaftsmechanismus der DDR, sondern auch mit Blick auf Formen des Staatsversagens in der Bundesrepublik (z.B. in der Verkehrs-, Energie- oder Wirtschaftsstrukturpolitik) völlig zu Recht.

Im Memo '90 finden sich (v.a. im Abschnitt über "Grundsätze alternativer Wirtschaftspolitik", 143ff) dazu eine Reihe von Anregungen, die - bei aller Markt- und Wettbewerbskritik im einzelnen - im Kern darauf hinauslaufen, Wettbewerb, Konkurrenz und funktionsfähige Märkte zum grundlegenden ökonomischen Gestaltungsprinzip der Gesellschaft zu erheben, dem allerdings erst durch das Komplement und Korrektiv eines modernen sozialen, ökologischen und demokratischen Interventionsstaates Geltung verschafft werden könne. Folgerichtig sind dann "in dem Maße weniger Staatsinterventionen erforderlich, wie sich die privaten Unternehmen selbst umwelt- und sozialverträglich verhalten und damit die Marktergebnisse gewissermaßen von innen verändern." (159) Fragen (die sich nicht nur aus dem vorliegenden Schrifttum, sondern auch aus den Diskussionen im Memo-Zusammenhang ergeben) schließen sich an: Werden mit einer solchen neuen Aufgabenverteilung zwischen Markt und Plan nicht (sozusagen im Gegenzug) die Allokationsfähigkeit und ökonomische Rationalität von Marktregulierung tendenziell überhöht und gesellschaftliche Regulierungserfordernisse, die über eine Ergänzung und Komplettierung des Marktgeschehens hinausweisen, unterschätzt? Und: Ist nicht gerade angesichts der großen Aufgabe eines ökologischen Umbaus der Gesellschaft sogar die Restrukturierung und Auf-

Markt statt Intervention?

wertung eines (keineswegs auf den Staat beschränkten) gesellschaftlichen Interventions- und Regulierungsnetzes vonnöten, das aktiv und gestaltend einen komplexen gesamtwirtschaftlichen Strukturwandel auf den Weg bringen kann?

Nehmen wir, da diese Diskussion als Prinzipienstreit eher unfruchtbar ist, als (allerdings durchaus verallgemeinerbares) Beispiel das Verkehrssystem und die Autoindustrie: Der Autoverkehr ist zu einem der größten Umweltzerstörer geworden, das darauf ausgerichtete Verkehrssystem steht kurz vor dem Kollaps, verkehrspolitische Alternativen sind über Jahrzehnte vernachlässigt worden - unter dem Strich ein Fall eklatanten Markt- und Staatsversagens. Alternative Wirtschaftspolitik, die den ökologisch-sozialen Umbau des Verkehrssystems und der Automobilindustrie anstrebt, müßte an beiden Ebenen ansetzen.

Einerseits läßt sich ein größeres Umbaukonzept für das Verkehrssystem und die Automobilindustrie, obgleich es weder gegen die großen Unternehmen der Branche durchgesetzt werden noch ohne deren ökonomische und technologische Kompetenz auskommen kann, über Marktprozesse allein oder hauptsächlich kaum realisieren. Dazu ist die Umsetzung einer Vielzahl von aufeinander abgestimmten Einzelmaßnahmen erforderlich, die wohl nur über eine deutliche Aufwertung der staatlichen Wirtschaftsregulierung denkbar ist. Die Maßnahmen müßten reichen von politischer Aufklärungsarbeit über die Gefahren und Alternativen des Autoverkehrs über Ge- und Verbote (z.B. Geschwindigkeitsbegrenzungen, Fahrverbot in Innenstädten, Rücknahmeverpflichtung der Konzerne für alte Autos), gezielte steuerpolitische Maßnahmen (z.B. Erhöhung der Mineralöl- und Kfz-Steuer) und Struktur- und Beschäftigungsprogramme für die Automobilbauregionen bis hin zu umfangreichen staatlichen Investitionen in alternative Verkehrssysteme und -strukturen (Förderung der Bahn, Ausbau der Nahverkehrssysteme). Alternative Wirtschaftspolitik sollte daher, wenn die Idee einer gesellschaftlichen Restrukturierung der Verkehrsinfrastruktur und der Autobranche (und um weniger handelt es sich ja nicht) realistisch sein soll, einestils m.E. für eine nachhaltige Einbindung und Steuerung der Marktprozesse rund um den Verkehr durch ein komplexes System staatlicher Wirtschaftsregulierung, in deren Zentrum ein großes Umbau- und Strukturprogramm stehen müßte, plädieren. Für andere Schlüssel-sektoren wie die Energiewirtschaft und die Chemieindustrie gilt dies ganz ähnlich.

Dieses Plädoyer für ein Festhalten an einem staatlichen Interventionsmodell, das mehr als nur begleitendes Beiwerk zum Marktgeschehen sein muß und statt dessen organisierend und strukturierend in den Wirtschaftsprozeß eingreift, löst andererseits natürlich noch nicht das Problem des Staatsversagens - immerhin ist die Fahrt in die verkehrspolitische (und auch die in die energiepolitische) Sackgasse unserer Tage von staatlicher

Politik aktiv mitbetrieben worden, der Staatseingriff also nicht an und für sich schon mit den Weihen höherer ökonomischer Rationalität ausgestattet. Wie aber, so wäre dann zu fragen, müßte eine vorausschauende staatliche Investitions(lenkungs)- und Strukturpolitik, die imstande wäre, den Umbau anzustoßen, ökonomisch effizient zu regulieren und zudem demokratisch kontrollierbar wäre, beschaffen sein?

Es geht also m.E. weniger um eine aus den Erfahrungen gescheiterter Vergesellschaftungsansätze abgeleitete Rücknahme und Begrenzung staatlicher Wirtschaftsaktivität als um den Versuch einer Neuformulierung des Staatseingriffs, der vor allem den Erfordernissen des ökologischen Umbaus gerecht zu werden vermag. Das neue Nachdenken über diese (alte) Frage scheint mir neben der Erarbeitung ökonomisch fundierter ökologischer Umbauprogramme die eigentliche Herausforderung einer alternativen Wirtschaftspolitik für die kommenden Jahre zu sein.

Ökologischer Umbau, ökonomische Effizienz und demokratische Partizipation

Ein solcher Versuch der Neuformulierung des Staatseingriffs ist nun keineswegs nur ein technisches Problem: welche ökonomischen Instrumente - Finanz- und Steuerpolitik, Investitionslenkung, Umbau- und Strukturprogramme, Vergesellschaftung etc. - werden wann, wie und wo am sinnvollsten eingesetzt und miteinander kombiniert. Mindestens ebenso interessant ist die Frage, ob und wie der ökonomische Gestaltungsprozeß über neue Formen politischer Beteiligung und Partizipation, die weit über das Zusammenspiel von Industrie, Regierung und Parteien hinausreichen, mitgeformt werden kann. Wäre die stärkere Beteiligung von Gewerkschaften, Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen an der Planung, Durchführung und Kontrolle ökologischer Umbau- und Strukturprogramme nicht ein denkbarer Ansatzpunkt für eine weitsichtigeren, effizienteren und korrekturfähigeren Wirtschaftspolitik - eine Art Frühwarn- und Kontrollsystem, das Fehlentwicklungen schneller erkennen und Umstrukturierungen früher einleiten hilft?

Nehmen wir abermals das Beispiel Auto und Verkehr: Ließe sich nicht eine gesellschaftliche Regulierungsstruktur des Umbaus denken, in der neben staatlichen und privatwirtschaftlichen Aktivitäten im klassischen Sinne etwa auch eine Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung bei der Umprofilierung der Autoproduktion, eine Beteiligung der zahlreichen (lokalen und überregionalen) Verkehrsinitiativen an der Neustrukturierung städtischer und regionaler Verkehrssysteme oder runde Tische zur Erarbeitung von Produktions- und Beschäftigungsalternativen für die Automobilregionen - ein Projekt, dessen Träger neben Kommunen und Landesregierungen, Gewerkschaften und Autokonzernen auch Bürgerinitiativen, For-

Neue Formen politischer Partizipation

schungs- und Ökoinstitute sein sollten - sinnvoll wäre? Oder würde dies im Gegenteil zur politischen Überformung der Ökonomie führen, Anpassungs- und Umstrukturierungsprozesse eher verzögern und blockieren?

Gefragt ist damit nach den Möglichkeiten und dem Lenkungspotential eines über den direkten Staatseingriff weit hinausreichenden komplexen Regulierungssystems, das nicht einfach als demokratischer Eigenläufer gedacht ist, sondern Impulse für die Effektivierung des Wirtschaftsmechanismus bieten soll. Im Memo '90 findet sich hierfür der m.E. ganz treffende Begriff des "sozialstaatlichen und ökologischen Regulierungsnetzwerkes, das je nach Markttypus und Problemlage unterschiedlich sein muß." (158) Wie aber müßten derartige Netzwerke organisiert werden, damit sie tatsächlich konstruktiven Einfluß auf den Wirtschaftsprozess nehmen können? Und schließlich: welche realen Möglichkeiten und Ansatzpunkte gibt es überhaupt für die Umsetzung dieses Anspruchs innerhalb der gegebenen politischen und ökonomischen Verhältnisse, die eine Ausweitung wirtschaftsdemokratischer Einflußnahmen so ohne weiteres ja nicht nahelegen?

Alles Fragen, die noch weithin ungeklärt sind, die jedoch - obwohl sie über die Erarbeitung wirtschaftspolitischer Alternativvorstellungen im engeren Sinne hinausweisen - im Zuge der Ausdifferenzierung ökologischer Umbauprogramme und im Rahmen eines Alternativkonzepts für die 90er Jahre unbedingt mitbedacht und weiterverfolgt werden sollten.

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum '90, Köln 1990. Alle Zitate sind aus dieser Veröffentlichung.

Stefan Isensee

Nachdenken über Produktivkraftentwicklung - jetzt?

Im Verlauf des Jahres 1990 und mit dem Näherrücken der deutschen Vereinigung und den Wahlen im Herbst oder Winter scheint die Bereitschaft zu theoretischer Diskussion, zu grundsätzlicher Besinnung auf gesellschaftspolitische Ziele und auf strategische Überlegungen, wie diese zu erreichen sind, geringer zu werden.

Zweifellos ist es richtig, in einer Situation, in der die politischen Ausgangsverhältnisse in der zukünftigen kapitalistischen deutschen Republik zusammengeklapft werden, alles zu tun, um linken und sozialistischen Kräften möglichst günstige Positionen für die kommenden sozialen und politischen Auseinandersetzungen zu sichern. Was ich aber kürzlich in einem Diskussionsbeitrag dazu las - und es scheint mir symptomatisch für solche Stimmungen zu sein -, nunmehr sollten sich "alle an die lebenswichtige, ganz gewöhnliche Wahlarbeit machen", scheint mir eher die ganz gewöhnliche Flucht in ein altbewährtes Betätigungsmittel, stets angewendet bei politischer und ideologischer Ratlosigkeit, zu sein. Erstens ist derzeit nichts mehr "ganz gewöhnlich". Und zweitens birgt eine Konzentration praktisch ausschließlich auf die Organisationsfrage unter weitgehender Ausklammerung politischer und theoretischer Grundsatzdebatten, wie sie unter Hinweis auf den Sachzwang Zeitdruck immer wieder erfolgt, die Gefahr einer noch tieferen Konzeptionslosigkeit und Zersplitterung der Linken, wenn die Wahlen und der damit verbundene Rummel erst einmal vorüber sind.

Gescheitert sind ja nicht nur die Kommunisten. Nachdem klar geworden ist, daß der bisherige Sozialismus nicht bloß krisierenwert und verbesserungsbedürftig war, sondern schlicht und einfach keinen geschichtlichen Bestand hat, ist die Möglichkeit einer revolutionären gesellschaftlichen Veränderung des Kapitalismus in Frage gestellt. Dies Desaster zu erklären und realistische Wege zur Etablierung einer gerechteren Gesellschaftsordnung zu weisen, ist auch keiner der nichtkommunistischen marxistischen oder sozialistischen Ansätze zur Zeit imstande. Schließlich wurde der Niedergang der kommunistischen Bewegung erst besiegt durch die Herausbildung so neuer Entwicklungsbedingungen des modernen Kapitalismus, daß nicht nur die eingeschränkte Sichtweise des Marxismus-Leninismus, sondern die bisherigen theoretischen Ansätze des Marxismus überhaupt für seine Analyse nicht mehr ausreichen und einer bis in die Grundlagen reichenden Erneuerung bedürfen.

Immer wieder Menschheitsfragen?

Eine der Kernfragen ist meiner Auffassung nach die Beurteilung der "Menschheitsfragen". Die bisherige Auseinandersetzung mit diesem Begriff war unzulänglich. Teils wurde er als neues Zauberwort zur Ausflucht aus der ideologischen Misere begeistert aufgegriffen, teils als Inbegriff des Verrats am Primat der Klassenfrage denunziert. Etablierte Marxisten-Leninisten haben ihn rasch und wie üblich schulmäßig-umständlich in das überkommene Theoriegebäude eingepaßt.

Bis jetzt ist darüber viel zu sehr unter dem Gesichtspunkt einer im Sinne des "klassischen Marxismus" richtigen theoretischen Bestimmung des Verhältnisses von Menschheitsfragen und Klassenfragen und der richtigen Interpretation der Marxschen Begrifflichkeit diskutiert worden. Trotz drohender Gefahr der Vernichtung der Menschheit durch militärische Auseinandersetzungen oder durch die Zerstörung der natürlichen Umwelt sind die nötigen Konsequenzen für die theoretische Arbeit daraus noch nicht gezogen worden. Denn das würde bedeuten, nicht die Analyse von Begriffen, sondern die Analyse der realen Bedingungen, die zur Vernichtung der Menschheit führen können, und das Erarbeiten von Strategien zur Abwendung einer solchen Katastrophe zum Ausgangspunkt des Erkenntnisinteresses zu machen. Auch ein solcher Denkansatz wird an der Kritik des Kapitalismus als Hauptquelle der bestehenden Gefahren für die Menschheit nicht vorbeikommen, wird jedoch den Kopf für wirklich neue Erkenntnisse eher frei machen als eine Herangehensweise, die die drohenden Gefahren als einen im Prinzip nicht unerwarteten neuen Beweis für die schon immer bekannte und hinreichend analysierte Schlechtigkeit des Kapitalismus bzw. Imperialismus wertet und damit ad acta legt oder sie allenfalls dafür benutzt, die eigene Propaganda für die rasche Abschaffung des Kapitalismus um einige Schreckensbilder zu bereichern.

Der Rückgriff auf bewährtes theoretisches Gut der Sozialisten reicht schon deshalb nicht aus, weil bei Marx und Engels Menschheitsfragen etwas anderes waren als das, was heute im allgemeinen darunter verstanden wird. Ging es bei Marx um die geschichtliche Emanzipation der gesamten Menschheit, also um die Emanzipation auch der anderen, nicht so unmittelbar und vollkommen wie die Arbeiterklasse ausgebeuteten Schichten und letztlich auch um die Emanzipation der Bourgeoisie von ihrer unmenschlichen Rolle als Unterdrücker, als Herrschaftsausübende in einer Ausbeutergesellschaft, war es absolut folgerichtig, aus den bekannten theoretischen Überlegungen heraus die Emanzipation der Arbeiterklasse zur Voraussetzung und zum Maßstab der Emanzipation der Menschheit zu machen.

Beispielsweise die umweltzerstörerischen Auswirkungen des Kapitalismus - von Marx und Engels durchaus erkannt und gegeißelt - konnten vor einhundertfünfzig Jahren noch nicht als wirkliche Bedrohung der Fortexistenz

der Menschheit erkannt werden. Sie erschienen eben lediglich als eine weitere negative Auswirkung kapitalistischer Ausbeutungswirtschaft, die vor allem der Arbeiterklasse in den industriellen Ballungsräumen das Leben erschwerte, während die Bourgeoisie mit Hilfe des von ihr angeeigneten Reichtums ohne weiteres in der Lage war, diesen Problemen aus dem Weg zu gehen.

Obwohl wir solche Argumente auch jetzt noch gelegentlich hören, liegt doch auf der Hand, daß die Dialektik von ökologischer und sozialer Frage so simpel heute nicht mehr ist. Deswegen mögen Marxsche und Engelsche Bemerkungen zur Ökologie historisch interessant sein, können aber kaum die hinreichende theoretische Grundlage für strategisch wirksame Analysen zum Ende des zwanzigsten Jahrhunderts liefern.

Worum es geht: Die Produktivkraftentwicklung wurde von Marx und Engels als grundlegender Motor der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft in einem Stadium erkannt, in dem sie soeben den allerersten Beginn einer Entwicklungsstufe erreicht hatte, die die Grundlage einer im marxschen Sinne modernen - also einer beständig die eigenen Grundlagen revolutionierenden - Gesellschaft bilden konnte. Rund 150 Jahre später können wir auf eine reich entfaltete Geschichte moderner Produktivkraftentwicklung zurückblicken und im Detail analysieren, was Marx nur erahnen konnte. Trotz dieses reichen Analysematerials ist eine systematische Beschäftigung mit den Gesetzmäßigkeiten der Produktivkraftentwicklung von marxistischer Seite unterentwickelt geblieben.

Defizite marxistischer Produktivkraftanalyse

Qualität der Produktivkräfte verändert sich

In der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts hat sich die Qualität der Produktivkräfte und damit auch die Qualität ihrer Deformation durch ihre kapitalistische Ausprägung verändert. Heute haben wir es mit dem Beginn der weltweiten Durchsetzung eines neuen Produktivkrafttyps zu tun. Technisch ist er durch die komplexe industrielle Nutzung einer neuen Klasse von Naturgesetzen, vor allem aus dem Bereich der Chemie, Biologie, Atomphysik, Elektronik bestimmt. Es handelt sich um Informations- und Kommunikationstechnologien, Biotechnologien, Gentechnologie, Laser-, Plasma- und Strahlentechnik, Kernenergie usw. Ihre Anwendung erfordert eine neue Qualität des Einsatzes der Wissenschaft in der Produktion in Gestalt hochtechnologischer Arbeitsmittel, neuer Arbeitsgegenstände (z.B. wissenschaftsintensiv entwickelte Materialien und Werkstoffe wie Kunststoffe oder neuartige Keramik, Halbleiter usw.) sowie höher qualifizierte Arbeitskräfte.

Sozial ist dieser Produktivkrafttyp durch die tendenzielle Herausbildung einer neuen Stellung des Menschen in der Produktion einschließlich einer

zeitlichen und zum Teil auch räumlichen Entkopplung von Mensch und Maschine gekennzeichnet, die vor allem deshalb möglich wird, weil die Informationstechnologien geistige Funktionen des Menschen übernehmen. Ökonomisch ist dieser Produktivkrafttyp die materiell-technische Basis für eine neue Stufe der intensiv erweiterten Reproduktion und für neue Formen der Vergesellschaftung der Arbeit.

Zum ersten Mal hat es die Menschheit mit Produktivkräften globaler Wirkungskraft zu tun, die durch nie gekannte Produktivität und bisher nie erfahrene Destruktivität gekennzeichnet sind. Sie können einerseits als materielle Grundlage zur Lösung globaler Menschheitsprobleme genutzt werden, andererseits auch als Mittel der Selbstvernichtung der Menschheit durch einen die Erde vernichtenden Krieg oder durch die ökologische Katastrophe dienen.

Zwischen den dominierenden ökonomischen, politischen und geistigen Strukturen des Imperialismus, die im Interesse maximaler Kapitalverwertung Struktur und Ausrichtung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in destruktive Bahnen lenken, und der in zunehmendem Maße erforderlichen Beherrschung globaler Reproduktion und Entwicklung der Produktivkräfte entsteht ein Widerspruch, der zur existentiellen Bedrohung der Menschheit führt.

Die Entwicklungsgeschichte der letzten 200 Jahre war davon geprägt, daß in der Konkurrenz der Kapitale und im Kampf zwischen Lohnarbeit und Kapital nur überleben konnte, wer die ständige Revolutionierung der Produktivkräfte betrieb und technischen Fortschritt und ökonomisches Wachstum als Mittel der gegenseitigen Unterordnung und des Konkurrenzkampfes nutzte. Technischer Fortschritt entwickelte sich als Mittel des Kampfes gegen den Konkurrenten um Zeitgewinn, Absatzmärkte, Ressourcen und Kapitalanlagen und um die Perfektionierung der Ausbeutung der Arbeiterklasse sowie der kolonialen Ausbeutung.

Technischer Fortschritt und ökonomisches Wachstum waren in diesem Sinne als Mittel der Ausbeutung entstanden, als Mittel der Unterwerfung einer Klasse durch eine andere. Daraus resultiert bis heute die deformierte Ausrichtung von technischen und ökonomischen Innovationsprozessen. Fortschritt der einen Klasse war immer nur mit Unterwerfung, Rückschritt und verstärkter Ausbeutung der anderen Klasse verbunden.

Dazu kam in unserem Jahrhundert der Kampf um die Begrenzung bzw. Zurückdrängung sozialistischer Entwicklung, die Herausbildung neokolonialistischer Strukturen und unter diesen Bedingungen weltweiter Systemauseinandersetzung eine gewaltige Rüstung und damit verbunden eine Militarisierung von Natur- und Ingenieurwissenschaft sowie Technik, wie sie zuvor nie denkbar gewesen ist. Etwa seit der Mitte unseres Jahrhunderts - die erste Explosion einer Atombombe kann als Symbol dafür gelten -, stehen wir vor der neuen und ungeheuerlichen Tatsache, daß die global

wirkenden modernen Produktivkräfte zu Mitteln der Zerstörung aller werden können, wenn sie in der bisherigen Logik der Unterwerfung, Unterdrückung und Ausbeutung, wenn Sie in der Logik des Klassenkampfes entwickelt und genutzt werden. Diese Logik der Menschheitsentwicklung darf um den Preis des Untergangs nicht fortgesetzt werden. Die Beherrschung nicht nur der Anwendung, sondern auch der Entwicklung der Produktivkräfte ist zu einer Frage auf Leben und Tod geworden.

Notwendig ist die weltweite Entwicklung der Produktivkräfte auf ein nicht nur quantitativ höheres sondern vielerlei Hinsicht qualitativ neues, höheres Niveau:

1. in Hinsicht auf eine quantitativ höhere Produktivität,
2. auf eine nichtmilitärische friedliche,
3. auf eine ökologische,
4. auf eine den menschlichen Bedürfnissen am Produkt und am Arbeitsprozeß Rechnung tragenden Produktionsstruktur. Dazu gehört die Entwicklung einer die Gleichberechtigung der Geschlechter ermöglichenden Produktions- und Reproduktionsstruktur.

Dabei geht es letztlich um nichts anderes als die Aufhebung aller Ausbeutung: der des Menschen durch den Menschen, der der Frauen durch die Männer, der der Völker durch andere Völker und nicht zuletzt der der Natur durch den Menschen. Fortschritt muß in eine Richtung gehen, die die Bedingungen der umfassender Persönlichkeitsentwicklung gewährleistet (was übrigens allem Triumphgeschrei der Reaktion zum Trotz nichts anderes heißen kann als in Richtung Sozialismus). Ein solcher theoretischer Ansatz kann begründen, warum gerade jetzt Fragen wie die der Emanzipation der Frauen oder ökologische Fragen entscheidende strategische Qualität bekommen und sich bereits praktisch als hegemoniefähige Strömungen erweisen konnten. In vielen eher orthodoxen Versuchen linker Strategiefindung erscheinen diese Fragen eher aufgesetzt, als bloßes Zugeständnis an einen Trend, dem man sich nicht entziehen zu können glaubt.

**Zugeständnisse
an einen Trend?**

Produktivkraftentwicklung steuerbar?

Allerdings erscheint die Möglichkeit, eine qualitative Veränderung der Produktivkraftentwicklung durchzusetzen, fast utopisch, geht es doch nicht nur um einzelne technische Neuentwicklungen, sondern um wirkliche Alternativen zu komplexen Technologien bis hin zu einschneidenden Richtungsänderungen auch in der Entwicklung der Naturwissenschaft. Die Möglichkeit einer bewußten Veränderung oder Lenkung der Produktivkraftentwicklung wird vielfach bestritten.

E in *erstes* Argument lautet: Die Entwicklung der Wissenschaft und damit auch die technologische Entwicklung sei nicht beeinflussbar, folge inneren objektiven Gesetzen, es gebe sozusagen einen wissenschaftlichen Fortschritt an sich, der in einer immer größeren Erweiterung menschlicher Erkenntnisse besteht. Von einem konsequent historisch-materialistischen Standpunkt aus ist diese Position nicht haltbar. Wissenschaft und technologische Entwicklung sind Erscheinungen der menschlichen Gesellschaft, deswegen historisch, in der Geschichte Veränderungen unterworfen. Und wenn es nach Marx der springende Punkt der Emanzipation der Menschheit ist, die gesellschaftliche Entwicklung von ihrem spontanen Verlauf, nach Gesetzen, die sich hinter dem Rücken der Menschen unbemerkt durchsetzen, zu lösen und zu einer bewußten Gestaltung des Lebens, der gesellschaftlichen Bedingungen, der historischen Entwicklung der Gesellschaft überzugehen, so muß dies auch die Entwicklung der Wissenschaft, der Technologie, für die Entwicklung der Produktivkräfte gelten.

Gerade nichtmarxistische positivismuskritische Wissenschaftstheoretiker der Nachkriegszeit (Lakatos, Kuhn, Lorenzen, Feyerabend u.a.) haben zahlreiche Argumente und Anregungen dazu geliefert, die Entwicklung der Wissenschaft nicht aus einer objektiven, ihr selbst innewohnenden Gesetzmäßigkeit zu erklären, sondern aus einer Reihe unterschiedlichster sozialer, somit historisch bedingter Faktoren. Eine Erneuerung marxistischen Denkens ist nicht vorstellbar, ohne die großen Defizite der Forschung über Wissenschaftsentwicklung, über die nur wenige einzelne Marxisten systematisch gearbeitet haben, zu schließen und zu einer einigermaßen zusammenhängenden Erklärung dieser Kernfrage menschlicher Emanzipationsgeschichte zu gelangen.

E in *zweiter* Einwand besteht in der Annahme: Eine bewußte Veränderung der Produktivkraftentwicklung sei nicht möglich, weil der Stand der Produktivkräfte und der Wissenschaftsgeschichte Ergebnis der gesamten Menschheitsgeschichte sei und es keine denkbare alternative Wissenschaft und Technik geben könne. Nun ist der menschheitsgeschichtliche Charakter der Produktivkraftentwicklung nicht abzuleugnen, und dies Argument begründet, warum es im realen Sozialismus nicht möglich sein konnte, in einem Teil der Welt "ganz andere" technologische Konzepte zu praktizieren. Die Möglichkeit einer bewußten Veränderung des gesellschaftlichen Gefüges aus Wissenschaft, Produktivkräften und gesellschaftlicher Reproduktion ist damit nicht widerlegt. Natürlich ist dies ein menschheitsgeschichtlicher Vorgang, und gerade darauf kommt es eben an: Eine *neue Entwicklungslogik der Menschheit* einzuleiten.

Durchsetzungsmöglichkeiten einer neuen Entwicklungslogik

Zwei Gründe sprechen für die Möglichkeit der Durchsetzung einer Entwicklungstendenz in dieser Richtung.

Erstens. Profitgesetz und Konkurrenz im Kapitalismus mußten zwar bei spontaner Entwicklung gesetzmäßig zu den genannten Deformationen führen. Im staatsmonopolistischen Kapitalismus kann von einer spontanen Regulierung der Profitproduktion aber keine Rede mehr sein. Es verstärkt sich das politische Element im Durchsetzungsmechanismus der ökonomischen Gesetze. Entwicklungsvarianten werden möglich, die von gesellschaftlichen Interessen und Kräfteverhältnissen beeinflusst werden können.

Zweitens. Zwar stehen die genannten vier Momente der Produktivkraftentwicklung in einem widersprüchlichen Verhältnis zueinander und zum Teil im Widerspruch zu Interessen des Monopolkapitals oder Teilen des Monopolkapitals, z.B. die friedliche Entwicklung zu den Interessen des militärisch-industriellen Komplexes, eine ökologische zu derzeitigen Interessen der Energiekonzerne und der chemischen Industrie. Aber wir stehen vor einem differenzierten Widerspruchsgefüge. Die genannten Entwicklungsnotwendigkeiten stehen nicht durchweg im Widerspruch zu den Interessen des Monopolkapitals. Weite Teile des Monopolkapitals können nicht an der völligen Zerstörung der Grundlagen ihres Profitsystems durch einen Nuklearkrieg oder durch eine ökologische Katastrophe interessiert sein.

Schwierig scheint es jedoch derzeit, Vertrauen erweckende Aussagen über das Subjekt dieser notwendigen historischen Veränderungen und die Wege zu ihrer Durchsetzung zu machen. Die mit der Herausbildung des neuen Produktivkrafttyps sich vollziehenden Veränderungen der Sozialstruktur der Arbeiterklasse, der Intelligenz und aller anderen Schichten ist groß und in allen ihren Konsequenzen noch nicht überschaubar. Auch im subjektiven sozialen Verhalten ergeben sich durch die Veränderungen im Produktivkraftgefüge, aber auch durch die aktuellen politischen und gesellschaftlichen Veränderungen, die mit dem Zerfall des realen Sozialismus weltweit einhergehen werden, Prozesse der Verunsicherung und des Umdenkens, die in ihren Konsequenzen noch nicht abzuschätzen sind. Intensive theoretische und analytische Arbeit ist gefordert, um die Grundtendenzen dieser Veränderungen herauszuarbeiten, die möglichen Subjekte revolutionärer Gesellschaftsänderung zu bestimmen und daraus Elemente neuer gesellschaftsverändernder Strategien abzuleiten. Bis dies geleistet ist, können Fragen der Organisation, Fragen wer mit wem zusammen Parteien welchen Charakters bildet, zwar notwendige, aber im Charakter nur vorübergehende Lösungen bringen.

Bis dahin bleibt es in Anlehnung an das Kommunistische Manifest die praktische Aufgabe von Marxisten, jede reale gesellschaftliche Bewegung

im emanzipatorischen Sinn, gesamtgesellschaftlich oder auch nur in Teilbereichen, nach Kräften zu unterstützen und zu fördern, und zwar mit einer radikalen Vorbehaltlosigkeit, die nicht nur ehemalige Kommunisten sich erst noch aneignen müssen.

V o r s c h a u

Z - Nr. 4

erscheint im Dezember
mit dem Schwerpunktthema

Deutschland, die neue Hegemonialmacht?

vorgesehene Beiträge:

Weltwirtschaft und Dritte Welt

Deutschland in Europa

Weltökonomie und Nationalstaat

Neue Ostexpansion

Sozialreformismus und Nationalismus

Hinterhöfe im europäischen Haus

Abschied von der Imperialismustheorie?

Gert Hautsch

Umbau statt Systemveränderung?

Die Programme von SPD und Grünen zum ökologisch-sozialen Umbau der Industriegesellschaft

Überlegungen zu grundsätzlichen Umgestaltungen des (bundes)deutschen Kapitalismus stehen momentan nicht hoch im Kurs. Nach seinem Sieg im Kalten Krieg triumphiert das Kapital weltweit, und das deutsche ganz besonders. Wer will jetzt noch mit Systemveränderung nach sozialistischen Ideen daherkommen, wo die Menschen - und besonders die Arbeiter! - dort, wo sie 40 Jahre lang mit sozialistischem Anspruch regiert worden sind, so schnell wie möglich zum Kapitalismus zurückwollen?

Gewiß: Der realsozialistische Zugewinn wird für den BRD-Imperialismus¹ all jene Widersprüche noch zuspitzen, die er bisher schon nicht lösen konnte: Die Zahl der Arbeitslosen und der Menschen in Armut und Elend wird zunehmen, die Umweltprobleme werden noch größer werden, und es wird sich ein Problem stellen, das man hierzulande bisher nur aus Italien kennt: die Existenz einer allseits benachteiligten Zone innerhalb der eigenen Landesgrenzen. Objektiv wird der Bedarf an Alternativen zum bisherigen Entwicklungsweg steigen. Aber wird er es auch subjektiv? Wird ein nennenswerter Teil der Bevölkerung das auch so sehen und sich dafür engagieren?

Welche Folgen der Zusammenbruch des kommunistischen Politikkonzepts längerfristig haben wird, kann niemand vorhersagen. Aktuell ist im öffentlichen Bewußtsein jeder sozialistische - ja antikapitalistische - Denkansatz diskreditiert. Aber nicht nur dadurch ist die Linke direkt betroffen. Auch wer früher schon den realen Sozialismus ablehnte oder bekämpfte, hatte sich politisch auf ihn bezogen - vor allem deshalb, weil die Machthaber hierzulande die DDR mit dem gleichen Haß verfolgten wie der Inquisitor den Ketzer. Und weil die "Eigentumsfrage" doch irgendwie gelöst zu sein schien.

Der Umbau als Notwendigkeit

Der Inhalt dessen, was Sozialismus und sozialistische Orientierung sein können, muß neu diskutiert werden. Nichts darf als unumstößliche Gewißheit außen vor bleiben. Trotzdem können zwei Schlußfolgerungen schon gezogen werden:

- Eine gesellschaftliche Änderung in den Metropolen des Kapitals wird nicht von außen angestoßen werden - weder von der 3. Welt noch von

irgendeinem sozialistischen Modell-Land. Nur die Entwicklung der Widersprüche des Kapitalismus selbst wird diese Gesellschaftsformation beenden.

- Dieser Zeitpunkt ist nicht absehbar. Die Rettung der Grundlagen menschlicher Zivilisation kann aber nicht warten. Ergo: Wenn es nicht gelingt, durch Wandlungen des Kapitalismus eine andere, sozial und ökologisch verträglichere Entwicklungsvariante durchzusetzen, wird sich die Frage nach dem Sozialismus von selbst erledigen. Politische Alternativen der Linken werden sich - wenn sie politisch wirksam sein wollen - auf absehbarer Zeit im Rahmen des Kapitalismus bewegen müssen.

Da kann man sich dann natürlich fragen, ob es nicht besser wäre, gleich in den auf den Kapitalismus orientierten Parteien zu arbeiten: am besten in der SPD, oder - wenn davon Magengeschwüre befürchtet werden - bei den Grünen. Es lohnt sich jedenfalls, deren programmatische Vorstellungen genauer zu studieren. Immerhin haben beide Parteien Programme zum "Umbau" der bundesdeutschen Industriegesellschaft vorgelegt. Darin geht es erklärtermaßen um eine sozial gerechtere und ökologisch besser verträgliche Gesellschaft.²

Angesichts der Pleite des Sozialismus muß man schon prüfen, ob diese Ausarbeitung nicht mehr politische Relevanz und Gültigkeit besitzen als das, was zum gleichen Thema aus dem marxistisch-sozialistischen Spektrum heraus formuliert wurde.³

Von einem Umbauprogramm darf sinnvollerweise nur gesprochen werden, wenn es dabei um mehr geht als einzelne Reformen zur Bewältigung akuter Probleme. In sämtlichen Industriestaaten muß bei wesentlichen Funktionsbereichen der Volkswirtschaft und des gesellschaftlichen Überbaus eine dauerhafte Umorientierung stattfinden. Dabei geht es vor allem um drei Sektoren:

1. Den ökonomischen (Re)Produktionsprozeß: Überwindung von Massenarbeitslosigkeit und sozialem Elend, Beendigung umweltzerstörender Produkte und Produktionen, Beseitigung der Kriegsgefahr.
2. Die politischen Strukturen: Wiederbelebung der parlamentarischen Institutionen, Ausbau direkter Demokratie, Unterwerfung der Arbeitswelt unter die Prinzipien der Demokratie.
3. Die Lebensweise: Ende aller Diskriminierungen, Abbau sozialer Isolierung, kulturelle Bereicherung statt ideologischer Verdummung.

Die Ökonomie bleibt die Basis der Gesellschaft. Entscheidend dafür, wie konsequent eine soziale Alternative betrieben wird, ist, wie es gelingt, ökonomische Weichenstellungen zu ändern. Deshalb wird der Schwerpunkt der folgenden vergleichenden Betrachtung zu den Umbauprogrammen bei den wirtschaftlichen Aspekten liegen.

SPD: Der marktkonforme Umbau

Die Hauptorientierung der SPD ist schon im Grundsatzprogramm zu finden: "Ökologische Erneuerung wollen wir, wo immer möglich, nicht durch administrative Einzelentscheidungen, sondern durch politische Rahmensezung bewirken. Das ökologisch Schädliche muß teurer, das ökologisch Richtige ökonomisch vorteilhafter werden. Dazu dienen Abgaben und Steuern auf der einen, finanzielle Anreize auf der anderen Seite. Energie muß teurer werden. Wir brauchen wie bisher Gebote und Verbote, Grenzwerte und Genehmigungsvorbehalte ...".⁴

Was hier nur angedeutet ist, wird im Fortschritt '90-Bericht zum Programm: Dreh- und Angelpunkt des Umbaus soll die Energieproblematik sein. Ziel sozialdemokratischer Regierungspolitik wäre es demnach, den Energieverbrauch zu senken und die Energieproduktivität (Nutzungsfaktor der eingesetzten Energie) zu verbessern. Das hierzu in erster Linie vorgeschlagene Instrument ist zugleich das am meisten marktkonforme: die Verteuerung der Energie durch Änderungen der Tarifstruktur (linearer statt des derzeitigen degressiven Stromtarifs) und vor allem durch Steuererhöhungen für Benzin, Heizöl und Gas. Die Kfz-Steuer soll im Gegenzug abgeschafft und die Kilometerpauschale für Berufspendler in eine Entfernungspauschale umgewandelt werden.

Ziel des SPD-Programms ist eine Umorientierung der gesamten Steuerpolitik, um den sparsameren Umgang mit Energie zu fördern. Nicht beantwortet wird die Frage, was geschehen soll, wenn diese Maßnahmen wirken. Öko-Steuern tendieren von ihrer Logik her zu ihrer eigenen Aufhebung. Sie müssen deshalb unbedingt außerhalb der normalen Haushaltsdeckung erhoben werden (was juristisch nicht ganz unproblematisch wäre). Andernfalls hätte der Staat ein Interesse daran, daß die Steuern nicht allzusehr wirken, weil sonst seine Haushaltsplanung durcheinander käme.

Die Logik von Öko-Steuern

Die von der SPD vorgeschlagene Verteuerung etwa bei Kfz-Treibstoff (40 - 50 Pf. pro Liter) bleibt denn auch weit unter dem, was notwendig wäre, um die gesellschaftlichen Kosten des Autoverkehrs im Preis sichtbar zu machen (dann wäre ein Benzinpreis von ca. 6 DM pro Liter angemessen⁵). Der Benzinpreis würde nur wieder auf das Niveau in der ersten Hälfte der achtziger Jahre gebracht werden.

Die AG Fortschritt '90 schlägt außerdem "als Ausgleich" eine Senkung der Lohn- und Einkommensteuer vor. Das zeigt, daß die höhere Mineralölsteuer als normale fiskalische Einnahme behandelt wird. Deshalb wundert es schon, daß die o.g. Problematik nicht wenigstens angesprochen wird. Insgesamt scheint es schwer vorstellbar, daß mit diesen Maßnahmen allein jene energiepolitische Tendenzwende bewirkt werden kann, die ökologisch notwendig (und technisch möglich) ist und von der SPD als Ziel formuliert wird.

Doch selbst wenn der Energieverbrauch im gewünschten Ausmaß gesenkt werden könnte - die Frage nach dem Wie der Energieerzeugung ist damit noch nicht beantwortet (Atomstrom, Kohlestrom, Alternative Energieerzeugung). Ebensovienig geht die SPD-Programmatik auf tieferliegende Fragestellungen ein, die eine Antwort wert wären:

- Auch eine starke Verringerung von Kraftstoffverbrauch und Schadstoffausstoß bei Autos würde die verfahrenere Verkehrssituation nicht lösen. Ziel muß die Verringerung des Kfz-Bestandes sein.
- In Energiesektor gibt es ökonomische Strukturen, die ein Interesse an Energievergeudung erzeugen (z.B. die betriebliche Einheit von Stromerzeugung und -verteilung). Ist eine echte Umorientierung überhaupt denkbar, ohne daß hier ein Wandel erfolgt?

Eine politische Lösung mit den von der SPD bevorzugten marktkonformen Mitteln ist schwer vorstellbar. Ein Programm, das den "ökologischen Umbau der Industriegesellschaft" (so der Titel des zentralen Abschnitts II) für sich beansprucht, darf solche Probleme ignorieren.

Grüne: Der Staat soll's richten

Beim Programm der Grünen für eine energiepolitische Wende⁶ spielen - ebenso wie bei ihren anderen wirtschaftlichen Reformplänen - die marktkonformen Instrumente eine untergeordnete Rolle. Zentrale Instanz für die Durchsetzung einer neuen Politik ist der Staat. Er soll erzwingen, daß maximal Energie eingespart, alternative Energieversorgungsarten entwickelt und die heimischen Energiequellen umweltschonend genutzt werden. Die Forderung nach Ausstieg aus der Atomenergie versteht sich (anders als bei der SPD) von selbst.

Um ihre Ziele durchzusetzen, schlagen die Grünen eine Anzahl von administrativen und ökonomischen Maßnahmen vor, u.a.:

- Entgiftung der Kohlekraftwerke
- Abwärmennutzung bei der Stromerzeugung
- Förderung der Wärmedämmung und von sparsamen Geräten
- Verbot von Elektroheizungen
- Förderprogramm für erneuerbare Energien
- Progressiver (nicht linearer, wie bei der SPD) Stromtarif
- Verteuerung von Kfz-Treibstoff (50 Pf. pro Liter wie die SPD).

Damit könnte eine Entwicklung eingeleitet werden, in deren Ergebnis ein grundsätzlich veränderter Umgang mit Energie steht. Vorausgesetzt, es wird erstens so beschlossen und zweitens so gemacht.

Spätestens an dieser Stelle - und das gilt gleichartig für andere Schritte zum Umbau der Wirtschaft - kommen die beteiligten Interessen ins Spiel.

Sie wurden oben schon angedeutet: Die Automobil- und die Mineralölindustrie z.B. werden sich gegen jede Diskriminierung des motorisierten Individualverkehrs wehren, die Stromkonzerne werden den degressiven Tarif verteidigen, die Elektroindustrie ein Verbot von E-Heizungen bekämpfen usw.

Die SPD greift diese Problematik nur in ganz allgemeiner Form auf.⁷ Angesichts der Erfahrungen, die mit sozialdemokratischer Politik in diesem Jahrhundert gemacht worden sind, darf auch bezweifelt werden, daß diese Partei von sich aus - ohne massiven Druck von unten - bereit und in der Lage wäre, sich mit monopolistischen Interessen ernsthaft anzulegen. Insofern ist die marktkonforme Auslegung des Fortschritt '90-Papiers nur ehrlich.

Erfahrungen mit sozialdemokratischer Politik

Die Grünen erkennen die Problematik schärfer und fordern auch strukturelle Eingriffe zur Durchsetzung einer Wende in der Energiepolitik:

- Trennung von Stromerzeugung und -verteilung, d.h. Entflechtung von Energiekonzernen wie VEW, Preußenelektra u.a.
- Lösung der Gemeindefinanzen von der Anbindung an die Profite der kommunalen Energieversorgungsunternehmen. Heute erzeugt diese Situation oft ein starkes Interesse der Kommunen an einer sozial und ökologisch schädlichen Geschäftspolitik der Stadtwerke (z.B. bei Stromtarifen).
- Ausbau der Bürger- und Betroffenenrechte zur besseren Kontrolle und zur Steigerung des politischen Drucks für eine Wende.

An dieser Auflistung im grünen Umbauprogramm stört die Tatsache, daß solch schwerwiegende Eingriffe direkt neben vergleichsweise leicht zu verwirklichenden Einzelmaßnahmen genannt werden. Dem Gewicht derartiger Forderungen entspricht das nicht. Die Entflechtung der Energiekonzerne z.B. wäre ein schwerer Angriff auf ein Machtzentrum des Monopolkapitals. Jeder Versuch dazu würde nicht nur den Widerstand der betroffenen Konzerne hervorrufen, sondern die gesamte herrschende Klasse mobilisieren. Ohne eine entsprechende Gegenmobilisierung der Bevölkerung hätte ein solches Vorhaben keine Chance.

Umbau: Mit wem und gegen wen?

Die Problematik ökonomischer Interessen in der Gesellschaft soll nicht ausgebreitet werden. Vermutlich war manches von dem, was Marxisten in der Vergangenheit hierzu geschrieben haben, zu simpel formuliert und in den Konsequenzen zu kurz geschlossen. Aber um eine Auseinandersetzung damit wird kein "Umbau" herumkommen - spätestens wenn der Schritt vom Programm zur praktischen Politik gegangen wird.

Das gilt erst recht bei den weitergehenden Vorhaben. Bisher stand in diesem Aufsatz nur die Energiepolitik im Mittelpunkt der Betrachtung. Aber selbst die erfolgreiche energiepolitische Wende würde für sich genommen noch längst keine Richtungsänderung der ökonomisch-politischen Entwicklung bedeuten:

1. Aus politischen, moralischen und wirtschaftlichen Gründen ist eine radikale Abrüstung nötig. Das betrifft Umfang und Ausrüstung der Streitkräfte, genauso aber die Einstellung der Entwicklung und Herstellung neuer Waffensysteme und verwandter Bereiche (Raumfahrt). In diesem Punkt stimmen SPD und Grüne weitgehend überein (zur Raumfahrt äußert sich die SPD nicht, die Grünen nur nebenbei).

2. Die Erfordernisse eines konsequenten Umweltschutzes erfordern für zentrale Bereiche der Volkswirtschaft einschneidende Veränderungen. Das betrifft die chemische Industrie, von deren Produktionslinien ein großer Teil verboten oder mit schwerwiegenden Auflagen versehen werden muß. Betroffen ist ebenso die Automobilindustrie: Ohne eine wesentliche Verringerung des Fahrzeugbestands (weltweit!) wird es weder eine Rettung der Atmosphäre geben, noch werden unsere (dagegen fast schon wieder verblassenden) nationalen Verkehrsprobleme lösbar sein. Auch in allen anderen Industriezweigen werden derzeit z.T. Produktionsmethoden angewandt, die aufgegeben oder zumindest radikal eingeschränkt werden müssen.

Diese Problematik wird in den beiden Umbauprogrammen angesprochen. Die SPD legt dabei den Schwerpunkt - wie gehabt - auf fiskalische Abgaben ("Wer die Umwelt verschmutzt, wird zur Kasse gebeten"). Administrative Maßnahmen sollen nur ergänzend eingesetzt werden. Von der Einschränkung und Einstellung ganzer Produktionslinien ist nicht die Rede (außer bei FCKWs).

Anders die Grünen: Bei ihnen steht ein sofortiges Verbot diverser Produktionen im Programm. Desgleichen werden bessere Möglichkeiten zur Kontrolle durch den Staat, durch Bürger und Betroffene sowie die Beschäftigten verlangt.

Es bedarf keiner ausführlichen Begründung, daß derartige Eingriffe in die Produktionsstrukturen und in die Verfügungsgewalt des Kapitals eine Machtfrage sind, bei deren Austragung die herrschende Klasse sehr viel investieren würde. Im grünen Umbauprogramm ist davon allerdings nicht die Rede.

3. In der Landwirtschaft muß schnell zu gesünderen und ökologisch verträglicheren Anbauweisen und Viehhaltungsmethoden übergangen werden. Auch hierzu haben SPD (kursorisch S. 10.f.) und die Grünen (ausführlich S. 24 ff.) Aussagen formuliert. Beide äußern sich allerdings nicht zu den kapitalistischen Interessen, denen die derzeitige Agrarpolitik der Bundesregierung und der EG-Behörden entgegenkommt

(Chemie- und Landmaschinenindustrie, Banken, Agrarhandelsketten - und nicht zuletzt der Großgrundbesitz). Eine Systemänderung wird den Widerstand dieser Gruppen brechen müssen.

Wenn man ein vorläufiges Fazit aus der Lektüre der SPD- und Grünen-Umbauprogramme ziehen will, dann kann es folgendes sein: Beide sprechen die Problemfelder an, die von den sozialen Bewegungen thematisiert worden sind: Friedenspolitik, Frauendiskriminierung, Ökologie, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft werden zur Kenntnis genommen und zu bewältigen versucht.

Das SPD-Konzept verläßt sich im Prinzip auf die Mechanismen der kapitalistischen Modernisierung (Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft). Womöglich sieht man sich dort vor einer ähnlichen Aufgabe wie Mitte der sechziger Jahre. Damals verlangten die längerfristigen Interessen des Kapitals neue Orientierungen in der Außen- (v.a. Ost-), Bildungs- und Wirtschafts(Konjunktur-)politik, heute in der Energie-, Ökologie- und Weltwirtschaftspolitik.

Die damalige SPD-Strategie scheiterte, als sie Mitte der siebziger Jahre vor der Alternative stand, ihre Ziele aufgeben oder sich mit dem Monopolkapital anlegen zu müssen; sie tat ersteres und wurde deshalb bald als Regierungspartei überflüssig. Das Fortschritt '90-Programm zeigt, daß daraus keine Konsequenzen gezogen worden sind. Es fehlt eine Analyse sozialer Interessen und der gesellschaftlichen Kräfte, die für einen progressiven Kurs mobilisiert werden müßten. Deshalb darf von einer Regierung, die sich diesem Programm verpflichtet fühlt, nicht viel mehr als modernes kapitalistisches Krisenmanagement erwartet werden. Das wäre zwar - wie Anfang der siebziger Jahre auch - immer noch besser als ein CDU-Kurs. Angesichts der Dramatik, mit der die globalen Probleme eine Lösung verlangen, kann es aber keinesfalls genügen.

Die Grünen vertrauen nicht auf die kapitalistischen Mechanismen, sondern setzen auf die Hoheitsgewalt des Staates. Die Durchsetzungsbedingungen im Rahmen des politischen Systems werden aber nicht erörtert. Zu den ökonomischen Interessen, die in der Gesellschaft und in der staatlichen Politik wirksam sind, fehlt jede Analyse. Wie aber soll herausgefunden werden, welche sozialen Interessengruppen für eine progressive Politik dauerhaft zu gewinnen sind? Wie soll das Gewicht unterschiedlicher Interessen in der Gesellschaft erkannt werden?

**Die Grünen
und der Staat**

Auch den Grünen ist natürlich klar, daß entscheidende Widerstände gegen einen ökologischen Umbau im Unternehmerlager zu suchen sind, und daß es die Masse der Bevölkerung ist, die einen Kurswechsel durchdrücken muß. Sie führen allerdings nicht näher aus, weshalb das so ist. Das gesamte Programm durchzieht die Hoffnung auf die Vernunft. Für eine veränderte Verkehrspolitik z.B. wird nur eine Voraussetzung ausdrücklich genannt: ein "tiefgreifender Wertewandel" bei den Autofahrern (S. 103). Um der

Vernunft bessere Durchsetzungschancen zu bieten, fordern die Grünen eine weitreichende Demokratisierung in Wirtschaft und Politik.

Umbau als Reformalternative

Wenn man den Punkt suchen will, wo die Unterschiede zwischen dem Konzept der Reformalternative und den grünen/sozialdemokratischen Programmen am deutlichsten werden, dann ist es hier. Es geht um die Frage, ob die marxistische Klassenanalyse noch Gültigkeit hat.

Die Reformalternative geht davon aus, daß das Kapital, vorrangig das Groß-(Monopol?-)kapital strukturell dominierend ist und seine Interessen über die Politik des Staates durchsetzen kann. Dabei geht es nicht darum, auf Begriffen zu reiten. In vielen konkreten Punkten gibt es Einigkeit vor allem mit dem grünen Programm. Die Unterschiede werden insbesondere an zwei Bereichen deutlich, die auch bei den Grünen unterbelichtet bleiben: 1. Die Rolle des öffentlichen Sektors in der Volkswirtschaft, 2. die außenwirtschaftliche Orientierung des BRD-Kapitals.

Wenn die Reformalternative eine Aufwertung des öffentlichen Sektors befürwortet, dann geht es nicht vorrangig darum, die Zahl der öffentlichen Unternehmen oder deren Umfang zu steigern (von einzelnen Ausnahmen, Rüstungsbetrieben oder Banken, abgesehen). Der öffentliche Sektor soll gemeinwirtschaftlich ausgerichtet und als Hebel zur Durchsetzung eines alternativen ökonomischen Entwicklungsweges genutzt werden.

Diese Orientierung mag nach dem Bankrott des realen Sozialismus manchem anrühlich vorkommen. Die dortigen Erfahrungen (wie auch unsere eigenen mit öffentlichen Unternehmen in der BRD) haben in der Tat gezeigt, daß es derzeit wohl kein ökonomisches Konzept gibt, das es mit dem Profitmechanismus an ökonomischer Effizienz aufnehmen kann - so bitter diese Erkenntnis auch ist. Aber darum geht es bei der Rolle des öffentlichen Sektors nicht. Es sollen Kommandohöhen der Volkswirtschaft besetzt und genutzt werden, um Blockaden gegen einen ökologisch-sozialen Umbau der Wirtschaft zu überwinden und bessere Entwicklungsbedingungen für einen neuen Kurs zu schaffen (z.B. auch weitergehende Planungsmöglichkeiten).

Außenwirtschaftlich ist das (west)deutsche Monopolkapital seit den fünfziger Jahren in der Offensive. Fast jedes Jahr werden gigantische Außenhandels- und Leistungsbilanzüberschüsse erzielt. Das führt zwar zu einer "starken" D-Mark und zu einem Übergewicht der hiesigen Konzerne in anderen Ländern, hat aber auch derartige Folgen: Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen werden noch labiler und ungerechter, und im Inland werden inflationäre Tendenzen gefördert. Jährlich werden zig Milliarden Kapital ins Ausland verlagert, anstatt sie im Inland zu investieren.

Die Antwort darauf kann kein Rückzug von den Weltmärkten sein. Auch läßt sich die internationale Verflechtung der kapitalistischen Volkswirtschaften nicht zurückdrehen, ebensowenig wie die EG-Integration. Nötig ist aber, daß die außenwirtschaftlichen Beziehungen von der ausschließlichen Orientierung an den Profitinteressen der Monopole gelöst werden. Das kann z.B. bedeuten:

Außen- und Binnenwirtschaft

- Im Vordergrund der Außenwirtschaftspolitik hat die harmonische Entwicklung der binnenwirtschaftlichen Strukturen zu stehen (z.B. Stärkung deutscher Produktionsstätten statt Erwerb ausländischer).
- Abbau der Exportabhängigkeit einzelner Branchen (besonders Automobil- und Maschinenbau) durch Umbau des Produktionsapparats in Richtung Befriedigung inländischer Bedürfnisse (etwa den Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel).
- Die BRD hat einen großen Beitrag zur Lösung globaler ökonomischer Probleme zu leisten, z.B. durch Schuldenstreichung für Entwicklungsländer, gleichberechtigte Austauschbeziehungen usw.

Die weltweite Verflechtung des Monopolkapitals ist heute so weit getrieben, daß ein rein nationaler Umbau der Wirtschaft nicht möglich ist. Das haben schon die zaghaften Schritte der französischen Linksunion gezeigt. Das zeigt aber nur die Wichtigkeit dieses Bereichs für eine alternative ökonomische Politik. Von Deutschland als der wirtschaftlich dominierenden Nation in der EG wird viel abhängen. Zumindest muß die staatliche Förderung des monopolistischen Expansionskurses (durch die Wechselkurspolitik, Subventionen, Exportbürgschaften usw.) beendet werden. Internationale Initiativen für eine Kursänderung sind aufzugreifen (Stichwort: neues Weltwirtschaftssystem).

Die außenwirtschaftliche Offensive ist die strategische Orientierung des BRD-Imperialismus. Dementsprechend hängen viele scheinbar binnenwirtschaftliche Probleme damit zusammen (z.B. die Forschungs-, Zins- oder Verkehrspolitik). Schon deshalb ist ein Umbau der ökonomischen Basis ohne einen außenwirtschaftlichen Kurswechsel schwer vorstellbar.

1 Die Diskussion über die Gültigkeit der Leninschen Imperialismustheorie fängt gerade erst an - wenigstens bei denen, die sie bisher unterstützten. Einstweilen soll dem deutschen Kapital dieser Terminus noch erhalten bleiben.

2 Es ist hier die Rede von

- Umbau der Industriegesellschaft. Schritte zur Überwindung von Erwerbslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung. Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen, September 1986
- Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Parteitag der SPD, Dezember 1989
- Offensive für ein modernes Deutschland. Arbeitsbericht der Arbeitsgruppe Fortschritt '90 des SPD-Parteivorstands: Die ökologisch-soziale Marktwirtschaft, Frühjahr 1990.

3 Hier sind vor allem die Arbeiten zu nennen, die aus dem Erneuerer-Spektrum der DKP entstanden sind. An erster Stelle: Jörg Huffschmid und Heinz Jung, Reformalternative. Ein marxistisches Plädoyer, Frankfurt/M. 1988.

Schon seit längerem legt auch die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik in ihren jährlichen Memoranden "Alternativen der Wirtschaftspolitik" detaillierte Programme zum Umbau des BRD-Kapitalismus vor. Besonders bedeutsam sind die Memoranden von 1985 und 1990; Köln.

4 Grundsatzprogramm ..., a.a.O., S. 39.

5 Memorandum 1990, a.a.O., S. 212.

6 Umbau der Industriegesellschaft ..., a.a.O., S. 42 ff.

7 "Wir brauchen ein breites Reformbündnis mit möglichst vielen Gruppen und Kräften, weil wir den Widerstand derer zu überwinden haben, die alles zum Fortschritt erklären, was ihren Gewinnerwartungen, ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht zugute kommt. Gegen die Übermacht der wenigen hilft nur der gemeinsame Wille der vielen und die Aufklärung darüber, wie Sonderinteressen das Gemeinwohl verletzen." Grundsatzprogramm ..., a.a.O., S. 51. Die AG Fortschritt '90 äußert sich hierzu gar nicht.

PRV PRV PRV PRV PRV



301 S., DM 24,-

308 S., DM 24,-

208 S., DM 20,-

PapyRossa Verlag

Gottesweg 52, 5000 Köln 51
(0221) 3604144 und 361677

Heidi Knake-Werner

Feminisierung als Restposten der Reformalternative?

Thesen zu Reformalternative und Feminismus

Erste These. Das Verhältnis zwischen feministischer und marxistischer Theoriebildung bleibt kompliziert - dazu hat auch die Diskussion um die strategische Option der Reformalternative keinen Beitrag geleistet. Mit einigen Ausnahmen¹ überwiegen in der marxistischen wie in der im feministischen Diskussion immer noch Vereinseitigungen und Standpunktlogiken, so daß Marxistinnen leicht Beifall von der falschen Seite bekommen, ob sie nun die Defizite des Marxismus herausstreichen oder ihn gegen feministische Kritik in Schutz nehmen. Wer die defizitäre Lage des Marxismus in der Frauenunterdrückungs- oder befreiungstheorie eingesteht, hat dabei leichteres Spiel, denn die schon lange nicht mehr originelle Feststellung verbindet sich mit dem allgegenwärtigen Zeitgeist. Schwieriger ist es, den wirklichen Erkenntnisinhalt zu verteidigen, den der Marxismus für die Frauenbefreiungstheorie gebracht hat, also auf jene Quellen zu verweisen, die die Klassiker als Vordenker eines radikalen Feminismus ausweisen können.

Unbestritten ist doch, daß es weder bei Marx und Engels, erst recht nicht bei Bebel und vereinzelt auch nicht bei Lenin an Zitierfähigem mangelt. Wer deshalb wie Hans J. Arendt feststellt: "Der Marxismus entwickelt dazu die reifsten und das Wesen der Frauenfrage wirklich treffenden Gedanken."² der scheint die Wahrheit auf seiner Seite zu haben. Wahr ist aber eben auch, daß die Aussagen der Klassiker zwar eine Theorie der Frauenbefreiung hätten begründen können³, der Marxismus hat sie aber dennoch bis heute nicht hervorgebracht. Was also bleibt zu tun?

Das Naheliegenste scheint zu sein, dort weiterzumachen, wo die Frauenbefreiungstheorie als Randgröße der Klassenbefreiung steckenblieb. Doch dagegen sprechen zwei unübersehbare Tatsachen. Zum einen hat die feministische Wissenschaft eine solche Fülle an theoretischem und empirischem Material zusammengetragen, daß nicht von den Klassikern, sondern von diesem die Realität widerspiegelndem Material auszugehen ist. Von den Klassikern wäre lediglich zu lernen, auf welche Weise sie in ihrer Zeit wissenschaftliche Ergebnisse zu befragen gewohnt waren. Zum zweiten hat die marxistische Diskussion der vergangenen Jahre eine völlig neue Sichtweise vom gesellschaftlichen Veränderungsprozeß in die Welt gesetzt, so daß auch hier nicht einfach da weitergemacht werden kann, wo der Marxismus einmal vor Generationen stehengeblieben ist.

Zweite These. Es hilft uns Marxistinnen auch nicht, gerade wenn wir aus der DKP kommen, auf früh erkannte Defizite und auch auf manch neue Einsichten in der jüngsten Vergangenheit zu verweisen. Die Ansätze zu einer modernen marxistischen Frauenbefreiungstheorie haben in den vergangenen Jahren darunter gelitten, daß jeder Schritt zur Erneuerung mit einer Vielzahl von Schritten zur theoretischen Absicherung, Rechtfertigung und Verteidigung gegenüber dem herrschenden Verständnis von Frauenbefreiung im orthodoxen Marxismus verbunden war. Ganz zu schweigen von den politisch praktischen Hürden, die etwa in der DKP zu überwinden waren, ehe solche Forderungen wie die Quotierung den Geruch des Revisionismus auch nur halbwegs abschütteln konnten. Vieles, was wir begonnen haben zu denken, mußte Stückwerk bleiben.

Eine marxistische Frauenbefreiungstheorie dürfte sich nicht in erster Linie die Aufgabe stellen, "Defizite" innerhalb eines scheinbar geschlossenen Theoriegebäudes zu beheben. Die Unterdrückung und Befreiung der Frau ist eine menschheitsgeschichtliche Angelegenheit, formationsübergreifend und materialistisch anders, als nur mit Klassenbegriffen zu untersuchen.

Dritte These. Die Konzeption der Reformalternative, oder besser die gesamten neueren Überlegungen der MarxistInnen zum gesellschaftlichen Transformationsprozeß, streifen das Problem der Frauenbefreiung nur am Rande. Dabei ist nicht entscheidend, daß dieser Frage in der "Reformalternative" von Jung/Huffschmid⁴ nur ein paar Seiten gewidmet sind, wichtiger ist, daß die Feminisierung dort nicht zu den globalen Herausforderungen unserer Zeit gerechnet wird.

Trotzdem birgt das Konzept der Reformalternative Kerngedanken in sich, die zur Weiterführung in der Feminisierungsdebatte herausfordern. Grundlegend für das von Jung/Huffschmid formulierte Plädoyer für eine Reformalternative scheinen mir die bereits von Dieter Klein⁵ entwickelten Vorstellungen von einer kapitalistischen Entwicklungsvariante zu sein, mit der lebenssichernde, sozial und ökologisch verträglichere oder auf globalen Ausgleich gerichtete Proportionen des Kapitalismus erkämpft werden können. Ob es um die Ächtung des Krieges, die Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution oder um die anderen in diesem Zusammenhang diskutierten globalen Probleme geht, immer stehen Lösungen für menschheitsgeschichtliche Entwicklungstendenzen zur Diskussion, die nicht erst durch den Kapitalismus in die Welt gesetzt wurden, wengleich er sie bis an den Rand des zivilisatorischen Untergangs vertieft hat. Immer geht es um Veränderungen im Lebensprozeß der modernen Gesellschaften, die zwar durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse bestimmt, aber von diesem nicht in unausweichlicher Notwendigkeit gebraucht werden.

Auch die Unterdrückung und Ausbeutung der Frau ist ein gesellschaftlicher Tatbestand, von menschheitsgeschichtlicher Bedeutung, der einerseits

zwar durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse vertieft und auf die Spitze getrieben wird, der aber andererseits nicht unlösbar mit seiner Existenz verbunden ist. In der "Reformalternative" heißt es dazu: "Patriarchalische Verhältnisse werden zwar durch kapitalistische Gesellschaftsstrukturen spezifisch ausgeprägt und sind für sie in hohem Maße funktional, lassen sich aber nicht auf diese zurückführen."⁶ Die Frauenunterdrückung ist nicht anders als der Krieg, der Rassismus oder das gestörte Mensch-Natur-Verhältnis ein vom Kapitalismus ererbtes Menschheitsverbrechen. Leider zeigt die Geschichte, daß die formale Beseitigung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse diesen Verbrechen noch kein Ende setzt.

Auf der anderen Seite - und das ist nach meiner Meinung ein entscheidender Gedanke der Reformalternative - wachsen innerhalb der modernen kapitalistischen Länder, und das immer unter der Voraussetzung eines gesellschaftlichen Druckpotentials, materielle und politische Möglichkeiten zur Überwindung historisch gewachsener Menschheitsprobleme heran, die momentan nirgendwo anders als in diesen Ländern gelöst werden können. Unter der Hülle noch-kapitalistischer Eigentumsverhältnisse ließen sich - in wenigen Ländern zwar und auch dort gebrochen durch kapitalistische Widersprüche - entscheidende gesellschaftliche Veränderungen durchsetzen, die über den Kapitalismus hinausweisen. Deshalb ist die Bewältigung vieler Problemlagen nicht nur innerhalb des Kapitalismus notwendig, weil der Menschheit keine Zeit bleibt, sie ist auch möglicher geworden, weil die Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus gewachsen ist. Die Überwindung des Kapitalismus beginnt im Kapitalismus und die Reformalternative stützt sich auf die Annahme eines Transformationsprozesses, der nicht mehr mechanisch in eine evolutionäre und eine revolutionäre Phase unterteilt werden kann. Ebenso wie die wissenschaftlich-technische Revolution im und nicht jenseits des Kapitalismus stattfindet, sind auch andere revolutionäre Veränderungen innerhalb der bestehenden Eigentumsverhältnisse denkbar. Wenn es zum Beispiel vorstellbar ist, daß der Krieg als Mittel kapitalistischer Politik überwunden werden kann, warum soll dann nicht auch die Befreiung der Frau in dieser Gesellschaftsformation möglich sein?

Wie bei der Ächtung des Krieges geht es bei der Frauenbefreiung nicht um die Überwindung eines kapitalistischen Übels, sondern um einen neuen Zustand der Menschheitsgeschichte. Und wie ein friedensfähiger oder ökologisch verträglicherer Kapitalismus einerseits Kapitalismus bleibt, andererseits durch diese Wandlung aber schon auf dem Weg in eine neue Zivilisationsetappe ist, wäre auch ein Kapitalismus ohne strukturelle Frauenunterdrückung ein neuer Zivilisationstyp.

Hat sich mensch erst einmal von der weder durch den Marxismus noch durch die reale Geschichte gedeckten Vorstellung befreit, daß die Revolution einer Gesellschaftsformation erst mit der Beseitigung ihrer Eigen-

**Die Überwindung
des Kapitalismus
beginnt im Kapi-
talismus**

tums- und Austauschverhältnisse beginnt, dann erscheint auch die Befreiung der Frau in einem neuen Licht. Sie ist dann nicht mehr die Folge, sondern unter Umständen sogar die Voraussetzung für die allmähliche Überwindung des Kapitalismus.

Das wirkliche Defizit der Reformalternative in Sachen Feminisierung besteht darin, die Strategie der Frauenbefreiung nicht als eine Hauptseite dieses Transformationsprozesses entwickelt zu haben.

Vierte These. Die strategische Grundlinie der Reformalternative konzentriert sich weniger auf abstrakte Zielmarken, wie etwa auf die Verstaatlichung der wichtigsten Produktionsmittel, Durchsetzung einer zentralen Planungsinstanz oder Eroberung der politischen Macht durch eine Klasse, sondern auf die Durchsetzung von bestimmten Entwicklungswegen, die Ausweitung von Demokratie und Partizipation und die Erhöhung individueller Handlungsfähigkeit. Demokratie etwa ist eben nicht mehr, wie die italienischen Kommunistinnen betonen, ein Weg zum Sozialismus, sondern ein sozialistischer Weg.

Demokratisierung, Partizipation von immer mehr Individuen bei der Bestimmung des gesellschaftlichen Entwicklungsweges und damit Entwicklung der Individualität, sind die allgemeinsten Ziele der Reformalternative, aus denen dann jeweils konkrete Schritte zu entwickeln sind. Es kommt wahrscheinlich darauf an, in diesem Zusammenhang der Frauenpolitik nicht einfach so etwas wie einen "angemessenen" Raum zuzuweisen, sondern überhaupt erst einmal eine strategische Frauenbefreiungstheorie zu formulieren, die sich nicht in konkreten Forderungen erschöpft, sondern den Stellenwert der Frauenbefreiung für diesen neuartigen, von der Reformalternative unterstellten Entwicklungsweg beschreibt.

Fünfte These. Die Ausbeutung von lebendiger Arbeit und natürlicher Lebensbedingungen, Entfremdung des Menschen von seinen Wesenskräften und ungezählte Unterdrückungstatbestände kennzeichnen den modernen Kapitalismus wie alle bisherigen Klassengesellschaften. In der Unterdrückung der Frau fallen all diese Merkmale zusammen. An ihr wird, ähnlich wie das Marx für die Arbeiterklasse formulierte, kein *besonderes Unrecht* verübt, sondern das *Unrecht schlechthin*.⁷ Alles was an der Lage der Frauen als strukturelles und historisch gewachsenes Unrecht kritisiert werden kann, findet sich auch in der Struktur der Gesellschaft. In ihrer Ausbeutung als Natur- und Arbeitskraft, ihrer Entfremdung vom eigenen Wesen und dem Zwang, die eigene Identität einer aufgezwungenen Individualitätsform zu unterwerfen, wie auch in den Grenzen ihrer Emanzipation spiegeln sich wie in einem Brennglas alle Gebrechen der Gesellschaft wider.

Aus dieser Lage heraus ergibt sich für Marxistinnen ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Kritik der Frauenunterdrückung und der Systemkritik, zwischen der Frauenbefreiungstheorie und dem Marxismus als

allgemeiner Theorie der Befreiung. Das ist nicht neu, neu ist die Frage nach der Art dieses Zusammenhangs. Oder konkreter gefragt: Hat die Emanzipation der Frau die Emanzipation eines umfassenderen historischen Subjekts, etwa der Arbeiterklasse zur Voraussetzung oder ist sie selbst eine Voraussetzung für die Emanzipation der Gesellschaft? Welchen Stellenwert hat die Überwindung des Patriarchats für die Überwindung des gegenwärtigen Zustandes der menschlichen Zivilisation und wie überwindet Frau das Patriarchat, ohne sich dabei auf die Wohltaten zu verlassen, die den Frauen schon immer als Folge aller Überwindungen versprochen wurden, die die bisherige Revolutionstheorie als Erstrangige bezeichnete?

Wahrscheinlich müssen wir als erstes darüber nachdenken, ob mit den Veränderungen des Transformationsprozesses, also **Die Vielfalt der Subjekte** mit der Ausbildung eines vielschichtigen Prozesses, in dem sich die Menschheit von ihren Fesseln befreit, nicht auch die Frage nach dem historischen Subjekt dieses Prozesses neu gestellt werden muß. So lange in der theoretischen Reflexion über diese historische Entwicklung die Arbeiterklasse eine Art Alleinvertretungsanspruch zugesprochen bekam, blieb Marxistinnen nichts anderes als die Befreiung der Frau der Emanzipation der Arbeiterklasse unter-, ein- oder zuzuordnen. Eine eigenständige Frauenbefreiungstheorie war so lange nicht zu entwickeln, so lange der Anfangs- und Endpunkt aller Strategie der Klassenkampf war.

Die Frauenunterdrückung ist nicht nur älter als der Kapitalismus, sie kann ihn wie sich gezeigt hat sogar überleben. Die Situation der Frauen in den ehemals sozialistischen Ländern und heute noch in der Sowjetunion unterstreicht dies nachdrücklich. Eine Sozialismuskonzeption, die schwerpunktmäßig von der Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse her entwickelt wird, ist zu eng für die grundlegende Veränderung der Lage der Frauen. Unterdrückungsverhältnisse von Männern über Frauen, begriffen als eigenständige Herrschaftskategorie, sprengen den Rahmen einer solchen Konzeption. Der Sündenfall des Privateigentums hat das Patriarchat zwar menschheitsgeschichtlich hervorgebracht, aber so lange die Menschheit nicht im kommunistischen Überfluß materieller und kultureller Güter lebt, sind seine Wurzeln tief im Alltag der Gesellschaft verankert, und diese saugen ihren Nährstoff aus den zahllosen, dem männlichen Teil der Menschheit historisch zugewachsenen Möglichkeiten, die eigene Notdürftigkeit zu lindern, in dem die Notdürftigkeit der weiblichen Existenz aufrechterhalten wird. Auch in den Ländern, die einen sozialistischen Entwicklungsweg genommen haben, hat sich die ursprüngliche natürliche Teilung der Arbeit in eine gesellschaftliche verfestigt. Die biologische Mutterschaft ist auch hier zu einer sozialen geworden mit all ihren diskriminierenden Folgen für die Frauen.

Wie bei allen anderen Unterdrückungs-, Ausbeutungs- und Entfremdungsformen tritt der Kapitalismus auch bei der Frauenunterdrückung le-

diglich die Rolle des historischen Erben an, der all die vorgefundenen Verhältnisse nach seinen Bedürfnissen zurechtmodellert. Die Frauenunterdrückung dient dem Kapitalismus zu vielfältigen Zwecken, aber er hat sie weder geschaffen noch ist er an ihre Existenz gebunden. So wie er gelernt hat, in seinen entwickelsten Zentren ohne Kinderarbeit zu leben, ist er auch ohne Leichtlohngruppen noch lebensfähig, kann er seine Zwecke mit Frauenförderplänen, Quotierungen und einem dichten Netz gesellschaftlicher Reproduktionsleistungen nicht schlechter, sondern häufig sogar noch besser erreichen als mit weiblicher Unterbezahlung, Unterqualifikation und Unterwerfung unter das Joch der Familie. Es gibt kein ökonomisches Gesetz, das die Frauenunterdrückung zur Voraussetzung hat, sondern die besondere Ausbeutung der Frau ist nur eine besondere Form der allgemeinen Gesetze des Kapitalismus.

Aus dieser Feststellung allein läßt sich die Forderung ableiten, die Befreiung der Frau auch unter der Hülle der kapitalistischen Produktionsverhältnisse voranzutreiben. Es verhält sich mit der Frauenbefreiung im Kapitalismus wie mit den anderen, weittragenden Variationen, die die Reformalternative für den Kapitalismus für möglich hält. Es sind Veränderungen, die bestimmte ökonomische Wirkungsmechanismen, nicht aber die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus ausser Kraft setzen.⁸

Zwangsläufig ergibt sich daraus natürlich die Frage, die auch bei anderen Zielvorstellungen der Reformalternative immer wieder aufgeworfen wird, wie und ob überhaupt der Kapitalismus noch zu überwinden sei, wenn so weitgesteckte Ziele in seinem Rahmen erreichbar sind.

Sechste These. Paradoxaerweise haben alle, dem Kapitalismus in der Vergangenheit abgetrotzten Reformen diesen sowohl lebenswerter als auch lebensfähiger gemacht. Der im Weltmaßstab modernste Kapitalismus scheint dem Sozialismus am entferntesten und doch ist er ihm am nächsten. Erst wenn mensch aufhört, den zivilisatorischen Fortschritt im Kapitalismus aus der Perspektive der enttäuschten Zusammenbruchshoffnungen zu sehen, wird der eigentliche Weg sozialistischer Politik deutlich: Sozialistische Politik realisiert sich nicht durch die Zerschlagung des Kapitalismus, sondern durch seine Gestaltung zu einer immer humaneren Existenzweise.

Die negativen Entwicklungstendenzen des Kapitalismus, so auch seine spezifische Form der Frauenunterdrückung, entspringen seinem Wesen und obwohl sie für ihn nicht überlebenswichtig sind, stützen sie doch seine Existenz. Das System der verschiedenen Formen von Ausbeutung, Unterdrückung und Entfremdung stabilisiert sich gegenseitig, begünstigt Elitenbildung und Herrschaftssicherung, schränkt die Handlungsfähigkeit der Subjekte ein und behindert damit die Handlungsfähigkeit aller Unterdrückten. Wie in der sozialistischen Perspektive die freie Entwicklung der Einzelnen Voraussetzung für die freie Entwicklung aller ist, bleibt in der kapitalistischen Logik die Entwicklungslosigkeit der Einzelnen ein Hauptgrund für

die Entwicklungslosigkeit des Ganzen. Wer die Transformation des Kapitalismus über ihn selbst hinaustreiben will, muß deshalb in erster Linie die Handlungsfähigkeit der Einzelnen wie die der unterdrückten Gruppen erhöhen. Demokratisierung, Partizipation und Gestaltung, dies als allgemeine Mittel der Transformation, sind unmöglich und bleiben selbst bei formaler Durchsetzung entsprechender Rechte leere Formen, wenn sie nicht von sich emanzipierenden Individuen getragen werden.

Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und nationale Borniertheit wirken insgesamt bremsend auf den gesellschaftlichen Fortschritt, weil der Gedanke der gesellschaftlichen Emanzipation nicht aufkeimen kann, wo Unterdrückung, Isolation und Ausgrenzung zu Strukturmerkmalen des Alltagsbewußtseins gehören. Doch die vielfältige Ausgrenzung, Entwicklungsbehinderung und Entfremdung der Frau als Objekt einer Männergesellschaft ist das größte Hindernis für die Entfaltung eines gesellschaftlichen Denkens, das die freie Entfaltung der Individuen und die Umstürzung aller Unterdrückungsverhältnisse zu seinem höchsten Wert erklärt.

Weil in der Lebensweise der Frauen alle Formen von Ausbeutung, Unterdrückung und Entfremdung zusammenfallen, ist ihre Existenzweise das verbreitetste konservative Moment in der Gesellschaft. Jede Frau oder jeder Mann, die als Opfer oder Täter am Fortbestand dieser Tatsachen beteiligt sind, die sich an die gewöhnliche Unterdrückung der Frau gewöhnt haben, werden auch andere Unterdrückungsformen nicht ungewöhnlich finden. Andererseits trägt gerade die Verwobenheit der Frauenunterdrückung mit allen gesellschaftlichen Ebenen dazu bei, daß von den Emanzipationsbestrebungen der Frauen ein aufrührerischer, auf Selbstbefreiung zielender Impuls ausgeht, der deshalb so ansteckend wirkt, weil er alle Individuen an ihre Entfremdung und Entwicklungsbehinderung erinnert. "Die Frauenbewegung wurde nicht erfunden, sie wurde gebraucht." Diese Feststellung der amerikanischen Feministin Catherine R. Shimpson⁹ gilt auch für die Bundesrepublik, denn es gibt wohl keine Bewegung in der Bundesrepublik, von der Friedens- über die Ökologie- bis zur Arbeiterbewegung, die in den vergangenen Jahren nicht von der Hartnäckigkeit ihrer bewegten Frauen profitiert hätte.

Eine marxistische Frauenbefreiungstheorie muß diese Rolle der sich befreienden Frauen als eigenständige Dynamik untersuchen, wenn sie Antworten darauf finden will, welches historische Subjekt die Transformation des Kapitalismus tragen kann.

Siebte These. Der Marxismus hat die Befreiung der Frau stets an ihre ökonomische Gleichstellung und an die Befreiung vom Joch der Familie geknüpft. Das ist und bleibt richtig, aber es beschreibt nur den letztendlichen Inhalt der Frauenbefreiung, nicht die Form unter der sie stattfindet und nicht den kulturellen, geistigen und soziopsychologischen Gesamtrahmen innerhalb dessen die ökonomische Gleichstellung erst re-

"Die Frauenbewegung wurde gebraucht"

alisiert werden kann. Viele Beispiele des einstmals real existierenden Sozialismus belegen, daß die ökonomische Gleichstellung selbst bei unterstützenden Reproduktionsleistungen der Gesellschaft ein uneinlösbarer Wechsel bleibt, wenn nicht wirklich alle Erscheinungen von Unterdrückung und Entfremdung beseitigt werden. Wenn Frauen ihre ökonomische Emanzipation nur unter der Voraussetzung erreichen können, daß sie die Individualitätsformen einer von Männern geprägten Gesellschaft realisieren, wenn sie die besseren Männer sein müssen, findet Frauenbefreiung durch bloße Anpassung, durch Vermännlichung statt.

Dennoch bleibt die Forderung nach ökonomischer Selbständigkeit der Frauen als zentrales Moment sozialistischer Politik allein schon deshalb richtig, weil sie die Chancen für die Ausweitung individueller Handlungsfähigkeit, für den Zugewinn an eigenständigen Gestaltungsspielräumen und sozialer Kompetenz, letztendlich einer Veränderung der Kultur der Geschlechterverhältnisse in sich birgt. Und nach wie vor ist es richtig, die Auflösung der Kleinfamilie als Unterdrückungs- und Zwangsverhältnis und Hort einer lust- und frauenfeindlichen Sexualmoral zu postulieren. Dieses Postulat bleibt nur gänzlich folgenlos, wenn nicht gleichzeitig hier und heute über Schritte zu einer humaneren Existenzweise in diesen Strukturen nachgedacht wird. Der Abbau domestizierender und die individuelle Entfaltungsmöglichkeit behindernder miesiger Kleinfamilienverhältnisse scheint mir denkbar, wenn sich Frauen ihrer Subjektkontrolle bewußt sind.

Der allgemeinste Begriff für Frauenbefreiung ist heute der Begriff der Feminisierung. Und so vieldeutig er auch noch sein mag, seine theoretische Bestimmung und politisch-praktische Ausfüllung gehört mit Sicherheit zum wichtigsten Restposten der Reformalternative.

Feminisierung scheint zunächst nur ein Gegenbegriff zu sein, eine abstrakte Negation aller objektiven und subjektiven Erscheinungen, die der menschlichen Gesellschaft seit Jahrtausenden durch das Patriarchat aufgezungen wurden. Undialektisch gesehen hieße dies nichts anderes als die eine durch eine andere Vereinseitigung zu ersetzen. Tatsächlich geht es jedoch nicht um die Zerschlagung all dessen was unter den Bedingungen des Patriarchats an männlich domestizierten Strukturen, Traditionen, Sichtweisen und Wertsystemen entstanden ist, sondern um die Aufhebung aller objektiven wie subjektiven Vereinseitigungen zugunsten einer ganzheitlichen Entwicklung, in der die Interessen, Lebenswelten, Wertsysteme und Deutungsmustern von Frauen überhaupt erst zur Geltung kommen können.

Arbeit, Produktivkraftentwicklung, Wissenschaft, Kultur und sogar die Reproduktion sind in Jahrtausenden patriarchalischer Herrschaft von den Interessen und Lebensweisen der Männer geprägt worden, und diese wiederum haben sich unter der Bedingung der Domestizierung des weiblichen Geschlechts geformt. Feminisierung heißt nicht mehr, aber eben auch nicht weniger, als alle gesellschaftlichen Tatbestände, alle geistigen, kul-

turellen und moralischen Traditionen darauf hin zu untersuchen, ob sie den Interessen der Frauen entsprechen, ihre Erfahrungswelt widerspiegeln und der Herausbildung einer menschheitsgeschichtlich neuen Kultur des Geschlechterverhältnisses nützen.

Achte These. Im strategischen Rahmen der Reformalternative ist die Entwicklung eines neuen, sowohl materiell als auch ideell abgesicherten Geschlechterverhältnisses als eine Hauptseite des allgemeinen Transformationsprozesses zu begreifen. Im Kampf gegen alles was Frauen benachteiligt, ihre Entwicklung behindert und sie von ihrer weiblichen Identität entfremdet wird nicht nur ein entscheidendes Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnis angegriffen, sondern auch eine Dynamik entfaltet, die der Formierung des historisch verändernden Subjekts dient. Die MarxistInnen müssen heute lernen, die Interessen und die Sichtweise der Frauen auf die gleiche Weise in alle gesellschaftlichen Bereiche hineinzutragen, wie dies bei der Entwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus für die Durchsetzung des Klassenstandpunktes notwendig war.

- 1 z.B. Tagung des IMSF "Klasse und Geschlecht" am 7./8.Sept. 1988 in Frankfurt und Materialband "Klasse und Gechlecht", IMSF, Frankfurt 1989.
- 2 Hans J.Arendt, Bedarf der Marxismus der "Ergänzung" durch den Feminismus?, in: Marxistische Blätter 9/89, S.94.
- 3 Dazu Clara Zetkin über Marx: "Gewiß: Marx hat sich nie mit der Frauenfrage 'an und für sich' und 'als solcher' beschäftigt. Trotzdem hat er Unersetzliches ...geleistet. Mit der materialistischen Geschichtsauffassung hat er uns zwar nicht fertige Formeln über die Frauenfrage, wohl aber besseres gegeben: die richtige, treffsichere Methode, sie zu erforschen und zu begreifen.", in: Clara Zetkin, Ausgewählte Reden und Schriften, Bd.1,1957, S.219.
- 4 Heinz Jung/Jörg Huffschmid, Reformalternative, Frankfurt 1988,S.21.
- 5 Dieter Klein, Chancen für einen friedensfähigen Imperialismus, Berlin 1988, S.42/43.
- 6 Jung/Huffschmid, a.a.O.,S.26.
- 7 MEW 1, S.390.
- 8 Vgl. Dieter Klein, a.a.O.
- 9 Volkszeitung, Nr.35, 24. August 1990.

André Brie

Zur PDS-Diskussion über gesellschaftliche Alternativen und Sozialismus

Die europäische linke Bewegung der letzten 20 Jahre hat bereits umfangreiches Material für die Diskussion einer modernen sozialistischen Alternative hervorgebracht. Die Suche nach einem Ausweg aus der gegenwärtigen Krisensituation hat längst auch in den Ländern der sogenannten dritten Welt begonnen. In unserer Partei und in der Linken der DDR findet diese Debatte seit dem Herbst ebenfalls intensiv und kontrovers statt.

Das vollständige Scheitern des Realsozialismus und der scheinbare Triumph der modernen kapitalistischen Gesellschaft ist für uns kein Anlaß, im Kapitalismus das letzte Wort der Geschichte zu sehen und von nun an auf den Anspruch zu verzichten, für eine ganzheitliche Welt und Gesellschaften zu kämpfen, die fähig sind, ihre sozialen Antagonismen zu überwinden und die sich bedrohlich zuspitzenden Menschheitsfragen konstruktiv zu beantworten. Anders, das sei vorweg gesagt, wird es keine Überlebenschance für die Menschheit geben. Wir suchen nicht nach einem neuen sozialistischen Weg, weil wir nicht von unseren alten politischen Vorstellungen lassen können, sondern weil sich die Menschheit in einer Existenzkrise von immer bedrohlicherem Ausmaß befindet, aus der sie sich unserer Meinung nach nicht ohne grundsätzliche Wandlungen in allen Gesellschaften und in ihrem Zusammenleben befreien wird.

Wenn wir uns kritisch mit unserer Geschichte und unseren bisherigen Sozialismusvorstellungen auseinandersetzen, unserer Enttäuschung und Selbsttäuschung, so sehen wir dennoch keinen Anlaß, unser Scheitern auf den visionären Charakter sozialistischer Gesellschaftsvorstellungen zurückzuführen. Nichtsdestotrotz haben wir das Scheitern des Realsozialismus konsequent und schonungslos als eine beispiellose Zäsur in der Geschichte der sozialistischen Bewegung zu begreifen, die mehr von uns verlangt wird, als nur modifizierte oder neue Sozialismuskonzepte zu entwickeln.

Unser gesamtes Sozialismusverständnis, ja unsere gesamte Sicht auf die Welt, die theoretischen und weltanschaulichen Grundlagen, aus denen wir geschöpft haben, sowie unsere Politik und Strategie müssen wir grundsätzlich und mit einer sicherlich schwierigen und differenzierten Radikalität befragen und verändern. Wir werden viel Zeit benötigen für die Kontroverse untereinander, den Austausch mit allen sozialistischen Kräften und die Offenheit des Denkens hinsichtlich des ganzen Reichtums von Weltverständnis.

Hinter bisherigen Konzeptionen steckt eine zutiefst konfrontative Denkweise und Weltanschauung. Wir haben den Sozialismus gegen den Kapitalismus definiert, die Plan- gegen die Marktwirtschaft, das Gemein- gegen das Privateigentum, die Diktatur des Proletariats und die sogenannte Volksmacht gegen die bürgerliche Demokratie und ihren Parlamentarismus, den Warschauer Vertrag und die NVA gegen die NATO und die Bundeswehr usw. usf. Das hat einerseits unser eigenes Denken verarmen lassen, die Möglichkeiten und Erfordernisse, alles Konstruktive gesellschaftlicher Entwicklung aufzugreifen und in die Gestaltung einer modernen sozialistischen Alternative einzubringen, blockiert. Sie hat uns vor allem unfähig gemacht, die Herausbildung globaler, systemübergreifender Reproduktionsbedingungen der ganzen Menschheit rechtzeitig zu erkennen. Das ist in unserem Denken bis heute nicht konsequent überwunden. Unsere Programmatik, unser Denken und unsere Politik (wie im übrigen auch die der Sozialdemokraten, Liberalen und Konservativen) sind nach wie vor auf Polarität und primäre Gegensätzlichkeit in dieser Welt gerichtet.

Wie tief konfrontatives Denken das praktische Handeln bestimmt, erleben wir heute tagtäglich. Die "These vom Sieg des Kapitalismus/Liberalismus" wird im Umwälzungsprozeß der ehemaligen DDR nun konfrontativ angewendet. Ausgrenzung und Diffamierung aller linken Kräfte auf diesem Gebiet zeigen, daß man sich des Sieges doch nicht allzu sicher ist. Man will den bürgerlichen Grundkonsens schnell, und dabei stört elementar alles, was aus anderen Erfahrungen erwuchs. Die sozialistische Gesellschaft, und das wird unsere Vorstellungen für die Zukunft wesentlich prägen müssen, ist nicht einfach nur eine Überwindung der kapitaldominierten, sondern steht in vielem in deren dialektischer Kontinuität.

In diesem Zusammenhang muß auch unsere bisherige Analyse der bürgerlichen Gesellschaft überaus kritisch hinterfragt werden. Sie war von Vereinfachungen, Schwarz-Weiß-Malerei und Ignoranz gegenüber den tiefgreifenden Veränderungen gekennzeichnet, die sich in ihr seit Marx und Lenin vollzogen haben. Besonders wichtig aber ist das Verständnis, daß es sich bei der bürgerlichen Gesellschaft des Westens um eine in vielen Fragen moderne Gesellschaft handelt, wenngleich diese Modernität von Kapitaldominanz überschattet, ja bestimmt wird und keinesfalls ausreichend ist, um die Überlebensfähigkeit der Menschheit und die Ganzheitlichkeit ihrer Entwicklung zu gewährleisten.

Diese Widersprüchlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft hinsichtlich ihrer Modernität muß auch die Auseinandersetzung linkssozialistischer Kräfte mit den kapitalistischen Gesellschaften des Westens bestimmen. Ich verstehe unter Modernität in erster Linie die Fähigkeit einer Gesellschaft, konstruktive Entwicklungsantworten auf ihre gegenwärtigen, geschichtlich

Bürgerliche und moderne Gesellschaft

in Gemeinschaft mit anderen frei entfalten und gleichberechtigt am wirtschaftlichen, politischen und geistig-kulturellen Leben teilnehmen kann." Wir haben uns damit auf ein entscheidendes Moment sozialistischer Zielvorstellungen bei Marx und Engels zurückbesonnen. Gleichzeitig steckt in dieser Formulierung jedoch ein prinzipiell neues Verständnis über das Wesen sozialistischer Strategie und Politik: "Demokratischer Sozialismus ist für uns nichts Abgeschlossenes, kein Gesellschaftssystem, das wir in Kürze haben werden, sondern ein Weg, eine ständige Aufgabe und Herausforderung."

Gibt es einen Prozeß der Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft oder nur die Möglichkeit einer klassischen Revolution? Gegen die zweite Position stehen Realität und existentielle Gefahren, die auch von Bürgerkriegen in hochentwickelten Ländern ausgehen könnten. Gegen die erste Auffassung sprechen, wie gesagt, praktisch alle bisherigen reformerischen Bemühungen, die zwar nicht selten erbitterten Widerstand des Kapitals auslösten, aber letztlich seine Vorherrschaft in der westlichen Gesellschaft nur stärkten. Eindeutig ist auch, daß die Logik der Kapitalverwertung als dominierende Logik wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung in absehbarer Zeit in das Aus für die Menschheit führt.

In diesem Sinne ist das Scheitern des Realsozialismus nur der Vorbote für das Scheitern bisheriger Fortschrittslogik überhaupt und wird sich unweigerlich als menschheitliches Scheitern wiederholen, wenn nicht bereits in den nächsten ein, zwei Jahrzehnten tiefgreifende gesellschaftliche Wandlungen in allen Gesellschaften und im Zusammenleben der ganzen Menschheit politische durchgesetzt werden. Sie sind der eigentliche Ansatzpunkt sozialistischer Politik in der Gegenwart. Damit muß sich eine uns bisher fremde Wertschätzung der einzelnen konkreten Veränderung, des einzelnen konkreten Fortschritts für die Menschen verbinden. Können wir uns nicht mit der These anfreunden, daß Sozialismus etwas Konkretes ist, nicht nur in der Existenz des sozialistischen Gesellschaftssystems besteht?

Was also könnte für uns sozialistische Politik bedeuten, außer daß wir ein sozialistisches Ziel haben? Ich denke, daß es gegenwärtig tatsächlich um die Erkämpfung eines jeden Freiraums für die freie Entwicklung des Menschen geht, wozu gleichzeitig gehört, diese Freiräume als welche zu verstehen, die Platz für solidarische, kulturelle, alternative Lebensweisen bedeuten. Daß es dabei die permanente Gefahr gibt, daß die reformierte kapitalistische Gesellschaft diese Freiräume zurückerobert, wurde bereits angemerkt. Ihre Fähigkeit dazu ist allerdings abhängig von der Stärke der systemkritischen Kräfte und ihrer Konsequenz. Unser Platz im politischen Spektrum ist der einer konsequent kapitalismuskritischen Partei. Im Widerstreit mit sozial- oder ökologisch-reformerischen liberalen und konservativen Kräften und in konstruktiver, kritischer Berücksichtigung ihrer Vorstellungen werden wir bestrebt sein, dieser Zielstellung gesellschaftli-

che Akzeptanz und Politikfähigkeit zu verleihen. Unbedingt erforderlich wird unsere Fähigkeit zur Kritik und Korrektur der eigenen Strategie und Politik sein.

Sozialistische Politik kann und soll heute vor allem dort eingreifen, wo die neuralgischen Punkte der Entwicklung moderner Produktions- und Lebensweise existieren:

Neuralgische Punkte moderner Produktions- und Lebensweise

Erstens: Sozialistische Politik muß das Ringen um die umfassende und radikale Demokratisierung der Gesellschaft sein. Demokratie in ihren modernen Inhalten und Formen ist nicht nur ein entscheidendes Instrument zur Gestaltung von Sozialismus - sie ist Sozialismus. Besondere Bedeutung müssen dabei der Ergänzung und Weiterentwicklung parlamentarischer Demokratie durch die Realisierung basisdemokratischer Möglichkeiten sowie einer effektiven Wirtschaftsdemokratie - insbesondere der Überwindung einer monopolistischen Verfügungsgewalt über das Eigentum an entscheidenden Produktionsmitteln - zukommen. Beides sind nicht einfache Fragen weiterer Demokratisierung, sondern gleichermaßen Erfordernisse, um moderne, komplexe und unerhört dynamische Gesellschaften überhaupt gestaltbar zu machen und gesamtgesellschaftlichen und menschheitlichen Interessen, von deren Verwirklichung unser Überleben abhängt, Priorität verleihen zu können.

Zweitens: Soziale Chancengleichheit insbesondere im Zugang zu Bildung, Kultur, Sport und Wissenschaft. Wir sind schon jetzt dabei, in eine Situation zurückzufallen, in der der Geldbeutel der Eltern über die Chancen des Kindes und Jugendlichen entscheidet.

Drittens: Soziale Gleichstellung von Frau und Mann. Dabei geht es zum einen um die Durchbrechung der patriarchalischen Strukturen aller heutigen Gesellschaften. Zugleich, und der harte Widerstand gegen derartige Entwicklungen in den westlichen Ländern weist darauf hin, berührt diese Aufgabe unmittelbar auch kapitalistische Reproduktionsprozesse, in denen die Frauen als eine Art Reservearmee, vor allem aber zur unbezahlten Reproduktion der männlichen Arbeitskraft genutzt werden. Daß es sich dabei um ein globales Problem handelt, ist im übrigen viel zu wenig bewußt.

Viertens: Freiheit von Kultur, Kunst, Wissenschaft und Sport von der Herrschaft des Kapitals. Die immer stärkere Unterordnung dieser Bereiche unter den kapitalistischen Markt erweist sich als verhängnisvoll. Die Vermarktung von Kultur, Kunst, Wissenschaft und Sport bedeutet nicht nur ihre ökonomische Fesselung, sondern zugleich eine ernste Gefahr. Moderne Gesellschaften werden zwangsläufig wissenschaftsintensive sein müssen. Sind sie das mit Blick auf Kapitalverwertung und dominierendes Gewinnprinzip, so ist über kurz oder lang damit zu rechnen, daß die neue wissenschaftlich-technische Revolution nicht mehr nur durch ihren militärischen Mißbrauch, sondern auch bei ihrer schrankenlosen zivilen Nutzung

menschheitsgefährdend wird. Aber nicht die Wissenschaft, sondern Gesellschaften, in denen sie sich nicht menschlich, und das heißt auch mit der Möglichkeit, nicht alles Machbare auch zu machen, entwickeln kann, sind zu kritisieren und zu überwinden.

Fünftens muß es um die Freiheit des Zugangs zu Informationen und den demokratischen Umgang mit ihr gehen. Kürzlich wandte sich ein westdeutscher Rechtswissenschaftler - und rechts gilt hier im doppelten Sinne - ganzseitig in der FAZ gegen den Verfassungsentwurf des Runden Tisches, unter anderem weil der den freien Zugang von Bürgerbewegungen zu staatlichen Informationen vorsieht. Das Argument dieses Mannes dagegen: Information ist eine Herrschaftsfrage. Der Mann hat recht, und die Freiheit des Zugangs zu Informationen über alle gesellschaftlich relevanten Fragen ist eine Durchbrechung von Herrschaftsverhältnissen. Um nicht mehr und nicht weniger geht es sozialistischer Politik, wenn sie ernstgenommen wird. Die Demokratisierung des Medienbereiches und die Zerschlagung der existierenden Monopolstellungen wird daher auch eines unserer wichtigsten politischen Ziele sein müssen.

Sechstens wird der gerechten Verteilung von Arbeit eine Schlüsselrolle in unserem politischen Konzept und Kampf zukommen müssen. Das ist zum einen natürlich ein traditionelles soziales Ziel der Sozialisten, zum anderen aber wahrscheinlich auch ein entscheidendes Mittel, um den sozialen Charakter der gesamten Gesellschaft grundsätzlich zu stärken. Die Verringerung der Arbeitszeit und ihre gerechte Verteilung würden neue Möglichkeiten schaffen für die freie Entwicklung des einzelnen in Solidarität mit allen, sowohl durch ein Mehr an sinnvoll nutzbarer Freizeit, als auch durch die Möglichkeiten, die sich für Veränderungen im Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit, durch neue gesellschaftliche Wertorientierungen und Bedürfnisse ergäben. Das ist ein kompliziertes, in der westeuropäischen sozialistischen Literatur bereits umfangreich diskutiertes Problem, das sicherlich einer speziellen Erörterung insbesondere mit Gewerkschaftsvertretern wert ist.

Siebtens: Die Rechte politischer, sozialer, kultureller, ethnischer und anderer Minderheiten müssen auf grundsätzlich neue Weise gestaltet und nicht nur geduldet werden. Sie sind als Bestandteil der Mehrheitsinteressen zu begreifen.

Achtens, und das ist das letztlich entscheidende: Sozialistische Politik ist auf die Lösung der globalen Probleme zu richten. Hier sind wir mit einem ungeheuer komplizierten Problem konfrontiert. Gegenwärtig werden globale und langfristige Interessenlagen nicht als konkrete Interessen und Existenzbedingungen der Menschen wirksam und verstanden. Sozialistische Politik muß daher gerade durch die konkrete Ausgestaltung der unter 1 bis 7 genannten Aufgaben dazu beitragen, neue gesellschaftliche Produktions- und Lebensweisen sowie Wertorientierungen zu entwickeln, die eine derartige Vermittlung zwischen Menschheitsinteressen und Individua-

litätsentwicklung ermöglichen. Ansonsten wird eine Lösung der globalen Probleme aussichtslos bleiben. Entmilitarisierung der Gesellschaften und der Erde, ein gesamtgesellschaftlicher und globaler ökologischer Umbau sowie eine gerechte und solidarische Weltwirtschaftsordnung sind dringend erforderlich und ohne tiefgreifende gesamtgesellschaftliche Wandlungen unmöglich.

Als PDS müssen wir konsequent konfrontatives, polares Denken überwinden, kooperatives, ganzheitliches Denken ist notwendig. Gerade darin, nicht in einem primären Antikapitalismus, in der Auseinandersetzung mit der SPD usw. muß unser alternativer sozialistischer und promoderner Charakter bestehen.

Und die Zeit drängt. Sozialistische Politik gibt es auf dieser Erde viel zu wenig.

PERSPEKTIVEN

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE THEORIE



Ausgabe 7

Neugruppierung der Linken:
Land in Sicht?

Gesellschaftsanalytische und praktische Ansätze neuer Strömungen der BRD-Linken - Deutsch-deutsche linke Zusammenarbeit - Abgesänge auf den Sozialismus - Radikaler Keynesianismus? - Gleichstellungspolitik und die Frauenbewegung - Rezensionen

Mit Beiträgen von: Verena Krieger (Grüne/BRD), Michael Nelken (PDS/DDR), Albert Scharenberg/Carl Wechselberg, Karin Widerberg, Ralf Fischer, Volker Finthammer/Georg Fülberth/Sabine Reiner/Jürgen Scheele, Thorsten Schulten u.a.
Umfang ca. 76 Seiten, 6 DM

Noch erhältlich:

Sonderheft 1: Antonio Gramsci, 68 Seiten, 6 DM.

Nr. 3 (Juni 1988): Realer Sozialismus, 68 Seiten, 5 DM.

Nr. 5 (Juni 1989): Politische Ökonomie, 80 Seiten, 6 DM.

Nr. 6 (Okt. 1989): Utopieverlust der Linken, 64 Seiten, 6 DM.

Die PERSPEKTIVEN erscheinen als unabhängiges Theorieorgan zur Weiterentwicklung linker Politik in der BRD. Der Umfang beträgt jeweils etwa 70 Seiten. Das Einzelheft kostet im Freiverkauf 6 DM, im Abo 4 DM. Bestellungen bitte an Ralf Tertilt, Wehrdaer Weg 34, BRD-3550 Marburg.

AutorInnen

- Bischoff, Joachim, Dr.** - Hamburg, Redakteur der Zeitschrift 'Sozialismus'
Bömer, Hermann, Dr. - Dortmund, Hochschullehrer
Breuer, Arnold - Frankfurt/M., Sozialwissenschaftler
Brie, André, Dr. - Berlin, stellv. Vorsitzender der PDS
Degkwitz, Peter - Hamburg, Journalist
Detje, Richard - Hamburg, Redakteur der Zeitschrift 'Sozialismus'
Dolata, Ulrich - Bremen, Wirtschaftswissenschaftler
Eckhardt, Peter - Offenbach/M., Student
Engelhardt, Albert - Wiesbaden, Mitherausgeber und Redakteur von 'Z'
Goldberg, Jörg, Dr. - Frankfurt/M., Mitarbeiter am Progress-Institut für Wirtschaftsforschung (PIW)
Hautsch, Gert - Frankfurt/M., Angestellter
Heiseler, Johannes Henrich von, Dr. - Dierdorf, Mitherausgeber von 'Z'
Isensee, Stefan - Berlin, Angestellter, Mitherausgeber von 'Z'
Jung, Heinz, Dr. - Weilrod/Ts., Mitherausgeber und Redakteur von 'Z'
Knake-Werner, Heidi, Dr. - Bremen, Sozialwissenschaftlerin
Krause, Fritz, Dr. - Frankfurt/M., Mitherausgeber von 'Z'
Kremer, Uwe - Dortmund, Redakteur der Zeitschrift 'spw'
Leisewitz, André, Dr. - Frankfurt/M., IMSF e.V., Angestellter
Malycha, Andreas, Dr. - Berlin, Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung
Nakath, Monika, Dr. - Berlin, Redaktionsbeirat der Zeitschrift 'Utopie konkret'
Priewe, Jan, Prof. Dr. - Mühlthal, Hochschullehrer
Randow, Gero von - Hamburg, Journalist
Schleifstein, Josef, Prof. Dr. - Bad Homburg, Publizist
Schwarz, Winfried, Dr. - Frankfurt/M., Sprecher der AG Marx-Engels-Forschung beim IMSF e.V.
Schweicher, Reinhard, Dr. - Frankfurt/M., Lehrbeauftragter
Schwenk, Prof. Dr. - Berlin, Stiftung Gesellschaftsanalyse e.V.
Stephan, Alexander - Lüneburg, Lehrer
Werner, Harald, Dr. - Bremen, Publizist

Jan Priewe

Der Sozialismus ist tot - es lebe der Marktsozialismus?

Mit dem Zerfall bzw. der kapitalistischen Umgestaltung fast aller realsozialistischer Länder Osteuropas - Polen, Ungarn, DDR, CSFR, Rumänien - stellt sich die posthume Frage, ob es Alternativen zur Kommandowirtschaft wie auch zum Kapitalismus gegeben hätte. Für die Sowjetunion steht die Frage immer noch auf der Tagesordnung. Dabei ist zu beachten, daß es seit der Oktoberrevolution zahlreiche Experimente zur Veränderung der zentralen Planwirtschaft gegeben hat, aus denen Lehren zu ziehen sind: die von Lenin begonnene Neue Ökonomische Politik in den 20er Jahren, die Reformen 1958 in der Tschechoslowakei, 1963 in der DDR, 1965 die Kossygin-Reformen in der UdSSR, 1968 die Reformen des "Prager Frühlings", 1968 der in Ungarn eingeführte Neue Ökonomische Mechanismus, der als einziger Reformversuch bis heute Bestand hat, verschiedene Versuche in Polen in den 60er und 70er Jahren, die jugoslawischen Erfahrungen seit Anfang der 60er Jahre. Fast alle dieser Versuche waren inkonsequent, wurden relativ rasch zurückgenommen oder blutig unterdrückt.

Folgt man Wlodzimierz Brus und Kazimierz Laski, die gerade ein bedeutendes Buch mit dem (falschen) Titel "Von Marx zum Markt" und dem (richtigeren) Untertitel "Der Sozialismus auf der Suche nach einem neuen Wirtschaftssystem"¹ vorgelegt haben, dann waren dies lediglich Formen der "regulierten Marktwirtschaft", aber keine Formen von "Marktsozialismus". Unter zentraler Plan- oder Kommandowirtschaft verstehen die Autoren eine zentrale naturale Zuteilungswirtschaft, in der Marktelemente lediglich im Konsumgütersektor existieren, während in der regulierten Marktwirtschaft auch der Produktionsmittelsektor mehr oder minder marktwirtschaftlich - bei vorherrschendem Staatseigentum an den Produktionsmitteln - organisiert ist. Unter Marktsozialismus verstehen die Autoren ein dezentralisiertes System mit dominierendem Staatseigentum, in dem neben Konsumgüter- und Investitionsgütermärkten auch Kapital- und Arbeitsmärkte bestehen, ferner eine interventionistische Geld- und Fiskalpolitik und ein ausgebauter Sozialstaat.

Brus und Laski wollen zwar kein neues Wirtschaftssystem am Reißbrett konstruieren, tun es aber letztlich doch, wenigstens in den Grundzügen, wobei sie die jahrzehntelange Diskussion über Markt und Plan ebenso auswerten wie die praktischen Erfahrungen mit der Kommandowirtschaft und den Wirtschaftssystemen in Ungarn und Jugoslawien. Das aus dem

Werden die Preise freigegeben, kommt es zu offener Inflation (Mitte der 80er Jahre wurde die ungarische Inflationsrate auf 7-8% geschätzt), wird Inflation administrativ unterdrückt, kommt es zu zurückgestauter Inflation, Ausdruck von Marktungleichgewichten. Der NÖM hat die Tendenz zur Wachstumsverlangsamung in Ungarn nicht aufhalten können, zudem sanken die durchschnittlichen Realeinkommen, die Einkommensdifferenzen stiegen hingegen stark. Eine grundlegende Verbesserung der wirtschaftlichen Lage hat der NÖM nicht gebracht.

Die Autoren des Buches machen im Kern den fehlenden Kapitalmarkt für das Ausbleiben der Erfolge verantwortlich. Erfolgreiche Staatsbetriebe, die nicht in anderen Sparten investieren oder andere Firmen aufkaufen dürfen, tendieren zu zu hohen internen Investitionen in ihrem traditionellen Bereich, wodurch Strukturwandel behindert wird; Stilllegungen und Konkurse sind praktisch unmöglich, und würden sie zugelassen, gäbe es keine Firmen, die die alten aufkaufen und übernehmen dürften. Kapitalüberschüsse, soweit vorhanden, dürfen nicht investiv außerhalb des vorgesehenen Tätigkeitsbereiches der Firmen angelegt werden. Und immer wieder sind es die weichen Budgetrestriktionen und die finanzpolitischen Bevormundungen des Staates, die Strukturwandel verhindern und Kapital in alten Strukturen binden. Innovativen Betrieben kann es an Kapital mangeln, da Möglichkeiten der Kapitalmobilisierung über Aktienemission, Anleihen oder langfristige Kredite fehlen. Dadurch wird die Entstehung einer wirklichen Wettbewerbswirtschaft letztlich verhindert.

Zu geringe Bedeutung messen Brus und Laski der Bedeutung der Arbeitsmärkte für die mangelnde Funktionsfähigkeit der Gütermärkte bei. Denn zu einem großen Teil dürften die Gründe für die mangelnde Kapitalmobilität und -flexibilität in der Angst vor Arbeitslosigkeit, Arbeitsplatz- und Berufswechsel und vor regionaler erzwungener Mobilität begründet sein, ferner in der Scheu vor leistungsorientierter Lohndifferenzierung. In der politischen Konsequenz kommen dabei die Notwendigkeit und auch die Chancen einer vorbeugenden Arbeitsmarktpolitik viel zu kurz.

Weder Plan noch Markt in Jugoslawien

Das jugoslawische Reformmodell, die zu Beginn der 60er Jahre geschaffene arbeiterselbstverwaltete Marktwirtschaft, indessen basierte auf der weitgehenden wirtschaftlichen Selbständigkeit der Staatsbetriebe bei partiell zugelassenen Kapitalmärkten. So entwickelten sich Formen von Geldmärkten, Geschäftsbanken bildeten sich heraus, die allerdings politisch dominiert blieben, Kapitalmobilisierung wurde auch ermöglicht durch Versteigerung von Teilen des staatlichen Investitionsfonds je nach gebotener Verzinsung. Wie bekannt blieben die Erfolge des Jugoslawischen Modells aus. Die ökonomische Dezentralisierung, die ohnehin eher durch ethnischen Regionalismus erzwungen wurde, führte zu "polyzentrischem

Etatismus", zu regionalen Monopolen und nach wie vor zu bürokratischer Willkür. Im Endeffekt gab es weder Plan noch Markt, sondern Chaos: Arbeitslosigkeit und Abwanderung, Inflation, technologische Rückständigkeit, große Einkommensunterschiede. Die Arbeiterselbstverwaltung begünstigte Lohnsteigerungen und behinderte die Kapitalakkumulation, da die Arbeiter eher an kurzfristigen Vorteilen orientiert waren. Trotz der Ansätze zu Kapitalmärkten (allerdings vor dem Hintergrund großen Kapitalmangels) gab es nur eine eingeschränkte Kapitalmobilität, die letztlich die Fragmentierung des Unternehmenssektors begünstigte. Allein der zugelassene schmale Privatsektor und die Genossenschaften, so Brus und Laski, hätten vergleichsweise positive Auswirkungen gehabt.

Marktsozialismus

Da die Bilanz der sozialistischen Marktexperimente doch ziemlich niederschmetternd ist, liegt es nahe, einen Schritt weiterzugehen: Brus und Laski definieren nun ihr Modell des Marktsozialismus als eine sozialistische, auf überwiegend Staatseigentum beruhende Marktwirtschaft mit ausgebildetem Güter-, Arbeits- und Kapitalmärkten. Es ist gewissermaßen die sozialistische Imitation kapitalistischer Marktwirtschaften, eben nur mit Staatseigentum und aktiver - im Grunde keynesianischer - Geld- und Fiskalpolitik. Die Investitionsentscheidungen der Firmen sind selbständig und erfolgen dezentral, es gibt ungehinderten Wettbewerb mit freiem Marktzutritt und -austritt. Die Staatsunternehmen können auch von den Geschäftsleitungen autonom veräußert, ebenso stillgelegt werden. Die Gewinne verbleiben nach Abzug der Steuern in den Firmen, Verluste werden nicht vom Staat übernommen. Es existiert ein Kapitalmarkt mit Geschäftsbanken, die nach ausschließlich kommerziellen Gesichtspunkten Kredite vergeben, ferner eine Aktienbörse. Die Staatsunternehmen wirtschaften effizienz- und gewinnorientiert (mit Ausnahme der Versorgungsbetriebe bzw. der staatlichen Verwaltung, die für die allgemeine Infrastruktur zuständig ist). Die Staatsbetriebe stehen auch unter- und miteinander im Wettbewerb, sind also weitaus selbständiger als Konzerntöchter eines kapitalistischen Großunternehmens. Neben dem Staatssektor soll ein privater und genossenschaftlicher Sektor existieren, Garant für Wettbewerb. Es geht also um eine "gemischte Wirtschaft". Die Wirtschaft solle entpolitisiert werden, aber zugleich auch - dies wird nur knapp und fast verschämt erwähnt - demokratisiert; wie bleibt offen. Aufgrund der jugoslawischen Erfahrungen wird vor einer Arbeiterselbstverwaltung gewarnt, da sie wahrscheinlich akkumulationshemmend wirke. "In letzter Instanz" sollen dem Staat Kontrollrechte verbleiben - welche, wann und wozu bleibt ebenfalls offen.

Sozialistische Imitation kapitalistischer Marktwirtschaft?

In einem Marktsozialismus dieser Art besteht nun - genauso wie in kapitalistischen Systemen - eine systembedingte Tendenz zu zyklischen

Wirtschaftskrisen mit Arbeitslosigkeit, so daß ein entscheidender Pluspunkt der alten Kommandowirtschaften verloren ginge. Jedoch, so Brus und Laski, ließe sich durch eine geschickte Geld- und Fiskalpolitik nach keynesianischem Muster Vollbeschäftigung ermöglichen. Als ein wichtiges Instrument schlagen sie eine Vermögensabgabe für alle Unternehmen vor, die vom Staat antizyklisch verwendet werden kann.

Zu Recht bemerken Brus und Laski, daß vollständige Selbständigkeit der Betriebe mit voller Investitionsautonomie mit staatlichem Eigentum eigentlich unvereinbar ist. Die Verfügung über staatliches Eigentum läge vollständig bei den sozialistischen Managern, Eigentum und Verfügung darüber wären vollständig auseinandergerissen. Hier sehen Brus und Laski nun auch die entscheidende Schwäche des Marktsozialismus, nämlich in der Frage, ob die sozialistischen Manager tatsächlich das dynamische und risikoorientierte Unternehmertum im Sinne Schumpeters ersetzen können. Sie befürchten, daß das Management, weil eigentumslos und damit letztlich persönlich nicht haftbar und verantwortlich, entweder sorglos oder übervorsichtig handelt, also nicht hinreichend innovativ motiviert sei. Auf lange Sicht würden sich Staatsbetriebe eben doch anders als Privatbetriebe verhalten. Mit anderen marktsozialistischen Ideen - etwa die Verpachtung staatlichen Eigentums an Personengruppen oder Familien und dem entsprechenden Rückzug des Staates in einen Rentier-Status - muß noch experimentiert werden, auch wenn sie zur Lösung der Schlüsselfragen eines marktsozialistischen Systems wohl nicht geeignet sind.

Zu Recht fragen Brus und Laski abschließend, wozu eigentlich in einem Marktsozialismus der skizzierten Art Staatseigentum vonnöten sei, wo doch das ganze System eigentlich nur in der Imitation des Kapitalismus besteht. Auch wenn sich die Autoren der Überlegenheit ihres Systementwurfs gegenüber dem herkömmlichen Kapitalismus keineswegs sicher sind, so führen sie doch vor allem drei Gründe an: erstens benötige der Staat Einnahmen, zweitens lasse sich die makroökonomische Wirtschaftspolitik leichter durchsetzen, da das politische Umfeld - im Anschluß an ähnliche Überlegungen Kaleckis - günstiger sei, und drittens lasse sich die Einkommens- und Vermögensverteilung besser beeinflussen. Wesentliche Grundideale des Sozialismus - hier werden Chancengleichheit, Vollbeschäftigung, soziale Fürsorge etc. genannt - ließen sich in einem marktsozialistischen System besser erreichen. Freilich hätte dieser Marktsozialismus mit dem orthodoxen Realsozialismus nur noch wenig gemein, die ganze bisherige Diskussion um Kapitalismus und Sozialismus müsse eine neue Dimension bekommen: "...es besteht wohl kaum ein Zweifel daran, daß die bislang geltenden Unterscheidungen zwischen kapitalistischen und sozialistischen Wirtschaftssystemen mit dem Marktsozialismus vollkommen hinfällig werden." (S.180)

Die blinden Flecken des Marktsozialismus

Brus und Laski denken die Idee einer Verbindung von Plan und Markt radikal zuende und gelangen schließlich zu einem Wirtschaftsmodell, das sich nicht mehr radikal von demjenigen des real existierenden Kapitalismus, jedenfalls in seiner interventionsstaatlichen Ausprägung, unterscheidet. Dabei wird die jahrzehntelange Diskussionstradition über den Marktsozialismus, die vor allem von Oskar Lange seit Mitte der dreißiger Jahre bestritten wurde, aufgearbeitet, eine Diskussion, die im deutschen Sprachraum - mit Ausnahme der radikalen Marktbefürworter wie Hayek und von Mises - praktisch nicht geführt wurde. Meine Kritik an dem Modell ist nicht fundamental, sie tendiert eher zu einer Weiterentwicklung des Ansatzes als zu dessen vollständiger Verwerfung. Ich sehe im wesentliche drei entscheidende Schwachpunkte der Konzeption des Marktsozialismus:

**Demokratie,
Umwelt und
Weltwirtschaft**

1. Die Idee der Betriebsdemokratie, der Umgestaltung der Arbeit und der Betriebsorganisation, taucht bei Brus und Laski praktisch nicht auf. Völlig unkritisch wird von mikroökonomischer Effizienz gesprochen, die es durch Wettbewerb und Märkte herzustellen gilt, ohne daß der Effizienzbegriff kritisch geprüft wird. Gerade öffentliches Eigentum könnte erweiterte Spielräume für veränderte Arbeitsorganisation und Betriebsdemokratie schaffen, freilich möglicherweise zulasten technokratischer Effizienz; derartige Effizienzverluste wären dann gewollt. Zu schnell wird die Idee der Arbeiterselbstverwaltung mit dem Hinweis auf die jugoslawischen Mißerfolge abgetan. Hier wären ebenso die im Schoße der kapitalistischen Gesellschaften gereiften Erfahrungen - etwa auch die bundesdeutsche Mitbestimmung, Ansätze zur Humanisierung der Arbeit, zu "neuen Produktionskonzepten" etc. - zu berücksichtigen.

2. Die Umweltdiskussion ist an den Architekten des Marktsozialismus spurlos vorbeigegangen. Der Erfolgsmaßstab ihres Modells ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität, des Wirtschaftswachstums und des materiellen Wohlstands der Bevölkerung. Die grundlegende Ökologisierung der Produktionsweise und die umfangreiche Diskussion über die notwendigen Instrumente des Umweltschutzes sind für sie einfach kein Thema. Der skizzierte Marktsozialismus setzt auf die Imitation der kapitalistischen Produktivkraftentwicklung, wo in den kapitalistischen Ländern - von den fortschrittlichen Kräften - bereits auf deren Umbau orientiert wird. Insoweit ist der Kapitalismus weiter als der Marktsozialismus. Gleichwohl bestünden in einem marktsozialistischen Wirtschaftssystem mit großem Staatssektor vermutlich bessere Chancen, radikale präventive Umweltpolitik mit Ge- und Verboten, Steuern und Subventionen, Kontrollen und anderen Instrumenten durchzusetzen. Da insbesondere Betriebsdemokratie und demokratische Öffentlichkeit notwendige, wenn auch natürlich nicht hinreichende Voraussetzungen für Umweltschutz sind,

bestünden in einem wirklich demokratischem Marktsozialismus letztendlich bessere institutionelle Bedingungen für die Durchsetzung von Umweltschutz.

3. Das von Brus und Laski skizzierte Marktsozialismus-Modell ist zu tiefst nationalstaatlich borniert. Zwar wird vom Außenhandelsmonopol der Kommandowirtschaft abgegangen, jedoch wird eine regulierende Umgestaltung der Spielregeln und Institutionen für das Funktionieren des Weltmarktes überhaupt nicht thematisiert. Marktsozialismus, der sich tatsächlich an den vorgegebenen sozialistischen Zielen orientiert, würde unter den Bedingungen des kapitalistischen Weltmarktes schnell an seinen offenen außenwirtschaftlichen Flanken scheitern (Abwertungsgefahren, Diktat der Zahlungsbilanz, Abhängigkeit der Geld- und Fiskalpolitik von den führenden kapitalistischen Ländern, Abhängigkeit von ausländischen Kreditgebern und Investoren etc.). Sozialismus in einem Land (zumal in kleinen Ländern), der mehr als ausgebaute soziale Marktwirtschaft, der mehr als schwedischer Wohlfahrtsstaat ist, ist wohl kaum noch möglich. Markt heißt heute immer Weltmarkt. Daher bedarf es internationaler Regulierungen im Weltwährungssystem, im Welthandelssystem, im Umweltschutz⁴; zudem: totaler Freihandel kann nicht die Alternative zum staatlichen Außenhandelsmonopol sein. Hier werden von den Autoren die systembedingten Funktionsschwächen der kapitalistischen Weltwirtschaft nicht gebührend beachtet, sondern unterschätzt (wie überhaupt die Systemmängel kapitalistischer Länder nicht thematisiert werden). Gerade für technologisch rückständige Länder, die sich aus dem System des realen Sozialismus heraus entwickeln wollen, ist das Erkennen der Spielräume, die der Weltmarkt diesen Ländern gestattet, zentrale Voraussetzung einer Entwicklungsstrategie. Markt und Wettbewerb allein, egal bei welchen Eigentumsformen, sind beileibe noch nicht das Erfolgsrezept für sinnvolle wirtschaftliche Entwicklung, wie die Lage der Mehrheit der kapitalistisch organisierten Länder in der Weltwirtschaft beweist.

- 1 W.Brus, K.Laski: Von Marx zum Markt. Der Sozialismus auf der Suche nach einem neuen Wirtschaftssystem. Metropolis-Verlag Marburg 1990, 180 Seiten. Der Titel suggeriert, daß Marx der Ahnherr natürlicher zentraler Planwirtschaft sei. Dabei gestehen die Autoren selbst ein, daß Marx' Aussagen in dieser Frage uneindeutig und vage sind.
- 2 Siehe auch: N.Peche: Teufelskreis einer falschen Logik. Überlegungen zu den Grundlagen unserer Wirtschaftsreform. In: INITIAL, Heft 1/90, S. 59 ff.; ferner: P.Ruben: Was ist Sozialismus? Zum Verhältnis von Gemein- und Personeneigentum an Produktionsmitteln. In: INITIAL, Heft 2/90, S. 115 ff.
- 3 Für die DDR wird die systemimmanente Innovationsschwäche treffend von H.Maier, Innovation oder Stagnation. Bedingungen der Wirtschaftsreform in sozialistischen Ländern, Köln 1987, dargestellt.
- 4 "Daraus ergibt sich aber auch, daß die Reformprozesse in den ehemals 'realsozialistischen' Ländern nur gelingen können, wenn sie Reformen in der kapitalistischen Welt auslösen." E.Altvater: Markt oder Plan - eine falsche Alternative. In: M.Heine u.a. (Hg.): Die Zukunft der DDR-Wirtschaft, Reinbek 1990, S. 46

SPW

Das Magazin der sozialdemokratischen Linken.

spw tritt ein

- für eine konsequente Reformpolitik,
- für den Dialog der Linken innerhalb und außerhalb der SPD,
- für offensive und selbstbewußte Gewerkschaftspolitik,
- für die Einheit von Demokratie und Sozialismus,
- für einen lebendigen Marxismus.

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK & WIRTSCHAFT. SEIT 1990 IN NEUER GESTALT. PROBEHEFT ANFORDERN.

Coupon: Ich bin neugierig auf spw. Senden Sie mir ein **kostenloses** Probeheft.

Name (in Druckbuchstaben) _____

Straße und Hausnummer _____

PLZ _____ Wohnort _____

spw-Verlag • Kieler Str. 13 • 5000 Köln 80

spw wird herausgegeben von den Bundesjugendbegehrten Karin Fuchs und Jürgen Egert von der Jugendbrigade Susi Mabbbeck und anderen.

Joachim Bischoff/Richard Detje

Gewerkschaften im zusammenwachsenden Deutschland

Die Politik der Unterminierung der ökonomischen Kreisläufe und der schutzlosen Auslieferung der Betriebe an die BRD-Konkurrenz mußte aus der DDR zwangsläufig eine Krisenregion machen. Zweifellos: Die Überwindung des zentralistisch-administrativen Planungssystems, die Erneuerung der Industriestrukturen sowie notwendige Produktivitätsteigerungen wären auch im Rahmen eines sozial gestalteten Strukturwandels nicht ohne Friktionen abgegangen; Betriebe, die unter solchen Bedingungen jedoch überlebensfähig gewesen wären, müssen jetzt die Tore schließen. Kanzlerrunden und Appelle an Pioniergeist und Unternehmertugenden ändern nichts daran: politische Entscheidungen, nicht ökonomische Sachzwänge ("marode Wirtschaft") haben das Territorium der DDR als Investitions- und Produktionsstandort unattraktiv gemacht und auf das Niveau eines abhängigen Absatzmarktes zurechtgestutzt. Dies gilt für die Metallindustrie, wo mindestens 25% der Arbeitsplätze (-415.000) auf der Abschlußliste stehen, die Landwirtschaft (-450.000), die Nahrungs- und Genußmittel-Industrie (-150.000) sowie für Bergbau/Energie (-100.000) und Chemie, so daß in allen relevanten Wirtschaftsbereichen ein beschäftigungspolitischer Kahlschlag ansteht. Hinzu kommt der öffentliche, nicht produzierende Sektor, in dem nach Planungen des Bonner Bundeswirtschaftsministeriums 1,4 Mio. Stellen abgebaut werden sollen.

Gleichzeitig schmilzt der Kreis der "Wachstumsbranchen" immer stärker zusammen. Trotz gewaltigen Bedarfs ist die Zahl der fertiggestellten Wohnungen um ein Drittel gesunken. Hoffnungen, bei selbständigen Klein- und Mittelbetrieben bis zu einer halben Million neuer Arbeitsplätze zu schaffen, haben sich in kürzester Zeit als unreal erwiesen; stattdessen geht der Bund der Selbständigen (BDS) der DDR davon aus, daß bis Ende September die Hälfte der 150.000 Handwerksbetriebe vor dem Konkurs stehen¹, da die Zulieferer-Aufträge aus der Industrie ausbleiben und kommunale Investitionsprogramme storniert werden. Deshalb werden sich auch die hohen Erwartungen auf ein schnelles Wachstum des zweifellos unterentwickelten Dienstleistungssektors als Illusion erweisen: Ohne einen stabilen industriellen Unterbau, ohne öffentliche Realtransfers und bei allgemeiner Zukunftsunsicherheit der Bevölkerung ist ein Strukturwandel zugunsten des tertiären Sektors blockiert.

Der beschleunigte Anstieg von Arbeitslosigkeit auf über eine Viertelmillion und der Kurzarbeit auf 850.000, wovon rund vier fünfteil faktisch Null-Arbeit ist, kann nicht überraschen. Damit zeigt sich bereits

jetzt, daß die DIW-Prognosen, die für das nächste Jahr von einer 31%-Quote Arbeitsloser und Unterbeschäftigter ausgehen, von der Realität weit übertroffen werden². "In den meisten Diagnosen wird auf kurze Sicht eine Verstärkung des Abwärtstrends erwartet. Mit einer Stabilisierung der Produktion wird nicht vor Ende kommenden Jahres gerechnet, wobei der Tiefpunkt der Beschäftigung noch später liegen könne."³ Damit sind die schlimmsten Befürchtungen der Kritiker dieses Crash-Kurses zur Vereinigung in kürzester Zeit bestätigt worden: Für 1991 muß für den Bereich der (Ex-)DDR mit 3,5-4 Mio. Arbeitslosen gerechnet werden; Milliardenbeträge müssen über die Arbeitslosen- und Sozialversicherung zur leidlichen Stabilisierung der Massenkaufkraft nachgeschossen werden, die - rechtzeitig und konzeptionell überlegt eingesetzt - die reproduktiven Strukturen der DDR-Ökonomie hätten befördern können; der angekündigte Nachtragshaushalt von mehr als 20 Mrd. DM wird das Zinsniveau in der Bundesrepublik weiter nach oben treiben; Steuererhöhungen nach der gesamtdeutschen Wahl sind vorprogrammiert.

Diese Politik nach dem Motto "Augen zu und durch" gefährdet zudem die komfortable konjunkturelle Lage der Bundesrepublik. Auch wenn es viele noch nicht wahrhaben wollen: Die Konjunktur zeigt auf den entscheidenden Weltmärkten deutliche rezessive Tendenzen; jede hausgemachte Erhöhung des Zinsniveaus verstärkt die negativen Entwicklungskomponenten. Die Vorstellung etlicher Wirtschaftsliberaler, das vereinigte Deutschland könne sich infolge stark ausgeweiteter öffentlicher Ausgaben von einer weltweiten Rezession abkoppeln, ist illusionär. Insofern werden in diesem Lande viele Menschen bei der Verstärkung der rezessiven Entwicklungstendenzen sehr schnell aus ihren nationalen Träumen aufschrecken und sich mit den harten politischen und sozialen Realitäten des ganz normalen Kapitalismus auseinandersetzen müssen.

**Konjunktur und
Rezession**

Die Arbeitsmarktdaten sind nur die Spitze der Zerklüftung des gesamten Sozialgefüges. Stärker noch als in den westlichen Metropolen ist Arbeitslosigkeit in der ehemaligen DDR weiblich (über 50%) - mit steigender Tendenz. Das Aussieben sog. "leistungsschwacher" Teile der Erwerbsbevölkerung vernichtet zunehmend die materiell-sozialen Chancen einer zumindest vom Grundsatz her einmal angelegten emanzipatorischen Entwicklung. Es kommt hinzu, daß große Bereiche des DDR-Sozialsystems betrieblich angelegt waren (Betriebskrippen, -kindergärten, Sport-, Freizeit- und Urlaubseinrichtungen, bis hin zur Förderung von Bildung und Kunst); diese werden bzw. sind bereits aufgelöst, ohne von öffentlichen, den BRD-Strukturen entsprechenden Sozialversicherungsträgern übernommen zu werden.

Die Schlußfolgerung lautet: Neokonservative Deregulierungs-, Flexibilisierungs- und Privatisierungspolitik tritt derzeit noch nicht primär in Form der Verweigerung und offenkundigen Demontage der

BRD-üblichen arbeits- und sozialrechtlichen Regelungen auf, sondern ist integraler Bestandteil des Umbaus der (Ex-)DDR zu einer kapitalistischen Marktwirtschaft. Sicherlich gibt es auch einen handgreiflichen Abbau von Schutzrechten, am deutlichsten sichtbar geworden in der Auseinandersetzung um die Fristenregelung. Aber schon die historisch einmalige Privatisierungspolitik (Treuhand) firmiert ebenso wie das Abräumen des betrieblichen Sozialgefüges unter Umbaupolitik, während das Gros sozialer Regulierungen - vom Kündigungsschutz über Mitbestimmungsregelungen, sozial regulierten Preisniveaus bei den Grundnahrungsmitteln und im Wohnungsbereich bis hin zum Recht auf Arbeit - im krisenhaften sozio-ökonomischen Prozeß gleichsam "verschwinden". Allerdings: Nach den Wahlen werden die Neokonservativen die Rechnung ihrer Defizitpolitik dem gesamtdeutschen Souverän präsentieren; was dann an Demontage und Deregulierung zu erwarten ist, dürfte alles bislang Dagewesene in den Schatten stellen.

Defensivkonstellation

Für die Gewerkschaften hätte es schlimmer gar nicht kommen können. Man kann - und muß, was die Formen betrifft - darüber streiten, ob die Zerschlagung des FDGB mit seinen 10 Mio. Mitgliedern nicht selbst ein gewaltiger Faktor der Schwächung der Interessenvertretung ist. Fakt ist jedenfalls, daß die gewerkschaftliche Organisationen gesamtdeutsch erst aufgebaut werden müssen, während die soziale Deformierung in vollem Gange ist:

- Es fehlen vielfach die grundlegendsten organisatorischen Voraussetzungen für Interessenvertretung - von Vertrauensleuten, Betriebsräten bis hin zu regionaler, überbetrieblicher Gewerkschaftsarbeit; die Binsenweisheit von der "Macht der Zahl" bewahrheitet sich jetzt in der DDR.
- Wo ansatzweise gewerkschaftliche Strukturen vorhanden sind, tendieren die Eingriffsmöglichkeiten gen Null, wenn die Betriebe vor dem Bankrott stehen.
- Überall leidet das Engagement unter dem Druck der Arbeitsplatz- und Existenzunsicherheit.
- Wo Betriebe zur "verlängerten Werkbank" zurechtgestutzt werden, ist dem Lohndruck kaum standzuhalten, von Sozialleistungen gar nicht zu reden.
- Die Differenzierung und Zerklüftung des Organisationsbereichs - Stilllegung, Umwandlung in abhängige Niedriglohn-Auftragsfertigung, einige konkurrenzfähige Betriebsteile - nimmt noch zu; ebenso die Segmentierung der Arbeitsmärkte und der Einkommensentwicklung;

damit wächst die Gefahr, zwischen eigener Schwäche und betriebssyndikalistischen Tendenzen zerrieben zu werden.

- Im gesamten Bereich der gesetzlichen sozialen Regulierung - Arbeitslosen-, Kranken-, Rentenversicherung - sind die Gewerkschaften außen vor; dies gilt nicht nur hinsichtlich der Mitbestimmungsgremien sondern auch in der öffentlich-politischen Kommentierung. Die faktische politische Abstinenz gilt auch für alle anderen gesellschaftspolitischen Handlungsfelder (Infrastrukturen, Wohnungen, Umwelt etc); gewerkschaftliche Positionen zu diesen Feldern kommen in der deutschen Öffentlichkeit gegenwärtig kaum vor.

Beides zusammen - die Defensive in den primären Interessenvertretungsbereichen und die weitgehende gesellschaftspolitische Nicht-Existenz - birgt zwei fundamentale Gefahren: Erstens könnte sich sozialer Widerstand weitgehend losgelöst von den Gewerkschaften Bahn brechen und radikalisieren, sich teilweise auch gegen die Gewerkschaften richten, sie zumindest als einflußnehmende Interessenvertretung ausschalten.

Zweitens dürften die spätestens nach den Dezember-Wahlen anstehenden Rückwirkungen de facto demontierter strukturpolitischer, arbeits-, sozial- und tarifpolitischer Regelungen gewerkschaftspolitisch kaum noch abgewehrt werden können. Die Erwartung, eine Politik des Niedrig-Lohnes und der Deregulierung würde auf das Territorium der ehemaligen DDR beschränkt bleiben, ist illusionär. Schon jetzt zeichnet sich eine Tendenz zur Mobilität auf dem Arbeitsmärkten ab, die die Unternehmervverbände in der nächsten Tarifrunde ausnutzen werden. Die absehbare Erhöhung der Massensteuern und die verschärfte Konkurrenz auf den Arbeitsmärkten werden die bestehende Schieflage in den Verhältnissen weiter verschärfen.

Die engen Grenzen tarifpolitischen Handelns in der DDR machen deutlich, was in der BRD seit Beginn der 80er Jahre hätte gesichertes gewerkschaftspolitisches Wissen sein müssen: Die Wahrnehmung auch der elementarsten Schutzfunktionen ist abhängig von der gestalterischen Kraft, die die Gewerkschaften in der Industrie-, Arbeitsmarkt-, Sozial-, Struktur- und Gesellschaftspolitik einbringen können. Ohne übertriebliche politische Einflußnahme und Mobilisierung läuft auch betrieblich - zumal aus dem Territorium der ehemaligen DDR - so gut wie nichts. Schon die BRD-Tarifrunde 90 war durch weitgehende gesellschaftspolitische Zurückhaltung - sowohl hinsichtlich der Bedeutung der Arbeitszeitverkürzung als auch des Skandals von auf das Niveau der frühen 50er Jahre herabgesenkten Verhältnissen (Lohnquote) - geprägt; statt in die politischen Prozesse einzugreifen, dominierte lange die Klage, "das DDR-Thema" verdränge die tarifpolitischen Notwendigkeiten. Und wie wenig verankert die Debatte um Individualisierung, neue Formen gewerkschaftli-

**'Die DDR' und
Defizite hiesiger
Tarifpolitik**

cher Interessenvertretung und Organisation ist, unterstrich sowohl der inhaltliche wie organisatorische Ablauf des DGB-Bundeskongresses.

Tarifpolitik

Die Gewerkschaften haben die Resultate der schnellen Anschlußpolitik nicht gewollt. Das perspektivlose Hin und Her der sozialdemokratischen Deutschlandpolitik hat allerdings die Herausbildung einer linken Alternative zum neokonservativen Konzept verhindert. Der Vorschlag zur schnellen Einführung der Währungs- und Wirtschaftsunion stammt aus der Sozialdemokratie. Erst spät hat der Kanzlerkandidat Lafontaine in der Partei der "kleinen Leute" Unterstützung für eine Politik der besten Traditionen im Sinne keynesianischer Strukturpolitik gefunden. Selbst IG Chemie-Chef Rappe zog aus der kompletten Ausschaltung der Gewerkschaften bei der Besetzung der DDR-Treuhandanstalt die Konsequenz und trat von seinem gesamtdeutschen Berater-Job zurück.

Daß mit dem halberneuten FDGB unter dem Zeitdruck keine gemeinsame Politik zu entwickeln war, dürfte auch in der politischen Linken akzeptiert werden können. Aber daß nun auch die Gewerkschaften der Bundesrepublik, die sich sonst zu den fortschrittlichen und linken Kräften rechnen, dem von den etablierten Parteien eingeschlagenen Weg folgen mußten und schließlich bei der Neuordnung des Vertretungsbereiches zum Mittel der Auflösung der Einzelgewerkschaften, der Entlassung der Funktionäre und der Aufforderung zum Eintritt in die entsprechende BRD-Organisation griffen, wird nur wenigen plausibel zu machen sein. Durch diese Politik, verstärkt noch durch einen wenig überlegten Personaleinsatz von westdeutschen Funktionären, sind durchaus vorhandene Reformansätze zerschlagen und Mentalitäten beschädigt worden. Vor diesem Hintergrund kann es eigentlich niemanden wundern, daß die neokonservativen Parteien die Schwächung der Gewerkschaften fortsetzen und das Vermögen der DDR-Gewerkschaften komplett enteignen.

Ein Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Arbeit nach der Durchsetzung der Wirtschafts- und Sozialunion war die Sicherung der Realeinkommen. Angesichts der Erhöhung der Sozialabgaben und drastischer Preissteigerungen sind hier in den Kernbereichen auch erfolgreiche Abschlüsse erzielt worden. Allerdings wäre vor dem Hintergrund der massiven Strukturkrise in der DDR Einkommenssicherung nur dann verwirklicht, wenn zugleich die Beschäftigung gesichert werden könnte. Neben dem Verbot betriebsbedingter Entlassungen wurde daher in Metalltarifabschluß die DDR-Kurzarbeiterregelung durch Bestimmungen zur beruflichen Weiterbildung und Umschulung ergänzt. "Entsprechende Angebote sollen vorrangig im Betrieb, aber auch in Zusammenarbeit mit den Ländern und Gemeinden entwickelt werden."⁴ So wichtig eine solche Koppelung auch ist, liegt hierin zugleich auch das Problem: Eine direkte Anbindung an exi-

stanzgefährdete Betriebe und überschuldete Kommunen weist allein keine Perspektive. Entsprechend nüchtern sind die Zahlen: Umschulungsmaßnahmen gibt es bisher nur für 61.000 Werkstätige⁵. Und Vereinbarungen über Art, Umfang und Richtung der Qualifizierungsmaßnahmen liegen nicht vor. Dies zeigt: Das Tarifpaket "Qualifizieren statt Entlassen" ist nur tragfähig, wenn es in entsprechende kommunale und regionale Strukturprogramme eingebunden ist.

Beschäftigungsorientierte kommunale und regionale Strukturpolitik ist eine Aufgabe, die allein durch tarifvertragliche Regelungen nicht umsetzbar ist. Ebenso wenig kann die Nutzung des Treuhandvermögens für gezielte Strukturverbesserungen nicht zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden vereinbart werden. Beschäftigungs- und hieran gekoppelte Qualifizierungsprogramme für die besonders von Arbeitslosigkeit bedrohten und betroffenen Bevölkerungsteile - Frauen, ältere Arbeitnehmer, Behinderte, Jugendliche, Hochschulabsolventen -, sind angesichts krisenhafter Akkumulationsprozesse nur im Rahmen öffentlicher Investitionen, sei es von öffentlichen Unternehmen oder als öffentliche Aufträge an Private, in gesellschaftliche Defizitbereiche realisierbar. Daß Bedarf hinreichend vorhanden ist - von der Infrastruktur über den Wohnungsbau bis hin zum Umweltschutz - wird niemand bestreiten. Das Problem besteht darin, daß sich hier kritisch zeigt, wie wenig die eigenen Erfahrungen mit Strukturkrisen - Oberhausen, Hattingen, Sulzbach, Rheinhausen, etc. - gewerkschaftspolitisch verarbeitet wurden, wie wirkungslos Unternehmens- und betriebliche Mitbestimmungsregelungen, tarifliche, arbeits- und sozialrechtliche Regelungen sind, wenn grundlegende Standort-, Struktur- und Investitionsentscheidungen anstehen. Tragfähige strukturpolitische Alternativen zum Anschlußkurs der Neokonservativen sind derzeit auch von den Gewerkschaften nicht zu haben. Und: Die Einleitung solcher Programme setzt entsprechende politische Weichenstellungen voraus.

Im Rahmen einer linken Alternativkonzeption hätte eine solche Perspektive zum neokonservativen Anschlußkurs **Das Fehlen linker Alternativen** verdeutlicht werden können. Mit einer Sozialdemokratie allerdings, die sich höchst widerstrebend auf eine strukturpolitische Alternative einläßt, war diese Zielsetzung in der politischen Öffentlichkeit nicht zu vermitteln. Vieles, was im Rahmen von aufwendigen Zukunftskongressen in den letzten Jahren an gesellschaftspolitischer Programmatik von den Gewerkschaften erarbeitet wurde, ist im Crash-Kurs zur deutschen Einheit verloren gegangen. Die wackeligen Gewerkschaftsstrukturen auf dem Territorium der ehemaligen DDR, die z.T. selbstverschuldete Frustration bei vielen Reformkräften in den alten Gewerkschaftsverbänden, die erfolgreiche Schwächung des Gewerkschaftseinflusses und die enttäuschende Politik der Sozialdemokratie - all dies sind Gründe, wegen derer die Gewerkschaften erheblich werden kämpfen

müssen, bevor sie im vereinten Deutschland ihre alte Position zurückerobert haben.

Die politische Klasse hat den nationalen Anschluß entschieden zu einer Neuordnung des sozialpolitischen Kräfteverhältnisses genutzt. Die Tarifauseinandersetzungen der nächsten Zeit und weitere Deregulierungsschritte werden uns erneut vor Augen führen, daß der Sozialstaatskompromiß stets asymmetrisch zugunsten des Kapitals strukturiert ist, und daß jede Schwäche der Gewerkschaften und der politischen Linken sofort von den Neokonservativen zur Terrainerweiterung genutzt wird.

Perspektiven

Schon die Zerschlagung des FDGB und die Kündigung seiner Funktionäre machte deutlich, daß es nicht nur um die Trennung von diskreditierten Kräften ging, sondern um die Ausgrenzung auch der demokratischen Linken jenseits der Sozialdemokratie; der Umgang mit PDS-Mitgliedern in den Gewerkschaften unterscheidet sich in nichts von dem der etablierten politischen Kräfte.

Nur: Was auf dem letzten BRD-DGB-Bundeskongreß noch funktionierte, die Konservierung eines real längst antiquierten Typus sozialdemokratisch dominierter Einheitsgewerkschaft, hat in den Verhältnissen der DDR keine soziale Basis. Sicherlich: Nur die IG Chemie, für die eigenwillige Interpretation von Verbandsdemokratie hinreichend bekannt, hat deutlich gemacht, daß man mit Kommunisten, der PDS und ihren westdeutschen Freunden rein gar nichts tun haben will. Andere Gewerkschaften, wie die IG Metall und die IG Medien, betonen ihren offenen Charakter. Sieht man von den Legitimationszwängen einmal ab, ist der Sachverhalt dennoch eindeutig: Alle Gewerkschaften wollen auf die DDR auch die bisherigen Strukturen der sozialdemokratisch dominierten Einheitsgewerkschaft übertragen. Diese Operation wird zum einen schwierig, weil die DDR-Sozialdemokratie sich in jener kritischen Phase der "Übergabe-Regierung" als wenig standfeste politische Kraft erwiesen hat; es ist kaum davon auszugehen, daß die ausgesprochen dünne soziale Verankerung dieser Sozialdemokratie in den nächsten Monaten verstärkt werden könnte. Zum anderen dürfte die Operation zur politischen Ausgrenzung von linken Kräften jenseits der Sozialdemokratie vor allem deshalb perspektivlos bleiben, weil in dem zusammenwachsenden Deutschland und dem bevorstehenden Übergang in einen neuen Entwicklungsabschnitt der europäischen Gemeinschaft gewerkschaftlich und politisch entschieden um bislang geläufige soziale Standards und Rechte gekämpft werden muß. Der Crash-Kurs zur deutschen Einheit hat erneut deutlich gemacht, daß die Sozialdemokratie allein einen reformpolitischen Ansatz nicht durchhalten kann. Gleich ob in der Frage der Verfassung, Volksabstimmung, der Verteidigung von sozialen Standards oder auch nur in der Gewährung demokratischer Rechte

(Wahlrechtsvertrag) - die realexistierende Sozialdemokratie hat sich in allen wesentlichen Fragen als Manöveriermasse der neokonservativen Politik bloßgestellt. Ohne eine - gerade in den Gewerkschaften - kritische Aufarbeitung und Auswertung dieser Erfahrung dürfte jede künftige Reformpolitik bloße Papierform bleiben.

Allerdings sind Hinweise auf eine selbstkritische Überprüfung der bisherigen Politik auch in den Gewerkschaften bislang kaum auszumachen. Es hat den Anschein, daß es erst zu den befürchteten Rückwirkungen der DDR-Entwicklung auf die sozialen Verhältnisse in Gesamtdeutschland kommen muß, um Kurskorrekturen anzubringen.

- 1 FR vom 14.8.90.
- 2 Das DIW geht für 1991 von 1,415 Mio. Arbeitslosen (16,4%), 1,08 Mio. Kurzarbeitern (12,5%) und 235 Tsd. "Pendlern" (2,7%) aus.
- 3 Konjunkturbericht, FAZ vom 15.8.90.
- 4 Kommentar zum Metalltarifabschluß in: Gewerkschafter 8/90, S.4.
- 5 Daten aus: PDS-Pressedienst vom 3.8.90, S.9.

Harald Werner

Abschied in der Sackgasse

Was kommt nach dem real existierenden Sozialismus?

Der Umbau des *real existierenden Sozialismus* ist gescheitert, er hat das Gebäude zum Einstürzen gebracht ehe seine Sanierung beginnen konnte. Das *sozialistische Weltsystem* zerfällt mit atemberaubender Geschwindigkeit und mit ihm die Theorie der sozialistischen Revolution, denn die Triade des *weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus*, die sich vor dem Klassenkampf in den kapitalistischen Ländern und den nationalen Befreiungsbewegungen, im wesentlichen auf die wachsende Stärke und Ausdehnung des sozialistischen Weltsystems stützte, hat sich mit dem Zusammenbruch dieses Systems offenbar erschöpft.

Nach dem "Abschied vom Proletariat", dem Auslaufen des Modells sozialistischer Revolutionen in der Dritten Welt und nun im Angesicht des unaufhaltsamen Zerfalls sozialistischer Staaten, scheint die Überwindung des Kapitalismus am Ende dieses Jahrhunderts unwahrscheinlicher als je zuvor.

Die Sicherheit trägt Schuld an der Katastrophe

Stabile Systeme, das weiß inzwischen die Wissenschaft,¹ sind am leichtesten zu zerstören, denn der von ihnen angestrebte Gleichgewichtszustand ist die Quelle erlahmender Dynamik. Offensichtlich trifft das nicht nur für die staatlichen Systeme des *real existierenden Sozialismus* zu, sondern auch für ihre *wissenschaftliche Weltanschauung*. Dem Marxismus als geschlossenem System, als marxistisch-leninistischem Korpus, mangelt es nicht an Lehrsätzen, die mit ihrer halben Wahrheit in die fatalsten Irrtümer führten. Für den Marxismus kein neues Problem, denn schon Engels hat in seinen Altersbriefen nicht wenig Mühe damit gehabt, den Verabsolutierungen und Vereinseitigungen die Spitze zu nehmen, die er und Marx mit ihren Auslassungen verursacht hatten.²

Einige dieser granitenen Lehrsätze, deren Falschheit mit entwaffnender Plausibilität daherkommt, wurden als Ecksteine unter das Gebäude des *realen Sozialismus* gesetzt, so daß erst sein Zusammenbruch ihre Untauglichkeit freilegte. Weshalb es eben nicht reicht, die schlechte Praxis des Sozialismus zu kritisieren, sondern wichtiger ist die Kritik der theoretischen Grundannahmen, die den miserablen Tatsachen noch in ihren schlimmsten Ausprägungen das Prädikat objektiver Notwendigkeit verliehen.

Die Sicherheiten und Gewißheiten des "allmächtigen" und "wahren" Marxismus, wie ihn selbst Lenin titulierte, sind aber nicht nur Schuld am katastrophalen Niedergang des *realen Sozialismus*, sondern auch an der Krise des marxistischen Denkens, die durch den Zusammenbruch endgültig sichtbar wurde. Dabei handelt es sich nicht nur um die eine oder andere Entstellung des Marxismus, um einzelne Mißverständnisse, die zu kritisieren wären, sondern um eine gänzlich falsche Lesart der Klassiker, die den lebendigen Strom marxistischen Denkens allmählich in eine Betonpiste verwandelte.

Die dogmatische Lesart des Marxismus ist indessen nicht nur eine Entstellung oder Vereinfachung der Klassikertexte, sondern entspringt einem wissenschaftlichen Weltbild, das zwar nicht das des Marxismus, aber das seiner Zeit war. Die in vielen Wissenschaften bis heute noch nicht überwundene Denkweise wurde vom erkenntnistheoretischen Paradigma Newtons geprägt war. Gefangen von der Idee eines universellen Kausalismus, glaubte diese Wissenschaft an einen objektiven Determinismus, den aufzuspüren ihr letzter Erkenntniszweck war. "Vergangenheit und Zukunft sind in diesem Weltbild gleichberechtigt und vertauschbar. Die von ihm beschriebene Welt ist kalkulierbar, da sie wie ein Uhrwerk nach ewigen und unveränderlichen Gesetzen abläuft."³ Diese der klassischen Physik verbundene Denkweise gipfelte bei dem französischen Physiker Laplace in der Vision jenes allmächtigen, nach ihm benannten Dämon, von dem es heißt: "Eine Intelligenz, welche für einen gegebenen Augenblick alle in der Natur wirkenden Kräfte sowie die gegenseitige Lage der sie zusammenfassenden Elemente kennt und überdies umfassend genug wäre, würde in derselben Formel die Bewegung der größten Weltkörper wie des leichtesten Atoms umschließen, nichts würde ihr ungewiß sein, und die Zukunft wie Vergangenheit würden ihr offen vor Augen liegen."⁴

Es hat dem Marxismus nicht geholfen, daß seine Väter diese Sichtweise scharf kritisierten⁵, sie konnten nicht verhindern, genau so verstanden zu werden. Denn scheinbar lieferten gerade sie die Formeln, mit der "Zukunft wie Vergangenheit...offen vor Augen liegen." Der Marxismus-Leninismus, die Partei und letztlich der Generalsekretär wurden zum Laplace'schen Dämon. Der "wissenschaftliche Glaube" an festgefügte Formeln, gesetzmäßig notwendige Entwicklungen, unverzichtbare Wahrheiten und allmächtige Erkenntnisse verdichtete sich vom historischen Optimismus zur teleologischen Gewißheit. Die Sicherheit, mit der diese "Anleitung zum Handeln" gehandhabt wurde, ist der eigentliche Grund der heutigen Katastrophe und die Plausibilität der errechneten Marschroute in den Sozialismus schien so groß, daß sie sich erst in der Sackgasse als Irrweg erwies.

Die Idee des universellen Kausalismus

Der Fetisch von Zusammenbruch und Aufbau

Das linear-kausale Paradigma der gesellschaftlichen Transformation, wie es Marx scheinbar im Vorwort zur Kritik der Politischen Ökonomie abschließend formuliert hatte⁶, verursachte Mißverständnisse, die sowohl für die Überwindung des Kapitalismus als auch für den sogenannten sozialistischen Aufbau verheerende Folgen hatten. Generationen von MarxistInnen haben mit diesem Text die Geschichte verstehen gelernt und sie dennoch nicht begriffen. Die entnommene Epocheneinteilung und die naheliegende Vereinfachung von Zusammenbruch und Aufbau, von quantitativer Veränderung und qualitativem Sprung, wie überhaupt die mechanische Betrachtung gesellschaftlicher Umbrüche, förderten ein lineares und bipolares Revolutionsverständnis. "Folglich wurden Gesellschaftssysteme vor allem als *geordnete Strukturen aufgefaßt*"⁷, deren Werden und Vergehen gesetzmäßig und nach diesem Gesetzesverständnis berechenbar war. Scheinbar unterschied sich der Kapitalismus in seinem Niedergang vom Zerfallsprozeß des Isotops nur noch durch die intervenierende Variable des subjektiven Faktors und was den Physikern die Halbwertszeit, war vielen Marxisten der tendenzielle Fall der Profitrate.

Nachhaltigere Folgen als das mechanische Begreifen der Revolution, brachte das entsprechende Verständnis des sozialistischen Aufbaus mit sich, er stürzte Millionen ins Verderben, denn wer sich als Vollstrecker einer nicht nur objektiv notwendigen, sondern auch in ihrem Verlauf prinzipiell vorgegebenen Entwicklung begreift, sieht sich selbst noch in seinen Verbrechen als "Geburtshelfer der Geschichte" gerechtfertigt. Für die Zukunft wird es nicht reichen, Stalin und andere für diese Verbrechen verantwortlich zu machen, wie es auch unredlich ist, wenn die Theoretiker heute den Praktikern nachweisen, auf welche Art und Weise sie die Theorie blamierten. Es ist nicht zuletzt die über Jahrzehnte geübte Art den Marxismus zu lehren und anzuwenden, welche sich blamiert hat.

Während der fehlerhafte Umgang mit dem Marxismus heute Teile des *real existierenden Sozialismus* in den Kapitalismus zurückkriechen läßt, bescherte er dem Westen eine Theorie des gesellschaftlichen Transformationsprozesses, die zu allem, nur nicht zur Veränderung taugte. Die Etappen des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus lesen sich in den Lehrbüchern der vergangenen Jahrzehnte wie Fahrpläne⁸, in denen weder die Zeiten noch die Zielbahnhöfe stimmen. Denn während der Marxismus immer neue Etappen der allgemeinen Krise des Kapitalismus definierte⁹ und neue Wege suchte, um an den imaginären Punkt der revolutionären Umwälzung heranzukommen, hatte sich dieser selbst schon auf eine Weise umgewälzt, daß er nicht nur auf eine andere Art begriffen, sondern auch überwunden werden mußte.

Die bipolare Denkweise der Revolutionstheorie

Die dramatische Zuspitzung globaler und systemübergreifender Problemlagen hat in der marxistischen Diskussion der vergangenen Jahre zu einer Kritik der bipolaren Weltansicht geführt.¹⁰ Doch die bipolare Sicht trübte nicht nur den Blick für den Charakter unserer Epoche, sie beherrschte auch das Thema der Revolution. Dabei hat bereits Engels in seiner Kritik der metaphysischen Denkweise nicht nur dem undialektischen Herangehen an die Naturvorgänge eine Absage erteilt, sondern erst recht wohl allen Schemata, Etappen und anderen *Ein*-deutigkeiten in der Gesellschaftsanalyse den Boden entzogen.¹¹ Indem er feststellt, daß "jedes organische Wesen in jedem Augenblick dasselbe und nicht dasselbe" ist, "daß die beiden Pole eines Gegensatzes, wie positiv und negativ, ebenso untrennbar voneinander wie entgegengesetzt sind, und daß sie trotz aller Gegensätzlichkeit sich gegenseitig durchdringen"¹² lieferte er auch das Grundverständnis für das Gesetz der gesellschaftlichen Transformation.

Die "Epoche sozialer Revolution", von der Marx spricht¹³, kann dementsprechend nichts anderes sein, als eine Zeit, in der der Kapitalismus zugleich Kapitalismus und nicht mehr Kapitalismus ist, in der Sozialismus nicht nur der neben dem Kapitalismus stattfindende Aufbau, sondern das global wirkende Neue ist. Eine ähnliche Feststellung traf auch Lenin am Vorabend der Oktoberrevolution als er schrieb: "Der Sozialismus aber schaut jetzt bereits durch alle Fenster des modernen Kapitalismus auf uns; in jeder großen Maßnahme, die auf der Grundlage dieses jüngsten Kapitalismus einen Schritt vorwärts bedeutet, zeichnet sich der Sozialismus unmittelbar, *in der Praxis*, ab."¹⁴

Die Einsicht, daß sich im Kapitalismus nicht nur die Notwendigkeit, sondern auch schon die Praxis des Sozialismus abzeichnet, hat in der Revolutionstheorie wenig Beachtung gefunden. Während sich die Theorie allerlei Etappen des sozialistischen Aufbaus einfallen ließ, um die Allmählichkeit des Prozesses faßbar zu machen, interessierte am Kapitalismus in umgekehrter Richtung nicht das Werden des Neuen, sondern nur das Siechtum und die Fäulnis des sterbenden Kapitalismus. Diese Gesellschaft hatte ihr letztes Stadium erreicht, punktum - und auch dafür lieferte Lenin die Zitate.¹⁵ Wie ein Hauptproblem überhaupt darin zu bestehen scheint, daß die Klassiker den Begriff der Revolution höchst unterschiedlich benutzen. Zum einen als geschichtsphilosophischen und zum anderen als politischen Begriff, einmal als langanhaltende Phase der Transformation und zum andern als Machtwechsel.

Schon in der Sozialdemokratie und unter weitgehender Akzeptanz von Marx und Engels entwickelte sich ein Revolutionsverständnis, das die soziale Umwälzung einer menschheitsgeschichtlichen Formation auf die politische Umwälzung, auf die Errichtung des von den Sozialdemokraten so

Der verengte
Blick auf den
Kapitalismus

häufig beschworenen "Zukunftsstaates" reduzierte. Schuld daran ist wie so häufig die Tatsache, daß sich der Marxismus auch auf zwei Ebenen herausbildete: Einmal als theoretische Analyse des Geschichtsprozesses und ein andermal als politische Theorie, die mehr als es der Theorie gut tut, von dem gekennzeichnet ist, was sie zu bekämpfen hat.

Indem sich die sozialistische Politik von allerlei christlichen, liberalen und insgesamt idealistischen Sozialismen abzusetzen hatte, galt es immer wieder Illusionen über die allmähliche Verbesserung des Kapitalismus zu zerstreuen und die Arbeiterbewegung auf einen unversöhnlichen Kampf um die Hegemonie zu orientieren. Und gleichzeitig muß auch gesehen werden, daß sich seinerzeit nicht nur die real historische Möglichkeit ergab, in einem politisch als "revolutionär" bezeichneten Akt die Macht zu übernehmen, sondern daß dies unter den gegebenen Umständen auch notwendig war. Die unmittelbaren, und selbst unter den Bedingungen des Parlamentarismus noch diktatorischen Formen der Machtausübung, ließen keine anderen Formen der Transformation als eben die abrupte Umkehrung der Macht zu. Schon Engels hat jedoch später, angesichts der englischen Erfahrungen andere, nämlich bis zum "Auskaufen der Bourgeoisie" gehende Umwälzungsprozesse für möglich gehalten.

Der Dualismus von geschichtsphilosophischem und konkret politischem Revolutionsbegriff verschmolz nach der Oktoberrevolution und unter dem Einfluß von Stalin zu einer widerspruchsfreien Einheit. Die Oktoberrevolution wurde zum Wendepunkt der Geschichte und Nullpunkt der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Fortan unterschied die kommunistische Revolutionstheorie zwischen der allgemeinen und den zyklischen Krisen des Kapitalismus, zwischen seinem allgemeinen, mit dem roten Oktober eingeleiteten Niedergang und den zyklischen Bewegungen, die ihn zwangsläufig näher an die Revolution heranführten. Je nach geschichtlichem Verlauf wurde der allgemeinen Krise eine neue Etappe hinzugefügt, in die dann, bis zur antimonopolistischen Demokratie, eine neue revolutionäre Taktik eingepaßt werden mußte.

Die bipolare Aufteilung der Welt bestimmte alle Seiten revolutionärer Theorie und Politik: In einem Teil der Welt wuchs das Neue, im anderen kämpfte das Alte ums Überleben, auf der einen Seite mühten sich die KommunistInnen um den beschleunigten Aufbau, auf der anderen um die Beschleunigung des Niedergangs. Die menschliche Zivilisation nach der Oktoberrevolution wurde von der marxistisch-leninistischen Theorie in eine binäre Logik gepreßt, die der gesellschaftlichen Transformation nur zwei Zustände zubilligte: entweder sie befand sich *vor* oder *nach* der Revolution. Die Feststellung von Engels, daß "jedes organische Wesen in jedem Augenblick dasselbe und nicht dasselbe" ist und, daß die Dinge "trotz aller Gegensätzlichkeit sich gegenseitig durchdringen", fand kaum Beachtung in der Gesellschaftstheorie.

Miteinander konkurrierende Systeme, das belegt die moderne naturwissenschaftliche Forschung, von der die Klassiker zu ihrer Zeit soviel gelernt haben, befinden sich in einem Prozeß der Koevolution.¹⁶ Sie sind sich nicht nur entgegengesetzt, sie passen sich einander an. Das Problem des *real existierenden Sozialismus* ist offensichtlich, daß er nichts, oder so gut wie nichts, von dem sich evolvierenden Kapitalismus, dieser aber um so mehr, wo es unumgänglich war, vom sozialistischer Politik gelernt hat.

Die bipolare Weltanschauung hat nicht nur den realen Sozialismus, sondern auch die Revolutionäre im Westen blind für den globalen Transformationsprozeß gemacht. Gefangen von der Vorstellung, daß dieser Prozeß in zwei Teile zerfällt, in einen in dem man den Niedergang des Alten forciert und einen nachfolgenden, wo die Herausbildung des Neuen auf der Tagesordnung steht, entwickelte sich auch eine bipolare Revolutionstheorie. Das Revolutionäre konzentrierte sich einseitig auf die "Öffnung eines Weges zum Sozialismus", weniger auf den Weg selbst. Nicht Umgestaltung, sondern Herbeiführung des Zeitpunktes, an dem die Umgestaltung beginnen kann, war das Hauptziel.

Das bipolare Schema produzierte jede Menge bipolarer Begriffe: Revolutionäre und nichtrevolutionäre Etappen, quantitative und qualitative Merkmale sowie evolutionäre und revolutionäre Veränderungen standen sich als Gegensätze gegenüber und wenn auch ihre Beziehung zueinander als dialektische bezeichnet wurde, so reduzierte sich diese Dialektik doch auf bloß mechanische Wechselwirkung und schloß nicht ein, daß es sich dabei nur um unterschiedliche Betrachtungen ein und derselben Sache handelt. So schlägt der Reformprozeß nicht in Revolution um und die quantitative Veränderung des Kapitalismus ist auch kein Heranrücken an den qualitativen Sprung, sondern der Prozeß ist einheitlich und die getrennten Zustände sind untrennbar miteinander verbunden. Die bipolare Betrachtung der Transformation jedoch reißt die verschiedenen Betrachtungsweisen auseinander und macht aus ihnen Etappen: Der evolutionären Veränderung folgt die revolutionäre, der Reform folgt die Revolution. Trotz aller Betonung längerer Übergänge und unterschiedlicher Wege zum Sozialismus blieb das bipolare Dogma in einem Punkt unerbittlich: Der qualitative Sprung, die Revolution blieb ein festes Datum, an dem so eherne Prinzipien wie die Verstaatlichung der wichtigsten Produktionsmittel, die Machtergreifung durch die Arbeiterklasse und der Übergang zu einer zentralen Planung umzusetzen waren. Formulierungen in den Lehrbüchern, wie "Beginn...und erfolgreiche Durchführung der sozialistischen Revolution"¹⁷ verhinderten das prozeßhafte Begreifen der Revolution und schickten Generationen von KommunistInnen auf das mühselige Feld der nichtrevolutionären Reformpolitik, mit nichts anderem als der Hoffnung ausgerüstet, daß das ständige Kämpfen und Fordern den Kapitalismus eines Tages in Liquiditätsschwierigkeiten treiben werde, was unweigerlich

**Das bipolare
Dogma und seine
Folgen**

die revolutionäre Situation und aus dieser heraus die revolutionäre Umgestaltung nach sich ziehen würde.

Real existierender und real gestaltender Sozialismus

Der Begriff des *real existierenden Sozialismus* übt eine zwingende Gewalt auf das Nachdenken über die Revolution aus. Man mag die unterschiedlichen, schnelleren oder langsameren Wege zum Sozialismus noch so lange ausmessen, wenn das Ziel bereits *real existiert*, sind auch die Wege vorgegeben. Ein Begriff, der etwas Zukünftiges im Auge hat, für das es bereits eine reale Vorlage gibt, ist mehr oder weniger eine Widerspiegelung eben dieser Realität. So unvollkommen der sinnlich wahrgenommene Sozialismus auch empfunden werden mochte, seine grundlegenden und durch parteiliche Anteilnahme auch anerkannten Konstruktionsmerkmale, fesselten das Handeln unlösbar an die bestehende Realität.

Die Vorstellung, daß die sozialistische Revolution andere - und zwar nicht nur empirisch andere - Alternativen zum Kapitalismus hervorbringen könnte, war seit der Oktoberrevolution mit dem Bannfluch des *Dritten Weges* belegt. Alle grundlegenden Elemente des *real existierenden Sozialismus*, wie Verstaatlichung der wichtigsten Produktionsmittel, führende Rolle der Partei und zentrale Planung, wirkten auf die Entwicklung antikapitalistischer Alternativen wie selektierende Filter.

In der Deutschen Ideologie hatte Engels geschrieben: "Der Kommunismus ist für uns nicht ein *Zustand*, der hergestellt werden soll, ein *Ideal*, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben (wird). Wir nennen Kommunismus die *wirkliche* Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt. Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden Voraussetzung."¹⁸ Kommunismus oder Sozialismus, die Unterscheidungen spielen hier keine Rolle - es sei denn man achtet darauf, daß es nach dieser Sichtweise völlig unsinnig ist, das eine als Vorstufe des anderen zu betrachten -, bedürfen also keiner Sozialismuskonzeption, sondern eines Gestaltungsentwurfs für das Bestehende. Die Umwälzung beginnt im Heute und nicht erst nach dem Überschreiten eines imaginären Punktes, und sie hat auch kein Ziel in der Zukunft, sondern ihr Ziel definiert sich jeden Tag aufs neue aus der Kritik des bestehenden Zustandes.

Das ängstliche Festhalten an der unumgänglichen Revolution, und das als politischem Akt, versperrt nur den Blick für die Revolution als globalem Prozeß. Die Transformation im ganzen gesehen, ist wie in der Natur nur als einmal langsame, manchmal schneller voranschreitende Evolution zu begreifen. Politische Revolutionen und ihre Ergebnisse sind in diesem breiten, nur menscheitsgeschichtlich zu beobachtenden Strom, lediglich hier und da auftauchende plötzliche Paradigmenwechsel. Wie in der Transformation der feudalen zur bürgerlichen Gesellschaft, bleiben auch

im Übergang zum Sozialismus solche im engeren Sinne revolutionären Ereignisse wahrscheinlich Einzellerscheinungen. Sie können scheitern oder im Krebsgang zurückkriechen, wie das auch in der Etappe der bürgerlichen Emanzipation geschah, aber es ändert nichts an der Tendenz. Das Auftauchen politischer Revolutionen beschleunigt zwar die Revolution im ganzen, also den Transformations- oder Evolutionsprozeß, aber der findet auch statt, wo die Historiker später Mühe haben werden, das Datum der Revolution festzulegen.

Der Sozialismus kann deshalb nur als permanent gestaltende Politik verstanden werden, die ihren revolutionären Charakter nicht aus dem Ziel, sondern aus der radikalen Kritik des Bestehenden gewinnt. Auch die Unterscheidung von Weg und Ziel ist in diesem Zusammenhang irreführend, wenn nicht sogar falsch. Am deutlichsten wird das im Verhältnis der bisherigen Revolutionstheorie zur Demokratie. So heißt es in einem der bereits zitierten Lehrbücher: "Der Kampf um die Verteidigung und Erweiterung der Demokratie nähert sich notwendig dem Kampf für den Sozialismus."¹⁹ Richtiger scheint es, die Demokratie nicht als *Weg zum* Sozialismus, sondern als *Weg des* Sozialismus zu beschreiben.

Wer ein Ziel hat, der sieht in seinem gegenwärtigen Aufenthaltsort nur das, was ihn zum Verlassen veranlaßt und der Weg ist nichts anderes, als eine mühselige Strecke zwischen dem heutigen und dem morgigen Zustand. Das Alltagsbewußtsein, das so denkt und sich mit seiner fatal plausiblen Bildhaftigkeit tief in der sozialistischen Ideologie und Wissenschaft eingegraben hat, verzichtet nicht nur darauf, das Bestehende ständig und auf neue Weise zu kritisieren, es wird durch die Fixierung auf das Ziel auch blind für die sich im Heute anbahnenden Alternativen.

Die heftigen Auseinandersetzungen, die es in der auseinanderbrechenden DKP um die *Reformalternative* gegeben hat, haben wahrscheinlich nicht zum geringsten ihre Ursache darin, daß ihre Kritiker das Konzept nicht an der Kritik des Bestehenden, sondern an ihrem imaginären Ziel gemessen haben. Das mag sich jetzt, wo der *real existierende Sozialismus* in der Sackgasse zusammengebrochen ist, anders darstellen. Denn wie schon Brecht feststellte, finden Umwälzungen in Sackgassen statt.²⁰

Die fatale Plausibilität des 'Weg von hier!'

1 Vergl. E. Jantsch, Die Selbstorganisation des Universums, München 1982, S.67

2 Vergl. Engels an Bloch, MEW 37, S.465; ders. an Mehring, MEW 39, S.96

3 G. Kröber, Dialektik und Wissenschaft. In: Dialektik 12, S.42.

4 Zitiert nach P.Davis, Prinzip Chaos - Die neue Ordnung des Kosmos. München 1988, S.21.

5 Vergl. z.B. F.Engels, Anti-Dühring. Einleitung, MEW 20, S.19 - 23

6 K.Marx, Vorwort zur Kritik der Politischen Ökonomie. MEW 13, S.8f

- 7 St.Wohanka, Zur Perspektive des Sozialismus - Ansichten zu einer theoretischen Revolution. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 2/1990, S.113
- 8 Vergl. Dialektischer und historischer Materialismus, Berlin 1974, S.546f
- 9 Vergl. These 7 der 1986 auf dem Hamburger Parteitag der DKP verabschiedeten Thesen, Protokollband S.527
- 10 Vergl. G.Diligenskij, Revolutionstheorie und die Gegenwart. In: Weltwirtschaft und internationale Beziehungen, Nr.3/1988, nichtautorisierte Arbeitsübersetzung.
- 11 F.Engels, a.o.O., S.21
- 12 Ebenda
- 13 K.Marx, Vorwort... a.o.O.
- 14 Lenin, Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll. LAW III, S.443
- 15 Ebenda: "...weil der staatsmonopolistische Kapitalismus die vollständige materielle Vorbereitung des Sozialismus, seine unmittelbare Vorstufe ist, denn auf der historischen Stufenleiter gibt es zwischen dieser Stufe und derjenigen, die Sozialismus heißt, keinerlei Zwischenstufen mehr."
- 16 E.Jantsch, a.o.O., S. 117f
- 17 Wissenschaftlicher Kommunismus - Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium, Berlin 1985, S.72
- 18 Engels, Deutsche Ideologie, MEW 3, S.35
- 19 Wissenschaftlicher Kommunismus, a.o.O., S.77
- 20 W.Mittenzwei, Das Leben des Bertolt Brecht, Bd. 1, Berlin 1988, S.251

Gero von Randow

Links

"Die Linken" sind in der Geschichte oft die radikalste Strömung eines Befreiungsprozesses. Aber wieso gibt es auch dann Linke, wenn kein Befreiungsprozeß stattfindet? Diesem Phänomen, zu dem ich ja schließlich auch gehöre, möchte ich nachgehen: der Linken, die zwar gerne jeden Befreiungsprozeß unterstützt, aber ganz grundsätzlich, auch ohne, daß sie eine historische Rolle besetzen darf, einfach "aus Prinzip", wie manche sagen, links ist. Ja, was ist denn das für ein Prinzip?

Die Menschen sollen ihr Schicksal selbst bestimmen können - und allen soll es gut dabei gehen. Richtig? Aber ja! Natürlich ist das für viele Linke zu einfach ausgedrückt, klingt ihnen zu sehr nach Moses Heß und Kindertraum. Ein Kindertraum, gewiß doch, warum auch nicht, angesichts des real existierenden Alptraums, unter dem nur diejenigen nicht leiden, die gänzlich geist- und gefühllos geworden sind. "Links aus Prinzip" ist, wer diesen Kindertraum noch immer nicht aufgegeben hat. Das "linke Prinzip" lautet: es gibt Leiden, die (ich füge hinzu: vielleicht) verhindert oder gemildert werden können, wenn bestimmte Herrschaftsverhältnisse aufgehoben werden - und wo Du etwas dazu tun kannst, muß Du es tun.

Das "muß" ist interessant. Welche Autorität sagt mir das? Das Proletariat? Gibt's nicht mehr. Der Dialektische Materialismus? Brecht verspottete diejenigen, die die Revolution nur wegen des Diamat wollen; wer den Marxismus bejaht, akzeptiert auch seine Soziologie und damit sein eigenes Interesse an der Revolution, ebenso die marxistische Ethik und damit die Pflicht zum politischen Handeln. Was indessen, wenn jemand links ist, oder es sein will, ohne dem Marxismus (länger) zu folgen? Mehr noch: sind nicht die meisten derer, die in der Bundesrepublik zum Marxismus kamen, schon zuvor "links" gewesen? Nun, warum denn?

Unser Verhalten ist sehr oft, vielleicht sogar meistens, unbewußt bestimmt. Dann erst kommt das Bewußtsein und interpretiert. Das ist kein Mangel, sondern zeigt nur, daß Sprache und Denken recht junge Produkte der menschlichen Entwicklungsgeschichte sind. Jemand nimmt eine Haltung ein: dann kommen die Gedanken. "Haltung", ein Wort aus Feudalzeiten, ist ein guter Begriff, er charakterisiert eine Determinante des Verhaltens. Warum nimmt jemand eine Haltung ein? Dafür gibt es viele Gründe. Die meisten Menschen werden zu bestimmten Haltungen gezwungen, weil sie hungern müssen.

Vieles liegt jedoch in unseren Erbanlagen, anderes in unserer Kultur, die Widersprüche zwischen den Kulturen sind eingeschlossen. Eine dieser

Haltungen, das Mitleiden und Mitfühlen mit allen Menschen auf der Erde, ist möglicherweise eine Art erweiterter Sippengeist: diejenigen Populationen von Primaten hatten jahrtausendlang die besten Überlebenschancen, deren Mitglieder ein gewisses Maß von Uneigennützigkeit im Verhältnis zu ihren Verwandten aufbrachten. Für diese Interpretation spricht die Tatsache, daß der Anblick hungernder Kinder uns am meisten quält.

Die Haltung des Protestes gegen Unmenschlichkeit war es, die eine Festigung und Festung brauchte, und dies Bedürfnis führt viele von uns Linken in den sechziger Jahren zum Marxismus. Er rationalisiert die revolutionäre Haltung, das ist das Geheimnis seiner Wirkung. Revolutionäre Proletarier vergangener Zeiten, empörte Studenten und sich empörende Campesinos festigten ihre Haltung mit Marxismus. Marx und Engels war es nicht anders gegangen. Leute mit Interessen oder Haltungen, auch diejenigen mit den besten Absichten, nehmen gerne die Ideologie an, die ihnen am besten paßt; paßt keine, schneiden sie sich eine neue. So wurden russische und kubanische Nationalisten zu Marxisten-Leninisten.

Am Tigris schlachten Regierungstruppen sowie zwei Guerillabewegungen einander ab. Bis vor kurzem erklärten sich alle drei für marxistisch-leninistisch. Heute sind sie alle drei für westliche Demokratie und Marktwirtschaft.

Der Vietnamkrieg hatte uns entsetzt, das Vergessen des Faschismus hatte uns angewidert, wir schlugen uns also auf die andere Seite, die uns die Geschichte anbot. Die kommunistische Bewegung der Bundesrepublik war ein Kind des kalten Krieges.

Anzuschließen wäre die Kritik der marxistischen Geschichtsphilosophie. Peinlich, peinlich, sie bestünde wesentlich darin, längst Gesagtes zu wiederholen: Hegel muß zu Ende kritisiert werden, und damit die Vorstellung eines Drehbuchs der Geschichte, seines Hauptdarstellers sowie des letzten Aktes der "Vorgeschichte der Menschheit" - des kommenden Reiches der Vernunft, und sei sie nur die "volonté générale" der "assoziierten Produzenten". Erst kurz vor dem realsozialistischen Fiasko habe ich von dieser Gewißheitslehre Abschied genommen; das unterscheidet mich aber nur graduell von jenen, die den Honecker-Staat zusammenbrechen sehen mußten, um ihre Grundannahmen zu überprüfen.

Die mit Hilfe des Marxismus in den späten 60er Jahren stabilisierte Protesthaltung verselbständigte sich von ihren Anlässen. Es entstanden ein paar Tausend Maulwürfe, die den Boden des Grundgesetzes auflockerten und immerhin so fruchtbar machten, daß, wenn nicht hundert, doch wenigstens einige Blumen erblühten. Die marxistische Linke unterstützte Protestbewegungen, zuweilen mit Erfolg, und darin liegt ihr Verdienst.

Dazu wäre Marxismus nicht nötig gewesen? Stimmt. Doch zur politischen Aktion paßt die Gewißheit besser als die Skepsis. Die entschlossensten Aktionisten verfügen stets über die größte Gewißheit. Wer indessen eine

mit Gemeinheit ebenso wie mit Dogmen unversöhnliche Haltung einnehmen will, hat's schwerer. Strategien, Taktiken, Bündnisse und ähnliche mit Kriegsmetaphern beschriebene Machtmittel lösen sich in Luft auf, und Fluchtwege in Beschaulichkeit oder Zynismus sind abgeschnitten.

Was bleibt, ist die Haltung. Die selbst auferlegte Pflicht zum Handeln stets dann, wenn eine klitzekleine Chance besteht, der Menschensippe ein bißchen aufzuhelfen, die so schrecklich gespalten ist: in Verhungerte und Fischstäbchenfressende, in Gefolterte und Staatsbesucher, in Vergiftete und Vergiftende, in Unwissende und Informierte und in so viele andere Herrschafts-, Ausbeutungs-, Vergewaltigungs-, Verblödungs- und sonstige Verhältnisse, das Verhältnis der Gleichgültigkeit eingeschlossen.

Sollte es gelingen, genügend Primaten unserer Art von einem gewissen Altruismus sowie davon zu überzeugen, sich nach Kräften gegen erlittenes Unrecht zu wehren, dann ginge es vielleicht vielen Menschen besser als jetzt; es kann sogar sein, daß eine solche Veränderung für das Überleben der Menschheit vonnöten ist (obgleich ich mir da nicht so sicher bin). Doch warum ist das Schicksal mir unbekannter Menschen, oder auch der gesamten Menschheit, überhaupt wichtig für mich? Nicht, weil eine Ideologie oder eine Religion oder eine allgemeinmenschliche Moral mir das sagt. Es gibt kein Menschheitsinteresse, das jenseits dieser Gattung steht und Fleißkärtchen oder Tapferkeitsorden verteilt. Anders als dem klassischen Humanismus wird dieser Haltung keine höhere Weihe zuteil. Sie einzunehmen ist, wenn nicht nur Veranlagung, eine Art Schicksal; vielleicht rührt sie von dem Wunsch her, in einer Welt Kontrolle auszuüben, die, wie die Vertreter der "evolutionären Erkenntnistheorie" sagen, der Mensch sich geschaffen hat, ohne für sie geschaffen zu sein.

Aufbruch in eine neue Weltzivilisation

Die Krise der Zivilisation und das Scheitern des Sozialismus

Der bisher "real existierende Sozialismus" ist historisch gescheitert. Er vermochte die Erblast seiner Rückständigkeit niemals zu überwinden, das "Überholen" des Kapitalismus ohne "einzuholen" war eine Illusion. Schwere Versäumnisse, Fehler und Verbrechen verringerten seine Chancen um ein Vielfaches.

Aber erklären diese "inneren" Mängel allein das Scheitern des Sozialismus? Ich meine, das Werden und Vergehen des bisher existierenden Sozialismus ist auch "genetisch" mit einem bestimmten Typ der Existenzweise der menschlichen Zivilisation verbunden. Dieser Zivilisationstyp versinkt in der Geschichte und mit ihm verschwinden die globalen Rahmenbedingungen des bisherigen Sozialismus.

Worin zeigt sich dieser Zusammenhang?

Erstens: Die Prämissen der bisherigen menschlichen Zivilisation ermöglichten noch das Kriegführen. Alle Klassen und ihre politischen Repräsentanten konnten bisher vom Krieg als "Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln" Gebrauch machen, sei es als Angriffs- oder Verteidigungskrieg. Imperialistische Mächte führten zwei Weltkriege und viele Dutzend weiterer Raub- und Eroberungskriege. Aber die bisherige weltgeschichtliche Situation ermöglichte es auch, Kämpfe für gesellschaftlichen Fortschritt mit Waffengewalt zu führen und die nachkapitalistische Gesellschaft bewaffnet zu verteidigen. Aus der Logik dieser Bedingungen erwuchs die militärische Konfrontation zweier Weltsysteme, das Wettrüsten, die nukleare Bewaffnung und das militärstrategische Patt sowie die schwere militärische Belastung der "dritten Welt". In beiden Weltsystemen - mehr oder weniger differenziert - führte die Hochrüstung zu schweren inneren Deformationen. Dem waffenstarrten Typ des "staatsmonopolistischen Kriegskapitalismus" (Lenin) auf westlicher Seite steht heute der nicht minder hochbewaffnete Typ eines militärbürokratisch-administrativen "Sozialismus" gegenüber. Das stalinistische Kommandosystem im Inneren konnte als Bestandteil eines solchen militärisch geprägten und ausgerichteten "Sozialismus" stets wegen der äußeren Bedrohung "gerechtfertigt" werden.

Aber mit der Revolution im Militärwesen entstand eine grundlegend neue Situation. Die militärischen Potenzen beider Weltsysteme erreichten Ausmaße, die die Existenz der ganzen Menschheit gefährden. Die bisherige Weltzivilisation mit ihren militärischen Prämissen ist an historisch neue

Schranken gestoßen und damit auch der auf diesen Grundlagen beruhende Typ eines militärisch orientierten und organisierten "Sozialismus".

Zweitens: Die zweite Wurzel der Krise der bisherigen Weltzivilisation ist neben der militärischen die *ökologische*. Denn der industrielle Typ der Zivilisation bisheriger Prägung schließt den Raubbau an der Natur ein. Er beruht seit der industriellen Revolution auf wirtschaftlicher Expansion zu Lasten der Natur. Das hat bis zur Gegenwart zu einer einzigartigen enormen anthropogenen Belastung der Biosphäre geführt, die das Weiterleben auf unserem Planeten gefährdet: globale Zerstörung der Wälder und zunehmende Wüstenbildung, lebensfeindliche Ozonlöcher, immer häufigere Smogsituationen, drohende Klimakatastrophen ...

Die Hauptverantwortung dafür trägt das sich seit über drei Jahrhunderten vorwiegend extensiv entwickelnde Wirtschaftswachstum der kapitalistischen Produktionsweise (1987 entfielen 70,7 Prozent der Weltindustrieproduktion auf den nichtsozialistischen Teil der Welt). Die sozialistischen Länder betraten die Weltarena unter eben diesen Bedingungen einer vorwiegend extensiven Wirtschaftsentwicklung - eine Alternative zu diesem Ökonomie-Ökologie-Typ war in den ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts bei weitem noch nicht in Sicht. Die "sozialistische Industrialisierung" in der UdSSR und in anderen Ländern gestaltete sich als rabiater Feldzug gegen die Natur; die Hüttenwerke im Ural und Kusbas, die Stauseen an der Wolga und Bewässerungsanlagen in Mittelasien, die Chemiewerke im Raum Halle und die Braunkohlentagebaue im Bezirk Cottbus sind Mahnmale eines primitivsozialistischen Raubbaus an der Natur.

So wie die bisherige Weltzivilisation militärisch an historisch neue Schranken gestoßen ist, stieß sie auch an *natürliche* Grenzen, und das bisherige verfehlte Verhalten in den "sozialistischen" Ländern gegenüber der Natur mußte zunehmend zu einer Hauptquelle des Scheiterns dieses Gesellschaftssystems werden.

Drittens: Die bisherige menschliche Zivilisation beruht auf Ungleichheit und einseitiger Abhängigkeit, auf Ausbeutung, Unterordnung und Diskriminierung im Verhältnis der sozialen Subjekte zueinander. Sie entwickelte sich nicht nur auf Kosten der Natur, sondern auch auf Kosten ausgebeuteter Klassen, Völker und des überwiegenden Teils der Menschheit. Der "reale Sozialismus" war in diesem internationalen System nicht nur eingebunden, sondern er hat es durch "Abgrenzung", "Mauer" und "Klassenkampf in den internationalen Beziehungen" um einiges "bereichert". Das mußte die Zivilisationskrise nur verstärken statt entschärfen. Das stalinistische Herrschaftssystem erhielt aus diesem Typ der internationalen Beziehungen - in Verbindung mit der oben erwähnten realen oder vermeintlichen Bedrohung - wesentliche Argumente seiner

Die natürlichen Grenzen bisheriger Zivilisation

Rechtfertigung und zugleich aus der "Abgrenzung" nach außen freie Hand nach innen.

Diese Form der internationalen Beziehungen mußte jedoch in dem Maße scheitern, wie sich die Ganzheit der Welt immer stärker ausprägte. Wesentliche Grundlage dafür ist die wissenschaftlich-technische Revolution mit ihren neuen Erfordernissen weltweiter Arbeitsteilung und Zusammenarbeit. Die alten Prinzipien des Gegeneinanders, der Diskriminierung, Unterordnung und Ausbeutung im internationalen Verkehr der Staaten und Völker wurden immer unvereinbarer mit dem sich herausbildenden interdependenten Charakter der modernen Welt. Der Übergang zu einem neuen Typ der internationalen Beziehungen wurde unaufschiebbar. "Die neue Formel des globalen Prozesses beruht auf dem Gebot 'nicht auf Kosten' des Menschen, der Natur, anderer Völker. Aus ihr ergeben sich das Prinzip der gemeinsamen Entwicklung und das Ideal des Gewaltverzichts."¹

Daraus folgt, daß der Aufbruch in eine neue Weltzivilisation mit grundlegenden neuen Fragen des Fortschrittsprozesses in der Welt verbunden ist.

Ein "revolutionärer Weltprozeß" alten Typs existiert nicht mehr

Mit dem heutigen Umbruch in der Welt ist die frühere Konzeption der sozialistischen Weltrevolution Leninscher Provenienz nicht mehr vereinbar.

Bekanntlich ging Lenins Theorie der sozialistischen Revolution davon aus, daß - ausgehend vom Sieg der Revolution in einem Lande oder in einigen Ländern - der Übergang der Menschheit vom Kapitalismus zum Sozialismus eine ganze historische Epoche umfassen werde. In ihrem Verlauf würden die inneren Bedingungen für sozialistische Revolutionen in weiteren Ländern heranreifen und diese zu unterschiedlichen Zeiten aus dem kapitalistischen System herausbrechen.

Da am revolutionären Weltprozeß zahlreiche und unterschiedliche soziale Kräfte und politische Bewegungen teilnehmen würden, entfalte er sich als ein vielschichtiger, mannigfaltiger und komplizierter Prozeß.

Es ist unbestritten, daß sich das soziale und politische Antlitz der Welt in unserem Jahrhundert tiefgreifend verändert hat. Ein breiter Strom des Menschheitsfortschritts hat sich entwickelt, der zunächst durch die Oktoberrevolution in Rußland starke Impulse erhielt. In der UdSSR und später auch in China, Kuba und anderen Ländern, in denen auf revolutionäre Weise ein Bruch mit der alten Gesellschaft vollzogen worden war, wurden neue Wege des gesellschaftlichen Fortschritts beschritten und in nicht wenigen Bereichen wie dem Sozial-, Gesundheits-, Bildungs- und Wohnungswesen beachtliche Ergebnisse erzielt. Wesentlichen Anteil an den tiefgreifenden Veränderungen in der Welt hat die antikoloniale Weltrevolution, die vielen Völkern neue Möglichkeiten des sozialen Fortschritts

eröffnete. In den entwickelten kapitalistischen Ländern errichteten die Arbeiterbewegung und andere demokratische Massenbewegungen wirksame "Dämme" gegen die Bestrebungen des Monopolkapitals, den Produktivitätsfortschritt auf Kosten der Werktätigen zu nutzen. Die politische Ökonomie der Arbeiterklasse, die Marx als "Kontrolle sozialer Produktion durch soziale Ein- und Vorsicht"² charakterisierte, errang auf dem Boden des Kapitalismus viele bedeutende Erfolge.

Aber alle diese Wege und Formen des sozialen und gesellschaftlichen Fortschritts führten in unserem Jahrhundert nicht zu einem Formationswechsel im Weltmaßstab. Die bisherigen sozialistischen Staaten kamen über ihre primitiven, stalinistisch geprägten Frühformen nicht hinaus. Der Arbeiterbewegung und den anderen demokratischen Bewegungen in den Zentren der westlichen Welt gelang es nicht, die Vorherrschaft des Kapitals zu brechen. Stattdessen schritt die Evolution der kapitalistischen Produktionsweise weiter voran.

Vor allem unter dem Einfluß der wissenschaftlich-technischen Revolution erreichte die Vergesellschaftung der Produktion gewaltige Ausmaße. Die kollektiven Formen des kapitalistischen Eigentums an Produktionsmitteln entfalteten sich in neuen Dimensionen, sichtbar vor allen in den heutigen Formen der Internationalisierung des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Unter dem Einfluß starker Interessenvertretungen des arbeitenden Volkes, vor allem der Gewerkschaften, aber auch der neuen Erfordernisse der Produktivkraftentwicklung, wurden die demokratischen Errungenschaften weiter ausgebaut. Die Bedürfnisse und Interessen der Arbeiter und Angestellten veränderten sich gravierend, der Lebensstandard erreichte ein höheres Niveau, die Lebensweise wandelte sich tiefgreifend. War der Kapitalismus noch nie in dem Sinne ein "reiner" Kapitalismus, daß er ausschließlich Resultat des Kapitalinteresses wäre, so verkörpert er heute in noch weit höherem Maße die Wirkungen der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse. Viele Seiten einer verbesserten Lebenssituation, die frühere Generationen allein vom Sozialismus erwarten und erhoffen konnten, wurden bereits unter kapitalistischen Bedingungen Wirklichkeit. Daß dies bei weiterer Vertiefung der Ausbeutung der Lohnarbeiter und der Ausplünderung der "dritten Welt" sowie Plünderung unseres Planeten geschieht, dringt - wenn überhaupt - nur verzögert und abgeschwächt ins Bewußtsein der Werktätigen.

So kam es nicht zum "Abfallen immer neuer Länder vom Kapitalismus", wie frühere Programme kommunistischer und Arbeiterparteien erwartet bzw. erhofft hatten (zum Beispiel das KPdSU-Programm von 1961 oder das SED-Programm von 1963), sondern zur Entfaltung bei weiterer Differenzierung der kapitalistischen Formation sowie zur Krise und zum Zerfall des "sozialistischen" Gesellschaftssystems.

Das Trugbild des
'reinen Kapitalismus'

Damit ist eine prinzipiell neue Lage in der Welt entstanden. Mit den früheren Kategorien "revolutionärer Weltprozeß" und "Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab" kann die Dynamik des gesellschaftlichen Fortschritts in der Welt von heute nicht mehr erfaßt werden.

Koevolution - Grundlage einer neuen Weltzivilisation

Die heutige Krise der Weltzivilisation stellt die bisher größte Herausforderung der Menschheit dar. Eine grundlegend neue Art des Zusammenlebens auf unserem Planeten ist erforderlich, um das Überleben und die Weiterentwicklung der Menschheit zu sichern.

Der Weg dahin verbindet sich mit dem Begriff "Koevolution", der von dem sowjetischen Wissenschaftler Nikita N. Moissejew in die Diskussion gebracht wurde. Der Begriff beruht auf den wissenschaftlichen Ideen des Gelehrten Wladimir I. Wernadski (1863 - 1945), des Mitbegründers der Theorie von der Biosphäre. Wernadski knüpfte an die von Marx begründete Einheit des natürlichen und gesellschaftlichen Lebens an und entwickelte die Theorie des Übergangs von der Biosphäre zur "Noosphäre", der Sphäre der menschlichen Vernunft: Der Stoffwechselprozeß zwischen Mensch und Natur müsse naturgeschichtlich eine Zivilisationsstufe hervorbringen, auf der die menschliche Vernunft zu einer Kraft wird, die alle Bereiche der Biosphäre durchdringt und die Welt umgestaltet.

Angesichts der prinzipiell neuen Lage in der Welt gewinnt Wernadskis Vision von der Noosphäre an Bedeutung, auch wenn von einem Übergang zu diesem neuen, noch völlig unbekanntem Zustand bei weitem noch nicht die Rede sein kann. "Deshalb scheint es mir angebracht", meint Moissejew, "heute nicht vom Eintritt in die Epoche der Noosphäre zu sprechen, sondern von einer dem Übergang vorgelagerten Etappe, in der die Menschheit ihre soziale Organisation qualitativ verändern muß, um die Entwicklung des Lebens auf der Erde in die richtige Bahn zu lenken, wobei eine entsprechende Strategie für unseren gesamten Planeten verwirklicht werden muß."³

Die Koevolution sowohl von Natur und Gesellschaft als auch innerhalb aller Teile der Menschheit *verbleibt als einziger "Notausgang"*, um die Krise der Weltzivilisation zu bewältigen. Dazu ist ein geschichtlich neues Denken und Handeln aller sozialen Subjekte der Welt erforderlich. Das gilt für alle Individuen, sozialen Gruppen sowie Staaten unterschiedlicher sozialer Ordnung. Die biosphärische Koevolution von Natur und Gesellschaft kann nicht ohne Koevolution von Staaten mannigfaltiger Gesellschaftsordnung vonstatten gehen, von solchen Staaten, die bisher "sozialistisch" waren und solchen, die es bleiben wollen, von kapitalistischen Industrieländern verschiedenen Typs und Entwicklungsländern aller Schattierungen. Karl Marx hat sich - natürlich unter gänzlich anderen epochalen Bedingungen - mit der interessanten Frage beschäftigt, welche Möglichkeiten es bei der Ex-

pansion einer Produktionsweise auf Kosten einer anderen gibt: "Bei allen Eroberungen ist dreierlei möglich. Das erobernde Volk unterwirft das Eroberte seiner eignen Produktionsweise (...); oder es läßt die alte bestehen und begnügt sich mit Tribut (...); oder es tritt eine Wechselwirkung ein, wodurch ein Neues entsteht, eine Synthese (...)."⁴

Der Weg, auf dem ein solches gesellschaftliches Neues entsteht, wäre ein Weg der Koevolution. Das Konzept der Koexistenz wäre damit von der Geschichte überholt. Lenins Konzept der friedlichen Koexistenz ging bekanntlich davon aus, daß kapitalistische und sozialistische Staaten friedlich nebeneinander existieren können und müssen. Lenin gelangte unter den früheren Bedingungen kapitalistischer Existenz zu der theoretischen Schlußfolgerung, daß der Imperialismus "sterbender Kapitalismus" sei und daher keine Zukunft habe, daß die künftige menschliche Zivilisation nur eine sozialistische sein werde. Jedoch die bisherige Entwicklung beider Weltsysteme hat diese Leninsche Position nicht bestätigt. Der Kapitalismus erwies sich bei allen seinen Gebrechen lebens- und entwicklungsfähiger als von Kommunisten vorausgesehen; der "real existierende Sozialismus" löst sich auf.

Das erfordert, daß die fortbestehenden und sich neu bildenden sozialen Subjekte verschiedener Couleurs *das ihnen innewohnende Entwicklungspotential* entfalten und zur Rettung der menschlichen Zivilisation, zur Überwindung ihrer jetzigen Krise *zusammenführen* müssen.

Tragende Säulen der Koevolution

Als tragende Säulen einer solchen Koevolution zeichnen sich schon heute ab:

- Die Begrenzung des Wettrüstens und die Abrüstung werden zu einem schrittweisen Abbau der militärischen Bedrohung der Welt führen und zunehmend Mittel für die raschere Bewältigung ziviler Aufgaben, vor allem der Probleme in der "dritten Welt", freisetzen.
- Der Übergang vom naturfeindlichen extensiven zum naturschonenden intensiven Wirtschaftstyp in den Industrieländern schafft bessere Voraussetzungen für eine qualitativ neue Beziehung von Mensch und Natur, und erst auf dieser Grundlage kann sich später im Weltmaßstab eine Noosphäre herausbilden, eine Koevolution von Natur und Gesellschaft vollenden.
- Durch die Beendigung des Gegeneinanders in den internationalen Beziehungen, der Autarkiebestrebungen und der Abgrenzung gegenüber anderen Staaten und Gesellschaftsordnungen werden die Voraussetzungen für ein umfassendes System der internationalen Sicherheit und Zusammenarbeit geschaffen, welches den Erfordernissen einer ganzheitlichen, wechselseitig verbundenen und abhängigen Welt entspricht.

Es versteht sich, daß dabei nicht nur in der gesellschaftlichen Praxis Neuland betreten wird, sondern auch im Denken. Der theoretische

Mitbegründer der Evolution der Biosphäre und der Koevolution von Natur und Gesellschaft, W.I. Wernadski, sah bereits in den 20er Jahren voraus, welche neuen Anforderungen künftig an das wissenschaftliche Denken gestellt werden. In Aufzeichnungen, die erst spät aufgefunden wurden, hatte er geschrieben: "Ein lebendiger, kühner, junger Geist hat sich des wissenschaftlichen Denkens bemächtigt. Unter seinem Einfluß wankt und wackelt, zerfällt und verändert sich die moderne wissenschaftliche Weltanschauung. Weit vorn, in fernen Höhen erschließen sich ungeahnte Horizonte. Dahin strebt heute der befreite menschliche Schaffensdrang. Diese historische Wende muß von kühnen und freien Gedanken getragen werden. Man muß die alten 'Wahrheiten', die sich vor unseren Augen schnell in alte Vorurteile verwandeln, weit von sich werfen. Man muß den Boden von den in der Vergangenheit angesammelten und heute unnötig gewordenen Stützen und Konzeptionen freimachen."⁵

Heute, unter den Bedingungen der Krise der Weltzivilisation, ist das aktueller denn je.

¹ Boris Kapustin: Krise der Prinzipien der Industriegesellschaft; in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, H. 9/89, S. 1242.

² Karl Marx: Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation; in: MEW 16, S. 11.

³ Nikita Moissejew: Das Labyrinth der Evolution und der Faden der Ariadne; in: Probleme des Friedens ..., H. 3/90, S. 355.

⁴ Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW 42, S. 32.

⁵ Zit. nach: Wissenschaft in der UdSSR, Akademie der Wissenschaften der UdSSR, H. 3/88, S. 29/30.

Verständigungsversuche

Zur aktuellen Marxismus-Diskussion in Frankreich

Welche Probleme wirft der Zusammenbruch des realen Sozialismus für die marxistische Theorie auf? Das ist die Frage, die uns interessiert. Soweit ersichtlich, wird sie in der deutschsprachigen Literatur noch kaum thematisiert. Wie steht es damit in Frankreich, einem Land, in dem der Marxismus traditionell eine andere Rolle im intellektuellen und politischen Leben spielt als in der Bundesrepublik? Wir geben im folgenden einige Streiflichter: Der konservative Triumph ist zur Kenntnis zu nehmen. Mehr interessieren uns allerdings die aktuellen Auffassungen marxistischer, d.h. sich positiv auf die Theorie von Marx und Engels und die auf sie folgenden Denkströmungen des Marxismus beziehender Autoren. Im Mittelpunkt stehen neuere Publikationen von Georges Labica und Lucien Sève. Es geht um Streiflichter, nicht um Vollständigkeit. Aber vielleicht um Anregungen für die Diskussion hierzulande.

Konservativer Triumph und liberale Kritiker

Wenn festgestellt wird, daß "die marxistische Theorie für mehrere Jahrzehnte innerhalb der französischen Intelligenz zu dem Paradigma von Rationalität überhaupt"¹ hatte werden können, so kann eine nüchterne Analyse heute nicht daran vorbeigehen, daß der Einflußverlust marxistischen Denkens und marxistischer Politik auch in Frankreich durchaus dramatische Züge angenommen hat. Der Triumph und die Schadenfreude des Konservatismus und der postmodernen Markt-Ideologen haben ihre Gründe. Schon Anfang der achtziger Jahre waren "Desillusionierung" und wachsende Distanz unter der französischen Intelligenz gegenüber dem Marxismus konstatiert worden²; Jürg Altwegg spricht in der "FAZ" im Rückblick auf die achtziger Jahre vom "Sog der antimarxistischen Entwicklung", vom "Stimmungsumschwung im intellektuellen Lager"³ und, im Stil eines Heeresberichts von der ideologischen Front, halb Wunsch, halb Feststellung: "Es gibt keine Marxisten mehr in Frankreich."⁴

Jean-Marie Benoist, der Lévi-Strauss-Schüler, der 1970 mit seinem Buch "Marx est mort" in Frankreich den "Medienzirkus" der "neuen Philosophen" eröffnete, hat jüngst nicht ohne Genugtuung vier Etappen der für ihn besiegelten "Niederlage des marxistischen Paradigmas" ausgemacht: - Die Auseinandersetzung um den "Stalinismus in den fünfziger Jahren", die im Grunde das Auseinanderbrechen des durch Resistance und Antikolonialismus geprägten Konsenses auf der Linken bedeutete; - der wachsende Einfluß des Strukturalismus (Lévi-Strauss) und der "Epistemologie"

(Bachelard und Foucault), durch die "das Dogma der Bestimmung des Überbaus durch die wirtschaftlich-gesellschaftliche Basis zu Staub zerfiel"; - die Ereignisse des Mai 68, bei denen "die Maoisten den entscheidenden Part bei der Erschütterung der politischen und intellektuellen Herrschaft der KPF" spielten (und die z.T. dann zur "neuen Philosophie" und "neuen Rechten" umschwenkten); - und schließlich, als "Katalysator von außen" in den siebziger Jahren, Solschenizyn und die Dissidenten.⁵ Damit sei der Boden reif geworden für die Durchsetzung eines neuen Paradigmas: "Notwendig ist ein Konservatismus in dem Sinne, in dem alles in seinem Vorgehen sich gegen den Mythos eines prometheischen Subjekts wehrt, das vom Wahn besessen ist, die Welt zu verändern..."⁶

Der Triumph des militanten Konservatismus scheint also total. Die Meinungen sind unter konservativ-liberalen Intellektuellen zwar differenzierter, gehen aber doch in eine ähnliche Richtung. Einem Dossier des "Figaro" vom Januar können dazu einige Ansichten zu der Frage entnommen werden, ob der politische Zusammenbruch des Kommunismus den theoretischen Wert des Marxismus ruiniert.⁷ Für Emmanuel Le Roy Ladurie als Vertreter der Konzeption einer "unbeweglichen Geschichte" ist der Marxismus als historische Theorie "von allen Seiten eingekesselt und vom Untergang bedroht." Was bleibt, ist "eine bestimmte Aufmerksamkeit auch für ökonomische und soziale Prozesse." Francois Furet, der Initiator der sog. "revisionistischen" Schule der Historiographie der Französischen Revolution, hält Marx weiterhin für den lesenwerten Autoren eines "grundlegenden historischen und philosophischen Werks", aber nur um den Preis eines doppelten Schnitts: radikale Trennung des Marxismus von Marx von dem des "Chef-Bolschewiken" Lenin; radikale Ablehnung der Marxschen "pseudowissenschaftlichen Vorhersage über die Auflösung der Widersprüche des Kapitalismus". Philippe Robrieux (Historiker und ehemals Sekretär von M. Thorez) sieht den Schnitt nicht zwischen Marx und Lenin, sondern zwischen beiden und Stalin, und er hält es zumindest für ein bißchen verfrüht, "nur dreiundsiebzig Jahre nach der Oktoberrevolution eine große Idee wie die des Kommunismus zu begraben. Nicht zuletzt deswegen, weil dreiundsiebzig Jahre nach 1789 das Frankreich der Menschenrechte unter dem repressiven Regime Napoleons III. noch lebte..." Für Le Roy Ladurie ist demgegenüber die Hypothese durchaus denkbar, daß der Kommunismus im strikten Sinne nur eine kurze Episode in der Menschheitsgeschichte darstellt (ganz im Sinne der Annales-Schule: eine kleine Welle in der langen Dauer der Geschichte). Pierre Daix (ehemaliges Führungsmitglied der KPF) bringt die Sache auf den Punkt: Marx als Theoretiker des Klassenkampfes und seine "Prophetie des kommunistischen Manifests" sind gescheitert (was man schon vor 1989 wußte); ansonsten verdanken die "sciences humaines", die "Wissenschaften vom Menschen", Marx viel.

Diese Ansichten sind weder neu noch sonderlich originell⁸. Immerhin, einerseits wird der Ton militanter (bei Furet), andererseits ist man nicht

geneigt, ein bestimmtes kulturell-theoretisches Erbe so einfach über Bord zu werfen. Marx bleibt vorerst im Pantheon der großen Geister des 19. Jahrhunderts. Wird dieses Erbe nicht radikal ausgelöscht, bleibt eine Brücke zu jenen, die Marx und den Marxismus auch mit Blick auf die Gegenwart nicht für erledigt halten. Der "Figaro" bringt im gleichen Dossier eine Diskussion zwischen Alain Touraine und Max Gallo - letzterer links-sozialistischer Autor eines "Manifeste pour une fin de siècle obscur" mit durchaus positivem Marx-Bezug-, und Max Gallo diskutiert wenig später in "politica" mit Lucien Sève über die Möglichkeiten, den Kapitalismus zu verändern.⁹ Eben da ist die Brücke wieder hergestellt, die abzubrechen eines der Ziele des Konservatismus bleiben muß, um marxistisches Denken radikal ausgrenzen und damit den Triumph der Stunde wirklich auskosten zu können.¹⁰

Touraine und Gallo verbindet die Auffassung, daß die Marxsche Theorie und die Realität der sozialistischen Länder radikal auseinandergehalten werden müssten und nichts oder nur wenig miteinander gemein hätten. Während Gallo marxistisches Denken zumindest in wichtigen Teilen für aktuell hält (die Aufdeckung "wenn nicht eines zentralen Konflikts der kapitalistischen Gesellschaft, so doch ihrer wichtigsten Widersprüche", auch seine Idee der Demokratie), erklärt Touraine explizit, daß an die Stelle des für Marx zentralen gesellschaftlichen Grundkonflikts von Lohnarbeit und Kapital heute die Herrschaftsverhältnisse getreten sind - ein Sachverhalt, der ohne Marx nicht verstanden werden könne. Aber umgekehrt stehe die Demokratiefrage nicht im Zentrum des Marxschen Denkens ("Revolution und Demokratie sind radikal antinomisch"). Die Marxsche Gesellschaftstheorie ist für Touraine "weithin überholt"; Massenkonsum, politische Demokratie und neue Bedeutung universalistischer Werte seien mit dem Marxschen Verständnis der industrialisierten Gesellschaft unvereinbar. Die Identifikation der Probleme von Gesellschaft mit denen der Geschichte im Marxismus ist unhaltbar. Hinfällig ist also das Marxsche Verständnis von gesellschaftlicher Entwicklung, von Gesellschaftsformationen und geschichtlicher Perspektive. Das ist der gemeinsame Nenner von Konservatismus, liberaler Kritik und linkem Abgesang.

Touraine, Gallo
und andere
Kritiker

Georges Labica: Wird Kommunismus endlich möglich?

Während also auch in Frankreich der mainstream der Intelligenz auf die konservativ-liberale Parole vom Ende der Geschichte einschwenkt, beginnen auf der Linken einzelne Marxisten mit dem Versuch, sich über Inhalt und Bedeutung des Zusammenbruchs des Sozialismus Klarheit zu verschaffen. So Georges Labica in einem im März/April-Heft dieses Jahres von "M" veröffentlichten Beitrag, der vom November/Dezember 1989 datiert.¹¹

Labica konstatiert, daß sich der Umbruch im Osten unter der Dominanz der "westlichen Werte" im Verlangen der Massen nach Demokratie, Rechtsstaat, Markt und Konkurrenz vollzieht; der konservativ-liberale Triumph über die "common marketisation of international affairs"¹² und die Niederlage des Marxismus scheint also in Übereinstimmung mit den realen Prozessen zu stehen. Trotzdem ist damit nichts erklärt. Was bricht überhaupt zusammen? Offenkundig ein System, das seinen Prinzipien nach rasches Wachstum des gesellschaftlichen Reichtums, Ende der Ungleichheiten, Übergang zu einer höheren Form von Demokratie unter Kontrolle der Werktätigen und zu einer qualitativ neuen Kultur garantieren sollte, und das ökonomisch wie politisch in der Konkurrenz mit dem Westen gescheitert ist. Lohninteresse und gewerkschaftliche wie politische Rechte der "freien" Lohnarbeiter haben sich gegenüber autoritärer Planökonomie und Marxismus-Leninismus als wirkungsvollere Stimuli erwiesen. Der, nach einem Ausdruck von Gramsci, "ökonomisch-korporatistische Staat" habe weder bei den Arbeitern das Gefühl aufkommen lassen, "Herren der Produktion" zu sein, noch eine Gemeinschaft rechtsgleicher Bürger geschaffen, sondern neue Hierarchien von Untertanen verfestigt. Monopol der Partei, Verquickung von Staat und Partei, unkontrollierte Macht - all das hätte den Charakter eines Rückfalls in halbfeudale Praktiken angenommen. Diese Phänomene können, so Labica, seriöserweise nicht dem Marxismus zugerechnet werden (nach der Hobsbawm-Formel, daß das Christentum auch nicht für die Inquisition verantwortlich sei). Man erwartete Sowjets, Selbstorganisation der Arbeiter, demokratische Planung, Absterben des Staates, Frieden, und sah sich konfrontiert mit Stärkung des Etatismus, Bürokratie und Dirigismus und Krieg zwischen sozialistischen Ländern, unter dem Signum des Marxismus-Leninismus. Erste Schlußfolgerung: Labriolas Warnung vor einer Instrumentalisierung oder "Ideologisierung" des Marxismus war berechtigt.

Die Tatsache des ungleichen Ablaufs der Ereignisse in den einzelnen sozialistischen Ländern verweist auf die Bedeutung der konkreten Besonderheiten der jeweiligen Länder. Dabei ist ihre ganze Geschichte zu berücksichtigen. Zugleich zeigt sich das Defizit, daß sich der Sozialismus nicht selbst zum Gegenstand wirklich wissenschaftlicher sozialer und historischer Analysen gemacht hat. Trotzdem werden in den Prozessen allgemeine Züge sichtbar, die für Marxisten nicht überraschend sein dürften: daß jedes Volk entsprechend seinen besonderen Bedingungen agiert; daß die Massen die Geschichte machen; daß Politik und Ökonomie eng verbunden sind; daß der gesellschaftliche Überbau keineswegs autonom ist; daß soziale Kämpfe sich in ideologischen Formen ausdrücken und in ihnen geführt werden. Zwei identische bzw. reziproke Mythen werden widerlegt: die des Stalinismus und des Totalitarismus. Beiden können nationale Besonderheiten nicht fassen und erweisen sich als unfähig, im Aktuellen das Neue auszumachen. Insgesamt ist der Zerfall des Sozialismus in solcher

Geschwindigkeit und mit dem fast widerstandslosen Abtritt der ehemals Mächtigen ein geschichtlich einmaliger Prozeß.

Es gibt jedoch keinerlei rationales Argument dafür, daß die liberalen Verheißungen von Markt und Demokratie halten können, was sie versprechen: Aufhebung von Ungleichheiten, Verallgemeinerung der Demokratie, volle Ausübung der Menschenrechte, Abrüstung und Sicherung der Existenzbedingungen des Planeten. Vom Markt, auf den Massenbewegungen und politische Eliten im Osten setzen, sind keine Wunder zu erwarten. Die Entgegensetzung von Markt und Plan ist weithin illusorisch. Plan und Protektionismus sind im Kapitalismus durchaus bekannt; sozialistische Ökonomien waren in interne und externe Marktbeziehungen eingebunden. Das chinesische Beispiel zeigt, daß autoritäre Bürokratie und Marktöffnung durchaus kompatibel sind. Entscheidend ist vielmehr die Frage, welche Rolle der Ökonomie zugeordnet wird. Hier dominiert, trotz Marx' Verständnis des Kapitals als soziales Verhältnis und der Leninschen Forderung, daß die Politik sich die Ökonomie unterzuordnen habe, seit der 2. Internationale die Vorstellung von Ökonomie als Rezept und Technik, eine Auffassung, die mit dem Stalinismus zur absoluten Entwicklungsregel geworden ist. Die Trennung vom Sozialen, die die Entfremdung der Arbeit und damit des Menschen aufrechterhalte, verdoppelt sich in der Kluft zwischen bürokratischem Kommando und Passivität der Werktätigen. Die Entwicklung der Reformbemühungen in China wie in der UdSSR zeigt, daß der alte Ökonomismus die Waffen trotz der Proklamation von Selbstverwaltung und Sowjets nicht gestreckt hat.

Was für die Marktversprechungen gilt, gilt auch für die Erwartungen, die in die Demokratie gesetzt werden. Sie wird keine Wunder bewirken. Der Westen hat hier, wie der Blick auf seine soziale Realität und das ganze Geflecht von Ungleichheiten, von ökonomischen, politischen und kulturellen Herrschaftsverhältnissen zeigt, keine Alternative gegenüber bürokratischen Herrschaftsmechanismen anzubieten. Labica bezieht sich demgegenüber auf Lukács These, daß der Gegenpol zum Stalinismus eine sozialistische Demokratie im Marxschen Sinne ist, wie sie bald nach der Oktoberrevolution gescheitert sei.¹³ Labica sieht hierzu marginale und minoritäre Ansätze in den Demokratieforderungen bei den reformsozialistischen Tendenzen oder den streikenden sowjetischen Bergarbeitern.

Die Lehre der Ereignisse von 1989 besteht Labica zufolge darin, daß überall die Forderung nach Demokratie (in welcher und Form und in welchem Verständnis auch immer) präsentiert wurde. Entscheidend sei eine Konzeption, die der Eigenaktivität der Massen, also den Produzenten des Reichtums, die ihnen zukommende Schlüsselrolle einräumt, politisch, ökonomisch, sozial und kulturell. Eine solche Konzeption habe auch die Möglichkeiten eines geschichtlichen Übergangs freizulegen, der eine wirkliche Wende darstellt, ein Übergang, den man bisher als kommunistisch be-

Die Schlüsselfrage: Demokratie

zeichnet hat und für den uns vielleicht noch die richtige Bezeichnung fehlt. Dieser Übergang beruht auf einer doppelten Negation: einerseits von bürokratischer Diktatur und Marxismus-Leninismus als falschen Alternativen gegenüber bürgerlicher Demokratie und Liberalismus; und andererseits von bürgerlicher Demokratie und Liberalismus als illusorischen Alternativen zu ersteren.¹⁴ 1989 gibt, so Labica, absolut keinen Anstoß dafür, "die Idee der Revolution im Magazin der Altertümer abzulegen". Die Krise des Marxismus hat ihre positive Seite: "besiegte Dogmen, die Wiederaufnahme kritischer Arbeit..."; und die Umbrüche der Gegenwart werden "die Perspektive des Kommunismus nicht ausradieren."¹⁵

Für Labica ist der Zusammenbruch des "realen Sozialismus" das Scheitern einer politischen Konzeption, die auf das Engste verbunden ist mit dem theoretischen Konzept des Marxismus-Leninismus; die Niederlage der autoritär-etatistischen Variante des Sozialismus und zugleich eines theoretischen Konstrukts, dessen "philosophisch-staatliche Funktion"¹⁶ seit den zwanziger Jahren in der ideologischen Absicherung des Staatssozialismus und seiner einzelnen Elemente (Staat-Partei, Konzept der Avantgarde-Partei, ökonomisch-politischer Mechanismus usw.) bestand. Die diesem Zusammenbruch vorangehende Krise der kommunistischen Parteien im Westen (rückblickend durchaus als ein Vorspiel zu interpretieren) und deren weitgehende - auch in der Bundesrepublik durchexerzierte - Unfähigkeit zur Selbsterneuerung sind im Zusammenhang mit der Dominanz dieser theoretischen Konzeption zu sehen, ob sie nun in Programmen fixiert oder der Begriff selbst ad acta gelegt worden war.¹⁷

An dieser Stelle ist kurz auf Labicas von 1984 datierende kritische Geschichte des Marxismus-Leninismus zu verweisen. Deren Grundthese lautet: Das nicht abgeschlossene und in vieler Hinsicht (oder der Hauptsache nach?) unvollendete Werk von Marx und Engels - ein Sachverhalt, dessen Lenin sich klar war - wird unter dem Druck der Praxis der sozialistischen Arbeiterbewegung und des Aufbaus eines sozialistischen Staates "in einem Land" seit den zwanziger Jahren zu einem theoretischen Konzept verengt, das "eine Staatsphilosophie", "die Staatsräson" repräsentiert. Wurzel dieses Konzepts und damit des Stalinismus ist in den zwanziger Jahren die Konstruktion des "Leninismus"; eben dieses Konstrukt stellt den eigentlichen Bruch zwischen dem Denken von Marx/Engels bzw. Lenin einerseits und Stalin andererseits dar.¹⁸ Charakteristisch ist die Dominanz des Allgemeinen gegenüber dem Besonderen: "der Aufstieg eines Lehrkorpus, dem es gelungen ist,... das Empirische einer historischen Ausnahmesituation (eben der russischen bzw. der sowjetischen Situation, A.L./R.S.) zur Allgemeinheit zu erheben, und dessen Modellcharakter sich in der internationalen Arbeiterbewegung dauerhaft durchgesetzt hat."¹⁹ Demgegenüber ist bei der "Aktualisierung des Leninismus" und der theoretischen Suche nach einem Übergang mit der weltgeschichtlichen Perspektive einer befreiten Gesellschaft auf den historischen Besonderheiten,

"der Arbeit des Besonderen" zu insistieren. Darauf muß sich marxistische Forschung orientieren.

Labica äußerte diese Kritik schon in den siebziger Jahren im Rahmen und mit ausdrücklichem Bezug auf Politik und Struktur der FKP.²⁰ Deren Verzicht auf den Marxismus-Leninismus (1979) wird als taktisches Manöver und "administrativer Gewaltstreich" betrachtet, der die Realität der Partei und ihrer Strategieentwicklung nicht verändert hat.

André Tosel hat Labicas Kritik von 1984 in der Zeitschrift des "IRM" (Institut de recherches marxistes, Paris) zustimmend aufgenommen und referiert. Er hat dabei unterstrichen, daß es nicht um eine Rückkehr zu Marx, sondern höchstens um eine Rückkehr von Marx her in eine in vieler Hinsicht radikal veränderte Welt gehen kann. Er hat auch darauf hingewiesen, daß die von Labica geforderte Aktualisierung Lenins im Sinne seiner Befreiung vom Konstrukt des Leninismus ein "ideeller, von seiner praktischen Realisierung getrennter Leninismus" bleibt, der sich fragen muß, was in der historischen Praxis des Leninismus die Fehlentwicklung zum Marxismus-Leninismus nicht determiniert, aber doch möglich gemacht hat.²¹ In die gleiche Richtung gingen einige Fragestellungen des von der Zeitschrift "Actuel Marx" organisierten Kolloquiums "Ende des Kommunismus? Aktualität des Marxismus?" Mitte Mai an der Sorbonne. Zur Redaktion der Zeitschrift gehört neben Jacques Bidet und Jacques Texier unter anderen auch G. Labica. Gefragt wurde u.a. nach dem Zusammenhang zwischen den zerfallenden Gesellschaftssystemen der sozialistischen Staaten und der Marxschen Theorie sowie nach deren Bedeutung angesichts der gewaltigen Widersprüche, mit denen unsere Epoche konfrontiert ist. An der Tagung nahm auch Lucien Sève teil, unlängst von Labica nur wenig verhüllt als Repräsentant einer Entstalinisierung gescholten, die nicht stattgefunden hat. Sève sprach dort zum Thema seines neuen Buchs.²²

**Rückkehr zu
Marx und Lenin?**

Lucien Sève: "Kommunismus. Welcher zweite Atem?"

"Ich habe dieses Buch begonnen, als Erich Honecker Deng Xiao Ping beglückwünschte zur Wiederherstellung der Ordnung in Peking. Ich war mitten drin, als sich die Berliner Mauer öffnete und der rumänische Aufstand das Ehepaar Ceausescu exekutierte. Ich schreibe diese letzten Seiten zu einer Zeit, da die Perestroika in Moskau auf das System der Staatspartei selbst vorstößt und damit neue und vielleicht entscheidende Hindernisse überwindet." (261)

Ist dies die Agonie des Kommunismus oder die Zeit seiner Neugeburt, seines "zweiten Atems", der das Ende des ersten nur beschleunigen kann? Wenn nicht die mit dem Kommunistischen Manifest eröffnete historische Epoche, wohl aber ihre durch die Oktoberrevolution geprägte erste Phase zu Ende ist, was ist das, was in ihrer zweiten, in einem

"Kommunismus zweiten Atems" Gestalt annimmt? Was ist Sozialismus nach dem Zusammenbruch des "realen Sozialismus"? Was ist Revolution nach der staatssozialistischen Liquidierung der "Diktatur des Proletariats", deren erste Aufgabe in der Zurückdrängung des Staates besteht? Was ist die Avantgardepartei der Arbeiterklasse nach ihrem Zurückbleiben hinter der Geschichte? Fragen, deren Beantwortung ohne "kategoriale Forschung", ohne die radikale Neuüberprüfung marxistischer Prinzipien nicht zu haben ist. Kategoriale Forschung ist für Sève die Freisetzung von Schlüsselbegriffen wie Sozialismus, Revolution, Partei aus der "Verdinglichung" hypostasierter historischer Formbestimmtheiten in den Horizont ihrer universellen Beziehung auf das Subjekt politischer Praxis, sie ist Freisetzung des Realmöglichen im Wirklichen, des "Projekts" im "Objekt" (15). Freilich gewinnt sie ihre kritische Funktion - will sie nicht abstrakte Allgemeinheit, nicht utopisch bleiben - erst in der "konkreten Universalität" ihrer Kategorien als "Zusammenfassung vieler Bestimmungen, also Einheit des Mannigfaltigen" (Marx), als "strategische Einheit" von Sozialismus, Revolution und Partei: sie stellt sich her über "ein mit einem partikularen Mittel (Partei) in einem einmaligen Prozeß (Revolution) verfolgtes universelles Ziel (Sozialismus)." (13)

Auf nichts Geringeres als diese Einheit zielt Sèves mit Marx- und Lenin-Zitaten reich bestückter Versuch einer Reaktualisierung marxistischer Theorie und ihres Hegelschen Erbes in der Perspektive des Kommunismus als "wirkliche Bewegung, die den bestehenden Zustand aufhebt".

Ein paar Bemerkungen zur Vorgeschichte. Sève versteht diesen Versuch als Moment der politischen und theoretischen Konjunktur des französischen Marxismus, in der er seine Biographie verortet. Er engagierte sich in der durch den 22. Kongreß der FKP 1976 in Gang gesetzten strategischen Neuorientierung, sah sich konfrontiert mit den Theoriedefiziten einer strategischen Option für "ein ganz anderes Ziel als das herrschende Sozialismusmodell und einen ganz anderen Weg als die Diktatur des Proletariats" (19) und wandte sich gegen die Verteidigung dieses Konzepts durch Althusser mit dem Verweis auf die "komplexere Sichtweise, zu der die revolutionäre Theorie und die Praxis Lenins führen" (19).²³ Der 23. Kongreß 1979 stand dann, so Sève, im Zeichen der Verabschiedung des seit Stalins "Über dialektischen und historischen Materialismus" kodifizierten "marxistisch-leninistischen Doktrinarismus" und seiner Ersetzung durch den "wissenschaftlichen Sozialismus" im Statut, an dessen Ausarbeitung Sève beteiligt war. Seitdem seien keine theoretischen Arbeiten auf diesem Gebiet vorgelegt worden. Sein eigener Beitrag von 1983 "Wo befinden wir uns mit dem wissenschaftlichen Sozialismus?"²⁴ blieb ohne Resonanz. Die vorher erschienene "Einführung in die marxistische Philosophie"²⁵ hatte dagegen u.a. G. Labica auf den Plan gerufen, der ihm die "Zweideutigkeit" eines "Handbuch"-Unternehmens vorhielt, das bei aller Proklamation einer Überwindung bis weit in die sechziger Jahre reichender Deformationen marxistischer Philosophie schon in der Kapitelfolge die aparten "berühmt-

berühmten Begriffspersonen: historischer Materialismus, dialektischer Materialismus, materialistische Dialektik" paradiere lasse und keineswegs um die Genealogie dieser Personen bekümmert sei.²⁶

Sève seinerseits begrüßte in einer insgesamt wohlwollenden Rezension zum 1982 von Labica herausgegebenen "Kritischen Wörterbuch des Marxismus"²⁷ die genetische Darstellung seiner Artikel wie die Vielseitigkeit der Entfaltung ihrer Problematik, beklagte aber als einen schwerwiegenden Mangel die Kluft zwischen den historischen Informationen und der "lebendigen Realität" des Marxismus in der seit 1976 entwickelten Strategie der FKP, die in den großen politischen Artikeln überhaupt nicht zur Kenntnis genommen werde.²⁸ 1988 zieht Sève eine eher negative Bilanz des Forschungsstands zur konkreten Verbindung von marxistischer Theorie und Politik. Die in den sechziger Jahren vorherrschenden simplifizierenden Polarisierungen des Übergangs von Hegel zu Marx (Marx als Vollendung Hegels in der Philosophie des "totalen Menschen" - Garaudy; Marx "theoretischer Antihumanismus" als radikaler Bruch mit Hegel - Althusser) seien in den siebziger Jahren abgelöst worden durch sorgfältigere Marx- und Hegel-Übersetzungen und durch neue Forschungen (C.E.R.M., Balibar, D'Hondt, Labica, Tosel u.a.). Aber auch nachdem die FKP die Zeit des "Herumtastens" durch eine strategische Entscheidung beendet habe, werde nicht erkannt, daß der wirkliche Einsatz der Frage einer Kontinuität oder eines Bruchs zwischen Hegel und Marx die Ausarbeitung eines revolutionären Wegs für das Frankreich von heute sei.²⁹

Den entscheidende Anstoß für "notwendige" Richtigstellungen gaben Sève die Reaktionen auf seinen Beitrag in einem kollektiven Buch zur im Marxismus lange vernachlässigten "Dimension der Subjektivität"³⁰ von 1987. Die Verdächtigungen des Parteiorgans, die ihm dieser Beitrag eingetragen hatte,³¹ wurden von ihm als politische Herausforderung an die Theorie verstanden. Auch jüngst, im Zuge der Vorbereitung des für Dezember geplanten 27. Kongresses der FKP, sah sich Sève im ZK neben einigen "renovateurs" mit seinen Reformvorschlägen an die Wand gedrängt.³²

Sève setzt in seinem neuen Buch fast bedingungslos auf **Was heißt Sozialismus?** die Perestroika. Ausgangspunkt seiner Überlegung ist nicht die Vorstellung eines Zusammenbruchs des "realen Sozialismus", auch wenn die Prozesse in den zur UdSSR peripher gelegenen Ländern in seinen Überlegungen präsent sind. Wohl aber wird ausgegangen von einem tiefen, radikalen Umbruch in der Sowjetunion und dem Zusammenbruch des bisherigen Sozialismus-Modells, aber auch von der noch unbeantworteten Frage, ob der neue Schub der Perestroika Erfolg haben kann und wird. Der Zusammenbruch der bisherigen Sozialismuskonzeption verlangt gerade im Westen, das ist ein Hauptaspekt seiner Überlegungen, neues Nachdenken darüber, was Sozialismus heißt. Wir geben im folgenden einige der von ihm im Kontext der Diskussion um einen

"Sozialismus in den Farben Frankreichs" entwickelten Fragestellungen³³ wieder.

Sève stellt zunächst fest, daß in den Dokumenten des 22. Kongresses zu einem Sozialismus "à la française" mit den klassischen Definitionsmerkmalen des Sozialismus - gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln, politische Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten - nicht gebrochen wurde. Sofern aber dieses Eigentum bisher mit staatlicher Zentralisierung und bürokratischer Verwaltung identifiziert und damit die Kluft zwischen unmittelbaren Produzenten und Produktionsmitteln eher verschoben als abgeschafft wurde, sei heute der Akzent auf die Selbstverwaltung als neues Erfordernis zu setzen, das bis in die Gegenwart "fast einmütig von den Marxisten im Sozialismus für anachronistisch gehalten und auf den Horizont des Kommunismus verwiesen wurde"(31). Damit werde der dem gesellschaftlichen Eigentum zuerkannte Wert als höchstes Kriterium des Sozialismus in einem Maße relativiert, das unmöglich vorweg zu bestimmen ist. Als Konsequenz müsse die Frage nach der Bedeutung des Eigentums neu gestellt werden, als Frage nämlich, ob gesellschaftliches Eigentum eine vorgängige Bedingung der Selbstverwaltung, nur ein unterscheidbares Moment ihrer Durchsetzung oder gar eine variable Komponente ihrer Entfaltung über ein "konfliktuöses Mixtum von Eigentumsweisen" (31) sei - theoretische Distinktionen, unter denen beträchtliche Differenzen im Spiel seien.

Das Gleiche gelte für das zweite Merkmal. Die historische Erfahrung zeige, daß die politische Macht der Arbeiterklasse in ihrem Namen und an ihrer Stelle von einer leitenden Schicht ausgeübt und damit die Herrschaft der Entscheidungsträger über die Ausführenden verstärkt statt überwunden wird. Folglich sei eine andere "Anleihe aus dem Repertoire der spezifischen Themen des Kommunismus" fällig: die Vertiefung der "Demokratie bis zu Ende" ("jusqu'au bout"). Das sei nun das höherrangige Kriterium, *conditio sine qua non* des Zugangs zur sozialistischen Demokratie, unerläßliche Tendenz ihrer Stärkung, Aspekt unter anderen ihrer vielfältigen Voraussetzungen.

Was man unter der Formel "demokratischer und Selbstverwaltungssozialismus" fasse, das mache gerade die Hauptschwierigkeiten aus. Sie werden durch den auch bei den französischen Kommunisten beliebten Begriff "Gesellschaftsprojekt" ("projet de société") verschleiert, wenn nicht zwei Konnotationen dieses Begriffs zurückgewiesen werden: Erstens die Vorstellung des Modells im Sinne einer Übertragung des sozialistischen Entwicklungsweges eines Landes auf ein anderes, da Sozialismus in jedem Land ein Original sein wird, seinen Ursprung nur in den objektiven und subjektiven Entwicklungsbedingungen seines Landes haben kann. Zweitens die programmatische Konzeption des Projekts und die Illusion, die Annahme eines Aktionsprogramms autorisiere die Antizipation der wirklichen Bewegung. Daß diese vielmehr, wird sie etwa einer Wahlkoalition

untergeordnet, daran zu Grunde gehe, lehre nachdrücklich die französische Erfahrung der ersten Hälfte der achtziger Jahre.

Nur "in dieser dialektischeren Sicht der Dinge" ist, so Sève, das Gesellschaftsprojekt "keine starre Projektion einer abstrakt aus einer Passe-partout-Theorie abgeleiteten Zukunft, sondern beweglicher Horizont einer aus der Besonderheit jeder Situation heraus konkret entwickelten Politik" (34). Denn das Problem bestehe im Grunde in der dialektischen Spannung einer Praxis, die sich als "transformatorisch und realistisch zugleich" begreife, als "Konstruktion einer politischen Perspektive", wenn man darunter einen "glaubwürdigen Schlachtplan" verstehen wolle, "innerhalb einer historischen Perspektive, d.h. einer überzeugenden Vision der Gesamtbewegung auf lange Sicht" kurz- oder mittelfristig einmal fixierte Ziele zu erreichen (36f.).

Worin besteht diese historische Perspektive? Sève sieht sie in einer neuen Gestalt von Individualität, als in der Vielfalt von Beziehungen, Tätigkeiten und Bedürfnissen "reiches Menschsein", das seine materiellen und geistig-kulturellen Voraussetzungen in einer neuen Form von Gesellschaftlichkeit hat, wie sie Marx für eine "höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft" antizipierte³⁴, deren Herausbildung aber nach jenem vielzitierten und oft genug aus seinem Kontext antagonistischer Produktionsverhältnisse herausgelösten Passus der "Grundrisse"³⁵ bereits in der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft als historische Tendenz, als ihre - nicht zuletzt durch die Gesamtheit sozialer und demokratischer Bewegungen erzwungene³⁶ - "zivilisatorische" Leistung wirksam ist.

Unter diesen Voraussetzungen ist der Sozialismus streng genommen nichts anderes als "der Übergang zwischen Kapitalismus und Kommunismus oder das Ensemble der einmaligen Formen, die dieser Übergang bisher angenommen hat oder die er in Zukunft anzunehmen fähig ist" (66). Ist die Schlußfolgerung daraus die unendliche Komplexität der Geschichte? Diesem Einwand hält Sève entgegen, daß das, was uns die Geschichte seit 1917 gelehrt hat, uns gleichzeitig die grundlegende Bedeutung Marxscher Kategorien habe verlernen lassen: "Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft", so Marx, "liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre."³⁷ Was auch immer die Besonderheit seiner Formen und ihrer historischen Dauer sein mag, der Sozialismus rechtfertigt für Sève die Bedeutung, die man ihm zuzuerkennen pflegt, allein in dem Maße, in dem er "im wirklichen Bruch mit dem Kapitalismus wirkliche Bewegung zum Kommunismus ist." (67) Und wenn es so ist, müssen Sozialismus und Kommunismus auf "derselben neuen Produktionsweise beruhen"³⁸. Worin besteht nun ihre prinzipielle Differenz? Offenbar nicht in den beiden - direkt vom utopischen Sozialismus übernommenen - Formulierungen: Sozialismus = Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Arbeitsleistung; Kommunismus = Jeder nach seinen

**Sozialismus
'zwischen' Kapitalismus und
Kommunismus?**

Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen, mit denen nur eine Differenz der Verteilungsweise bezeichnet werde. Vielmehr darin, daß sie "substantiell andere historische Momente der Entwicklung einer einzigen Produktionsweise sind, in der der Sozialismus - da man sich einmal auf diese Benennung geeinigt hat - eine niedere Phase und der Kommunismus die 'höhere Phase' repräsentiert."(ebd.)

Das von Marx entwickelte Begriffspaar der formellen bzw. reellen Subsumtion, das zwei aufeinanderfolgenden Momenten kapitalistischer Entwicklung entspricht, sei daher auch hier anzuwenden. Denn die "Dialektik einer Produktionsweise"(68), die sich zuerst in einer langen und mühseligen Phase formell Grundlagen subsumieren muß, die nicht die ihren sind, bevor sie zu einer anderen gelangt, in der sie ihre eigenen Grundlagen geschaffen hat und in deren reeller Subsumtion sie ihre Potenzen erst voll entfalten kann, diese Dialektik gelte - mutatis mutandis - auch für den Kommunismus. Sève verweist hier einmal mehr auf die entsprechenden Passagen in der Marxschen Kritik des Gothaer Programm und deren Charakterisierung der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft als "in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ... mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt." ³⁹ Dies gelte auch für die Konzeption eines "Sozialismus à la française". So sei der Gedanke einer "konflikthaften Mixtur" ("mixité conflictuelle") nicht nur mit Blick auf Eigentumsformen und Leitungskriterien zu betrachten, sondern in weiterem Sinne auch als Hypothese eines unvorhersehbar evolutiven "konflikthaften Mixtums" von kapitalistischen und kommunistischen Elementen, in dem der alte wissenschaftliche Sozialismus "Mühe hätte, seinen 'Sozialismus' zu identifizieren." (99f.)⁴⁰

Insgesamt kann man sich des Eindrucks einer abstrakt-allgemeinen, von der Selbstbewegung von Kategorien geprägten Behandlung der Probleme nicht erwehren. So zentrale Begriffe wie "ökonomische Gesellschaftsformation", "Basis-Überbau" usf., die heute in der Konfrontation mit der realen Erfahrung Gegenstand der Diskussion sein müssten, werden weitestgehend gemieden; eine Kritik dogmatischer Verwendung solcher Kategorien wird damit nicht geleistet. In gewisser Weise wird das Problem, das der Zusammenbruch des realen Sozialismus stellt, mit der Konzentration auf den "Sozialismus à la française" beiseite geschoben: Wieso im Grunde von Rückschlag sprechen, wenn das, was heute zusammenbricht, den Namen Sozialismus nur usurpierte? Die Arbeit neu beginnen zu müssen, weil man sie schlecht gemacht hat, das ist gewiß eine üble Sache, aber es ist etwas ganz anderes, als ihr Ziel aufzugeben.(262) Die Hoffnung auf die Perestroika mag dem Entstehungszeitpunkt des Buches geschuldet sein; das ganze Bündel an Widersprüchen, auf das Labica verwies, bleibt ausgeblendet. Die Perestroika zwingt für Sève jeden, mit der Arbeit von vorn zu beginnen; sie hebt die Verdinglichung des "Sozialismus" auf um aus ihm wieder den revolutionären Prozeß bis zum Schluß zu machen, der zu sein er hätte nie aufhören dürfen. Damit beginnt der "zweite

Akt"; das Jahrhundert endet nicht mit der Feststellung des Zusammenbruchs des Kommunismus, sondern vielmehr mit dem Versprechen seiner erneuten Aufnahme (263).

Freilich würde man Sève unrecht tun, wenn man ihn nicht, wie er es selbst sieht, als Teil eines größeren Diskussionszusammenhangs der mit der FKP verbundenen Forscher nimmt. Zu seinen wichtigsten Gewährleuten zählen hier die Ökonomen um Paul Boccara und Philippe Herzog (also die Gruppe um "économie et politique" und "issues"). Beide hatten in einer Podiumsdiskussion des Französischen Fernsehens⁴¹ eher defensiv argumentiert, daß kapitalistische Lösungen der in nichtkapitalistischen Ländern von neuen Bedürfnissen hervorgebrachten Widersprüche notwendigerweise gegen die Bestrebungen nach sozialem Fortschritt und Demokratie gerichtet sind. Um die nähere Bestimmung einer "Strategie der Selbstverwaltung" und die innermarxistische Diskussion von Defiziten "unserer" Theorie und Praxis geht es demgegenüber Boccara in einem längeren Interview mit "économie et politique".⁴² Denn schließlich könne man sich nicht damit begnügen, "alle 'Deformationen' auf dem Rücken Stalins abzuladen." Es gelte vielmehr angesichts der Möglichkeit schwerer Regressionen "unseres 'Marxismus'" ihn, gerade um ihn zu vertiefen und besser zu begründen, in Frage zu stellen. Das betreffe nicht nur strategische Fragen, sondern das - weniger eingestandene - Erfordernis grundlegender Erneuerungen der marxistischen Theorie. Dabei müsse man sowohl das Risiko vermeiden, sich von der herrschenden linken Strömung beeinflussen zu lassen im Versuch, die "bessere Sozialdemokratie" zu spielen, wie umgekehrt das Risiko, die unerläßliche Selbstinfragestellung zu verweigern. Als brachliegende Felder betrachtet Boccara einerseits die Phänomene der konkreten Ökonomie (vom internationalen Markt bis zur Unternehmensleitung) jenseits der wesentlichen Prinzipien, auf die sich die allgemeine Kapitalismusanalyse bei Marx beschränkt; zum anderen - und korrelativ dazu - die Bereiche der Politik, der Institutionen, der Ethik und der anderen nichtökonomischen Aspekte der Gesellschaft, die bisher kaum Gegenstand theoretischer Forschung seien. Boccara verweist, was zumindest Ansätze betreffe, einmal auf die Forschungen zu einem neuen Typ der Produktivkraftentwicklung. Die politische Konsequenz daraus ist die Erweiterung der Nationalisierungsforderung auf die Erhöhung des für die Bevölkerung verfügbaren Mehrprodukts durch Intervention in die Unternehmensleitung. Diese Intervention unterliegt Kriterien gesellschaftlicher Effektivität, die in der Übergangsform einer "économie mixte" schrittweise an die Stelle des Kriteriums der finanziellen Rentabilität treten sollen. Zum anderen wird verwiesen auf das Projekt einer "Anthroponomie", einer "Gesetzeswissenschaft", deren Gegenstand einmal die Naturbedingungen gesellschaftlicher Arbeit und damit die globalen Probleme sind; zum anderen die Interdependenzen und ungleichmäßigen Entwicklungen ökonomischer und nichtökonomischer Bereiche der Gesellschaft.

Sève, Boccara
und Herzog

In den letzten Monaten kam es zu einer ganzen Reihe von Treffen und Kolloquien marxistischer Wissenschaftler unterschiedlicher theoretischer Richtungen und politischer Strömungen. Das gilt für ein Treffen in St. Denis vom März ebenso wie die Tagung von "actuel Marx" oder ein wenige Wochen später stattfindendes Kolloquium "Les paradigmes de la démocratie", ebenfalls in Paris. Aber die marxistische Linke in ihren unterschiedlichen Richtungen ist deutlich isoliert, der Kreis der Teilnehmenden relativ klein, und es werden mehr Positionen ausgetauscht als Diskussionen geführt. Letzteres gilt auch für die erwähnte Diskussion zwischen Max Gallo und Lucien Sève. Am Ende dieses von beiderseitigem Bemühen um Gemeinsamkeiten geprägten Gesprächs stand doch mehr die Distanz. Gallo meinte, bei der Lektüre von Sèves neuem Buch habe er "nicht den Eindruck gehabt, die Realität zu sehen". Gallo reklamierte einen "bescheidenen und tastenden Pragmatismus" mit Blick auf mögliche Veränderungen in den verschiedensten Sektoren des Alltags, gegen Sèves "philosophische Radikalität". Sève dagegen hielt Gallo vor, die Schlußfolgerung seines "Manifests" bestehe darin, den Kapitalismus als Ökonomie zu akzeptieren und ihn als Zivilisation zu verweigern, "als ob das eine ohne das andere möglich wäre". Ansatzpunkte gemeinsamer Politik jenseits dieser Differenzen waren nicht gefragt.

- 1 Otto Kallscheuer, *Marxismus und Erkenntnistheorie in Westeuropa. Eine politische Philosophiegeschichte*, Frankfurt/M.-New York 1986, S.193.
- 2 Christian Delacampagne, 1968 - 1983: Fünfzehn Jahre französischer Philosophie, in: *Philosophien. Gespräche mit Michel Foucault u.a.*, hrsg. von Peter Engelmann, Graz-Wien 1985, S.21/22.
- 3 Jürg Altwegg, Ein bürgerlicher Rechtsintellektueller. Zum Tode von Jean-Marie Benoist, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 3.8.1990.
- 4 Ders., Der Sturz des Übervaters. Das Verschwinden des "unüberschreitbaren Horizonts", *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 7.2.1990.
- 5 Jean-Marie Benoist, *Von der Möglichkeit einer liberalen Politik*, München-Westberlin 1988, S.13f.
- 6 Ebd., S.278.
- 7 "Le Figaro" v. 22. 1. 1990, "Dossier: Le Marxisme en Question".
- 8 Sie wurden schon geäußert in der Diskussion um das Schicksal eines anderen revolutionären Bruchs: der Französischen Revolution. Siehe Michel Vovelle, *Die Historiographie der Französischen Revolution am Vorabend der Zweihundertjahrfeier*, in: *Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 14, 1988*, S. 73ff.
- 9 "Politis" (Paris) No. 108 v. 14.-20.6.1990, S.60ff.
- 10 Und eben deswegen halten wir den Tenor der abfertigenden statt nach Möglichkeiten der Kooperation suchenden Diskussion mit Max Gallo etwa bei Joel Biard, *Un revenant hante toujours l'Europe*, in: *La Pensée* No. 274 (mars-avril 1990), S. 3ff., für höchst unangebracht.
- 11 Georges Labica, *Le communisme enfin possible?* In: *M* (Paris), No. 36, mars-avril 1990, S.54-57. Die Zeitschrift "M" (M - Mensuel - Marxisme - Mouvement) erscheint seit 1986 in Paris. Sie steht den "renovateurs" als einer Strömung in/neben der KPF nahe. Chefredakteur ist Gilbert Wasserman; zur Redaktion gehören u.a. Felix Damette, Vincent Labeyrie, Georges Labica, André Tosel. Die in Marburg erscheinende

- Zeitschrift "perspektiven" veröffentlichte in Nr. 2 (Dez. 1987/ Jan. 1988) ein Interview mit G. Wasserman und das Manifest der "renovateurs".
- 12 So der in Frankreich viel zitierte und nachgedruckte US-Regierungsberater Francis Fukuyama in seinem Aufsatz "The end of history", in: *The national interest, summer 1989*.
 - 13 Georg Lukács, *Sozialismus und Demokratisierung*, Frankfurt/M. 1987.
 - 14 Georges Labica, a.a.O., S.57.
 - 15 Georges Labica, Für eine kritische Bilanz des Marxismus, in: "Z", Nr. 2, Juni 1990, S. 27, 29.
 - 16 Georges Labica, *Der Marxismus-Leninismus. Elemente einer Kritik* (Paris 1984), West-Berlin 1986, S. 69ff.
 - 17 Ebd., S. 73; die diesbezüglich schönste Stilblüte in der Strömungsauseinandersetzung in der DKP war die von der traditionalistischen Richtung zum Schluß eingebrachte Plattform einer "marxistisch-leninistischen Erneuerung".
 - 18 Ebd., S. 74ff., 126.
 - 19 Ebd., S. 123.
 - 20 Siehe z.B. Georges Labica, *Le parti, les intellectuels: contribution à l'analyse d'un désordre*, in: *Ouverture d'une discussion?* Paris 1979, S. 79-96.
 - 21 André Tosel, *Le spectre du marxisme-léninisme (sur un ouvrage de Georges Labica)*, in: *Société française* (Paris) No. 18, janvier-février-mars 1986, S. 49-51. Auf Labicas Kritik Bezug nehmend bezeichnet W.F. Haug den Marxismus-Leninismus "als ideologischen Überbau des autoritär-bürokratischen Sozialismus". Er knüpft daran die Frage, was falsch ist am Marxismus-Leninismus: "Nicht einzelne Aspekte, Thesen, Bewertungen usw. sind falsch am ML, sondern wenn je Adornos Diktum galt, so hier: Das Ganze ist das Unwahre. Die philosophische Grammatik des ML ist das Falsche, denn in ihr setzt sich die philosophisch-staatliche Funktion bis ins Detail durch." W.F.Haug, *Ende des Marxismus-Leninismus - Anfang eines neuen integralen Marxismus?* In: ders., *Wahrnehmungs-Versuche. Beiträge zur Verständigung in der Krise des Sozialismus*, Berlin 1990, S. 99, 100.
 - 22 Lucien Sève, *Communisme. Quel second souffle?* Paris 1990 (Seitenzahlen in Klammern beziehen sich auf dieses Buch).
 - 23 Tatsächlich war diese Kontroverse zwischen Althusser und Sève eher ein Symptom der von Sève festgestellten Theoriedefizite als deren Behebung. Althusser insistierte lediglich auf dem "theoretischen Begriff" der politischen Form der Klassenherrschaft des Proletariats als "soziale Demokratie" (Marx) oder "Demokratie bis zu Ende" (Lenin), womit die Frage der Zerschlagung des bürgerlichen und des Absterbens des proletarischen Staates aufgeworfen sei. Im Unterschied zu dem juristischen Begriff der "Struktur" und der "Verschmelzung der sowjetischen Partei mit dem Staat" könne, wie jeder Materialist seit Galilei wisse, die Aufgabe eines theoretischen Begriffs nicht Gegenstand einer politischen Entscheidung sein, und "weder Marx noch Lenin haben jemals absolut verbindliche Kampfformen für die Eroberung der Staatsmacht festgelegt." Offenbar ging es Sève um nichts anderes, wenn er behauptete, die konkret-historische Form der Diktatur des Proletariats, nicht die Kategorie, der theoretische Begriff habe auf dem 22. Kongreß zur Disposition gestanden. Nur - und das war Althussters Einwand - eine theoretische Debatte habe mit der Feststellung des Kongresses, nach Hitler, Mussolini, Franco, Pinochet usw. sei das Wort Diktatur untragbar geworden, überhaupt nicht stattgefunden. "Der spektakuläre Bruch mit einer bestimmten Vergangenheit" aber bleibe eine bloß symbolische Handlung, wenn diese Vergangenheit "als solche im Dunkeln gelassen" werde. Vgl. Louis Althusser, *Die historische Bedeutung des 22. Parteitags der FKP*, in: ders., *Die Krise des Marxismus*, Hamburg 1978; Lucien Sève, *Le XXIIe congrès, développement léniniste de la stratégie de révolution pacifique*, in: *Cahiers du communisme* 6/1976 (dt. in: *Sozialistische Politik* 37/38, 1976); Jean Fabre, Francois Hincker, Lucien Sève, *Les communistes et l'Etat*, Paris 1977.
 - 24 *La Pensée* No. 232, mars-avril 1983.
 - 25 Lucien Sève, *Une introduction à la philosophie marxiste*, Paris 1980.
 - 26 Georges Labica, *Le logarithme jaune*, in: *Politique aujourd'hui* No. 9-10, septembre-octobre 1980.

- 27 Dictionnaire critique du marxisme, Paris 1982; dt. Ausgabe: Argument-Verlag, Berlin 1983 ff.
- 28 Lucien Sève, De A comme abstrait à V comme vivant, in: Le Monde v. 25.11.1982.
- 29 Lucien Sève, Hegel et le marxisme français. Notes personnels sur une histoire collective, in: La Pensée No. 262, mars-avril 1988.
- 30 Michèle Bertrand, Lucien Sève u.a., Je. Sur l'individualité. Approches pratiques/ouvertures marxistes, Paris 1987.
- 31 "Die Notwendigkeit einer revolutionären Avantgardepartei wird konkret in Frage gestellt", konstatierte l'Humanité v. 15.5.1987.
- 32 Le Monde v. 25.6.1990.
- 33 Ein großer Teil des Buchs ist in Fragesätzen formuliert. Das ist einer historischen Situation angemessen, in der Marxisten mehr denn je zu lernen haben, Fragen zu stellen statt Antworten parat zu haben. So insistiert Sève zu Recht darauf, daß einer, wenn er wie Brecht von sich sagte - "Vorschläge" zu machen hat, "unter redaktionellem Gesichtspunkt" eine Satzform zu wählen habe, die den "Interrogativ" mit dem "Indikativ" verbindet (21).
- 34 Karl Marx, Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, in: Marx/Engels, Werke Bd. 19, S. 21.
- 35 Es heißt dort: "In dem Maße aber, wie die große Industrie sich entwickelt..., die Arbeit ... nicht mehr so sehr in den Produktionsprozeß eingeschlossen (erscheint), als sich der Mensch vielmehr als Wächter und Regulator zum Produktionsprozeß selbst verhält" und "neben den Produktionsprozeß (tritt), statt sein Hauptagent zu sein, ... ist es weder die unmittelbare Arbeit, die der Mensch selbst verrichtet, noch die Zeit, die er arbeitet, sondern die Aneignung seiner eignen allgemeinen Produktivkraft, sein Verständnis der Natur und die Beherrschung derselben durch sein Dasein als Gesellschaftskörper - in einem Wort die Entwicklung des gesellschaftlichen Individuums, die als der große Grundpfeiler der Produktion und des Reichtums erscheint." Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 592f.
- 36 Unter ihnen die kommunistische Bewegung. Thomas Mies hebt insofern zu Recht eine "zivilisierende Wirkung auf das imperialistische System" als "historischen Erfolg der kommunistischen Parteien" hervor - aber eben in diesem Rahmen und mit unterschiedlichem Gewicht in einzelnen Ländern und historischen Konstellationen. Vgl. Th. Mies, Thesen zur Krise der kommunistischen Parteikonzeption, in: Marxistische Blätter 3/1990, S. 22f.
- 37 Karl Marx, a.a.O., S. 28.
- 38 Dies ist wohlgermerkt ein Sèvescher, kein Marx'scher Ausdruck: Von einer sozialistischen oder kommunistischen "Produktionsweise", deren historisch-materialistischer Begriff eben die Entwicklung aller ihrer materiellen Elemente voraussetzt, ist - Althusser hat gegen eine "hegelianische Marx-Lektüre" immer wieder darauf bestanden - bei Marx und Engels nirgends die Rede.
- 39 Karl Marx, a.a.O., S.21.
- 40 Zum Massenbewußtsein über die Vorstellung vom eigenen Weg zum Sozialismus führt Sève die Ergebnisse zweier Umfragen an: Auf die Frage von Le Monde im Juli 1989: "Würden Sie in Anbetracht der neuesten Ereignisse (Polen, UdSSR, China) sagen, daß wir ein weltweites Ende des Kommunismus erleben?" antworteten nur 28 Prozent der Befragten mit ja, 60 Prozent mit nein. Neuere Umfragen hätten diese Ergebnisse bestätigt. Bei der Frage von L'Humanité dimanche im Oktober 1986 (also nach zehnjährigen Anstrengungen einer "Explication" der grundlegenden Originalität eines Sozialismus à la française), ob die von der FKP vorgeschlagene Gesellschaft eine aus den Ländern des Ostens gewonnene Kopie sei oder nicht, hielten 26 Prozent diese Gesellschaft für ein Original, 45 Prozent dagegen für eine Kopie der östlichen.
- 41 Auszüge unter dem Titel "Communisme pas mort!" in: économie et politique No. 153, janvier 1990.
- 42 Paul Boccara, Pour une révolution dans la révolution théorique marxiste I und II, in: économie et politique No. 155 (mars) und 156 (avril) 1990.

Andreas Malycha

Die Entwicklung zur Partei neuen Typs - Stalinisierung der SED?

Michael Schumann hatte auf dem außerordentlichen Parteitag der SED-PDS im Dezember 1989 angekündigt: "Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!"¹ Seitdem ist nach Ursachen für das Scheitern des gesellschaftlichen System in der DDR, vor allem nach der Verantwortung der SED gefragt und geforscht worden. Zunehmend geriet der Charakter der SED selbst und seine Wandlungen in die Diskussion. Nunmehr wird die Frage gestellt, ob jener Parteityp, den die SED verkörperte, nicht das Haupthemmnis für Fortschritt und Erneuerung war?²

Eine einfache Antwort könnte lauten: selbstverständlich! Jedoch erscheint mir eine bloße Bejahung nicht sinnvoll. Denn: Die organisatorische und politische Entwicklung der SED verlief keineswegs kontinuierlich, wies Brüche und Krisen auf. Eine späte Erkenntnis, die wir Parteihistoriker nicht annehmen wollten und die uns andere voraus haben.³

Unbestreitbar vollzogen sich die entscheidenden Wandlungen innerhalb der SED in den Jahren von 1946 bis 1950. Von DDR-Historikern wurde dies bislang als ein notwendiger Prozeß der Entwicklung der SED zu einer Partei neuen Typs beschrieben.⁴ Jetzt wird offen von Stalinisierung der SED gesprochen. Welche innerparteilichen Prozesse sich damit verbinden, soll im folgenden Beitrag untersucht und auf die Frage nach dem Charakterwandel der SED in dieser Zeit eine Antwort versucht werden. Im Mittelpunkt steht hierbei das Jahr 1948, ein entscheidungsreiches Jahr nicht nur für die SED, sondern für die gesamte gesellschaftliche Entwicklung in der damaligen sowjetischen Besatzungszone. Damit verbunden sind Probleme des Parteityps und des Parteiverständnisses.

Voraussetzungen und Ausgangsbedingungen

Kommunisten und Sozialdemokraten waren 1945 angetreten, in einer Einheitspartei die sich bietende Chance für die Errichtung eines neuen, demokratischen, in seiner Perspektive sozialistischen Deutschlands zu nutzen. Beide Bewegungen entwickelten ihr Sozialismusbild und ihr Parteiverständnis zunächst auf dem Hintergrund der Erfahrungen der Jahre 1933 bis 1945. Parteiverständnis und Sozialismusbild müssen in enger Wechselbeziehung zueinander gesehen werden. Ohne Berücksichtigung des jeweiligen Sozialismusbildes kann Rolle und Funktion der Partei kaum erklärt

werden. Denn in den innerparteilichen Auseinandersetzungen um Rolle und Funktion der Partei wurde bereits in der Anfangsphase parteiorganisatorisch vorentschieden, unter welchen politischen Bedingungen und demokratischen Freiheiten der Aufbau des Sozialismus vollzogen werden soll.

Die KPD hatte - ausgehend von den Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale - vom theoretischen Ansatz her richtige Schlußfolgerungen aus ihrer Negativhaltung zur Weimarer Republik gezogen. Diese artikulierten sich prägnant in der im Februar 1946 in der "Einheit" veröffentlichten Arbeit Anton Ackermanns "Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?", die vor allem die Möglichkeiten eines demokratischen Weges zum Sozialismus in Deutschland hervorgehoben hatte. Damit schienen rein äußerlich Konturen eines Sozialismusbildes gezeichnet, die sich vom stalinistischen unterschieden. Tatsächlich jedoch bedeutete dies keineswegs den Bruch mit dem stalinistischen Sozialismusmodell, und auch die Ausarbeitung Ackermanns stellte keine wirkliche Alternative zu den stalinistischen Denkstrukturen der damaligen KPD-Funktionäre dar. Der demokratische Weg zum Sozialismus wurde nicht nur von Anton Ackermann, sondern von der gesamten KPD-Führung während der Verhandlungen mit der SPD herausgestellt. Wenngleich er kein Gegenkonzept zum zeitgenössischen Sozialismusverständnis in der KPD war, so bot er dennoch auch für Kommunisten Anknüpfungspunkte, um jahrzehntealte Dogmen zu überwinden. Nicht ohne realen Hintergrund gab Paul Wandel auf einer Parteivorstandssitzung der SED im Herbst 1948 folgende Einschätzung: "Aber viele, die diese These mit Freuden aufgegriffen haben, sahen in dem demokratischen Weg einen Weg ohne erbitterte Klassenkämpfe, ohne die Anwendung von Gewalt ... Nach der Seite gab es tiefgehende Illusionen, sogar in den eigenen Reihen, bei mir selbst und anderen 1945, daß in dieser Hinsicht eine grundlegende Veränderung der Kräfteverhältnisse in Deutschland eingetreten sei, wir einen sehr ruhigen, fast friedlichen Weg ermöglichen."⁵

Kaum Zweifel kann darüber bestehen, daß der Ackermann-Artikel vordergründig als Verhandlungsangebot gegenüber den Sozialdemokraten angelegt war. Otto Grotewohl gab auf der Vorstandssitzung im September 1948 folgenden Rückblick: "Wer diese Verhandlungen mitgemacht hat und lebendig darin gestanden hat, der weiß genau, daß die Überlegung des damaligen Zentralkomitees der Kommunistischen Partei und dieser Artikel der offensichtlich klare Diskussionsversuch ist, mit den noch vorhandenen anderen Auffassungen des zur Vereinigung stehenden Partners der Sozialdemokratie nach einer Basis zu suchen, die die Hemmungen und Schwierigkeiten beseitigen soll."⁶

In der Parteifrage wurde auf eine kommunistische Massenpartei orientiert und formal die innerparteiliche Demokratie betont, womit ein sichtbarer

Unterschied zur KPD der Weimarer Zeit herausgestellt werden sollte. Eine Berufung auf die von Lenin entwickelten Kriterien einer Partei neuen Typs gab es zunächst nicht. Die kommunistischen Vorarbeiten zur Gründung der SED machten jedoch weiterhin starke Elemente eines stalinistischen Parteiverständnisses erkennbar. Wiederholt wurde der Charakter der künftigen Partei als einer Kampfpartei betont, die nach außen hin einen einheitlichen Willen verkörpern müsse.⁷

Das von Anton Ackermann unter Anwendung eines breiten Kulturbegriffs vorgestellte Konzept des Weges zum Sozialismus kam dem Sozialismusverständnis der Sozialdemokraten entgegen. In der Februar-Ausgabe der "Einheit" aus dem Jahre 1946 - im selben Heft war der Ackermann Beitrag erschienen - versuchte Helmut Lehmann in seinem Artikel "Von der Demokratie zum Sozialismus" an die Positionen des Erfurter Programms von 1891 anzuknüpfen und damit gleichzeitig zu begründen, daß die Positionen von Sozialdemokraten und Kommunisten in diesem Punkt sich nicht grundlegend unterscheiden würden: "Der Kampf der sozialistischen Arbeiterbewegung dient zunächst der Aufrichtung der Demokratie als des Mittels zur Eroberung der politischen Macht. Das ist genau das, was das Erfurter Programm der Sozialdemokratie von 1891 sagt ... Das ist auch die Aufgabe der Gegenwart."⁸ Und Otto Grotewohl sah die Übereinstimmung drei Jahre später wie folgt: "Im übrigen waren die theoretischen Auffassungen in dieser Frage gar nicht soweit auseinander. Es bestand nach dem Artikel des Genossen Lehmann, der damals der Wortführer unserer Seite war, um dieses Problem zu behandeln, überhaupt kein Anlaß, einen Versuch zu machen, uns über die Formulierungen des Genossen Lehmann hinaus näherzukommen."⁹ Grotewohl deutete damit an, daß die von Helmut Lehmann in diesem Artikel vertretenen Positionen über den Weg zum Sozialismus von den Kommunisten akzeptiert wurden. Es muß demnach eine weitgehende Übereinstimmung in dieser Frage gegeben haben.

Allerdings hatten die Sozialdemokraten mehrfach betont, aus der besonderen Lage Deutschlands innerhalb der europäischen Machtkonstellationen heraus ganz spezifische gesellschaftspolitische Orientierungspunkte einer künftigen SED-Politik setzen zu wollen, welche auch nicht dem Ziel der Erhaltung der nationalstaatlichen Einheit des deutschen Volkes zuwiderlaufen sollten. Insbesondere verband sich damit eine Abgrenzung gegenüber der Verbindlichkeit des sowjetischen Partei- und Sozialismusmodells und eine Betonung nationaler Besonderheiten. In der Parteifrage erinnerten führende Sozialdemokraten wie Max Fechner und Otto Grotewohl an die Sozialdemokratie unter August Bebels Führung und wollten an deren Traditionen, in der ihrer Meinung nach Toleranz, Gewissensfreiheit und innere Demokratie zwischen Sozialisten mit stark unterschiedlicher Grundhaltung praktiziert worden sei, anknüpfen. Bei dieser Rückbesin-

nung auf die Sozialdemokratie des 19. Jahrhunderts spielten sowohl die Demokratiedefizite der SPD in der Weimarer Zeit als auch die sogenannte Bolschewisierung der KPD in den 20er Jahren eine wesentliche Rolle. Demokratische Entscheidungsfindung und Freiheit der Kritik auch an gefaßten Beschlüssen bildeten wesentliche Elemente sozialdemokratischen Demokratieverständnisses, die auch in der SED zur Wirkung kommen sollten. Die KPD legte dagegen besonderen Wert auf die strikte Durchführung gefaßter Beschlüsse und den kämpferischen Charakter der Partei.

Unterschiedliche Auffassungen gab es vor allem in der Organisationsstruktur der Einheitspartei. Die KPD hatte sich zugunsten des Betriebsorganisationsprinzips entschieden. Die SPD hielt dagegen daran fest, daß alle politischen Entscheidungen von den Ortsgruppen auszugehen hätten. In diesen Unterschieden spiegelten sich deutlich gegensätzliche Auffassungen über Rolle und Funktion einer Partei wider. Während die Sozialdemokratie an dem Gedanken der Erreichung parlamentarischer Mehrheiten festhielt, wofür die Partei die entsprechenden Voraussetzungen in den Wohnbezirken schaffen sollte, betrachtete die KPD die Eroberung der Schlüsselstellungen in den Betrieben als den entscheidenden Hebel für den gesellschaftlichen Umbau und als Voraussetzung für eine künftige Regierungsarbeit im sozialistischen Sinne. In dem vom Vereinigungsparteitag verabschiedeten Statut fand man dann einen Kompromiß: die Wohnbezirks- und Betriebsgruppen wurden als Grundeinheiten der SED formal gleichgestellt.

Das 1946 beschlossene Organisationsstatut vereinigte wichtige demokratische Traditionen von SPD und KPD und bot Chancen zur Entfaltung der innerparteilichen Demokratie in der SED. Demokratisches Beschlußrecht ihrer Mitglieder, demokratische Wahl aller Parteileitungen und die Verbindlichkeit der Beschlüsse für alle Mitglieder sollten zu dauerhaften Grundnormen des innerparteilichen Lebens werden, die auch unter den Bedingungen einer Regierungspartei hätten tragfähig sein können. Die SED konnte auch bis zu ihrem zweiten Parteitag im September 1947 als eine den Vorstellungen der Sozialdemokraten nicht widersprechende sozialistische Massenpartei bezeichnet werden. Das Organisationsstatut bot aber auch Möglichkeiten, die vorhandenen Elemente des Zentralismus auszubauen und den hauptamtlichen Apparat der Partei sowie das innerparteiliche Leben in den Grundeinheiten von oben nach unten zu steuern. Es sollte sich später zeigen, daß einige ehemalige Funktionäre der KPD in der SED nachträglich die ihnen als wesentlich erschienenen Strukturprinzipien unter der Losung der Partei neuen Typus durchsetzen wollten, was insbesondere die Verstärkung des autoritären Führungsstils der Partei bedeutete.

Schon im Frühjahr 1946 brachte Franz Dahlem beispielsweise im Hinblick auf die effektivste Organisationsform die künftige gesellschaftspolitische Stellung und Funktion der SED in der sowjetischen Besatzungszone in die

Diskussion und wies darauf hin, daß ihr die führende Rolle in Staat und Wirtschaft zukomme. Bereits unter den gegebenen Verhältnissen, so Dahlem im Heft 2 der "Einheit", käme es darauf an, "daß die neue Partei unmittelbar die Aufgabe hat, durch ihre demokratisch gewählten Vertreter eine führende Rolle in den Betrieben, in der Gesamtwirtschaft, in den Verwaltungen zu spielen".¹⁰

So waren Auseinandersetzungen um Rolle, Funktion und Struktur der Partei bei sich ändernden nationalen und internationalen Bedingungen angelegt: Bleibt die SED eine durch ihre Mitgliederzahl dominierende sozialistische Massenpartei oder wird sie zu einer Partei neuen Typs, eine Kampforganisation, die mit Hilfe disziplinierter Kader die führende Rolle verwirklichen sollte. Der 1946 zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten geschlossene Kompromiß erwies sich nicht von Dauer. Ebenso wurden die bereits 1946 vorhandenen Elemente des Zentralismus später schrittweise ausgebaut und zum herrschenden Organisationsprinzip. Die vom Vereinigungsparteitag 1946 beschlossenen Grundsätze und Ziele widerspiegelten in ihrer Gesamtheit den Versuch, wesentliche Momente der politischen Zielsetzungen beider Parteien zusammenzuführen, was mit dem Kurs auf den demokratischen Weg zum Sozialismus zunächst auch gelungen schien.

Die SED sollte weder die Fortsetzung der alten SPD noch der alten KPD sein, sondern die Partei des arbeitenden Volkes, die alle wertvollen Traditionen der Arbeiterbewegung in sich aufnimmt. Jedoch waren das stalinistische Sozialismus- und Parteiverständnis in der SED nicht überwunden. Das zeigte sich vor allem in der Beziehung zwischen Machtfrage und Demokratie. Der Gedanke der Machteroberung und ihrer Behauptung um den Preis der Ausschaltung der Demokratie, wenn keine Mehrheitsbasis hergestellt werden konnte, entsprang stalinistischer Denkweise. So reflektierten die Grundsätze und Ziele der SED deutlich ein Nebeneinanderbestehen von demokratischen und stalinistischen Denkweisen in bezug auf die Machtfrage, den anzustrebenden Sozialismus und die Rolle der SED in der Gesellschaft, obgleich bei der Formulierung von der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse zunächst die grundsätzliche Prämisse galt, daß dies in Verbindung mit einer Mehrheitsbasis möglich sei.

Doch mußte es auch für das Selbstverständnis der SED Konsequenzen haben, daß die antifaschistisch-demokratischen Umgestaltungen, die ja zunächst mit hoffnungsvollen Ansätzen an antifaschistischer Demokratie und Erneuerung verbunden waren, im wesentlichen das Werk einer antifaschistisch-demokratischen Minderheit und nicht das Ergebnis einer wirklichen Volksrevolution waren. Ins Gewicht fiel auch, daß mit der teilweise restriktiven Auflösung der Antifa-Ausschüsse, die sich im Frühjahr 1945 spontan und mit breiter sozialer Basis gebildet hatten, die Entwicklung alternativer Ansätze für einen Neubeginn verhindert wurde. Denn gerade sie boten die Strukturen, den gesellschaftlichen Neuanfang von unten zu ent-

Die SED sollte eine neue Partei sein

wickeln.¹¹ Da es der SED gelang, dadurch auf die Entwicklung der sowjetischen Besatzungszone entscheidenden Einfluß auszuüben, schien sich die These von der selbstverständlichen Vorhutrolle der SED zu bestätigen, die dann später nur noch zur Anmaßung degenerierte.

Generell erhielt die Frage nach der Organisationsform einer Massenpartei nach 1945 in dem Maße eine neue Dimension, als die Machtfrage auf die Tagesordnung rückte und das Problem auftauchte, durch welche Organisationsformen die in den Grundsätzen und Zielen proklamierten Ziele verwirklicht werden könnten. Innerhalb der SED fand dann faktisch eine Neubelebung dieser bereits Anfang des 20. Jahrhunderts außerordentlich kontrovers debattierten Problematik statt: wie etwa die Rolle des Apparates einer Partei, das Verhältnis zwischen Führung und Mitgliedern, die Fragen des Zentralismus und der innerparteilichen Demokratie sowie die Art und Weise der innerparteilichen Auseinandersetzungen. Die Funktionsbestimmung einer Partei neuen Typs war Gegenstand des jahrzehntelangen Streits zwischen Rosa Luxemburg und Lenin, eines Streits, der sich im Jahre 1904 an Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie entzündete und in der Folgezeit durch Antonio Gramsci aufgegriffen wurde. Doch flossen weder die theoretischen Ansätze von Luxemburg noch die von Gramsci in das geistige Erbe der SED ein. Der produktive Meinungsstreit wurde durch eine vereinfachende Gegenüberstellung von kommunistischen und sozialdemokratischen Organisationsprinzipien ersetzt. So lautet dann schließlich die Alternative: Wahlverein oder Staatspartei.

1948 - die beginnende Dominanz stalinistischer Parteiauffassungen und -strukturen

Die politische und organisatorische Entwicklung der SED in den Jahren von 1946 bis 1948 war in nicht unbeträchtlichem Maße von der Zurückdrängung sozialdemokratischer theoretischer und Organisationsauffassungen geprägt. Im Zuge der Auseinandersetzungen um eine den nationalen Bedingungen Rechnung tragende Sozialismuskonzeption wurden die aus sozialdemokratischen Traditionen entspringenden Konzepte und Vorstellungen bewußt und mehr oder minder repressiv zurückgedrängt. Sie wurden kommunistischen Vorstellungen und Traditionen diametral entgegengesetzt und im Prozeß der Orientierung auf eine Partei neuen Typs als Sozialdemokratismus in das bürgerliche Lager verbannt, ihre geistigen Träger kriminalisiert.

An der seit 1947 geforderten Anerkennung der Vorbildrolle der Sowjetunion schieden sich die Geister. Mit dem Beschluß der Konferenz von Kommunistischen und Arbeiterparteien in Slarska Poreba vom September 1947 wurde ein folgenreicher Prozeß der Disziplinierung seitens der KPdSU eingeleitet. Über die Verurteilung der KP Jugoslawiens

erfolgte die rigorose Ausrichtung der osteuropäischen volksdemokratischen Staaten einschließlich der sowjetischen Besatzungszone am sowjetischen Gesellschaftsmodell, wobei es im Hinblick auf die sowjetische Deutschlandpolitik in der sowjetischen Besatzungszone erhebliche Modifizierungen gab. Die Orientierung auf das Stalinsche Sozialismusmodell, die von einer großen Zahl von ehemaligen Sozialdemokraten in der SED nicht geteilt wurde, machte die in der sowjetischen Besatzungszone noch vorhandene Chance zunichte, nach Lösung antifaschistisch-demokratischer Aufgaben auf demokratischem Wege an den Sozialismus herankommen zu können. Dafür hätten sozialdemokratische Sozialismuskonzepte Ansätze bieten können, die nach Kriegsende 1945 entwickelt worden waren.¹²

Mit der Resolution des Informationsbüros der Kommunistischen Parteien "Über die Lage in der Kommunistischen Partei Jugoslawiens" von Ende Juni 1948 erfolgte nun auch die offizielle Festlegung der SED auf das Stalinsche Sozialismus- und Parteimodell. Die Erklärung enthielt neben den Beschimpfungen gegenüber der Führung der KP Jugoslawiens vom theoretischen Gehalt her im wesentlichen alle scholastischen Postulate Stalins: der Klassenkampf verschärfe sich in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus gesetzmäßig; der individuelle private Kleinbetrieb bringe stündlich "massenweise" den Kapitalismus und die Bourgeoisie hervor; das Proletariat sei die einzig "restlos" revolutionäre Klasse der modernen Gesellschaft, die Partei sei die organisierte Abteilung der Arbeiterklasse, die sich nicht in der parteilosen Masse auflöst, sie sei die höchste Form der Klassenorganisation des Proletariats und wichtigste Waffe der Arbeiterklasse, sie verkörpere die Einheit des Willens der Arbeiterklasse und werde dadurch gestärkt, daß sie sich von opportunistischen Elementen säubert.¹³

Die Scholastik der "Anti-Tito- Resolution"

Obwohl die SED dem Informationsbüro formal nicht angehörte, betrachtete der Parteivorstand die Orientierungen als verbindlich. Der Parteivorstand verabschiedete hierzu - nachdem Walter Ulbricht eine entsprechende Vorlage unterbreitete - am 16. September 1948 eine Entschliebung, in der es hieß: "Das Dokument des Informationsbüros ist ein hervorragender Beitrag zur Theorie des Marxismus-Leninismus. Es beantwortet die Frage, auf welchem Wege der Übergang zum Sozialismus erfolgt, wie sich die Klassenkräfte und die Klassenkämpfe in der Übergangsperiode entwickeln, wie die Arbeiterklasse als Hauptkraft wirkt und wie die Partei der Arbeiterklasse als Partei neuen Typus ihre führende Rolle verwirklicht."¹⁴

Da Tito die Vorstellung vom demokratischen Weg zum Sozialismus - noch 1945 von allen osteuropäischen kommunistischen Parteien hervorgehoben - nun zur Begründung seiner von der UdSSR unabhängigen Politik benutzte, wurde die Idee vom besonderen deutschen Weg zum Sozialismus endgültig verworfen. Anton Ackermann geriet als Repräsentant dieser Idee seit dem Frühjahr 1948 in das Zentrum der Kritik. Bereits auf der

Juli-Tagung des Parteivorstandes sah er sich veranlaßt, die Frage nach einem besonderen demokratischen oder deutschen Weg zum Sozialismus erneut zu thematisieren. Mit großer Wahrscheinlichkeit wurden im Zentralsekretariat, der engeren Führung der SED, intensive Debatten zu dieser Problematik geführt, in deren Ergebnis Ackermann ganz offensichtlich beauftragt wurde, sich auf einer Parteivorstandstagung offiziell vom demokratischen Weg zum Sozialismus zu distanzieren. Ackermann schätzte dann auf der Parteivorstandstagung am 16. September 1948 seine These als "falsche, faule und gefährliche Theorie" ein, "die wir ausmerzen müssen. Diese These vom besonderen deutschen Weg zum Sozialismus war ein Zurückweichen vor den antisowjetischen Stimmungen, vor der antisowjetischen Hetze, ein Zurückweichen im Sinne der Abgrenzung von dem Weg der bolschewistischen Partei ... Sie hindert die Partei daran, die Lehren des Leninismus als des Marxismus von heute sich anzueignen. Sie hindert sie daran, die Erfahrungen der Oktoberrevolution und der Verwirklichung des Sozialismus sich anzueignen und entsprechend unseren Aufgaben anzuwenden. Aber ohne die Aneignung und Übernahme der Erfahrungen wird kein Volk zum Sozialismus gelangen."¹⁵ Auf der Parteivorstandssitzung am 24. Januar 1949 wurde Ackermann noch deutlicher, indem er meinte, "daß der Sinn des Begriffs 'Partei neuen Typs' der ist, eine Partei nach dem Vorbild der Bolschewistischen Partei der Sowjetunion zu schaffen. Dabei sind wir uns klar, daß die Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) der Entwicklung aller anderen Arbeiter- und kommunistischen Parteien weit voraus ist, die führende Rolle gegenüber diesen Parteien heute spielt und auch in Zukunft spielen wird."¹⁶

Damit wurden alle von den ehemaligen Sozialdemokraten in der SED vorgebrachten Vorbehalte gegenüber der Verbindlichkeit des sowjetischen Modells als gefährlich abgestempelt. Zwangsläufig änderte sich das Verständnis über die Rolle der SED und es begann ein schrittweiser Prozeß ihrer Umstrukturierung.

Die Führung der SED nahm nun nach sowjetischem Vorbild zielstrebig Kurs auf die vollständige Durchsetzung der führenden Rolle einer politischen Elite in der SED. Auch als im Februar 1948 die führende Rolle der SED offen proklamiert wurde und die Blockparteien CDU und LDPD mit heftiger Ablehnung reagierten, hielt die SED um so mehr daran fest, als immer deutlicher die Frage des Übergangs zum Sozialismus in den eigenen Reihen artikuliert wurde. In der SED dominierte nun 1948 eindeutig die Vorstellung, daß die antifaschistisch-demokratische Ordnung der sowjetischen Besatzungszone faktisch gesetzmäßig in Richtung auf den Sozialismus weiterentwickelt werden mußte. Die SED würde in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zur allein beherrschenden politischen Kraft werden. In diesen Kontext sind auch die Auffassungen in Teilen der Mitgliedschaft einzuordnen, wonach das Bündnis mit den bürgerlichen Kräften von nun an für völlig überflüssig gehalten wurde.

Die Schaffung einer "Partei neuen Typs" war in das gesellschaftspolitische Konzept der volksdemokratischen Ordnung eingebunden, die Walter Ulbricht schon im Oktober 1946 in einem programmatischen Artikel definieren wollte.¹⁷ Ulbricht versuchte die Unterschiede einer volksdemokratischen Ordnung zur bürgerlich-parlamentarischen Demokratie herauszuarbeiten, die dann in der Entscheidung der Ersten Staatspolitischen Konferenz der SED in Werder im Juli 1948 stark betont wurden: "Unsere Demokratie ist eine Demokratie höherer Ordnung. Die Staatsgewalt dient dem gesellschaftlichen Fortschritt."¹⁸ Das Konzept der volksdemokratischen Ordnung war im Jahre 1948 jedoch nicht einheitlich, nicht unwidersprochen und erst in groben Zügen erkennbar, und zu diesem Zeitpunkt wurden in der Führung der SED intensive Debatten darüber geführt, ob die bestehenden gesellschaftlichen Zustände bereits als eine solche volksdemokratische Ordnung zu bezeichnen seien.¹⁹ In dem Augenblick, als die Frage des Übergangs zum Sozialismus im Parteivorstand der SED zumindest debattiert wurde, kam auch sofort die Frage nach den Organisationsformen, um die vollständige politische und ökonomische Macht zu erobern und zu behaupten. Vor allem ehemalige kommunistische Funktionäre glaubten, mit einem straff gegliederten und disziplinierten Funktionärskader und eines keiner demokratischen Kontrolle unterliegenden Parteiapparates die SED als schlagkräftiges Instrument für die Entscheidung der Machtfrage formen zu können. Der 1946 geschlossene Kompromiß in Organisationsfragen schien in diesem Verständnis für kommende Aufgaben nicht mehr tragfähig und wurde aufgekündigt. Das bedeutet praktisch die Überwindung sozialdemokratischer Organisationsprinzipien.

Aus der Sicht der führenden Funktionäre der SED gab es vielfältige Gründe für einschneidende Strukturveränderungen innerhalb der Partei. Das betraf vor allem das damalige Verständnis von der führenden Rolle der Partei, das sich allmählich in der Stalinschen Interpretation in der SED durchzusetzen begann. Viele Funktionäre der SED gingen davon aus, daß die Aufgaben als staatstragende Partei nur auf der Grundlage der theoretischen Erkenntnisse der KPdSU(B) und eines höheren Maßes an bewußter Disziplin und kämpferischer Aktivität der Mitglieder gelöst werden könnten.

Auf Grund der Erfahrungen der Bolschewiki während der Oktoberrevolution galten die Leninschen Organisationsprinzipien als verallgemeinerungswürdig. Diese wurden einerseits völlig unkritisch und andererseits in der Stalinschen Interpretation übernommen. Theoretische Positionen der KPdSU(B) sowie Organisationsprinzipien wurden in erster Linie durch die Arbeiten Stalins vermittelt, der die Ideen Lenins in den Fragen der Theorie des Marxismus, der Strategie und Taktik der Partei und der Organisationsformen vor allem eben dadurch verfälschte, indem er ihren konkreten Zeitbezug völlig negierte. So bedeutete die mit der Entwicklung zur Partei

neuen Typs immer wieder geforderte Aneignung des Leninismus eigentlich die Übernahme Stalinscher Partei- und Sozialismusauffassungen. Dazu kam die schematische Übertragung Leninscher Auffassungen auf völlig andere nationale Bedingungen, wodurch auch die Unterschätzung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratieformen in die SED hineingetragen wurden.

Äußere und innere Bedingungen der SED-Entwicklung

Sicherlich muß die Umformung der SED zur Partei neuen Typs auch in enger Verbindung zur Situation gesehen werden, in der sie sich 1948 befand. Sie hatte nämlich ihre Politik in einem komplizierten Spannungsverhältnis widersprüchlicher internationaler, nationaler, zonaler und innerparteilicher Faktoren auszuarbeiten.

Der Handlungsspielraum der SED war unter sowjetischen Besatzungsbedingungen sowie durch die internationalen Polarisierungen und Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Kalten Krieg ohnehin stark eingengt. Die sowjetische Besatzungspolitik wirkte zwar zunächst nicht auf Sowjetisierung, jedoch deutlich und mit Nachdruck auf eine antifaschistisch-demokratische Ordnung hin, die durch die Hegemonie der Arbeiterklasse gekennzeichnet sein sollte. Der von der Eskalation des Kalten Krieges ausgehende Druck hatte auch für die SED unmittelbare Konsequenzen: drakonische Maßnahmen und Bestrafungen, Inhaftierungen ohne Angabe von Gründen. Die Auseinandersetzungen zwischen der KPdSU und der KP Jugoslawiens über Grundfragen des Weges zum Sozialismus, insbesondere über die Frage der Macht und die Rolle der kommunistischen Partei, hatten einen theoretischen Dogmatismus zur Folge, den man durchaus als Stalinisierung bezeichnen kann und dem sich die SED nur schwer entziehen konnte. Die zugespitzte Konfrontation des Kalten Krieges und besonders die deutsche Konfrontation jener Jahre begünstigten die Entscheidung zugunsten des sowjetischen Partei- und Sozialismusmodells, die ein großes Demokratiedefizit ganz bewußt in Kauf nahm.

Hinzu kam, daß die seit 1946 betriebene wirtschaftliche und dann auch politische Abschottung der drei westlichen Besatzungszonen im Jahre 1948 in die Grundsatzentscheidung für den Westzonenstaat gemündet hatte. Damit verband sich ein Für und Wider um die Bildung eines Ostzonenstaates, dessen Lebensfähigkeit im Parteivorstand zunächst problematisiert und dann doch ernsthaft bezweifelt wurde. So ergab sich daraus auch ein ständiges Hin- und Herpendeln zwischen weiterer Ausgestaltung der antifaschistischen Demokratie auf der Grundlage einer Mehrsektorenwirtschaft und dem Kurs auf den Sozialismus bei Zurückdrängung privatkapitalistischer Produktionsformen.

Wirtschafts- politik und Parteityp

Der Parteivorstand leitete die Notwendigkeit der Umstrukturierung der SED vor allem aus wirtschaftsleitenden Erfordernissen ab. Auf seiner Tagung am 29. und 30. Juni 1948 beriet und beschloß der Parteivorstand der SED den Zweijahrwirtschaftsplan für die Jahre 1949 und 1950, womit der Übergang zur mittelfristigen Wirtschaftsplanung vollzogen werden sollte. Die mit den anderen Parteien sowie im Deutschen Volksrat nicht abgestimmte Vorlage des Zweijahrplandokuments zur Durchsetzung einer zentral gesteuerten Wirtschaftsplanung gehörte zu den Maßnahmen, um den Hegemonieanspruch der SED praktisch durchzusetzen. Das erforderte eine Schwerpunktlagerung der Parteiarbeit in die Betriebe und eine strikte Umorientierung auf das Betriebsorganisationsprinzip. Sicherlich verlangten die mit der Durchführung des Zweijahrplanes im Zusammenhang stehenden Erfordernisse in der Wirtschaft auch Konsequenzen für die SED. Die in der Wirtschaft zu lösenden Aufgaben machten es erforderlich, daß die Leitungen und Organisationen der SED sich auch mit wirtschaftspolitischen Problemen befaßten und die Aufgabe des Zweijahrplanes berieten. Auch die Tätigkeit der bestehenden Betriebsgruppen mußte mit neuen Maßstäben gemessen werden, die sich aus dem Zweijahrplan ergaben. Jedoch durfte das keineswegs dazu führen, die Orts- und Wohnbezirksorganisationen zur Bedeutungslosigkeit zu verurteilen und die Betriebsfunktionäre der SED zu alles beherrschenden Betriebsleitern umzufunktionieren. Für eine mit der Umformung der SED zur Partei neuen Typs verbundene Demontage innerparteilicher Demokratie und eine völlige Ausgrenzung sozialdemokratischer Organisationsauffassungen gab es trotz der wirtschaftlichen Erfordernisse keine hinreichende Gründe.

Mit der 10. (24.) Tagung des Parteivorstandes der SED am 12. und 13. Mai 1948 wurde eine intensive Diskussion über den Charakterwandel der Partei eingeleitet. Wilhelm Pieck betonte in seinem Referat die Notwendigkeit von sehr erheblichen Veränderungen im Wesen der SED. Er mahnte die fehlende innere Disziplin in bezug auf die Ausführung von Beschlüssen und Direktiven der Parteileitungen an. Nur bei strikter Durchführung der Beschlüsse werde die Partei die Kampffähigkeit erlangen, derer sie bei ihrer Rolle als führende Kraft bedürfe.²⁰ Mit dem Referat Wilhelm Piecks korrespondierten die Ausführungen Franz Dahlems zu Problemen der Organisationsarbeit und der Personalpolitik. Er verwies auf die neue Rolle der Betriebsgruppen: "Die Betriebsgruppe muß - und das ist für die meisten Betriebsgruppen die noch zu lösende Aufgabe - die führende Kraft und der Motor sein sowohl für die Erfüllung der Produktion wie für die Frage der Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lage der Belegschaft."²¹ Die Betriebsgruppenleitung sollte zu allen Problemen des Betriebes Beschlüsse fassen. Sie habe für die Gesamtheit der Aufgaben bei der Führung der Betriebe, der Produktionssteigerung und der Lenkung der Arbeit die Verantwortung zu tragen. Auch

der Vorstand der ländlichen Ortsgruppen, so Dahlem weiter, müsse zum führenden und anerkannten Faktor im Dorf werden.

Die Referate von Pieck und Dahlem machten mit aller Deutlichkeit den ihrer Meinung nach notwendigen Wandel von Funktion und Struktur der SED im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Übergang zu längerfristiger Wirtschaftsplanung sichtbar. Mit der Aufstellung und Durchführung von Mehrjahresplänen und der Zentralisation der Staatsverwaltung sollte der maßgebende Einfluß der SED auf das gesamte staatliche Geschehen gesichert werden.

Der Parteivorstand bestätigte am 13. Mai 1948 vier Richtlinien zur Verbesserung der Organisationsarbeit der SED²², die das Ergebnis einer zentralen Organisations- und Schulungskonferenz der SED darstellten, die vom 27. Januar bis 6. Februar 1948 in Liebenwalde stattfand. Gleichzeitig wurde in einer Entschliebung gefordert, den politischen und organisatorischen Zustand der Partei mit den an sie auf Grund der veränderten politischen und staatlichen Situation in Deutschland gestellten Aufgaben in Übereinstimmung zu bringen. Damit war der Auftakt für die Schaffung einer "Partei neuen Typus" gegeben.

Der nächste entscheidende Schritt wurde am 30. Juni 1948 mit der Beschlußfassung des Parteivorstandes der SED über den Zweijahrplan 1949/50 auf der 11. (25.) Tagung des Parteivorstandes getan. In seiner Begründung und Erläuterung des Zweijahrplanes stellte Walter Ulbricht der SED die Aufgabe, als "Avantgarde die Lösung der Gesamtheit der demokratischen wirtschaftlichen und organisatorischen Aufgaben zu leiten."²³

Die ideologischen Schwächen der SED hätten ihre Wurzeln in der falschen Einschätzung des Charakters der Partei. Die SED müsse nunmehr zu einer "Partei neuen Typus" werden. Als entscheidendes Kettenglied dafür bezeichnete Ulbricht die Schaffung eines ideologisch festen, disziplinierten Funktionärkörpers. Über Leitungsbeschlüsse würde seiner Meinung nach noch viel zu viel diskutiert werden und man könne nicht zulassen, daß Parteimitglieder immer wieder falsche Auffassungen wiederholen. Weiterhin sei es eine Hauptaufgabe der Personalpolitik, die "Schumacher-Leute" aus der Partei rücksichtslos zu entfernen, denn durch die Vereinigung von KPD und SED seien Mitglieder in die SED gekommen, die der gegnerischen Ideologie unterliegen würden.²⁴

Fred Oelßner knüpfte in der Diskussion an das von Walter Ulbricht dargelegte Disziplinverständnis an und vertrat die Position, daß zur Erreichung der Ziele der Partei die Einheit und Geschlossenheit des Willens und des Handelns notwendig sei: "Wenn jetzt vor uns die Aufgabe steht, die Partei neuen Typus zu schaffen, so müssen wir uns darüber klar sein, daß es vor allen Dingen eine Partei sein muß, die in sich die Einheit des Willens der Klasse verkörpert."²⁵

Zur Erreichung der Ziele der Partei schien der Parteiführung somit - im Prinzip gab es im Parteivorstand keine nennenswerten Einwände - jetzt die Einheit und Geschlossenheit des Willens und des Handelns notwendig. Die theoretische Grundlage für diese These bildete die Annahme, die Partei könne nur als homogenes Ganzes unter Verzicht auf Individualität und Subjektivität die höchste Form von Handlungsfähigkeit erreichen. Diese Parteauffassung hatte dann praktisch die Unterdrückung von unterschiedlichen Meinungen in der Partei und die Entmündigung der Mitglieder zur Konsequenz, was wiederum dafür Vorschub leistete, daß einzelne Führungskräfte der Partei bestimmte "Linien" aufzwingen konnten. Besonders verhängnisvoll wirkte sich das stalinistische Verständnis von Parteidisziplin und die wiederholten Säuberungen in der Partei aus, in deren Folge erst die sogenannten Schumacher-Leute und später die vermeintlichen Trotzkiisten aus der Partei entfernt und kriminalisiert wurden. Die stalinistische Auffassung von Parteidisziplin wurde zum wichtigsten Instrument unkontrollierter Machtkonzentration.

Der Weg: "Festigung" und "Säuberung"

Die grundlegende Änderung von Struktur und Arbeitsweise der Partei waren Thema der 12. (26.) Parteivorstandstagung am 28. und 29. Juli 1948.²⁶ Der Parteivorstand nahm die bereits erwähnte Erklärung des Kommunistischen Informationsbüros zur Jugoslawienfrage von Ende Juni 1948 zum Anlaß für seinen Beschluß "Für die organisatorische Festigung der Partei und für ihre Säuberung von feindlichen und entarteten Elementen".²⁷ In dem Beschluß wurde, "um die Aktivität und Schlagkraft der Partei zu heben", dazu aufgefordert, "hemmende und feindliche Kräfte, die in die Partei eingedrungen sind, auszumerzen". Ein beschleunigtes Ausschlußverfahren sollte gegen Mitglieder angestrebt werden, "bei denen begründeter Verdacht besteht, daß sie im Interesse parteifeindlicher Kräfte (Agenten des Ostsekretariats der SPD) oder als Spione und Saboteure fremder Dienste in der Partei wirken."²⁸

Der Beschluß machte auch die Vorstellungen über die **Die Rolle des Apparats** Straffung des "Funktionärkörpers", wie sie schon im Referat Walter Ulbrichts zum Wirtschaftsplan angesprochen worden waren, nun verbindlich: "Zur schnellen und wirksamen Durchführung von Parteibeschlüssen wird bei den Parteileitungen aus den politisch klarsten und parteiergebendsten Funktionären und aktivsten Mitgliedern ... ein fester Funktionärstab gebildet."²⁹ Durch diesen Beschluß, der in gewisser Weise eine Schlüsselstellung in der Parteientwicklung einnimmt, sollten eine durch die Androhung des Parteiausschlusses abgesicherte Parteidisziplin, eine Reduzierung des Einflusses der ehemaligen Sozialdemokraten und die Schaffung eines keiner demokratischen Kontrolle unterworfenen hauptamtlichen Parteiapparates erreicht werden. Dieser Beschluß und

weitere Maßnahmen führten dann in der Folgezeit dazu, daß die Auseinandersetzungen mit gegensätzlichen Auffassungen in der Partei nicht mehr theoretisch und politisch geführt, sondern durch administrative Disziplinerungen und Bestrafungen, bis hin zum Ausschluß entschieden wurden.

Walter Ulbricht erläuterte den neuen Charakter der Partei in der September-Ausgabe der "Einheit": Die "Partei neuen Typus" sei ein "organisierter Vortrupp", der seine Aufgabe nur erfüllen könne "auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus bei Bestehen eines einheitlichen Parteistatus, mit einheitlicher Parteidisziplin und einheitlicher Parteiführung, die durch ihr Zentralorgan die Linie der Partei den Massen vermittelt".³⁰ Sich auf Lenin berufend, begründete er erneut die Notwendigkeit eines hauptamtlichen Apparates der Partei, dessen Schaffung er sich besonders seit 1948 ganz persönlich bemühte. Die Partei, so meinte er, müsse aus einem Kreis ständiger leitender, von allen anderen Arbeitern befreiter Parteiarbeiter bestehen, die über das nötige Mindestmaß theoretischer Kenntnisse, politischer Erfahrungen und organisatorischer Fähigkeiten verfügen müßten.³¹

Schließlich wurde mit der auf der 14. (28.) Tagung des Parteivorstandes am 21. Oktober 1948 verabschiedeten Entschließung "Zur Verbesserung der Arbeit der Parteibetriebsgruppen in den Großbetrieben" auf die dominierende Bedeutung der Betriebsgruppen im Organisationsgefüge der Partei hingewiesen, womit man faktisch die Betriebsgruppe zum alleinigen Entscheidungsträger der Partei deklarierte.³² Betrachtet man das Jahr 1948 insgesamt, so hat der Parteivorstand mit seinen Beschlüssen zwischen Mai und Oktober 1948 die Umwandlung der SED in eine Organisation Stalinschen Typs eingeleitet. Auf der ersten Parteikonferenz der SED, die vom 25. Januar bis 28. Januar 1949 in Berlin stattfand, wurde die Umorientierung der Partei verbindlich festgeschrieben.

Die erste Parteikonferenz - 1948 hatte es statutenwidrig keinen Parteitag gegeben - diente insbesondere der Festlegung der gesamten Partei auf die Umwandlung in eine "Partei neuen Typus". In den Referaten von Walter Ulbricht und Otto Grotewohl wurden nochmals die Zielsetzungen deutlich, die die Parteiführung damit verfolgte: die Erfüllung der Wirtschaftspläne, für die man die Reorganisation der Partei als Voraussetzung betrachtete, und die Ausschaltung jener ehemaligen sozialdemokratischen Mitglieder und Funktionäre, die sich nicht an die Entwicklung anpassen wollten und auf ihre sozialdemokratischen Demokratievorstellungen pochten.

Es wurde ein Politisches Büro (Politbüro) gebildet, welches "alle wichtigen Fragen der Parteiführung und Parteipolitik, besonders Fragen marxistisch-leninistischer Erziehung der Parteimitglieder, zu beraten und zu entscheiden"³³ hatte. Bereits einen Tag vor der Konferenz, auf der 16. (30.) Parteivorstandstagung, wurde die Zusammensetzung des Politbüros festgelegt.³⁴ Grotewohl begründete die Bildung des Politbüros als des neuen ver-

kleinerten Führungsorgans damit, daß sowohl Parteivorstand als auch Zentralsekretariat als die bisherigen Führungsorgane "große Körperschaften sind, die nur noch parlamentarische Funktion ausüben vermögen".³⁵ Das weiter bestehende Zentralsekretariat wurde um acht Mitglieder erweitert. Es verlor als wirkliches Entscheidungsorgan erheblich an Bedeutung, denn dem Zentralsekretariat wurden von nun an alle politisch relevanten Vorlagen vom Politbüro unterbreitet. Den Mitgliedern des Zentralsekretariats wurde nur noch das Recht zugebilligt, wie auch dem gesamten Gremium, sich mit Anträgen und Vorlagen an das Politbüro zu wenden. Weiterhin blieb der Parteivorstand existent, dessen Kompetenzen formal nicht angetastet wurden.

Zusätzlich wurde das "Kleine Sekretariat des Politbüros" unter Vorsitz von Walter Ulbricht geschaffen. Ihm gehörten ferner Franz Dahlem, Fred Oelßner, Edith Baumann und Paul Wessel an.³⁶ Dem Kleinen Sekretariat wurde die Aufgabe zugewiesen, die Arbeit des Politbüros zu unterstützen, seine Beschlüsse vorzubereiten und ihre Durchführung zu kontrollieren. Es regelte weiterhin die Verbindung des Politbüros mit den Abteilungsleitern und diente somit auch der Kontrolle der Abteilungen des zentralen Parteiapparates. Mit dem Vorsitz des Kleinen Sekretariats übernahm Walter Ulbricht eine Schlüsselstellung sowohl in der Parteiführung als auch im zentralen Parteiapparat.

Die Bildung von Kleinen Sekretariaten wurde auch für die Landesvorstände der Partei beschlossen. In ihm sollte in der Regel der Ministerpräsident des Landes und der Innenminister vertreten sein. Mit dieser Entscheidung begann die enge personelle Verflechtung von Partei- und Staatsfunktionen, mit der der Einfluß der Partei auf den Staats- und Wirtschaftsapparat gesichert werden sollte. Wilhelm Pieck hatte das auf der Parteivorstandssitzung am 24. Januar 1949, auf der mit der Annahme des Beschlusses "Über die Verbesserung der Kollektiven operativen Führung der Partei" die eigentlichen Entscheidungen fielen, so begründet: "Die Partei geht in der Richtung der Führung der Staatsverwaltung, und darum ist es wichtig, daß in der führenden operativen Körperschaft auch die verantwortlichen Männer aus der Landesregierung sitzen, sofern sie Mitglieder der SED sind, also der Ministerpräsident und der für die Staatssicherheit verantwortliche Minister des Innern."³⁷

Weiterhin wurde das bei der Vereinigung von SPD und KPD vereinbarte Paritätsprinzip bei der Besetzung von Parteifunktionen formell aufgehoben, nachdem es bereits in den Landesverbänden in vollem Umfang nicht mehr existent war.³⁸ Otto Grotewohl gab dafür drei Gründe an: erstens werde durch die Parität die Einteilung der Parteimitglieder nach der früheren Parteizugehörigkeit konserviert; zweitens sei angesichts des Kadermangels die Doppelbesetzung der Funktionen Luxus; drittens blieben bei diesem Prinzip die neuen Mitglieder unberücksichtigt.³⁹

Entdemokratisierung an der Parteispitze

Der demokratische Zentralismus wurde zum bindenden Organisationsprinzip der Partei und Fraktionen und Gruppierungen innerhalb der Partei als unvereinbar mit ihrem marxistisch-leninistischen Charakter erklärt. Als demokratischer Zentralismus definierte die Parteikonferenz die Prinzipien der Wählbarkeit, der Rechenschaftspflicht, der straffen Parteidisziplin und der Kritik und Selbstkritik.⁴⁰ Eine nach der sozialen Herkunft gestaffelte Kandidatenzeit für alle künftigen Mitglieder wurde eingeführt, um die "führende Rolle der Partei sicherzustellen und die Partei vor Schwankungen zu bewahren". Die Partei sollte als ein Organisationssystem begriffen werden, "in dem sich alle Glieder den Beschlüssen unterordnen"⁴¹. Ferner wurde mit der Bildung der Zentralen Parteikontrollkommission, womit die im Statut von 1946 vorgesehenen Schiedsgerichte wegfielen, ein wichtiges Mittel zur Disziplinierung der Mitglieder geschaffen.

Mit den Beschlüssen der Parteikonferenz waren wesentliche Zwischenergebnisse bei der Installierung stalinistischer Machtstrukturen innerhalb der SED und damit wichtige Voraussetzungen für die weitere Zentralisierung der politischen und ökonomischen Strukturen erreicht worden, die in den folgenden Jahren systematisch ausgebaut wurden. In diesen Jahren gingen wertvolle Elemente der innerparteilichen Demokratie, vor allem der innerparteiliche Meinungspluralismus verloren. Dieser Verlust ließ sich in den 50er Jahren nicht mehr kompensieren, da für das gesamte Konzept der "Partei neuen Typs" in den Jahren 1948/49 die entscheidenden Weichen gestellt worden waren.

Zusammenfassende Thesen

Die von mir beschriebenen Entwicklungsprozesse in den Jahren von 1946 bis 1948/49 lassen sich in folgenden Thesen zusammenfassen:

1. Mit der Gründung der SED im Jahre 1946 verband sich die Absicht, nicht nahtlos an die Traditionen und die Strukturen der früheren SPD und der früheren KPD anzuknüpfen, sondern eine neue Form einer sozialistischen Organisation zu sein, jenseits von sozialdemokratischem Reformismus und kommunistischem Sektierertum. Diesem Selbstverständnis konnte die SED nicht gerecht werden, weil bereits in der Gründungsphase der SED die Voraussetzungen für die spätere Dominanz stalinistischer Parteistrukturen geschaffen wurden. Das stalinistische Sozialismus- und Parteiverständnis war in der SED nicht überwunden. Es existierten neue Denkansätze - repräsentiert durch Anton Ackermann und Helmut Lehmann - und stalinistische Strukturen und Denkweisen nebeneinander.

2. Die SED erhob seit ihrer Gründung einen politischen Führungsanspruch, der zunächst berechtigt erschien: Gemessen an der Mitgliederzahl war sie die bei weitem größte Partei Deutschlands und traf

realistische programmatische Aussagen. Jedoch konnte sie sich zu keiner Zeit auf ein eindeutiges Mehrheitsvotum von Mitgliedern und Wählern stützen. Nicht zuletzt deswegen mußte der dann seit 1948 mit Nachdruck vertretene Führungsanspruch mit institutionellen Mitteln abgesichert werden. Der von Anfang an erhobene gesamtdeutsche Anspruch der SED konnte ohnehin nie eingelöst werden.

3. Der in den "Grundsätzen und Zielen" der SED angekündigte demokratische Weg zum Sozialismus wurde verworfen, als durch die KPdSU eine am sowjetischen Modell orientierte Strategie und Taktik in der gesamten kommunistischen Weltbewegung durchgesetzt werden sollte. Diese Bestrebungen wurden zwar durch den Konflikt zwischen dem Kommunistischen Informationsbüro und der KP Jugoslawiens sowie durch die Eskalation des Kalten Krieges befördert, folgten jedoch aus der Logik der gesellschaftspolitischen Umbrüche seit 1945. Diese hatten zu einer Wirtschafts- und Sozialordnung geführt, welche neue Anforderungen an die programmatischen Zielsetzungen und die dafür erforderlichen praktischen Schritte stellte. Die Notwendigkeit einer Umstrukturierung der SED ergab sich von diesem Gesichtspunkt aus zwangsläufig. Die SED wurde dann seit 1948 zum entscheidenden Motor für die schrittweise Umformung des politisch-gesellschaftlichen Systems in der sowjetischen Besatzungszone zu einer volksdemokratischen Ordnung, die sich in Aufbau und Struktur am sowjetischen Gesellschaftsmodell orientierte. Mit der dafür notwendigen Einführung gesamtgesellschaftlicher Planung wurden die Grundlagen für das administrativ-zentralistische System der späteren DDR geschaffen.

4. Die SED durchlief in den Jahren von 1946 bis 1950 einen doppelten Wandlungsprozeß: sowohl ihrer innerparteilichen Strukturen als auch ihrer Rolle in Staat und Gesellschaft. Sie entwickelte sich von einer marxistisch-pluralistischen Massenpartei zu einer hierarchisch strukturierten zentralistischen Organisation, die sich einen dogmatisierten, von den Stalinschen Prämissen geprägten Marxismus-Leninismus zur programmatischen Grundlage machte. Insofern erscheint der Begriff "Stalinisierung" gerechtfertigt. Im gleichen Zeitraum entwickelte sich die SED zur allein herrschenden politischen Kraft im Parteiensystem der sowjetischen Besatzungszone. Einen vorläufigen Schlußpunkt der Umformung der SED zu einer stalinistischen Partei setzte der III. Parteitag im Juli 1950. Indem der seit 1948 geschaffene Parteityp alternative Denkansätze und Gesellschaftsmodelle sowie demokratische Konfliktlösungsformen in der SED selbst und in der gesamten Gesellschaft unterdrückte, wurde er zum Hemmnis für Fortschritt und Erneuerung.

¹ Michael Schumann, Zur Krise in der Gesellschaft und zu deren Ursachen, zur Verantwortung der SED, in: Neues Deutschland, 18. Dezember 1989, S. 7.

- 2 Vgl. Thesen für die Erneuerungskonferenz der PDS am 8./9. September 1990, in: Neues Deutschland, 17. Juli 1990.
- 3 Vgl. Carola Stern, Die SED - Porträt einer bolschewistischen Partei, Köln 1957; Norbert Mattedi, Gründung und Entwicklung der Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949, Bonn/Berlin (W) 1966; Hermann Weber, Geschichte der SED, in: Die SED in Geschichte und Gegenwart, hrg. von Ilse Spittmann, Köln 1987; Dietrich Staritz, Sozialismus in einem halben Lande, Berlin (W) 1976; Frank Thomas Stöbel, Positionen und Strömungen in der KPD/SED zwischen 1945 und dem IV. Parteitag der SED 1954, Köln 1987.
- 4 Für alle Darstellungen galt das Standardwerk der SED als verbindlich: Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Abriß, Berlin 1978.
- 5 Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Zentrales Parteiarchiv (IfGA, ZPA), IV/2/126.
- 6 Ebenda. Paul Wandel gab auf dieser Parteivorstandssitzung eine ebensolche Interpretation: "... und dieser Drang zur Vereinigung der Kommunisten und Sozialdemokraten in einer Partei hat viele von uns bewegt, nicht nur in Formulierungen, sondern auch in der Grundkonzeption des politischen Weges nach Dingen zu suchen, die für jeden annehmbar waren. Diese Konzessionen an nichtleninistische Vorstellungen, die vorhanden waren, die Versuche, auf einem anderen Wege als den des konsequenten Marxismus-Leninismus die Einigung durchzuführen, spielten auch mit eine Rolle." IfGA, ZPA, IV/2/1/26. Vgl. auch Arnold Sywottek, Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935 - 1946, Düsseldorf 1971.
- 7 So hieß es in dem Entwurf der KPD für die Grundsätze und Ziele der SED: "Darum muß die Sozialistische Einheitspartei eine festgefügte Kampfpartei sein ... Soll die Sozialistische Einheitspartei die breiten Massen zum siegreichen Kampf organisieren, so muß sie selbst eine straffe Organisation sein, die den einheitlichen Willen der Arbeiterklasse verkörpert." IfGA, ZPA, NL 36/636; Franz Dahlem schrieb in der Nr. 2 der "Einheit" vom Jahre 1946: "Die Sozialistische Einheitspartei wird eine solche Kampfpartei sein, innerlich demokratisch auf dem vollen Bestimmungsrecht der Mitglieder aufgebaut; noch außen einheitlich, geschlossen, schlagkräftig."
- 8 Einheit. Monatsschrift zur Vorbereitung der Sozialistischen Einheitspartei, 1946, Heft 1, S. 21.
- 9 Otto Grotewohl auf der 13. (22.) Tagung des Parteivorstandes der SED am 16. September 1948. IfGA, ZPA, IV/2/1/26.
- 10 Einheit, 1946, Heft 2, S. 25.
- 11 Vgl. Arbeiterinitiative 1945 - Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland, hrg. von Lutz Niethammer u.a., Wuppertal 1976, S. 699 ff; Robert Scholz, Die Verfassung der DR von 1949 und die Lehren von Weimar, in: konsequent, Heft 2/90, S. 41.
- 12 Vor allem die Ansätze im Sozialismus- und Demokratieverständnis von Helmut Lehmann, Otto Grotewohl und Max Fechner; Andreas Malycha, Die SPD in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Jahre 1945 (Zu Rolle und Wirksamkeit des Zentralkomitees im Ringen um antifaschistisch-demokratische Umgestaltungen in der Etappe der Aktionseinheit von KPD und SPD - Mai 1945 bis Dezember 1945), Diss. A., Berlin 1989.
- 13 Vgl. Neues Deutschland, 29. August 1948.
- 14 Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Band II, Berlin 1952, S. 100.
- 15 IfGA, ZPA, IV/2/1/26.
- 16 Ebenda, IV/2/1/30.
- 17 Vgl. Walter Ulbricht, Strategie und Taktik der SED, in: Einheit. Theoretische Monatsschrift für Sozialismus, 1946, Heft 5, S. 257-271.
- 18 Die neuen Aufgaben der demokratischen Verwaltungen. Referate und Beschlüsse der 1. Staatspolitischen Konferenz der SED 1948, Berlin 1948, S. 89.
- 19 Vgl. Heinz Heitzer, Zur weiteren Ausarbeitung der Strategie und Politik der SED 1948/49, in: ZfG, 1988, Heft 3, S. 195-218.

- 20 Vgl. IfGA, ZPA, IV/2/1/23.
- 21 Ebenda.
- 22 Vgl. Ebenda.
- 23 IfGA, ZPA, IV/2/1/24.
- 24 Vgl. ebenda; Walter Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, Berlin 1960, S. 215-252.
- 25 IfGA, ZPA, IV/2/1/24.
- 26 Vgl. ebenda, IV/2/1/25.
- 27 Vgl. Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. II, S. 83-88.
- 28 Ebenda, S. 85.
- 29 Ebenda, S. 87.
- 30 Walter Ulbricht, Die Partei neuen Typus, in: Einheit, 1948, Heft 9, S. 779.
- 31 Vgl. ebenda, S. 789.
- 32 Vgl. Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 2, S. 140-145.
- 33 Vgl. Protokoll der Ersten Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1949, S. 547.
- 34 Dem Politbüro gehörten an: Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Paul Merker, Franz Dahlem, Otto Grotewohl, Helmut Lehmann, Friedrich Ebert als Mitglieder sowie Anton Ackermann und Karl Steinhoff als Kandidaten.
- 35 Protokoll der Ersten Parteikonferenz, S. 379.
- 36 Vgl. ebenda, S. 547.
- 37 IfGA, ZPA, IV/2/1/30.
- 38 Wilhelm Koenen berichtete bereits auf der 13. Tagung des Parteivorstandes am 20. August 1947 über die Zusammensetzung der Leitungen im Landesverband Sachsen: "Neben den früheren Kommunisten und Sozialdemokraten mußten selbstverständlich auch die neuen SED-Mitglieder in die Leitungen gewählt werden. In dem Kreise Bautzen ... weist der leitende Funktionärkörper folgende Zusammensetzung auf: frühere Kommunisten 135, frühere Sozialdemokraten 148, neue SED-Mitglieder 128." IfGA, ZPA, IV/2/1/12.
- 39 Vgl. Protokoll der Ersten Parteikonferenz, S. 376.
- 40 Vgl. ebenda, S. 527.
- 41 Ebenda, S. 526.

Die PDS auf der Suche

Bericht über die Konferenz der PDS zum Thema
"Demokratischer Sozialismus" am 8. Juli 1990 in Berlin

Die Veranstaltung erhob keinesfalls den Anspruch, eine wissenschaftliche Konferenz zu sein, und hätte dem auch nicht gerecht werden können. Vielmehr hatte eine Oppositionspartei, die einen komplizierten Erneuerungs- und Selbstfindungsprozeß durchläuft, zu einem für alle Kräfte des linken Spektrums offenen Disput eingeladen. Gefolgt waren dieser Einladung rund 1200 Mitglieder und Sympathisanten der PDS, darunter auch VertreterInnen von linken Parteien und Gruppierungen aus der BRD. Aus dem Ausland konnten Vertreter der KPdSU, der Bulgarischen Sozialistischen Partei, der Sozialdemokratie der Republik Polen, der KP der Tschecho-Slowakei, der KP Österreichs, der KP Dänemarks, der Union der Kommunisten Belgiens sowie Gäste aus China und der Mongolei begrüßt werden.

In seiner Einleitung unterstrich der stellvertretende Parteivorsitzende, André Brie, daß das Scheitern des Realsozialismus konsequent und schonungslos als Zäsur in der Geschichte der sozialistischen Bewegung anzusehen sei und diese Tatsache mehr von einer Partei wie der PDS verlangt, als Modifizierungen bisheriger Sozialismuskonzepte zu entwickeln: "Unser gesamtes Sozialismusverständnis, ja unsere gesamte Sicht auf die Welt, die theoretischen und weltanschaulichen Grundlagen, aus denen wir geschöpft haben, sowie unsere Politik und Strategie müssen wir grundsätzlich und mit einer sicherlich schwierigen und differenzierten Radikalität befragen und verändern."

Ursprünglich war von seiten der Veranstalter geplant, sich auf drei Fragestellungen zu konzentrieren: Was ist in der DDR gescheitert und warum? Das Konzept des demokratischen Sozialismus im Spannungsfeld zwischen Vision und Realität. Die Politikfähigkeit der Idee des demokratischen Sozialismus. Doch hielten sich in der Diskussion nur wenige Redner daran. Vielfältige Probleme wurden angerissen, es gab Statements zur eigenen Person und Befindlichkeit und konsequent Zurückweisendes.

Der heftigste Meinungsstreit entwickelte sich um *Verhältnis der PDS zu linken und demokratischen Kräften*, der nicht zuletzt auch durch anwesende Vertreter aus diesen Kreisen mitgetragen wurde. Leidenschaftlichen Disput gab es in Bezug auf das Verhältnis zur SPD, in dem das Meinungsspektrum von der Forderung nach Dialog, doch einschließlich deutlicher und sachlicher Kritik, bis hin zu Ablehnung ging. So wandte sich Ulla Plener (PDS) gegen eine Verketzerung der SPD und verwies darauf,

daß die SPD in der BRD programmatisch erneuert sei, jedoch vorrangig als parlamentarische Kraft und damit an unmittelbarer Machtausübung interessiert auftrete und daraus auch ihr unfairer Kampf gegen die PDS resultiere. Sie forderte, die fortschrittlichen sozialdemokratischen Prinzipien aufzunehmen und die SPD selbst daran zu messen. Dem setzte Isolde Bräuner (Grüne/BRD) entgegen, daß die SPD eine Partei des Privatkapitals sei und warnte vor unbegründeter Schonung.

PDS und soziale Marktwirtschaft bildete einen weiteren Themenkreis. Die Feststellung André Bries, daß konsequente Kapitalismuskritik keine fundamentale Ablehnung der bürgerlichen Gesellschaft bedeuten dürfe, daß die fortschrittlichen Elemente des modernen Kapitalismus akzeptiert werden müssen, wirkte auf eine Reihe Teilnehmer provokant. Von Zustimmung über Ablehnung des Begriffes "soziale Marktwirtschaft", bis zur vereinzelten Forderung, eine proletarische Revolution auf die Tagesordnung zu setzen, reichte das Spektrum der Meinungen.

Hinsichtlich der *Identitätsbestimmung der PDS*, einem weiteren Diskussionschwerpunkt, verwies Gregor Gysi mit Nachdruck auf den Prozeßcharakter bei der Erneuerung der Partei; einer Partei, die sich in der Überzeugung versteht, daß der Kapitalismus nicht das letzte Wort der Geschichte sein kann.

Thomas Klein (VL) forderte eine weitere Aufarbeitung des Stalinismus; die PDS lande sonst in der Sozialdemokratie. Über das Verhältnis von Reform und Revolution nachzudenken, sah Wolfram Adolphi (PDS) hinsichtlich der Programmatik als zwingend an. Er war einer der wenigen Redner, die auf die drängenden globalen Probleme verwiesen und forderte, nach Triebkräften zu suchen, die zu globalem Verhalten zwingen, ein politisches Modell zu entwickeln, das die Marktkräfte bremst, damit sie global erhaltend wirken. Hans Modrow (PDS) stellte fest, daß die früheren Sozialismusvorstellungen mit einer falschen Auffassung von der Rolle der Persönlichkeit verbunden waren und kritisierte das Unverständnis der SED-Führung hinsichtlich der in der Sowjetunion seit 1985 ablaufenden Reformversuche bis hin zum Kampf gegen die Perestroika.

Die Gleichstellungsproblematik von Mann und Frau wurde zwar von TeilnehmerInnen thematisiert, blieb jedoch insgesamt unterbelichtet. Enttäuschung rief der Beitrag des KPdSU-Vertreters hervor, der zwar unmittelbar vom 28. Parteitag der KPdSU nach Berlin gekommen war, jedoch von Perestroika wenig spüren ließ. Die Überlegungen einer Vertreterin christlicher Soziallehre hingegen wurden mit Interesse und Sympathie zur Kenntnis genommen. Nicht verschwiegen werden soll auch der Versuch eines Redners, rassistisches Gedankengut zu verbreiten, der massiv zurückgewiesen wurde.

In seinem Fazit kam Gregor Gysi zu dem Ergebnis, daß die Frage, was demokratischer Sozialismus ist, aus der Sicht eines Sozialisten in der

DDR offensichtlich zur Zeit nicht beantwortet werden kann. Sie bedarf dringend weiterer Klärung. Es zeigt sich jedoch deutlich, daß streitbare Diskussionsangebote eine zwingende Notwendigkeit im Prozeß der Erneuerung in der PDS sind. Ein solches Angebot dürfte die Konferenz gewesen sein.

"Z - Zeitschrift Marxistische Erneuerung" wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Wiesbaden) und Gertrud Antoni, Christiane Bainski, Harry von Barga, Ulrike Bohnenkamp, Ulrich Briefs, Olaf Cless, Rainer Eienkel, Albert Engelhardt, Heike Flessner, Edgar Gärtner, Wolfgang Gehrcke, Jörg Heimbrecht, Johannes Henrich von Heiseler, Jörg Huffschild, Stefan Isensee, Heinz Jung, Peter Jung, Jörg Jungmann, Fritz Krause, Stefan Krull, Steffen Lehndorff, Anja Maschinski, Hans-Joachim Müller, Norman Paech, Lothar Peter, Jürgen Reusch, Ursula Schumm-Garling, Susanne Schunter-Kleemann, Werner Stürmann, Cornelia Teller, Harald Werner und Elke Vesper.

Redaktion: Albert Engelhardt (0611-378851), Heinz Jung (06084-2821).

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

"Z" erscheint vierteljährlich. Der Abonnementspreis (vier Hefte) beträgt DM 40,- (incl. Versandgebühr). Das Einzelheft kostet DM 15,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen.

Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: "Z - Zeitschrift Marxistische Erneuerung", Langgasse 24H, 6200 Wiesbaden (bis 1.12.90), und: Kölner Str. 66, 6000 Frankfurt am Main 1.

Satz: Su Sanne und Pampe PC

Gestaltungskonzept: Udo Tremmel.

Druck: Fuldaer Verlagsanstalt.

Peter Degkwitz

Nachdenken über die Perspektive sozialistischer Politik

Bericht von einem wissenschaftlichen Seminar zwischen dem "Koordinationsausschuß des Sozialistischen Forums" (Köln) und dem "Institut für Gesellschaftsanalyse" (Berlin).

Das Treffen zwischen GenossInnen der Erneuerungsströmung (aus der DKP) und DDR-WissenschaftlerInnen hatte einen Vorläufer - noch in der gespenstischen Atmosphäre des "Grünen Hauses" in der Prinz-Georg-Straße.

Schon Anfang letzten Jahres hatten DDR-Wissenschaftler (wie Rolf Reising und Dieter Klein) versucht, sich mit der Erneuerungströmung zu treffen. Nachdem dies nach Düsseldorf durchgesickert war, konnte dieses Treffen nur unter Regie und Aufsicht des Präsidiums stattfinden. Die "Lösung" im September 89 war ein "wissenschaftliches" Seminar, auf dem das Papier "Marxismus als Theorie der Befreiung" mit der Bewahrerplattform der ML-"Erneuerung" unter der Regie von Fritz Noll und Ellen Weber vor den Augen der DDR-Prominenz konkurrieren durfte. Das alles ist erst - man glaubt es kaum - ein knappes Jahr her!

Im Mai 1990 also - in gänzlich veränderter Atmosphäre und im Kreis von 30 GenossInnen - über zwei Tage eine Debatte zu drei Komplexen:

- Welche Fortschrittsvorstellungen haben wir heute?
- Können wir als Linke eine Reformalternative für das zusammenwachsende Deutschland formulieren?
- Wie stellen wir uns zur Perspektive einer neuen deutschen Linken unter Einschluß der PDS?

Bei der Diskussion ging es immer sowohl um Auseinandersetzung mit bislang gängigen Vorstellungen als auch um den Versuch, unter Rückgriff auf den Marxismus eine für die heutige Zeit stimmige Neuformulierung sozialistischer Zielsetzung zu erarbeiten.

1. Thema der Sozialisten solle nicht die "Konstruktion der Zukunft" sein. Eine neue Gesellschaft ergebe sich nur aus den Widersprüchen der Bestehenden. Generell sei eine Vorstellung von Fortschritt als Realisierung von Sozialutopien (unter ausdrücklicher Einbeziehung des Marxismus) zu Ende. Fortschritt sei nur schrittweise ausgehend von einer privatwirtschaftlich organisierten Gesellschaft zu verwirklichen.

2. Der entscheidende Ausgangspunkt für Sozialisten sei die Erschöpfung des bisherigen Evolutionstyps der Menschheit. Wir ständen vor einem "Kollaps der naturwüchsigen Entwicklung der Menschheit". Heute

gehe es um eine neue Entwicklungsweise der Gesellschaft. Das beziehe sich auf eine neue Stufe der Zivilisation und Kultur. Im wesentlichen gehe es um die Beendigung einer naturwüchsigen Entwicklung der menschliche Gesellschaft oder der "Natur und Sozialbedingungen der Menschheit". Die globale Entwicklung der Menschheit müsse heute nach wissenschaftlichen Kriterien gesteuert werden. (Heinz Petrak/DDR)

3. Das Vorhersehen eines Zustandes, an dem die Beherrschung der menschlichen Kraftentfaltung durch die Menschheit selbst geschichtlich auf die Tagesordnung trete, sei das eigentliche Thema des Marxismus. Die Vorstellung, der Kapitalismus bremse die Produktivkraftentwicklung, sei falsch. Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse würden zur Schranke der Menschheitsentwicklung, weil sie die Beherrschung der freigesetzten Kräfte nicht ermöglichen würden. (Dieser Diskussion lag das in Heft 2 von "Z" veröffentlichte Papier von Klaus Peters zugrunde). Die Beherrschung der Produktivkräfte sei das eigentliche Thema der Epoche (was eben nicht in erster Linie an politischen Formen festzumachen wäre).

4. Deswegen beziehe sich Fortschritt auf die Frage, in welchem Maße die Menschen "Herren ihrer selbst" würden. Anders ausgedrückt gehe es um die Selbstbeherrschung der Menschen als entscheidendes Moment der Freiheit. Für die linke Bewegung sei die Kernfrage, ob der Freiheitszuwachs für die Individuen (für die Arbeiter, die Frauen, alle "Entrechteten"), die Aufhebung aller (!) knechtenden, unterdrückenden Verhältnisse Bedingung für die Lösung der Überlebensfragen sei. Die Emanzipation des Individuums (die Aufhebung des Herr-Knecht-Verhältnisses) sei Voraussetzung für die notwendige Selbstbeherrschung und -beschränkung. Die Linke müsse auf diese Art der Lösung der Menschheitsprobleme setzen (wobei das Problem darin bestehe, daß die sozialistische Bewegung in der Praxis häufig das Gegenteil getan habe) (Klaus Peters).

Die neue Linke müsse für einen ganzheitlichen Fortschrittsbegriff stehen - bei dem immer der Mensch und die menschliche Gesellschaft im Mittelpunkt stünden. Eine Vorstellung vom Fortschritt als von der Menschheit abzuarbeitender Fahrplan der Geschichte sei obsolet. Fortschritt müsse als Gesamtevolution der Menschheit verstanden werden. Das Projekt der Linken war immer ein Gegenkonzept. Fortschritt müsse als Weg verstanden werden - davon sei "links sein" abzuleiten. Da sich die Menschheit immer "auf dem Weg" befinde, seien menschliche Ideale auch für den Weg verbindlich - Fortschritt müsse daher immer integral als gleichzeitige Lösung sozialer, ökologischer und feministischer Fragen verstanden werden (Gisela Lindenau).

Wenn das linke Thema die Frage der Selbstbeherrschung der Menschheit sei und diese Selbstbeherrschung immer und überall die Aufhebung

"aller Knechtschafts- und Unterdrückungsverhältnisse" also die Emanzipation der Individuen zur Voraussetzung habe, dann müsse die Frauenbefreiung immer Thema der sozialistischen Bewegung sein (Monika Dohmke, Gabi Hesselbein).

5. Freisetzung von Individualität sei Thema der Linken. Fortschritt sei immer und in erster Linie Fortschritt für das Individuum und damit auch Fortschritt für die Gattung. Hier gehe es um eine Umkehrung bisheriger Prioritäten marxistischer Diskussion (wobei das Individuum immer als Einheit individueller und gesellschaftlicher Bestimmungen zu begreifen sei) (Rolf Reissig).

Gegen eine solche Fortschrittsvorstellung wurde eingewandt, daß bislang alle Fortschrittsprozesse in ihr Gegenteil umgeschlagen seien. Die ständige Forderung nach Selbstverwirklichung und die Auflösung traditioneller Strukturen zerstöre soziale Beziehungen.

Dagegen wurde eingewandt, daß Fortschritt im Kapitalismus immer antagonistischer Fortschritt sei (André Leisewitz). Diese Frage sei ein ernstzunehmendes Thema, weil der Siegeszug des Neokonservatismus ja gerade damit zusammenhänge, daß die Linke keine Antwort auf diese sich im Alltagsbewußtsein niederschlagenden Prozesse geben konnte. Die Auflösung traditioneller Verhältnisse, der Zuwachs an Individualität hat immer auch Schattenseiten, wie Verlust an Geborgenheit (das gelte für Familie, Religion u.a.). Gerade in der Freisetzung von Individualität bestehe der zivilisatorische Fortschritt des Kapitalismus - nicht das werde kritisiert, sondern daß das nur halb geschieht, daß es gesellschaftlich nicht aufgehoben sei. Aber dieses reale Problem dürfe von der Linken nicht antiemanzipatorisch bewältigt werden.

6. Wenn die Beherrschung der Lebensbedingungen Kern der sozialistischen Fragestellung und Maß des Fortschritts sei, müsse die Frage genauer beantwortet werden, wieweit das Ausbeutungsverhältnis dem entgegenstehe - (was nicht bedeute, daß es nicht Schritte zur Beherrschung geben könne). Daß diese Zielsetzung mit dem Kapitalismus vereinbar sei, daß die Verhältnisse schrittweise immer beherrschbarer würden, sei die Antwort der Sozialdemokratie. These sei, daß die notwendige grundlegende Neugestaltung des Verhältnisses Mensch-Natur unter den Bedingungen von Ausbeutung und Untedrückung nicht möglich ist (Steffen Lehndorff). Dies sei nicht sektiererisch zu deuten, denn es gehe immer darum, daß im Kapitalismus vorgefundene Potential für die Beherrschung der Lebensbedingungen auszuschöpfen. Es gehe um die Freisetzung von Veränderungspotentialen in dieser Gesellschaft, nicht um einen "ominösen Sprung in das Reich der Freiheit" - nur so komme die Frage der Aufhebung von Ausbeutung überhaupt auf die Tagesordnung.

Natürlich sei Kapitalismus mit Fortschritt (im Sinne der Entfaltung von Individualität und Beherrschung der Lebensbedingungen) vereinbar. Er sei

als erste Stufe zu einer modernen Gesellschaft zu verstehen. Allerdings würden solche allgemeinen Bestimmungen nicht ohne Einschätzung des heutigen Kapitalismus, seiner konkreten Typologie zu politischen Aussagen. Moderner Kapitalismus sei immer eine jeweils konkrete Kombination von Profitprinzip und sozialer Einsicht und Vorsicht, wobei heute prinzipiell neue Modifikationen erforderlich seien.

7. Bei der Frage nach den Trägern der Idee der Befreiung müßten wir uns mit den Sünden der Vergangenheit auseinandersetzen. In der Tradition des marxistischen Denkens sei kein Subjektbegriff entwickelt. Marxisten hätten soziales ökonomisiert und psychisches soziologisiert. Ein historisches Subjekt sei nicht einfach aus der Klassenanalyse abzuleiten (?), es müsse in der Lage sein, in der Gesellschaft Begeisterung und Emotionen zu wecken. Es gehe beim Subjekt, wie Marx in den Frühschriften sagt, um die "Denkenden und die Leidenden", um Gruppen, die in ihrer Handlungsfähigkeit beschränkt seien, die die Prozesse begreifen würden, aber durch die Verhältnisse gehindert würden, das umzusetzen (Harald Werner).

Es gehe auch heute um Subjekte eines interessenbezogenen sozialen Handelns. Der Fehler sei gewesen, daß häufig die sozialstrukturelle Analyse schon für politikrelevant gehalten wurde, die Frage ihrer Vermittlung mit Bedürfnissen, Orientierungen, kulturellen Milieus blieb unberücksichtigt. Da es beim historischen Subjekt um die Frage der Handlungsfähigkeit gehe, müsse sich ihm gerade von dieser Seite genähert werden.

In der Gesellschaft, in den verschiedenen sozialen Schichten reife das Bedürfnis nach weiterer Kontrolle der Lebensbedingungen, was sich in vielfältigsten Bestrebungen und Bewegungen äußere. Soziale, demokratische, emanzipatorische, ökologische Interessen seien konkrete Seiten der Existenz der Menschen im Kapitalismus. Eine neue Stufe der Zivilisation gebe es nicht ohne eine Auseinandersetzung um neue Normen und Wertorientierungen, die sich zu hegemonialen Orientierungen in der Gesellschaft herausbilden müßten.

Das historische Subjekt im Sinne des einzigen Subjektes, das seine objektiven Interessen durchsetze, gebe es nicht - nicht theoretisch und nicht empirisch. In diesem Sinne sei die Frage erledigt. Das Subjekt gesellschaftlicher Veränderungen sei heute heterogen, breiter und differenzierter.

8. Bei einer Aktualisierung der Reformalternative gehe es um ein alternatives Programm für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Auch hier sei die übergreifende Frage die, wie in den sozialen Fragen (gegen eine weitere soziale Polarisierung in Europa), der Schaffung einer neuen Europäischen Friedensordnung und der Durchsetzung ökologischer Projekte zu einer Entschärfung des Weltzustandes beigetragen werden könne. Die Reformalternative müsse darauf antworten, durch welche konkreten Instrumentarien und gesellschaftlichen Strukturen

Entwicklungen steuerbar gemacht werden könnten. Dazu seien Fragen zur Marktwirtschaft und neuen Steuerungs- und Regulierungsinstrumentarien zu beantworten. Es gehe um einen neuen Demokratietyp (Wolfgang Gehrcke).

Veränderungen in der Welt würden heute anders laufen. Indem wir uns von einer bipolaren Revolutionsstrategie verabschieden würden, wonach in einem Teil der Welt das Neue komme, wäre heute die Orientierung auf Gestaltung ohne Alternative. Reformpolitik als Durchlauferhitze zum "Rankommen" an die Revolution gelte nicht mehr, daher sei die Reformalternative als Konzeption aktueller denn je.

Die Reformalternative stünde auch für die DDR, da es in den zu erwartenden Abwehrkämpfen immer auch um positive Gestaltung (auch unter Bezug auf Erreichtes in der DDR - auch dann, wenn es deformiert war) gehe (Horst Dietzel).

9. Ob die Reformalternative in ihrer bisherigen Konzeption heute in einer durch die Vereinigung grundlegend veränderten Situation noch tragfähig sei, sei zu bezweifeln. In einem zusammenwachsenden Deutschland bestünden in beiden Teilen gänzlich unterschiedliche Bedingungen (in der DDR Auseinandersetzung mit der Rekapitalisierung, Abwehr - hier verschlechterte Bedingungen für Gestaltung) (Bernd Hartmann).

Nach wie vor bestünden Defizite der Reformalternative, sie sei politisch nicht gefüllt. Offen seien Fragen nach den Möglichkeiten und Grenzen nationalstaatlicher Wirtschaftsregulierung. Die Voraussetzungen der Reformalternative, wie z.B. die Vergesellschaftung der Großbanken, seien zu hoch gesteckt. Diese Alternative sei blutleer, da ihr eine linke Vision fehle, die durchsetzbar sei. Grund dafür sei, daß der Ausgangspunkt der Reformalternative "Wettkampf der System um Lösung der Menschheitsfragen" weg sei (Christiane Bainski).

Die mangelnde Füllung der Reformalternative hänge auch mit den zurückgedrängten Anspruch und Lebensgefühl der Linken zusammen. Der Neokonservatismus löse offensichtlich auch die gesellschaftlichen Ansprüche nach Gestaltung und Selbstverwirklichung ein.

10. Alle Fragen einer Organisation der Linken waren geprägt von der auf die Linke zukommenden Entscheidungssituation in Zusammenhang mit den kommenden gesamtdeutschen Wahlen. Der Ausgangspunkt der Diskussion war die von Rainer Börner vorgestellte PDS-Position, daß in jedem Falle eine linkssozialistische Kraft zu den Wahlen antreten müsse - offen sei, ob dies als Ausweitung der PDS oder als Bündnisprozeß verschiedener linker Kräfte auf dem Weg zu einer neuen linkssozialistischen Kraft unter Einschluß der PDS geschehe.

Darauf bezog sich im wesentlichen die Debatte.

Nach dem Zusammenbruch der traditionellen Kommunistischen Parteien könne man jetzt nicht einfach an deren Stelle eine linkssozialistische Partei setzen. Die Frage sei, ob es um ein Wahlbündnis gehe, oder ob der Versuch einer weltanschaulichen linkssozialistischen Partei gemacht werden solle. Eine linkssozialistische Partei dürfe nicht wegen der 14 Prozent PDS Wähler übers Knie gebrochen werden, sondern müsse von unten wachsen.

Man dürfe heute keine neuen Konstrukte auf dem Hintergrund ganz anderer politischer Kulturen schaffen. Eine sozialistische Partei müsse etwas mit Entwicklungsprozessen zu tun haben. (Christiane Bainski)

Eine sozialistische Partei in Deutschland bedürfe politischer Substanz, die gegenwärtig nicht vorhanden sei. Wir seien gegenwärtig nicht in der Lage, den Begriff Sozialismus mit Inhalt zu füllen. Mit einer Parteidiskussion werde aktuell das Pferd vom Schwanz her aufgezäumt.

Dagegen eine Position, die Tendenzen in Richtung einer Parteiformierung sieht, die eine linke Partei nicht nur für notwendig hält, sondern dafür politischen Raum und soziale Träger sieht. (Uwe Post) Die gegenwärtige Situation einer Neugruppierung im Parteienspektrum eines einheitliche Deutschland müsse für den Versuch, zu einer linkssozialistische Kraft zu kommen, genutzt werden, wobei der Wahlprozeß nicht identisch mit der Parteigründung sei.

Alle Positionen stehen erst am Anfang und sind durch die Niederlage bisheriger Politikkonzepte und den "deutschen Vereinigungsprozeß" bestimmt. Notwendig sind inhaltliche Diskussionen und ein offener Sondierungsprozeß. Mit diesen müsse begonnen werden (Wolfgang Gehrcke).

Albert Engelhardt

Erneuerung im Niemandsland oder: Theorie, Strategie und die Gewalt des Faktischen

Kein Bericht von der Erneuerungskonferenz der PDS am 8./9. September 1990

'Niemandsland' mag übertrieben sein. Doch zwischen verschiedenen Welten, zwischen Vergangenheit und Zukunft, zwischen Bitterkeit und Hoffnungen, zwischen Illusionen und Realitätsnähe, zwischen Abschied und Ankunft spielt sich das, was 'Erneuerung' genannt wird allemal ab. Dabei ist die Partei, von der hier die Rede ist, sich weder klar noch einig, was zu erneuern ist, *wohin* die Erneuerung führen soll und *wie* dieser Prozeß gegangen werden muß.

Das Problem der Konferenz

Mir scheint, daß dies auch nicht anders sein kann. Vergangene und gegenwärtige Realität, erstere dominiert von der SED, letztere unbeeinflusst von der PDS, kommen als die Macht des Faktischen daher, aus dem es kein Entrinnen geben kann. Der Abgang des Alten und die Gewalt des Gegenwärtigen beeinflussen die Kenntnisaufnahme des Neuen wie die Arbeit an Zukünftigem.

Keine andere Partei in der (Ex-)DDR trägt vergleichsweise und berechtigterweise so schwer an der Vergangenheit wie die PDS. (Als Entlastung kann nicht zählen, daß die ehemaligen Blockparteien vor der Wende einiges über ihre Herkunft, wenig über ihre Zukunft aussagen konnten und heute wenig von der Vergangenheit wissen wollen und die Zukunft gepachtet zu haben scheinen.) Es ist die konkrete Realität des Zusammenbruchs der DDR und deren Einverleibung durch die BRD, die den Kleister liefert, der viele PDS-Mitglieder noch an Vergangenem kleben läßt.

Dabei ist die PDS eine andere Partei als die SED, aber eben doch noch keine völlig veränderte Partei. Die PDS hat nur noch etwa ein Siebtel der Mitglieder der SED, die aber in ihrer überwiegenden Mehrheit der Vorgängerin angehörten. Karrieristen haben sie ebenso verlassen wie diejenigen, die resignierten und/oder sich aufrecht von sozialistischer Politik (und/oder deren DDR-Vergangenheit) verabschiedeten. ArbeiterInnen sind in der Minderheit, vergleicht man ihren Anteil mit dem der Angestellten und der Intelligenz, das relative Gewicht letzterer hat zugenommen; der Anteil der Handwerker bzw. Selbstständigen tendiert gegen Null. Über den Frauenanteil liegen keine verlässlichen Daten vor. Die Altersstruktur weist ein großes Loch auf, es 'fehlen' die 35-50jährigen; fast die

Hälfte der Mitglieder sind älter als 60 Jahre. Fast 40% der Mitglieder sind Rentner oder Hausfrauen. Die größte Austrittswelle (gemessen am Mitgliedsstand der SED und SED-PDS) gab es unter den ArbeiterInnen, die geringste unter den (ehemaligen!) hauptamtlichen ParteifunktionärInnen.

Diese Daten seien erwähnt, um die gebräuchliche Charakterisierung der PDS-Mitgliedschaft, wie sie auch offiziell vorgetragen wird, verständlich zu machen. Demnach wird die Partei derzeit von drei Gruppen geprägt bzw. getragen: 'alten, treuen Mitgliedern', jüngeren und der ehemaligen innerparteilichen Opposition zugehörigen Erneuerern sowie (ehemaligen) Hauptamtlichen aus Partei- und Staatsapparat.

Die PDS ist aus der SED entstanden. Sie trägt als Partei und ihre Mitglieder tragen als Individuen an dieser Last. Zur Selbstvergewisserung der PDS als 'neuer', vor allem anderer Partei gehört deshalb notwendig die Kenntnisnahme der Psychologie und Befindlichkeit ihrer einzelnen Mitglieder. Neben der Aufarbeitung kollektiver und individueller Schuld und Mitverantwortung für die vergangene Politik der SED gewinnt die Verarbeitung der gegenwärtigen Prozesse an Bedeutung.

Extremistische Verarbeitungsmuster sind keine Seltenheit. Das Plattmachen der DDR (die eben für DDR-KommunistInnen mehr war als ein Staat oder ein Flecken auf der Landkarte), die sich abzeichnende soziale Krise, die würdelose Auslieferung des Landes an Bonn durch die Gewinner der März-Wahlen und die zunehmenden Versuche der Marginalisierung und Kriminalisierung der PDS nähren einen getrüben Blick auf die Vergangenheit, erschweren die radikale Infragestellung all dessen, was notwendig und strukturell zum deformierten und gescheiterten DDR-Sozialismus gehörte. Andererseits wird im Sog des Zusammenbruchs sowie der Kommerzialisierung und Kapitalisierung auch von PDS-Mitgliedern das Hohelied der sog. sozialen Marktwirtschaft und kapitalistischer Modernisierung mitgesungen; wengleich die sog. 'sozialdemokratische Plattform' mittlerweile mehr oder minder Anschluß an die sich auch so nennende Partei gefunden hat. Beiden Extremen ist ein Kapitalismus-Bild eigen, das dessen widersprüchlicher Realität nicht standhält.

Die PDS ist die Partei, die am stärksten mit der ehemaligen DDR identifiziert wird - und die sich selbst als Anwalt sozialer und kultureller Errungenschaften der DDR versteht. Und: Die heute in der PDS das Wort führenden ehemaligen Zweifler, Kritiker und Oppositionellen haben nicht nur das Scheitern des realen DDR-Sozialismus sondern eben auch das Scheitern ihrer Versuche der Reformierung des DDR-Sozialismus, der Verbindung von Sozialistischem in der DDR mit Bürgerlich-Kapitalistischem aus der BRD, der demokratischen Entwicklungsperspektive einer kapitalisierten DDR und schließlich der schlichten Rettung der (wenn auch kapitalistischen) DDR als souveräner Staat zu konstatieren. Die Reformer und Erneuerer in der SED bzw. SED-PDS kamen immer zu spät. Die Bürger-

rechtsbewegungen waren im Oktober/November vor ihnen da; der Wechsel der Losung (*das Volk wird zum einen Volk*) durch die dazugekommenen Montagsdemonstranten hat sie - wie viele Oppositionelle der ersten Stunde - überrollt; der Anschluß kann nur noch durch demonstrative Gegenstimmen begleitet werden.

Die PDS ist - so gesehen - das Exotischste an der eh schon exotischen DDR. Sie kann und will ihre Verortung in der jüngeren und allerjüngsten Geschichte der DDR nicht leugnen und muß doch auf Gedeih oder Verderb von der Spezifik des sie bis dato prägenden sozialen, politischen und kulturellen Milieus Abschied nehmen. Will sie im größer und mächtiger gewordenen Deutschland Politik machen und politikfähig bleiben, wird sie ihren Platz in der (gesamt-)deutschen Politik suchen und finden müssen. Mit der Ausweitung ihres Wirkungskreises wird sich ihr Selbstverständnis und Profil zu verändern haben. Die absehbaren Verwerfungen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR legen eine nach hinten gewandte Verortung nahe; diesem beharrlichen Moment und damit verbundenen pragmatischen Überlegungen nachzugeben, wäre der Anfang vom Ende der PDS.

Einen Platz im politischen Koordinatensystem des 'neuen Deutschland' zu finden, ist andererseits keine der leichtesten Aufgaben. Dabei geht es weniger um die Selbstverständigung der PDS in Abgrenzung und/oder Affinität zu anderen linken Kräften. (In der DDR fiel ihr 89/90 diese Bezugnahme aus verständlichen Gründen besonders schwer.) Gravierender dürfte sein, daß die PDS weder in ihrer theoretischen, noch in ihrer programmatischen Arbeit schon so weit ist, daß sie (in einem Gesamtdeutschland) Auskunft über ihre spezifische Identität und Originalität geben könnte.

Die erwähnten Versuche der Marginalisierung und Kriminalisierung der PDS, die zunehmen werden, fördern 'Bunkerdenken' und Trotz-Haltungen; sie erschweren das zu werden, was zumindest die PDS-Vorstandsgremien anstreben: eine moderne sozialistische Partei, plural strukturiert, kapitalismuskritisch orientiert und um Eingriffs- und Gestaltungsfähigkeit ringend. Die Diskussion um 'Reform oder Revolution', um fundamentalistische Opposition oder radikale Alternativen-Politik, um marxistisch-leninistische Klassenpartei oder linkssozialistische Bewegung(spartei), um Verteidigungspolitik oder Gestaltungskraft usw. usf. ist noch lange nicht ausgestanden. Zu stabil sind bestimmte tradierte Milieus, in denen auch die PDS noch verankert ist; zu gewaltig sind die akuten Zerrüttungen, als daß sich die PDS ihnen (vor allem vor Ort) entziehen könnte; zu unterschiedlich sind die Wirkungsbedingungen der PDS im Land, zu disparat sind die Ansprüche verschiedener Mitgliedergruppen und zu groß sind die theoretischen und programmatischen Defizite auf wichtigen Feldern gesellschaftspolitischer Entwicklung der 90er Jahre, als daß heute schon von einem konsensualen Erneuerungsprozeß und *der* erneuerten PDS-Strategie und -Politik gesprochen werden könnte. Und nicht zufällig fragte Gre-

gor Gysi auch auf der Erneuerungskonferenz der PDS nach der Berechtigung des Begriffs 'Erneuerung'; wo doch nicht klar wäre, was überhaupt zu erneuern sei und erneuert werden könne.

Die Konferenz und ihre Probleme

Für die mehr als 1000 TeilnehmerInnen - intellektueller, jünger und weiblicher als die Partei - war es nicht die erste und nicht die letzte 'Erneuerungskonferenz'. Seit Monaten versammeln sie sich, wahrscheinlich nur in geringfügig modifizierter Zusammensetzung, auf Tagungen, Wahlkonferenzen, Seminaren und Kongressen. Argumente wiederholen sich. Ansprüche und Redebeiträge gehen nicht immer konform mit dem je speziellen Thema der jeweiligen Versammlung. Sich verhärtende Standpunkte können ausgemacht werden, und gleichzeitig ist ein 'Unterstrom' des Lernens und Zusammenbringens der verschiedenen Facetten des Erneuerungsprozesses spürbar.

Kritisch wurde angemerkt, daß die Vorbereitung der Konferenz hinter den Erfordernissen ihres Themas und ihrer Bedeutung zurückgeblieben sei. Weder im 'Neuen Deutschland' noch in den Parteistrukturen habe ein wirklich breiter Diskussionsprozeß stattgefunden. Die im Juli vorgelegten Thesen zur Konferenz seien im Prinzip das einzige, worauf man sich beziehen könne. Auch die Konstruktion und der Zeittakt der Konferenz (etwa 6 Std. Plenum und 6 Std. Diskussion in vier Arbeitsgruppen) haben nicht die erhoffte (und nötige) Möglichkeit geschaffen, zu Wort zu kommen, bestimmte Fragen intensiver zu diskutieren und sich zu streiten; zuviele Beiträge waren (im schlechten Sinne) vorbereitete Statements.

Nicht ungeschoren blieb auch das Präsidium. Gregor Gysis Einleitungsreferat wurde zwar beklatscht, und es bot einige Diskussionsanregungen, doch gerade diese 'heißen Eisen' wurden für viele Teilnehmer zu beiläufig und salopp abgehandelt. Statt weiter Passagen, die als Wahlkampfrede durchgehen könnten, hätten diese komplizierten theoretischen wie politischen Fragen mehr Beachtung verdient gehabt. (Es sei angemerkt, daß Gysi in seinem 'Schlußwort' genau um diese Erörterung bemüht war.) Daß der Parteivorsitzende, der tatsächlich in mancherlei Hinsicht einen neuen Politiker-Typus repräsentiert, seine Redezeit schamlos überzog, fand ebenfalls Mißfallen. Dagegen wurde die diesbezügliche Disziplin Helga Adlers (Präsidium der PDS und zweite einleitende Referentin) und die Konzentration ihres Beitrags auf ein Schlüsselthema ('Demokratisierung') als wohltuend empfunden.

1. *Geschichtsdebatte.* Es wurde schon angedeutet: Die Aufarbeitung der Geschichte der SED/DDR ist undenkbar ohne die kollektive wie individuelle Selbstvergewisserung, ohne Fragen nach Erfahrungen und

Erschütterungen, nach Schuld und Mitschuld, nach Unwissenheit, Glaube und Opportunismus. Die bedeutsame Analyse und Erörterung der 'fremden' und 'hausgemachten' Quellen für die Stalinisierung der SED (und der KPD) findet derzeit in vereinzelt Publikationen statt. Die PDS wird sich - als Partei - damit Mitte November, im Rahmen einer Geschichts- bzw. 'Stalinismus-Konferenz' befassen.

Noch immer gibt es vereinfachende Verteidigungen bzw. Rechtfertigungen des Vergangenen - auch unter PDS-Mitgliedern -, noch umstritten ist, inwieweit auch im Leninschen Denken und in dessen Politik Momente zu verorten sind, die die späteren Pervertierungen und Verbrechen ermöglicht haben bzw. nicht dazu taugten, diese zu verhindern. Unter dem Konstrukt des (Marxismus-)Leninismus seien die Genialität, das heute noch Nützliche wie die Fehler Lenins erst freizuschaukeln. Zu untersuchen sei, wie sich in der Geschichte der SED/DDR (und in der früheren Geschichte des Sozialismus) Führungspolitik, Massenmotivation und -verhalten und Deformationen des gesellschaftlichen Zusammenlebens durchdrangen, vielleicht bedingten, auf jeden Fall (zeitweise) ergänzten.

Nicht zu unterschätzen seien, so Gysi, Mechanismen der Verdrängung erlebter und gelebter Geschichte, bei SozialistInnen wie bei der Masse der DDR-Bevölkerung. Der Umgang mit der Geschichte wurde von ihm als Gradmesser für den Erfolg der Erneuerung bezeichnet. Auch im gegenwärtigen Zusammenhang des 'würdelosen Abgangs' der DDR sei nach der Verantwortung aller und des Einzelnen zu fragen.

Was sozialistisches Denken betrifft, so muß nicht nur die 'Ahnengalerie' einerseits neu befragt und andererseits um einige (vergessene und exkommunizierte) DenkerInnen ergänzt, sondern durch die Kenntnisnahme und Verarbeitung allen fortschrittlichen Denkens angereichert werden. Kritisiert wurde, daß entgegen diesem Anspruch bislang selbst die neuen-alten Ahnen sozialistischen Denkens nur genannt, aber nicht wirklich aufgearbeitet würden. Es dürfte nicht nur an den knapper gewordenen Mitteln der PDS liegen, daß das Credo, auch als Partei für verschiedene theoretische Ansätze offen zu sein, damit 'den' Marxismus nicht mehr als *die* Theorie (der PDS) zu begreifen, sich noch nicht in für alle Mitglieder zugänglichen Publikationen, Denkanstößen, Diskussionsangeboten niederschlägt.

2. *Programmatische und Sozialismus.* Insbesondere dieser Diskussionskomplex und die sich damit beschäftigende Arbeitsgruppe litten unter der Macht des Faktischen und den Erfordernissen praktischer Politik. So groß auch die Erwartung gerade an die programmatische Debatte gewesen sein mag, sie wurde vielfach verdeckt und behindert durch auf fertige Antworten hoffende Darstellungen der Kümmernisse des Alltags. Das Dilemma wurde z.B. so auf den Begriff gebracht: Die Probleme der PDS-Diskussion resultierten aus dem Zwang, gleichzeitig Theorie- und Programm-Arbeit leisten, Prozesse der Selbstreinigung und Erneuerung der Partei bewältigen sowie Wahlkämpfe und konkrete

Interessenvertretung organisieren zu müssen. All dies unter den Bedingungen der Umkämpfung des bisher gewohnten (wenn vielleicht auch nicht geliebten) Milieus und Terrains.

Wo bis heute die theoretische und fundierte Analyse der gewesenen Gesellschaft (und ihres Werdens) fehlt, kann es nicht verwundern, daß auch das Bild und Verständnis bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaftsform (insbesondere der BRD-Gesellschaft) von Schwarz-Weiß-Malerei geprägt ist. Wobei bei den einen die schwarzen, bei den anderen die weißen (rosaroten) Töne dominieren. Ohne praktische Lebenserfahrung wird diese Gesellschaft mit all ihren 'Zwischentönen' nicht wirklich zu begreifen sein. Und es wird immer konkrete Gründe und Milieus geben, die die verbreitete Auffassung nähren, alleine das Ausmachen der 'fundamentalen Bestimmtheit' dieser Gesellschaft als Profitgesellschaft reiche schon aus, um Politik in ihr und gegen sie zu machen. Erwähnt seien aber auch Diskussionsbeiträge, die auf internationale Zusammenhänge (globale Probleme), auf die pluralen Strukturen der bürgerlichen Gesellschaft, auf Erfordernisse eines neuen Fortschrittsverständnisses, auf Ergebnisse der Lebensweiserforschung oder des feministischen Diskurs' usw. usf. verwiesen. Die internationale marxistische Diskussion und zeitgenössische Grundsatzpositionen der westlichen Linken seien bisher so gut wie gar nicht erschlossen.

Und nicht zuletzt: Die Bemühungen, zukünftigen Sozialismus als Ziel oder als Weg und Bewegung neu zu definieren, stehen dort wie hier im dunklen Schatten des Gewesenen und definitiv Gestrigen.

3. Linke Opposition in Deutschland. Die PDS leidet als zukünftige linke Oppositionspartei - so der selbst zugewiesene Platz - darunter, daß es ihre Vorgängerin war, die Opposition, Mitbestimmung, Transparenz und Öffentlichkeit nicht zugelassen hat. An konkreten Beispielen (wie der Hausbesetzerszene) wurde deutlich gemacht, daß die PDS - als 'Nachfolgerin' einer Staatspartei - nicht nur politisch-programmatisch sondern auch hinsichtlich der Mentalität mancher Mitglieder erst ihr Verhältnis zu 'Widerstand gegen die Staatsgewalt', 'zivilem Ungehorsam' usw. finden muß. Generell versteht sich die PDS nicht als 'staatstragende' aber als eine auf der Grundlage des Grundgesetzes wirkende Partei; als Opposition(spartei) sieht sie sich als Bestandteil der bürgerlichen Demokratie und des entsprechenden politischen Systems. Es gab so manches nachdenkliche Bemühen, dies allgemeine Credo alleine schon hinsichtlich des Verhältnisses von außerparlamentarischem und parlamentarischem Wirken zu hinterfragen und damit politikfähiger zu machen.

Die weiter oben vorgetragenen Bemerkungen zur Schwierigkeit der PDS, schon heute ihren (anvisierten und durch Programmatik wie Profil ausgewiesenen) Platz in der politischen Landschaft (Gesamt)Deutschlands zu bestimmen, reflektieren auch die Debatte in dieser Arbeitsgruppe. Die Befürchtung, mit der 'Ausweitung' des politischen Terrains gingen

notwendig die Spezifik der PDS und die politische Identität der PDS-Mitglieder verloren, war aus manchem Diskussionsbeitrag herauszuhören. Sie äußerte sich als Angst, weiter marginalisiert und von konstruktivem politischen Wirken (gerade auch in den Parlamenten) ausgeschlossen zu sein. Diese wiederum versteckt sich hinter der 'raffinierten Taktik', (v.a. im 'schwarzen Süden') für Sozialdemokraten oder Grüne als Stichwortgeber und Forderungsformulierer zu fungieren, Eigenständiges eher auf kleiner Flamme zu kochen. Überhaupt war mehrfach zu hören, 'die in Berlin' hätten keine Ahnung von den Widrigkeiten konkreter PDS-Politik vor Ort. Die generelle Orientierung, selbst von Ausgrenzung und Abgrenzung Abschied zu nehmen, für linken Pluralismus einzutreten und sich als tolerante und offene GesprächspartnerInnen zu profilieren, geriet deshalb in dieser Diskussion auf besondere Art zum 'Lippenbekenntnis'. Noch scheint die Zeit nicht da, wo die PDS ihr Selbstverständnis auch wirklich unter Beweis stellen kann. Zu groß sind die Aversionen bei anderen linken Kräften, zu sehr ist die PDS noch mit Altem behaftet, das ihr selbst im Weg steht.

4. Demokratisierung. Die PDS hat auch in dieser Hinsicht zweifellos schon einiges geleistet. Auch die Konferenz selbst hat dies deutlich gemacht. Und gleichzeitig wird ihr noch viel zu tun bleiben, um tradierte Mechanismen und Strukturen aber auch althergebrachte Gewohnheiten und Ansprüche zu überwinden.

Zum Beispiel wird vielfach (vor allem von Funktionären auf Kreis- und Ortsebene) der Zusammenbruch des innerparteilichen Informationssystems beklagt (eigene Zeitungen sind rar, Instruktionen nahezu passé); der Weg zur eigenständigen Entwicklung von Politik ist mühsam. Die 'Rapport-Auswertung-Anfrage-Mentalität' sei noch nicht ausgemerzt. Oben wie unten herrscht noch vielfach das Ein-Mann(-Frau)-Prinzip in den Leitungen; kollektive Diskussion und Entscheidungsfindung muß gelernt werden, auch das Tragen gemeinsamer Verantwortung. Ämterhäufung ist nicht selten. Gewählte Vorstände schaffen sich auch heute (noch oder wieder) ihre Apparate. Deren demokratische Wahl oder Berufung wird ebenso gefordert wie die Befristung von Wahlfunktionen zur Disposition steht. Die Transparenz von Diskussions- und Entscheidungsprozessen (in den Vorständen) sei noch nicht genügend gewährleistet; (Partei)Öffentlichkeit aller Beratungen sei sicherzustellen. Minderheitenvoten seien bekanntzumachen; noch weitgehender: das Konsensprinzip müsse an die Stelle von (Mehrheits)Abstimmungen treten. Viele dieser Kritikpunkte und Forderungen werden quer durch die PDS artikuliert, nicht nur oben oder unten.

Die Zukunft der PDS ist auch hinsichtlich der folgenden Frage offen. Sie versteht sich als moderne sozialistische Partei (weder als sozialdemokratische noch als kommunistische) und diskutiert gleichzeitig, ob ihr Parteicharakter von Dauer sein kann. Gerade jüngere Mitglieder plädieren für die Ausprägung des Bewegungskarakters der PDS, für die

Überwindung alles 'partei-mäßigen', das ihr Wirken als politik- und zukunfts-fähige linke Kraft behindert. Nur so könne die PDS sich wirklich öffnen für demokratische Bewegungen und Initiativen in der Gesellschaft.

Ein Aspekt dieser Debatte findet sich auch in der Auseinandersetzung um die innere Struktur der PDS. Im Zuge der Implosion der SED-Strukturen wurden z.B. die sog. Betriebsparteiorganisationen aufgelöst. Es gibt in der PDS die Forderung, die Partei auf betrieblicher Ebene zu reorganisieren. (Ein vielfach genanntes Argument: Nur so könnten die gegenwärtigen Defizite in Sachen Gewerkschafts-/Arbeiterpolitik behoben werden.) Gleichzeitig ist ein großer Teil der PDS-Mitglieder hauptsächlich über Interessengemeinschaften, Arbeitsgruppen und 'Plattformen' (wobei - wie mir scheint - nur noch die kommunistische als solche existiert; die Radikale Linke sieht sich ausgegrenzt) in der PDS aktiv. Diese IGn und AGn (Jugendliche, Frauen, Schwule/Lesben, AusländerInnen, ökologisch oder friedenspolitisch Aktive usw.) fordern ihre statuarische Anerkennung als 'Basisorganisationen' der PDS (als solche existieren derzeit nur die Wohngebietsorganisationen). Sie sehen ihre spezifischen Interessen, Ansprüche und Positionen derzeit zwar geduldet aber nicht wirklich anerkannt und integriert. Gefordert wird z.B. auch die Installierung eines SprecherInnen-Gremiums der IGn/AGn (an der Seite bzw. auf der Ebene des Parteivorstandes). Für sie entscheidet sich auch an der Frage ihrer Anerkennung, ob die PDS einen neuen Partei-Typ repräsentiert und für 'Randgruppen', die (im doppelten Sinne) Bewegung in die Partei bringen, offen ist.

Als Randgruppe verstehen sich natürlich die Frauen keinesfalls. Die Einberufung eines Gleichstellungsparteitags, die Wahl einer zweiten Vorsitzenden, die konsequente Durchsetzung der Quotierung auf Konferenzen, in Versammlungsleitungen, auf RednerInnenlisten und vor allem in den Vorständen wird angemahnt. Forderungen, die auch auf dieser Konferenz - und bei nicht wenigen Geschlechtsgenossinnen - auf Unverständnis oder gar Ablehnung stoßen. Zu beharrlich wirken die Versäumnisse und Vereinfachungen bisheriger SED- und staatsoffizieller Frauenpolitik nach.

Gregor Gysi sprach in seinem 'Schlußwort' davon, daß die PDS auf dem Weg sei zu einer 'modernen sozialistischen und internationalistischen, demokratischen, deutschen Partei'. Man mag dies für zuviel des Guten halten. Aber die Formulierung reflektiert im Grunde nicht anderes als Streit- und Eckpunkte des fortzusetzenden Selbstfindungsprozesses der PDS und ihrer Mitglieder. Und sie läßt Raum für Assoziation und Nachdenklichkeit. Was in diesen Zeiten nicht das Schlechteste sein dürfte.

Winfried Schwarz

Naturwissenschaft und Produktivkräfte bei Marx

Zur vierten Sitzung der AG Marx-Engels-Forschung beim IMSF
(in Verbindung mit der MES Wuppertal)

Nach dem Zusammenbruch des als Staat und Partei verfaßten Marxismus schien die Beschäftigung mit dem lange vor dem Kollaps beschlossenen Thema zu eng. Politische Generalabrechnung mit allem, was sich zu Recht oder zu Unrecht auf Marx und Engels berufen hatte, schien angesagt - nicht die Rolle von Naturwissenschaft im Marx'schen Werk. Doch die angereisten sechzig Wissenschaftler hielten daran fest, daß das wissenschaftliche Werk selber weiterhin erforscht und geprüft zu werden verdient, obwohl die gescheiterte Alternative zum Kapitalismus sich auf es berufen hatte. Marx-Engels-Forschung ist nicht der ganze Marxismus. Historisch-kritische Erforschung, Sichtung und Interpretation des Marx-Engels'schen Werks ist aber eine der Bedingungen, den wissenschaftlichen Sozialismus wieder zeitgemäß zu machen.

Eine der Ursachen des Zusammenbruchs des Staatssozialismus war zweifellos der Bruch zwischen Wirklichkeitserfahrung und normativem System. Abgesehen von der bedenkenswerten Frage, ob der "Sündenfall" des wissenschaftlichen Sozialismus nicht schon darin lag, zu einem System der Weltanschauung gemacht worden zu sein, das - wie Religion - das Massenbewußtsein regulieren sollte, stellt sich als Hauptproblem für seine Rekonstruktion als Befreiungswissenschaft: Wie kann der Bezug zur Wirklichkeit wieder seine erste Norm werden?

Der naturwissenschaftliche Wissenschaftsbezug

Hans Jörg Sandkühler (Bremen) unterstrich in diesem Zusammenhang die paradigmatische Funktion der Naturwissenschaften für den authentischen "Theorietypus Marx". Wo sonst, wenn nicht in den exakten Naturwissenschaften, gibt es eine derart strikt antispekulative, antiirrationalistische Methodologie, die einzig der empirischen Rationalität verpflichtet ist? Zwar ist es unter "Linken" modisch, den naturwissenschaftlich-empiristischen Wirklichkeitsbezug mit unkritischem Positivismus gleichzusetzen, der einzig die vorfindlichen Sinnesdaten kennt. Und gewiß kritisiert Marx die Ökonomen dafür, daß sie gesellschaftliche Gesetze unhistorisch mit ewigen Naturgesetzen identifizieren und damit den Kapitalismus mit dem Heiligenschein der Naturgemäßheit versehen. Gewiß geht Marx weiter und verbindet Empirizität mit geschichtlich genetischer Kritik bestehender Verhältnisse, die als naturgesetzlich-unaufhebbare herrschen.

Doch das naturwissenschaftliche Paradigma zu Marxens Lebzeiten ist in der philosophischen Tradition von Bacon und Locke keineswegs flach empiristisch. Das Induktionsproblem wird erörtert, daß aus empirischen Tatsachen allein Gesetzmäßigkeiten nicht zu gewinnen sind. Die Naturwissenschaft des 19. Jahrhunderts hat nicht Einzeldaten, sondern Gesetze und Aussagen über Allgemeines zum Ziel und weiß um den Anteil rationaler, generalisierender Verstandestätigkeit bei ihrem Geschäft. Sandkühler: "Das naturwissenschaftliche Modell von 'Wirklichkeit' gründet in der theoretischen Generalisierung der wesentlichen Merkmale der Tatsachen zum Gesetz" - es führt nicht zu jenem ideologischen Positivismus. Der Rationalitätstypus der exakten Naturwissenschaften ist - eben wegen des strikt empirischen Wirklichkeitsbezugs - konstitutiv für das Marxsche Weltbild. Erst durch so verstandene Wirklichkeitsnähe kann einst der "wissenschaftliche" Sozialismus seinen Titel wieder zurückgewinnen.

Warum studierte Marx Chemie?

Beschränkte sich der Widerspruch zu Sandkühler bis dato auf Details - sieht man von dem pauschalen Vorwurf ab, daß wohl nur die gegenwärtig modische irrationalistische Kritik an Technik und Naturwissenschaft ihrerseits eine derartige Hypostasierung der naturwissenschaftlichen Rationalität provozieren könne -, so gab es (vorerst?) kaum Zustimmung zu den anschließenden Ausführungen über den Stellenwert der naturwissenschaftlichen Studien von Marx selbst für sein Gesamtwerk. Vor allem die anwendenden ökonomischen Marxforscher fühlten sich durch folgende Sätze herausgefordert:

Das Marxsche Interesse hat den Naturwissenschaften vor allem aus Gründen des empirischen Paradigmas gegolten." Und: Sein gewaltiges Lesepensum in so unterschiedlichen Gebieten wie Agrochemie, Geologie, Mathematik, Physik, Bodenkunde, Pflanzenphysiologie, Metallurgie, Mineralogie, Petrographie, anorganischer und organischer Chemie usw. kann nicht nur dem Zweck der empirischen Stützung der politischen Ökonomie gegolten haben, sondern war durch eigenständiges Interesse an der Methodologie der Naturwissenschaft begründet. Soweit Sandkühler.

Bodenkunde, Pflanzenphysiologie, Mineralogie, die Beschäftigung mit Liebig wollten die Ökonomen dagegen vorrangig durchaus im Kontext der Erarbeitung der Grundrententheorie angesiedelt wissen. Ebenso wurde für die Mathematik die Marxsche Absicht reklamiert, die "Hauptgesetze der Krise mathematisch" darzustellen. Moderne Naturwissenschaft und Technologie überhaupt habe Marx primär studiert, um ihre Produktivkraftfunktion im Rahmen der Produktion des relativen Mehrwerts (Verwissenschaftlichung der materiellen Produktion) verdeutlichen zu können - zeitlich einzuordnen in Anschluß an die "Grundrisse", die den relativen Mehrwert erst auf allgemeiner Ebene abhandeln. Schließlich: Es

fehlten explizite epistemologische Erörterungen von Marx über die Methodologie der Naturwissenschaften.

Zum letzten Punkt sei angemerkt, daß bis auf die mehr oder weniger zurückgenommene "Einleitung" von 1857 (vgl. P.Schafmeister in: Marx-Engels-Forschung heute 2) von Marx überhaupt keine separaten methodologischen Abhandlungen vorliegen.

Wenn "die Ökonomen" noch anführten, daß der Hauptumfang des Marxschen Gesamtwerkes nun einmal Manuskripte zur Kritik der politischen Ökonomie seien, so konnte Sandkühler andererseits darauf verweisen, daß Marx von "Naturgesetzen" der kapitalistischen Produktion sprach, die er im "Kapital" darstellen will (Vorwort zur 1.Auflage).

Ob in der Frage der Marxschen Befassung mit Naturwissenschaften - erhalten als weitgehend unveröffentlichte Texte, die in der MEGA über zehn Bände füllen werden -, der Methodologe (Sandkühler) oder die Ökonomen (mit ihrer "funktionalistischen" Erklärung der Naturwissenschaft bei Marx) Recht haben, wird künftigen Diskussionen vorbehalten bleiben. Zweifellos geht es um Grundfragen der Marx-Engels-Forschung. Glücklicherweise gibt es außer dem wissenschaftlichen Diskurs keine aparte "richtende" Instanz in Sachen Marx und Engels mehr.

Formgeprägtheit der Produktivkräfte

Die der AG vorliegenden Thesen von H. Reichelt (Bremen) zur "Formgeprägtheit der stofflichen Produktivkräfte" richteten sich gegen eine Simplifizierung der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen.

In den "Ökonomisch-philosophischen Manuskripten" von 1844 ist nicht wie in der "Deutschen Ideologie" (1846) die Widerspruchsmotorik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen zentral, sondern die Eigendynamik des Kapitals, das die Produktivkräfte in einer den arbeitenden Subjekten gegenüber entfremdeten Form schafft. Vergegenständlichung der menschlichen Gattungskräfte ist unter Bedingungen kapitalistischen Privateigentums immer zugleich Entfremdung.

In den "Grundrissen" (1857/58) wird dieser Gedanke wieder aufgenommen; Die verkehrte Form der Gesellschaftlichkeit der Individuen erreicht ihren Kulminationspunkt, von dem aus sie in ihre Negation (Revolution) umschlagen muß. Dieser Kulminationspunkt ist das capital fixe - weithin identisch mit der Maschinerie. Im capital fixe erhält das Arbeitsmittel eine dem Kapital entsprechende stoffliche Form, wo die Verkehrung von Subjekt und Objekt auf eine nicht mehr zu überbietende Spitze getrieben wird. Die Produktivkrafttheorie der "Grundrisse" ist somit zugleich eine Revolutionstheorie; zweitens ist sie Kapitalismus-spezifisch und unvereinbar mit einer universalhistorischen Gesetzmäßigkeit der Formationsübergänge, die

auf der Dialektik zwischen - quasi sozialneutralen - Produktivkräften und den jedesmaligen Produktionsverhältnissen gründet, wie es das "Vorwort" von 1859 suggerieren kann.

Dagegen wurde eingewandt, daß eine derartige Interpretation der Produktivkrafttheorie vielleicht von den "Grundrissen" aus, nicht aber mehr von dem darauf folgenden zweiten ökonomischen Manuskript statthaft sei (SOST). Die Maschinerie sei nicht identisch mit Entfremdung, sondern in ihr zeige sich am schlagendsten der entfremdete Charakter *der Produktionsverhältnisse*.

Weitere Beiträge wandten sich - ähnlich wie Reichelt - gegen die Simplifizierung der Produktivkrafttheorie in der Tradition des Marxismus - insbesondere gegen technizistische Verengung. Produktivkräfte bei Marx seien kein Ensemble von Arbeitsmitteln, sondern in Wahrheit produktive Kräfte *der menschlichen Arbeit*, auf die arbeitenden Menschen bezogen. Andernfalls wird das Marxsche Anliegen verfehlt, die Menschen, nicht abstrakt-allgemeine Gesetzmäßigkeiten, als die wirklich bewegenden, geschichtsgestaltenden Kräfte zu begreifen.

Ökonomische Forschungen aus Halle

E. Th. Mohl (Hannover) analysierte die Tendenzen der in 23 Heften vorliegenden Hallenser "Arbeitsblätter zur Marx-Engels-Forschung" in Form einer Rezension. Die für westdeutsche Ohren erfreuliche Tendenz voran: Westliche Marxforscher werden schon seit langem nicht mehr als "bürgerliche Marxologen" bezichtigt, sondern sachlich ernstgenommen - ein Zeichen für die Befreiung der internationalen Marx-Engels-Forschung von ideologischen Fesseln.

Drei Forschungsschwerpunkte gibt es in Halle: Erstens die Jahre 1850 bis 1853, für welche die MEGA-Edition der entsprechenden Texte besorgt wird; zweitens das ökonomische Manuskript von 1861/63; drittens - als anspruchsvollstes Vorhaben - die Rekonstruktion des Plans der sechs Bücher. Mit letzterem ist gemeint, den von Marx in der "Einleitung" von 1857 skizzierten sechsteiligen Plan für sein ökonomisches Gesamtwerk, von dem nur der erste Teil, nämlich das Buch vom Kapital, erschienen ist, inhaltlich aufzuarbeiten. Es ist klar, daß die Frage "Was sollte in die ausstehenden Bücher vom Arbeitslohn, vom Grundeigentum, vom Staat, vom internationalen Handel und vom Weltmarkt?" eine Fülle methodologischer Probleme mit sich bringt, was hier nur angedeutet werden kann.

Selbstverhängte Blockaden des wissenschaftlichen Sozialismus

Die Fortsetzung der AG-Arbeit stand außer Frage. Die Themenstellung für das nächste Jahrestreffen im Sommer 1991 ergab sich in Reaktion auf

eine Anmerkung Hans Jörg Sandkühlers: Nachdem Engels die sozialen Ansichten des Naturwissenschaftlers Helmholtz kritisiert hatte, wurde auch das - davon unabhängige - naturwissenschaftliche Werk dieses Mannes von Sozialisten nicht mehr wahrgenommen. Dessen wissenschaftlicher Gehalt, möglicherweise fruchtbar, blieb auf diese Weise ungenutzt - allein aufgrund eines Verdikts von Engels.

Gibt es, so die weiterführende Frage, so etwas wie eine "Selbstbeschneidung" des wissenschaftlichen Sozialismus aufgrund berechtigter oder unberechtigter Äußerungen von Marx oder Engels? Hat etwa Marxens Satz, daß 1830 die Totenglocke der wissenschaftlichen Ökonomie läutete, die Rezeption wichtiger Erkenntnisse innerhalb der politischen Ökonomie verhindert, nur weil sie außerhalb der Arbeiterbewegung entstanden sind? Kurz: Fallstudien über selbstaufgelegte Blockaden der Auseinandersetzung des wissenschaftlichen Sozialismus mit anderen Positionen und damit Fesseln der Eigenentwicklung sollen 1991 debattiert werden.

Dazu wird wieder das IMSF einladen, das Anfang 1991 das Protokoll der diesjährigen AG-Sitzung in der Zeitschrift "Marx-Engels-Forschung heute" veröffentlichen wird. Anschrift: AG Marx-Engels-Forschung, c/o IMSF, Kölner Str. 66, 6000 Frankfurt 1.

Das Protokoll der 1989er Sitzung (Marx-Engels-Forschung heute 2) ist übrigens noch beim Mitveranstalter, der Marx-Engels-Stiftung in Wuppertal, vorrätig.

Linke Politik in Deutschland

Axel Lochner (Hg.): Linke Politik in Deutschland. Beiträge aus DDR und BRD, Verlag am Galgenberg, Hamburg 1990, 200 Seiten, 24 DM.

Der kaum mehr überschaubaren Vereinigungs-Literatur hat der Hamburger Verlag am Galgenberg einen weiteren Band hinzugefügt. Auch an ihm, soviel vorweg, sind die rasanten Entwicklungen nicht spurlos vorübergegangen. Das sich "Linke Politik in Deutschland" gleichwohl auch heute noch - kurz vor den gesamtdeutschen Wahlen und dem offiziellen Ende der DDR - mit einigem Gewinn liest, hat v.a. zwei Gründe. Erstens repräsentieren die AutorInnen weitgehend das Spektrum der Linken in DDR und BRD (mit Abstrichen: so fehlen auf westlicher Seite verschiedene kleinere linke Organisationen, auf östlicher Seite SPD und UFV). Zweitens hebt sich der Band durch seine zentrale Fragestellung von anderen Publikationen zum Thema ab: "Während die Linke (West) ihre Identität mehr oder weniger aus der Kritik des Kapitalismus bezog, gründet das Selbstverständnis der Linken (Ost) auf ihrer Opposition gegen den Realsozialismus. Was ist aus solcher Doppelbetrachtung an neuen Einsichten zu gewinnen, und was folgt daraus für eine gemeinsame Praxis der Linken aus DDR und BRD?" (Einleitung)

Die Antworten fallen naturgemäß unterschiedlich aus - so verschieden wie eben z.B. Radikale Linke, Grüne, SPD, Initiative für Frieden

und Menschenrechte oder PDS jeweils "linke Politik" definieren. Von Vorteil ist, daß dieser Band keine Sammlung "parteioffizieller" Stellungnahmen präsentiert, sondern AutorInnen-Meinungen und damit Diskussion. Deren Fortsetzung "live" wäre zu wünschen - hoffentlich bieten die zahlreichen in diesem Herbst geplanten Konferenzen und Veranstaltungen dafür geeigneten Raum. Da die 20 Beiträge hier nicht im einzelnen vorzustellen sind, nur einige knappe Streiflichter.

Mechthild Jansen legt einen anregenden Vergleich zur Lage der Frauen in beiden deutschen Staaten vor. Eine Schlußfolgerung: "Möglicherweise handelt es sich um eine spiegelbildliche Entwicklung ... in der DDR um ein feministisches Aufholen oder Vertiefen, in der BRD um ein soziales Aufholen oder erneute ernste Inangriffnahme sozialer Fragen. Da die sozialen und geschlechtsspezifischen Unterdrückungsstrukturen miteinander verschränkt und nur verschränkt aufzuheben sind, könnte sich damit eine neue Brisanz von Frauenkämpfen ergeben". Der Aufsatz von *S. Bleicher* (IGM-Vorstand) erhält seinen Stellenwert aus der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung im DGB. Gedacht als doppelte Replik auf die Konzepte eines "neuen Sozialismus" (E. Fehrmann) und die sozialpartnerschaftlichen rollback-Versuche, besteht Bleicher auf dem scheinbar Unmöglichen: Antworten auf die globalen und sozialen Fragen seien nur "jenseits der

kapitalistischen Produktionsweise" und unter Rückgriff auf die - von bolschewistischer Deformation befreite - marxistische Gesellschaftstheorie zu finden. Mit den friedenspolitischen Konsequenzen der Vereinigung befassen sich *Karsten Voigt* (SPD-Vorstand) und *André Brie* (PDS-Vorstand), in den konkreten Vorstellungen übrigens vielfach völlig übereinstimmend.

Gerade für BRD-Linke interessant sind die verschiedenen Akzente der DDR-Opposition. Einen Eindruck davon vermitteln die Aufsätze von *Wolfgang Templin/Reinhard Weißhuhn* (Initiative für Frieden und Menschenrechte), *Reinfried Musch* (VL), *Karin Schießl* (inzwischen ehemalige stellvertretende FDGB-Vorsitzende) und anderen. *Gysi/Willerding* befassen sich mit den programmatischen und bündnispolitischen Optionen der PDS. Für mich nicht erklärt sind der schnelle Schwenk von dem eher linkssozialdemokratischen Programm zu (verbal-)radikalem Antikapitalismus und das fast vollständige Ausblenden der DDR-Linken aus der sonst detaillierten Analyse.

Von bundesdeutscher Seite sind die Beiträge von *R. Hammerbacher* (Ex-Bundessprecherin der Grünen) und *S. Frieß/G. Fülberth* (Radikale Linke) zwar flott zu lesen, aber ebenso schnell vergessen - die Antworten sind einfach zu dünn. Anregend dagegen die Analyse grüner Partei und Politik durch *H. Wolf* (AL) sowie Argumente von *C. Reymann* (Sozialistisches Forum) und *H.*

Bethge (DFU). Interessant schließlich auch der Abschluß mit eher theoretischen Betrachtungen von *O. Negt* und *H. Jung* (BRD) sowie *L. Marz* und *W. Engler* (DDR); "Kapitalismus gestalten" oder "neuer antikapitalistischer Fundamentalismus" ist eine der diskutierten Fragen.

Daß sich fast alle Beiträge (die meisten stammen übrigens wieder von Männern) vor konkreten Konzepten und praktischen Vorschlägen drücken, ist ein deutlicher Mangel - widerspiegelt aber wohl ziemlich genau den derzeitigen Zustand der Linken.

Alexander Stephan

Marxismus und Demokratie

Uwe-Jens Heuer: Marxismus und Demokratie. Staatsverlag der DDR, Berlin 1989. Zugleich: Nomos-Verlag, Baden-Baden 1989, 492 S., 39,-DM.

Das Buch von Uwe-Jens Heuer behandelt ein Problem der sozialistisch-kommunistischen Bewegung, an dem sich seit längerer Zeit die Krise in den entwickeltesten Ländern mit sozialistischem Anspruch, in der DDR und in der CSSR, entzündet hat. Das Verhältnis von sozialistischer Orientierung und demokratischer Interessenorganisation nicht praktisch bewältigt zu haben, führte in diesen Ländern zum Sturz des Systems, zum Abbruch eines heroischen Experiments, zum Ende der Hoffnungen in einer Katastrophe.

Geschrieben wurde das Buch in den Jahren 1989, gedruckt und

verlegt im Staatsverlag der DDR, wenige Wochen vor der demokratisch-revolutionären Bewegung, die durch ihre Aktivität ungewollt der Restauration die Tür öffnete und dafür sorgte, daß dieser Staat und diese DDR jetzt untergeht. Sie geht unter nicht in einer wirklichen Einheit von Sozialismus und Demokratie, sondern in der schlichten Wiederherstellung der Herrschaft jener Partikularinteressen, deren Dominanz im Westen Deutschlands nie angetastet wurde.

Uwe-Jens Heuer hat im Grunde mit diesem Thema vor über zwanzig Jahren angefangen (Uwe-Jens Heuer: Demokratie und Recht im Neuen ökonomischen System, Staatsverlag, Berlin 1965). Damals, in der Spätphase der Ulbricht-Ära gab es in der DDR und in der CSSR teils ähnliche, teils unterschiedliche politische Ansätze, die von den gleichen Problemen ausgingen. In der CSSR endete der Prager Frühling mit der Intervention der Verbündeten, in der DDR endeten die Ansätze des Neuen ökonomischen Systems mit der Ablösung Walter Ulbrichts. Uwe-Jens Heuer blieb bei dem Thema. Auch die Bücher von 1974 und 1982 (Gesellschaftliche Gesetze und politische Organisation, Berlin 1974, Recht und Wirtschaftsleitung im Sozialismus, Berlin 1982) behandeln das Verhältnis der Organisation politischer Macht, ökonomischer Interessen und demokratischer Struktur.

Heuer behandelt im ersten Teil die Theoriegeschichte, solange sie Geschichte der marxistischen Theorie

blieb, ohne mit unmittelbar politisch-praktischen Konsequenzen verbunden zu sein. Es wird deutlich, daß die frühe Phase von Marx, in der die Demokratie-Frage die zentrale Frage ist, nicht ein noch bürgerlicher Irrtum, sondern die notwendige Vorstufe und Voraussetzung für die Marxsche Stellung der Eigentumsfrage ist. Im zweiten Teil wird das Verhältnis von Demokratietheorie und sozialistischer Praxis behandelt. Die unbefangene Behandlung des Problems der Herausbildung der kennzeichnenden Strukturmerkmale stalinistischer Herrschaft, so wie Heuer sie sieht, zeigt übrigens, wie viele neuere Entdecker dieser Probleme noch heute hinter wichtigen wissenschaftlichen Fragestellungen zurück sind. Der dritte Teil trägt den Titel "Sozialistische Demokratie in den 90er Jahren". Hier zeigt sich schon im Titel, wie naiv auch kritische Marxisten in der DDR noch 1989 die innere Schwäche des politischen Systems übersahen. Die Blindheit, die westliche Marxisten an den Tag legten, erscheint demgegenüber nicht mehr ganz so überraschend. Der dritte Teil enthält am ehesten Kompromißformulierungen in Hinsicht auf die damals herrschenden Verhältnisse. Unter ihrer Hülle zeigt sich jedoch ein politisch-ökonomisches Programm einer Perestroika in der DDR, dem jeder Linke dort und hier hätte wünschen müssen, daß es rechtzeitig begriffen hätte. Wenn es wieder um die Entwicklung positiver Utopien geht, wird Heuers Buch eine Hilfe sein.

Selbstverständlich finden sich in dem Buch immer noch die damals obligaten Honecker-Zitate. Wenn man sich nicht bei Äußerlichkeiten aufhält, sondern den Gedankengang verfolgt, beeinträchtigt dies den Wert überhaupt nicht. Dies ist auch im Nomos-Verlag in Baden-Baden erkannt worden, der eine westdeutsche Ausgabe mit einem Vorwort von Werner Maihofer zeitgleich mit der DDR-Ausgabe herausgebracht hat.

Für mich liegt eine Schwäche des Buchs darin, daß eine konkrete Vorstellung des Funktionierens von Partikularinteressen in einer sozialistischen Gesellschaft fehlt. Zwar sieht Heuer den Zusammenhang zwischen ökonomischen Sonderinteressen und demokratischen Strukturen. Er beschreibt auch, wie im Kapitalismus und potentiell auch in einer sozialistischen Gesellschaft aus diesen Sonderinteressen und der Verallgemeinerung ihrer legitimen Konkurrenz, ihres legitimen Kampfes untereinander eine Vielfalt von Machtsubjekten erwächst. Es entwickeln sich Rechtsverhältnisse, die individuelle Bewegungsformen für politische Klassenbeziehungen schaffen. Der Individualisierungsschub erhält eine institutionelle Grundlage. Vertikale Beziehungen werden in horizontale Beziehungen verwandelt. Diese Entwicklung, bis hin zur Formulierung der Menschenrechte in der bürgerlichen Revolution wird - das ist nicht erst seit der scharfen Kritik von Karl Marx bekannt - innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft begrenzt durch die Herrschaft der

Verwertungsinteressen des Kapitals, wird beschränkt auf die Bereiche außerhalb von Arbeit und Produktion.

Der Versuch, die bürgerliche Entwicklung der politischen Demokratie mit den Ansprüchen einer auf Sozialismus orientierten Gesellschaft zu verknüpfen, ist in der DDR für ein paar Wochen von den inzwischen schon zur Legende gewordenen "1989er Revolutionären der ersten Stunde" unternommen worden. Davon, ob dieser Versuch gelingt, hängt es ab, ob ein neuer Anlauf (nach 1871 und 1917) erfolgreicher sein wird. Die Zielstellung wird in Heuers Buch richtig beschrieben. Aber die Vorstellung der Formen, in denen die konkreten Interessen-Widersprüche sich bewegen können, fehlt.

Das Problem wird deutlich, wenn man sich Heuers Argumentation ansieht. "Auch im Sozialismus ist ein Zusammenhang von Recht und Ware-Geld-Beziehungen nicht zu bestreiten. Aber neben ihm wird immer gewichtiger Recht, subjektives Recht, als Mittel der Entfaltung der Individualität, eine Entfaltung, die auch mit Ware-Geld-Beziehungen, mit dem Leistungsprinzip verbunden ist, aber darüber hinausreicht, eben in den Bereich des öffentlichen, des Demokratischen." (465) Das ist unbezweifelbar richtig. Schon im Kapitalismus reicht das auf demokratische Organisation angelegte System subjektiver Rechte, unter Einschluß der Menschenrechte, das seinen Ursprungsboden in der Interessenorganisation der einzelnen Warenbesitzer hat, weit dar-

über hinaus, entspricht (in bürgerlichen Grenzen) der Entfaltung von Individualität, reicht in den Bereich des Öffentlichen, des Demokratischen. Aber das setzt die Wirkungsweise der politischen Ökonomie des Kapitals nicht außer Kraft. Wie aber können die Durchsetzung individueller Freiheiten, subjektiver Rechte, demokratischer Ansprüche von Individuen und Kollektiven Bewegungsformen finden, die einer politischen Ökonomie jenseits der Dominanz des Kapitals entsprechen? Vielleicht gelingt auch hier die Determination nur durch die Negation. Vielleicht kann nur durch die konkrete Verneinung von Unbrauchbarem die Bestimmung gewonnen werden, die einer wirklich menschlichen Gesellschaft, also einer vergesellschafteten Menschheit entspricht.

Johannes Henrich von Heiseler

Demokratisierung

Marxismus, Demokratietheorie, Alternative Strategie. Mit Beiträgen von Norman Paech u.a. Reihe IMSF Forschung und Diskussion 4, Frankfurt/M. 1990, 77 S., 9,80 DM.

"Demokratisierung" ist die erste Buchpublikation des "neuen" IMSF, erschienen gut ein halbes Jahr nach der Auflösung des Forschungsinstituts, das nunmehr als Verein weiter aktiv ist. Ein schmales, bescheidenes Bändchen liegt hier vor, das anschließt an thematisch verwandte frühere IMSF-Veröffentlichungen z.B. zur "Reformalternative", aber auch geprägt ist von dem Versuch, die

neuen Bedingungen und Problemstellungen zu verarbeiten. Die Beiträge wurden ursprünglich für ein IMSF-Kolloquium "Marxismus und Demokratietheorie" am 4. November 1989 verfaßt, die meisten von ihnen dann aber unter dem Eindruck der Zerfallserscheinungen in der DDR usw. für die Veröffentlichung überarbeitet und aktualisiert.

Wer eine umfassende Beschäftigung mit Fragen der Demokratietheorie aus marxistischer Sicht erwartet, wird enttäuscht werden. Der Vorzug des Buches liegt vielmehr darin, die diesbezüglichen Defizite zumindest einer bestimmten marxistischen Denkrichtung auf pointierte Weise zu thematisieren, nicht aber, sie schon erschöpfend aufzuarbeiten. Im Vordergrund stehen eher selbstkritische Reflexionen und die schärfere Formulierung diskutierenswerter Fragestellungen.

"Die Annäherung an die Demokratiefrage stellt die marxistische Theorie vor nicht unbeträchtliche Probleme. Einer weitgehend homogenen bürgerlichen Demokratiekonzeption steht von marxistischer Seite nichts vergleichbares gegenüber. Zahlreiche wertvolle Beiträge nicht nur von Marx, Engels und Lenin, sondern auch von Rosa Luxemburg, Gramsci, Lukács u.a. münden dennoch nicht in eine der heutigen Problemlage genügende Entfaltung der Thematik", heißt es in der Einleitung von Jürgen Reusch (7).

Ausgangspunkt der hier zusammengestellten Beiträge ist die

These, daß sich die Demokratiefrage in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen unserer Zeit als *das* Schlüsselproblem herauskristallisiert hat. Demokratisierung wird zum Überlebensproblem; es geht um die Auflösung des Widerspruchs zwischen der Herausbildung einer neuen, globalen Reproduktionsweise und dem Fortbestehen alter, bornierter Vergesellschaftungsstrukturen, Stichwort: globale Probleme. Diese Problematik wird verschärft durch den Zusammenbruch der Gesellschaften des "realen Sozialismus", der eng mit ihren demokratischen Defiziten zusammenhängt, und den Triumph des Kapitalismus in seiner konservativen, besonders antidemokratischen Variante.

Die beiden ersten Beiträge des Bandes von Norman Paech und Johannes Henrich von Heiseler analysieren die Demokratiefrage als Grundproblem der marxistischen Theorie. Norman Paech resümiert in seinem Aufsatz "Zum Demokratiebegriff des Marxismus" einige - bei aller Verunsicherung - aus seiner Sicht weiter tragfähige Essentials marxistischer Kritik an der Beschränktheit bürgerlicher Demokratie. "Es gehört nun einmal zu den wesentlichen Erkenntnissen des Marxismus, daß die dualistische Struktur des Menschenlebens aufgrund der ungelösten Eigentumsfrage in der bürgerlichen Gesellschaft nicht aufhebbar ist" (22). Ähnlich argumentiert auch Heiseler in seinem Artikel "Basisdemokratie - Selbstorganisation - Sozialistische Per-

spektive" (37 ff.). Paech unterstreicht allerdings, daß "Sozialistische Demokratie, d.h. die Demokratie für die Mehrheit", eben nicht "die automatische Folge der Revolutionierung der Eigentumsverhältnisse" ist (23), wie die kommunistisch-marxistische Strömung lange Zeit annahm. Vielmehr, so betonen beide Autoren, ist gerade für den Sozialismus die "Verteidigung und Fortentwicklung der bürgerlich-demokratischen Institutionen" (25), von der auch Gramsci sprach, zu betonen. Heiseler vertritt, dezidiert selbstkritisch gegenüber früheren Auffassungen, die These, daß von der bürgerlichen Gesellschaft ein wichtiges Erbe zu übernehmen sei: "Das Modell der formalen, berechenbaren demokratischen Rechtsstaatlichkeit", die die formale Gleichheit der Individuen untereinander und auch ihre Ansprüche gegenüber dem Staat einschließt und auf eine Weise realisiert, wie es das Bürgertum selbst nie vermochte (41)

Paech macht den Versuch, sich unter dem Eindruck des realsozialistischen Desasters der entwicklungsfähigen und -bedürftigen Gedanken von Marx zur Demokratie zu vergewissern. Dabei setzt er sich auch mit derzeit populären Positionen (z.B. von U.K. Preuß) auseinander, die Demokratisierung auf den "Schutz des Reflexionspotentials des Individuums" reduzieren wollen. Paech polemisiert m.E. zu Recht gegen diese Verkürzung und fragt: "Was soll die 'Vergesellschaftung der Demokratie', wenn von der Vergesellschaft-

tung der Produktionsmittel keine Rede sein soll?" (27). Heiseler unterstreicht die Bedeutung der "Demokratisierung als Gestaltungsprinzip für alle gesellschaftlichen Bereiche" (47) und vertritt die These, daß "Demokratisierung zur Schlüsselfrage nicht nur der Kämpfe des heutigen Tages, sondern gerade im Hinblick auf die sozialistische Perspektive wird" (32 f.).

Konkrete Probleme der Demokratisierung stehen im Mittelpunkt der Beiträge von Jutta Meyer-Siebert (51 ff.) und Martin Kutscha (65 ff.). Jutta Meyer-Sieberts "feministischer Beitrag zur Demokratietheorie" (51) mit dem Titel "Demokratie als Erfahrung" kritisiert, daß die "Geschlechterverhältnisse" als Teil der Produktionsverhältnisse, in die Frauenunterdrückung und somit nicht-demokratische Strukturen eingeschrieben sind, "in den vorhandenen Demokratietheorien nicht vorkommen" (52). Sie präzisiert später: "Die bestehenden Demokratietheorien bearbeiten Demokratie mit wenigen Ausnahmen (z.B. Brückner 1968) unmittelbar im Bereich des Politischen" (62) und neigen folglich zur Vernachlässigung der Geschlechterverhältnisse. Die Demokratieerfahrungen von Frauen bewegen sich nach ihrer Auffassung aber häufig gerade nicht im politischen Bereich. Daher schlägt sie "eine Erweiterung des Demokratiebegriffs" vor, und zwar "durch die Einbeziehung aller Formen der Regelung gesellschaftlicher Bezie-

hungen - der öffentlichen wie der privaten..." (63).

Diese "allgemeinen Anforderungen an Forschung und Theorie, die eingreifend in demokratischer Perspektive sein will" (55), konkretisiert die Autorin anhand einer von ihr vorgenommenen empirischen Untersuchung, nämlich einer Befragung von Menschen, die aufgrund ihres Eintretens für die DKP vom Berufsverbot betroffen waren bzw. sind. Sie ist hier vor allem auf Stellvertreterpolitik und Stellvertreterstrukturen als fundamentales Problem gestoßen. Die betroffenen Frauen erfahren dieses Problem verschärft - als Objekt einer Stellvertreterpolitik, die überdies patriarchalisch, "als Männerform herausgebildet" ist (57). Meyer-Siebert betrachtet solche Analysen als Beitrag zur "Entwicklung einer Kultur von Widerstand", die Verselbständigung von Strukturen vermeidet und individuelle Erfahrungen nicht ausschließt (60).

Martin Kutschas Beitrag "Klassenstaat und Demokratisierung" untersucht Demokratisierungsansätze auf verschiedenen Ebenen einer kapitalistischen Klassengesellschaft, Demokratisierung hier, wie auch bei Heiseler, im Sinne eines umfassenden gesellschaftlichen Gestaltungskonzepts verstanden. Ihm geht es nicht in erster Linie um die Notwendigkeit von Demokratisierung, sondern um die Möglichkeiten dazu und deren objektive und subjektive Grundlagen (68).

Kutscha erörtert die Frage, wie "die neuen Bedürfnisse (Individualisierungsschub usw.)" aufgegriffen werden können in einer neuen "Kultur der demokratischen Einflußnahme" (70). Für die Sphäre der materiellen Produktion konstatiert Kutscha dabei eine unter MarxistInnen bereits entwickelte Diskussion; Ansatzpunkte für Demokratisierung im institutionellen politisch-staatlichen Sektor seien dagegen vernachlässigt. Auch der Autor selbst kann dieses Defizit nicht ausgleichen, aber gleichwohl einige Stichworte benennen: Fragen nach der Revitalisierung der demokratischen Funktion der Parlamente unter dem Druck von Bewegungen; Nutzung der Akzeptanzkrise des repräsentativ-parlamentarischen Systems durch Einsatz plebiszitärer Elemente u.a.m.

Das Bändchen wirkt insgesamt ein wenig fragmentarisch. Eine vollständigere Dokumentation der Tagungsmaterialien wäre sicherlich nützlich gewesen. Es führt an viele Spannende und für die Zukunft der sozialistischen Bewegung wichtige Fragen heran, ohne sie voll ausloten zu können. Trotzdem ist es als marxistischer Diskussionsbeitrag zu den aktuellen Problemen der Demokratietheorie außerordentlich nützlich. Der Zusammenhang von Sozialismus und Demokratie wird auf zweierlei Weise aufgefaßt: Erstens wird der Kampf um Demokratie als unerläßliche Vorbedingung für eine sozialistische Transformation betrachtet. Demokratisierung erweist sich hier als das den heutigen Ver-

gesellschaftungsprozessen entsprechende, im Widerspruch zu kapitalistischen Herrschaftsverhältnissen stehende Gestaltungsprinzip. Insofern wird häufig von einem neuen Demokratisierungstyp gesprochen. Zweitens kann ohne völlige Demokratie kein Sozialismus dauerhaft aufgebaut werden. Die sich überstürzenden Ereignisse der letzten Monate liefern zu diesen Thesen reichliches Anschauungsmaterial, das weiter gründlich analysiert werden muß.

Peter Eckhardt

Arbeiterbewegung in Lateinamerika

Dieter Boris, *Arbeiterbewegung in Lateinamerika. Schriftenreihe der Studiengesellschaft für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung*, Hrsg. Frank Deppe, Georg Fülberth, Bd. 76, Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaften, Marburg 1990, 386 Seiten, 35,- DM.

Boris meint zwar in seinem Vorwort, die Herausgabe dieses Buches könnte in einer Zeit, wo der "Abschied vom Proletariat" Mode ist, den Eindruck erwecken, der Autor habe die "Zeichen der Zeit" (politisch) nicht erkannt. Das ist nach Durchsicht der Arbeit keinesfalls so. Denn diese gründliche Darstellung ist auch für unsere gesellschaftliche und politische Praxis durchaus aufschluß- und lehrreich.

Auch die vom Autor zugegebene "Liebhaberneigung zu Lateinamerika" und seine "fast fünfzehnjährige - freilich unterschiedlich intensive - Beschäftigung mit diesem Themenbereich" (S. 9) schlägt sich

positiv in den Ausführungen nieder.

Der Nutzen der vorgelegten Publikation für uns liegt auf der Hand - zumal eben "die Kenntnis der Eigenarten der lateinamerikanischen Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung in Lateinamerika im deutschsprachigen Raum wohl an zwei Händen abzählbar sind". (ebd.).

Es handelt sich hier um Studien über die innere Struktur der Arbeiterklasse, die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen sowie über ihr Verhältnis zum Staat. Neben länderübergreifenden Analysen stehen Argentinien, Brasilien und Mexiko im Mittelpunkt der Darstellungen. Der erste Aufsatz versucht, den Zusammenhang zwischen der Spezifik der Akkumulationsbedingungen dieses Erdteils einerseits und den Besonderheiten der Entwicklung bzw. der aktuellen Struktur der Arbeiterklasse andererseits zu erhellen. Der zweite Beitrag geht den unterschiedlichen theoretischen Ansätzen und Inhalten der Analyse der lateinamerikanischen Arbeiterklasse der letzten drei Jahrzehnte nach. Die Problematik der Arbeiterklasse in den transnationalen Konzernen ("eine 'Arbeiteraristokratie' oder eine 'Avantgarde' im Klassenkampf") ist im dritten und vierten Beitrag der Gegenstand von Untersuchungen. Die weiteren Analysen haben Studien über Argentinien und Mexiko zum Inhalt - z.B. zu den historischen und strukturellen Besonderheiten der Arbeiterbewegung sowie zu den politischen Konstellationen in diesen Ländern.

Ausführliche Literaturangaben und umfangreiches statistisches Material ergänzen vorteilhaft die Ausführungen und erleichtern gerade Nicht-Experten den Ein- und Überblick.

Die mit dieser Arbeit vorgelegte "Zwischenbilanz" der langjährigen Forschungsarbeit - so der Autor - vermittelt uns vor allem in zwei Themenbereichen wichtige Erfahrungen: einmal hinsichtlich der strukturellen Veränderungen der Arbeiterklasse im Zusammenhang mit der wissenschaftlich-technischen Revolution. Hier stellt Boris für das Stadium der Formierung der inneren Strukturen "vier Dimensionen fest: 1. das Wachstum der städtisch-industriellen Arbeiterklasse und ihre Verteilung auf die unterschiedlichen Sektoren, Branchen, Betriebsgrößenklassen, den formellen und informellen Sektor etc., 2. die Land-Stadt-Migration, welche eine prägende Rolle für die Konstituierung der Arbeiterklasse nach wie vor spielt, 3. die Problematik der innerstädtischen Mobilität bzw. der Mobilität innerhalb der städtisch-industriellen Arbeiterklasse und 4. schließlich die Frage der Lohndifferenzierung innerhalb der urbanen Arbeiterklasse." (S. 17).

Zum anderen gewährt uns Boris einen Einblick in den komplizierten Einigungsprozeß der politischen Arbeiterbewegung. Das Resultat dieser Bewegung mündete in eine wachsende Repräsentanz der Arbeiterbewegung in Staat, Gesellschaft und Politik - und dies angesichts schwieriger internationaler politischer Rahmenbedingungen.

Chruschtschow und die "Kinder des 20. Parteitages"

Fjodor M. Burlatzki, Chruschtschow - Ein politisches Portrait, Claasen, Düsseldorf 1990, 334 S., DM 38,-.

Man weiß nicht, was man an diesem Buch interessanter finden soll: die Mitteilungen über Nikita S. Chruschtschow oder die Darlegungen F. Burlatzkis über das geistig-politische Innenleben jener 'organischen Intellektuellen' der KPdSU, die sich als Generation der Kinder des 20. Parteitages von 1956 verstehen und sich in der Perestroika unter Gorbatschow zu sich selbst gekommen sehen. Vielleicht ist sogar der zweite Aspekt für den marxistischen Leser von größerem Interesse, weil er uns die Evolution marxistisch-leninistischer Intellektueller zu Verfechtern einer pluralistischen Moderne verständlich macht. Diese Generation ist heute der wesentliche Träger der Perestroika: "Ich möchte nebenbei erwähnen, daß bei der Perestroika bislang fast ausschließlich die Namen von meiner Generation zu lesen sind." (S. 29) Die jüngere Generation ist wohl inzwischen längst zu anderen Ufern aufgebrochen.

Burlatzki gehört heute zu den führenden Politologen der UdSSR und ist einem breiteren Publikum als Kommentator der "Literaturnaja Gaseta" bekannt. Westdeutsche Kommunisten kennen ihn als Dozenten der internationalen Parteischule der KPdSU und als anregenden Gesprächspartner von Delegationen.

Der Autor hebt hervor: "Am Beispiel der Entfaltung der brasilianischen Arbeiterbewegung läßt sich m.E. schlagartig zeigen, daß auch unter allgemein schwierigen ökonomischen und sozialen Bedingungen erhebliche Fortschritte der Arbeiterbewegung auf politischem Gebiet stattfinden können." (S. 56). Er verweist dabei auf die großartige Streikbewegung der Metallarbeiter von Groß-Sao-Paulo, auf die Abschaffung der "Pelego"-Gewerkschaftsstruktur und die generelle politische Demokratisierung des Landes als konkreten Ergebnissen. So hat "die große Sympathie, die den Metallarbeitern 1978 während des Streiks entgegengebracht wurde, ein hartes militärisches Eingreifen politisch unmöglich gemacht; besonders wichtig war die reale Hilfe der Kirche, von christlichen Basisgemeinden, Wohnviertelbewegungen ..." (S. 64).

Boris zieht das Fazit: Die künftige Bedeutung der Arbeiterklasse/Arbeiterbewegung Lateinamerikas "entscheidet sich daran, wie sie auf die gesellschaftlichen Herausforderungen reagieren werden: die anhaltende Krise, Neue Technologien, verstärkte Exportorientierung und Internationalisierung der Wirtschaft, die erneute Gefährdung der Demokratie etc." Dem Buch wünsche ich einen großen Leserkreis.

Fritz Krause

Nach dem Studium an der Moskauer Universität arbeitete er als Redakteur, Redenschreiber, Berater usw. in verschiedenen Stabsabteilungen des ZK-Apparates der KPdSU, so u.a. unter O.W. Kuusinen, J.W. Andropow, Ponomarjow, und hatte von dieser Ebene sowohl Einblick in den inneren Machtmechanismus der Moskauer Zentrale als auch Anteil an der Konzipierung und Formulierung der sowjetischen Politik. Es ist dies die Sphäre des Intellektuellen, der der eigentlichen Macht zuarbeitet und beigeordnet ist. Höhepunkt seiner Beratertätigkeit sind die Jahre 1960 - 65, in denen er im Beraterstab des Partei- und Staatschefs Nikita S. Chruschtschow arbeitet und vor allem bei der Formulierung der Demokratiekonzeption und der Staatsfrage (Ablösung der Diktatur des Proletariats durch den "Staat des gesamten Volkes") des damaligen KPdSU-Programmes führenden Anteil hat. (Die folgenden Jahre der Breschnew-Ära verbringt er als Publizist, Wissenschaftler, Berater. Heute ist er Deputierter des Obersten Sowjets.)

Aus diesen Erfahrungen und Einblicken speisen sich seine essayistischen Erörterungen über politische Persönlichkeit, Wirken und Bedeutung Nikita Sergejewitsch Chruschtschows. Der Verfasser (oder der Verlag) hat die Veröffentlichung ein "politisches Porträt" genannt. Es ist dies also keine Biographie mit chronologischer Abfolge, sondern die Bündelung von zu verschiedenen Zeitpunkten geschriebenen Essays. Deshalb wird

der nicht in der damaligen Periode "beheimatete" Leser Schwierigkeiten in der Einordnung vieler Informationen und Ereignisse, die B. beschreibt, haben. Der deutsche Verlag hätte hier mit einer Chronologie abhelfen müssen. Auf der anderen Seite erhöht aber die "angelsächsische" Tradition der lockeren Folge und der Mischung von Anekdotischem und Analytischem die Lesbarkeit.

Abgesehen von den Anekdoten und den eigenen Erfahrungen Burlatzkis lebt die Publikation, was ihren "Neuigkeitswert" und Informationsgehalt betrifft, in hohem Maße von der Darstellung und Kommentierung der von Chruschtschow hinterlassenen zweibändigen "Memoiren". Der Verfasser beklagt, daß sie noch nicht veröffentlicht wurden. Dies ist angesichts der vielgepriesenen Glasnost tatsächlich erstaunlich. Vielleicht liegt es daran, daß der Zertrümmerer des Personenkults um Stalin als (inkonsequenter) Vorläufer der Perestroika besser in die heutige Landschaft paßt, wenn seine Seite als orthodoxer Kommunist, der dem Schwarz-Weiß-Schema seiner Jugend ("die Kapitalisten auf der einen Seite und die Kommunisten auf der anderen", S. 88) bis ins Alter "verhaftet" blieb, und der an die Überlegenheit und den Sieg des Kommunismus bis zu seinem Ende - bei aller Selbstkritik und Reue - glaubte (nach B. war es ihm nicht gelungen, "den Fanatismus für das Ziel aus seinem Kopf zu vertreiben", S. 330), etwas in Vergessenheit gerät. Als Mann des Über-

gangs muß Chruschtschow also allen Seiten unbequem sein. Auch heute noch, wie schon zu seinen Amtszeiten.

In vieler Hinsicht gehört der Jahrgang des Rezensenten auch zu den Kindern des 20. Parteitages von 1956. Nichts hat uns in unserer Jugend so erschüttert wie Chruschtschows Enthüllungsrede über Stalin und die Verbrechen, nichts hat aber auf uns auch so anziehend gewirkt, wie die unmittelbaren und volkstümlichen Auftritte Nikita Chruschtschows, der aus seiner Herkunft (Bauernfamilie, Arbeiter, Arbeiterkommunist, Rotarmist, Parteiarbeiter) nie einen Hehl machte. Ein Arbeiter an der Spitze einer Weltmacht - darauf war meinesgleichen stolz. Die Hauptirritation seines "Jahrzehnts" war dagegen für uns das Schisma Chinas unter Mao und die dann beginnenden ideologischen Kanonaden, deren Widerhall auch die illegalen Kommunisten in der BRD erreichte. Dieses Kapitel kommt bei B. recht knapp weg.

Als Chruschtschow schon gestorben war, knappste man sich bei Moskau-Besuchen immer die Stunde für den Nowodewitschifriedhof ab, wo er beerdigt ist - zivil, wie es ihm wohl am besten entsprach. Die sowjetischen Bekannten waren über diese Anhänglichkeit immer verwundert, denn wie konnte man einem ungehobelten Arbeiter, der in der UNO mit dem Schuh auf das Pult geklopft hatte, als "gebildeter Mensch" seine Reverenz erweisen. Wenn ich es heute bedenke, dann war es gerade

seine Mischung von Bejahung der revolutionären Ursprünge und Geschichte der Sowjetunion, von bedingungsloser Ablehnung der stalinistischen Deformationen und von "Glaube" an den Sozialismus/Kommunismus, der Chruschtschow mit all seinen Ecken und Kanten, mit seinen Inkonssequenzen und Fehlern für mich anziehend machte und noch immer macht. Er verkörperte noch eine sozialistische Perspektive, von der sich in der Zwischenzeit die "liberale" und "linke" (in der derzeitigen sowjetischen Verkehrung) Intelligenz, zu der sich auch B. zählt, längst verabschiedet hat.

In der Generation der Kinder des 20. Parteitages wirkt als Trauma nach, daß sich die sowjetischen Kommunisten nicht durch die politische Tat von der persönlichen Diktatur Stalins befreien konnten. Dieser historische Tatbestand wird nur verständlich aus den Grundlagen des Sieges Stalins und des Stalinismus in den innerparteilichen Kämpfen - dazu liefert B. wichtige Hinweise: es war eben vor allem die Mentalität der Mehrheit der jungen Kommunisten, auf die sich Stalin stützen konnte (analog ja auch die stalinistische Richtung in anderen KPs) - sowie aus dem mit barbarischen Mitteln erzwungenen Modernisierungsschub und dem Sieg im 2. Weltkrieg sowie der Bildung eines sozialistischen Lagers unter dem System des Stalinismus. In den letzten Jahren nun gewinnt die Haltung an Intensität und Einfluß, die das Trauma aufzubrechen sucht, indem mit dem Stalinismus auch der (Staats)Sozialismus in

den Orkus geworfen wird. Und hier hat für einen Teil der Intelligenz wohl auch Chruschtschow zu landen.

Wichtig sind natürlich vor allem die Kapitel, wo über die Rolle Chruschtschows bei der Verhaftung und Entmachtung Berijas, über die Niederschlagung der stalinistischen Fronde im Politbüro (Molotow, Malenkow u.a.), über den 20. Parteitag und die Geheimrede, über die Normalisierung der Beziehungen zu Jugoslawien, über die Berlin- und Cubakrise (1961/62), über den Aufstand in Ungarn 1956, über die Verschwörung unter Führung Schelepins und den Sturz u.a. berichtet wird. Von Interesse sind auch die knappen Studien über politische Charaktere wie Suslow, Andropow, Kuusinen u.a., die im Zentrum der sowjetischen Macht standen.

Bekanntlich war der Aufstand in Ungarn für den Kurs der Entstalinisierung das einschneidendste Ereignis. Mit und nach ihm traten Sicherheitsgesichtspunkte in den Vordergrund, die einer weiteren breiten und tiefen Demokratisierung der UdSSR im Wege standen. Die positive Bewertung der revolutionären Vergangenheit war noch stark, und die Perspektiven und Potenzen der extensiven Entwicklung und Reproduktion des Staatssozialismus waren noch nicht aufgebraucht. Dies gibt der ersten Phase der Breschnew-Ära noch eine gewisse Schubkraft, nach deren Auslaufen dann die bleiernen Zeiten der verpaßten Möglichkeiten und vertanen Jahrzehnte folgen.

Das theoretische Interpretationskonzept Burlatzkis beruht auf der prägenden Rolle bestimmter politischer Kulturen. So habe in Chruschtschow noch die "autoritäre patriarchalische Kultur" des alten Rußland weitergelebt, auf deren Boden auch Stalin gewachsen und die von diesem wiederum auf die Spitze und bis zum Exzess getrieben worden sei. Erst mit Gorbatschow sei eine demokratische Kultur zum Kampf um die Vorherrschaft angetreten.

Gorbatschow und Chruschtschow kamen vom Lande und waren bzw. sind, nach B., Repräsentanten der Parteiströmung, die mit den Namen Bucharin, Rykow, Rutsutak u.a. verbunden ist, also der "Parteirechten". Ihr Unterschied bestehe im Grad an Bildung, der unterschiedlichen Generationszugehörigkeit und der Prägung durch unterschiedliche politische Kulturen. Chruschtschow glaubte noch an die Mission der Arbeiterklasse und den Sieg des Kommunismus. "Gorbatschow dagegen repräsentiert die Intelligenz." "Er ist ein Verfechter des Pluralismus und der modernen Zivilisation." (S. 333) Für eine solche Gesellschaft sind die Unterschiede zwischen Sozialismus und Kapitalismus im Prinzip belanglos. Mit diesem Verarbeitungsraster im Kopf wird sich die sowjetische Generation der Kinder des 20. Parteitages, die einst angetreten war, den Sozialismus vom Stalinismus zu reinigen, wohl ohne größeren Widerstand der anschwellenden Strömung beugen, die die UdSSR hin-

ter den Oktober 1917 zurückzurollen sich angeschickt hat.

Heinz Jung

KPD und DKP

Georg Fülberth: KPD und DKP - 1945-1990 (Zwei kommunistische Parteien in der vierten Periode kapitalistischer Entwicklung), Distel Verlag, Heilbronn 1990, 215 S., 22,80 DM.

Man muß Georg Fülberth dankbar sein, daß er den Mut und die Zeit gefunden hat, diesen Überblick - die erste knappe Gesamtdarstellung - über die Geschichte der KPD und der DKP in den Westzonen und der Bundesrepublik zu schreiben, ja ihn bis in die jüngste Vergangenheit auszudehnen. Die Schwierigkeit dieses Unterfangens ist vielfältiger Natur, sie ist aber nicht zuletzt räumlicher Art. Auf etwa 200 Seiten eine so ereignisreiche, widerspruchsvolle, umstrittene Periode in der Geschichte der marxistischen Strömung der westdeutschen Arbeiterbewegung darzustellen, verdient schon als Wagnis Anerkennung. Wenn sich dann das Ergebnis mehr als sehen lassen kann, so ist das ein Lob vor allem für die Fähigkeit des Verfassers, einen riesigen historischen Stoff zu verdichten, Hauptlinien einer komplizierten Entwicklung sichtbar zu machen, bitteren Fragen und wunden Punkten nicht aus dem Wege zu gehen und bei alledem eine fast erstaunliche Fülle von Tatsachen zu vermitteln.

Fülberth gliedert seine Darstellung in zwei Hauptabschnitte - KPD

und DKP -, und diese wiederum in drei bzw. vier Kapitel: 1945-1949: KP wider Willen?, 1949-1956: Der Schock der Niederlage, die KPD in der Illegalität; für die Entwicklung der DKP: 1968-1973: Die Doppel-Partei, das Scheitern der DKP (1974-1979), Friedensbewegung als Ersatzhandlung? (1980-1983), die Ratifizierung (1984-1990), worin besonders die Vorgeschichte und die Ursachen der Parteikrise behandelt werden.

Es würde den Rahmen einer kurzen Besprechung sprengen, wollte man die vielen Probleme auch nur andeuten, die in die Darstellung Fülberths Eingang gefunden haben, oder wollte man gar den Versuch machen, mit ihm über so manchen Einwand, den man hat, den Streit vom Zaun zu brechen. Dazu wäre viel Platz und Zeit notwendig. Sinnvoller scheint es mir, einige der wichtigen Akzente hervorzuheben, die der Autor in seinem Buch setzt.

Er unterstreicht die welt- und deutschlandpolitischen Bedingungen für die Entwicklung, die Politik, die Erfolge und Mißerfolge der Kommunisten in den Westzonen und der Bundesrepublik. Geschichte, Tradition, die enge Gemeinsamkeit mit der Sowjetunion und der SED mußten, als die Anti-Hitler-Koalition zerbrach und das Potsdamer Abkommen jede bindende Kraft verloren hatte, den westdeutschen Kommunisten die Erfolgsbasis entziehen und sie in eine aussichtslose, später auch wieder verfolgte Oppositionsrolle drängen. Fülberth nennt die Gründung der Bundesrepublik

und den wirtschaftlichen Aufschwung der frühen 50er Jahre als wichtigste objektive Gründe für den Niedergang der KPD, besonders nach 1953. Viele der subjektiven Fehler und Fehleinschätzungen der KPD waren infolge der absoluten Identifizierung mit der UdSSR und der DDR unvermeidbar. (Das als Fazit historischer Analyse, nicht als politisch-moralischer Freispruch.) Allerdings scheint mir, daß Fülberth die tiefe rationale wie emotionale Motivation unterschätzt, die damals die Kommunisten und viele andere aus der Kriegsgefahr, der westdeutschen Remilitarisierung und den sowjetischen Friedensvertragsvorschlägen für ein einiges, militärisch neutrales Deutschland (Frühjahr 1952) schöpften.

Der Teil über die DKP (S. 117-179) ist wohl noch deutlicher in sachlich referierender Distanz gehalten. Die trotz widriger Umstände (CSSR 1968) durch anfängliche Erfolge geweckten Hoffnungen finden nur in Verbindung mit Studenten- und Jugendbewegung Erwähnung. Fülberth verbindet die Entwicklung der DKP in den Jahren 1974-1979 mit den Veränderungen in der Produktivkraftentwicklung (Auswirkungen der wtR), den ökonomischen Krisenerscheinungen, den Umweltproblemen und den neu entstandenen sozialen und Frauenbewegungen. Als Hauptgründe, weshalb die DKP nicht in stärkerem Maße Anziehungspunkt für die neue Opposition werden konnte, nennt Fül-

berth die totale Bindung an die Sowjetunion und die DDR, die ablehnende Haltung zur Anti-AKW-Bewegung, die Unterschätzung der neuartigen Frauenbewegung sowie die einer veränderten Mentalität der zu den sozialen Bewegungen tendierenden jungen Menschen widersprechenden Organisationsauffassungen und -strukturen. (Ob nun allerdings der Mitte der 70er Jahre einsetzende Rückgang des Einflusses schon ein definitives "Scheitern" markiert, kann man auch im Rückblick bezweifeln.)

Fülberth deutet wohl dann die Konzentration der politischen Tätigkeit der DKP auf den Kampf gegen die Mittelstreckenraketen ("Ersatzhandlung") zu einseitig, so als habe sie damit alle anderen Aufgaben gestrichen und auf jede Selbstständigkeit verzichtet. Er datiert die tiefe Krise der DKP auf die Zeit seit 1984 und führt sie innenpolitisch vor allem auf die Erfolglosigkeit bei Wahlen zurück, außenpolitisch auf die Tatsache, daß infolge der umwälzenden Entwicklungen in der Sowjetunion eine Identifikation mit den "realsozialistischen" Ländern im alten Sinne unmöglich wurde. Daraus folgert der Autor, die Partei habe "inbezug auf ihre bisherige Aufgabenzuweisung ihre Existenzberechtigung verloren", und ihre Identität habe sie "erstens durch ihre Beschränkung auf den Minimalkonsens etwa in den Gewerkschaften und in der Friedensbewegung, zweitens durch den Wegfall ihres außenpolitischen Bezugsrahmens...eingebüßt" (S. 166). Darüber kann man gewiß

anderer Meinung sein, weil ja einerseits die Stellung zu den realsozialistischen Ländern aus fundamentalen Überzeugungen abgeleitet wurde, andererseits die Suche nach Konsens mit anderen Kräften erst dann eine sozialistische "Identität" infrage stellt, wenn selbst ein "Minimalkonsens" in Gewerkschafts- oder Friedensfragen der Grundüberzeugung nicht ent- sondern widerspricht.

Fülberth schließt mit der bemerkenswerten Folgerung: "Zur Würde einer kommunistischen Partei, die ihren Existenzgrund in der vierten Periode kapitalistischer Entwicklung hatte, gehört die praktizierte Einsicht, daß sie mit dieser enden muß." - Man kann dem auch aus anderen Gründen und mit anderer Perspektive zustimmen.

Ein informatives, lesenswertes Buch, das vor allem ein echtes, breites Lesebedürfnis befriedigt.

Josef Schleifstein

Unzeitgemäße Fragen?

André Leisewitz/Klaus Pickshaus (Hrg.), *Gewerkschaften, Klassentheorie und Subjektfrage. IMSF-Forschung und Diskussion 5, Frankfurt/M. 1990. 226 S., 24,80 DM.*

Während weltweit der "reale Sozialismus" zusammenbricht, erscheinen manchem Kapitalismuskritik und damit auch die Frage nach dem oder den möglichen Subjekten gesellschaftlicher Veränderung nicht gerade zeitgemäß. Das ist nicht die Position der

AutorInnen dieses Bandes; aber es liegt auf der Hand, daß der tiefe Einschnitt, den die Jahre 1989/90 bedeuten, alle Vorstellungen von Klassentheorie, geschichtlichen Subjekten und antikapitalistischer Strategie neu zu durchdenken zwingt. Diese Herausforderung wird, da die Beiträge des vorliegenden Bandes 1989/Anfang 1990 entstanden sind, nur an wenigen Punkten schon explizit thematisiert. Jedoch sind die realen Probleme, die sich insbesondere für die Strategiediskussion in den Gewerkschaften aus den Umbrüchen in Produktivkräften, Sozialstruktur, Lebensweise und Bedürfnisstrukturen ergeben und die ihre Handlungsbedingungen und -anforderungen in nahezu allen Bereichen radikal verändert haben, in diesem Band präsent.

Der erste Teil der Beiträge behandelt Probleme der Klassentheorie und Fragen nach dem Subjekt bzw. den Subjekten gesellschaftlicher Veränderung im heutigen Kapitalismus. Joachim Hirsch, Heinz Jung und Helmut Schauer diskutieren über die These, der heutige Kapitalismus entwickle sich zu einer "Klassengesellschaft ohne Klassen", über Chancen und Grenzen einer hegemonialen Rolle der Arbeiterbewegung auf zentralen gesellschaftlichen Konfliktfeldern und über die Frage, wo Ansatzpunkte für Formierungsprozesse im Spektrum der Lohnabhängigen zu sehen sind. Historische Subjekte bilden sich - so die These von Harald Werner - im Spannungsfeld von geschichtlichen Handlungsaufgaben und subjektiver

Handlungsfähigkeit sozialer Gruppen heraus. Im Mittelpunkt der heutigen Umbruchperiode stehen (im Gegensatz zu früheren sozialen und revolutionären Umbrüchen) die globalen und Menschheitsprobleme als Handlungsanforderung. Die tiefe Identitätskrise der heutigen Arbeiterbewegung wird nicht nur als Reflex sozialer Strukturveränderungen und des Zusammenbruchs des "realen Sozialismus" interpretiert. Hervorgehoben wird besonders die wachsende Bedeutung von subjektiver Vergesellschaftung bzw. Individualitätseinfaltung und der Handlungsfähigkeit und -disposition angesichts der globalen Probleme. Unter dieser geschichtlich neuen Konstellation sind Arbeiterklasse und -bewegung nur noch ein - wenn auch wesentlicher - Teil des historischen Subjekts. Ebenso geht Anne Schwarz von grundlegenden Tendenzwenden kapitalistischer Gesellschaftsentwicklung als Rahmen eines klassentheoretischen Ansatzes für die Umbruchperiode aus. Sie konstatiert einen Bedeutungsgewinn der Veränderungen in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung für die objektive und subjektive Klassenformierung. Dabei sind die Aneignungsverhältnisse breiter zu fassen als Eigentumsstrukturen und direkter und vielfältiger als Hintergrund für neue Konfliktpotentiale auszuloten.

Joachim Bischoff und Sebastian Herkommer gehen einer Reihe von Argumenten nach, mit denen das Paradoxon vom "Kapitalismus ohne Klassen" angesichts wachsender sozialer Ungleichheit und der

Abschied vom Produktionsparadigma in der Klassen- und Sozialstrukturtheorie begründet wird. Ihre These ist, daß die (widersprüchlichen) Tendenzen der Individualisierung so wenig wie die vielfachen Formen von (sozialstaatlich modifizierter) Ungleichheit einschließlich der zwischen den Geschlechtern theoretisch adäquat erklärt werden können, wenn vom grundlegenden sozialen Antagonismus der bürgerlichen Gesellschaftsformation abstrahiert wird. Bei der Untersuchung von Entwicklungstendenzen der Arbeiterklasse im EG-Bereich konstatiert Lothar Winter Annäherungsprozesse in der Sozial- und Klassenstruktur der verschiedenen Länder. Die Gesamtentwicklung scheint jedoch stärker von dem durch die Krise 74/75 ausgelösten Übergang zu einem ressourcen- und arbeitskräftesparenden Reproduktionstyp und der Dominanz konservativer Gesellschaftsstrategien geprägt worden zu sein als vom europäischen Integrationsprozeß. Thomas Hagelstange präsentiert Ergebnisse einer Studie, in der für die Bundesrepublik empirisch erhobene Bewußtseinsindikatoren mit den Klassen- und Sozialstrukturkonzeptionen von E.O.Wright und dem IMSF verglichen werden.

Die Fragen nach Klassentheorie und Verschiebung sozialer Konfliktlinien, nach Interessen, Handlungsfähigkeit und Subjekten gesellschaftlicher Auseinandersetzung konkretisieren sich heute auf verschiedenen Ebenen der Diskussion um gewerkschaftliche Politik.

Einer Reihe dieser Fragen wird im zweiten Teil des Bandes nachgegangen. Albert Engelhardt gibt die widersprüchlichen Ergebnisse einer IMSF-Diskussion über Veränderungen von Arbeitsverhältnissen, Arbeitsorganisation und -inhalten und die These vom "neuen Produzententyp" wieder. Um "technologischen Umbruch und Angestelltenfrage" ging es in einer zweiten Diskussionsrunde, über die Hans-Jürgen Urban informiert. Gerade im Angestelltenbereich zeigt sich ein tiefgreifender Wandel gewerkschaftlicher Gegenmachtbildung. Das differenzierte und z.T. widersprüchliche Bild, das beide Diskussionen vermittelten, ergibt sich auch daraus, daß in ihnen die unterschiedlichen Erfahrungen betrieblicher und gewerkschaftlicher Praktiker und sozialwissenschaftlicher Experten miteinander konfrontiert wurden. Dabei wurde auch deutlich, daß die globalen Probleme, insbesondere die Ökologieprobleme, ein ganz entscheidendes Handlungsfeld für gewerkschaftliche und betriebliche Politik der Zukunft "nach der 35-Stunden-Woche" darstellen. André Leisewitz und Klaus Pickshaus untersuchen Ansatzpunkte betrieblicher Ökologiepolitik. Grundthese ist, daß gerade die außerbetriebliche Umweltdiskussion für betriebliche Gesundheits- und Ökologiekonflikte sensibilisiert. Gero von Randow untersucht Entwicklungstrends in der Diskussion um den notwendigen Umbau der Automobilindustrie und die Frage, inwieweit die Lohnabhängigen für eine Alternative zur Pri-

vatmotorisierung überhaupt gewonnen werden können. Einer ähnlichen Fragestellung geht Jürgen Schattmann nach: Sind die Risiken der Chemieproduktion und Chemiesierung ein Ansatzpunkt für betriebsbezogenes Handeln von Chemiebelegschaften? Der Beitrag zeigt einerseits Veränderungen in Wertorientierungen und Handlungsbereitschaft, die auf eine Sensibilisierung für Ökologieprobleme und Chemierisiken auch bei Chemiebeschäftigten verweisen; Fallstudien zu mehreren Konzernbetrieben zeigen andererseits, wie unentwickelt arbeitsplatzbezogene Aktivitäten in diesem Bereich sind. Die Umsetzungsprobleme des 1987/88 von der IG Metall in der Stahlindustrie entwickelten Konzepts der Beschäftigungsgesellschaften als Konkretisierung einer auf Erhalt von Arbeitsplätzen in Krisenbranchen orientierten Beschäftigungsstrategie behandelt der abschließende Beitrag von Heinz Bierbaum.

Der Band ist insgesamt anregend; er zeigt, daß die Verarbeitung der veränderten Handlungsbedingungen und -anforderungen in den Gewerkschaften erst in den Anfängen steckt und weiterer breiter Debatten bedarf. In diesen Zusammenhang dürfte auch die vom IMSF e.V. in Verbindung mit "sozialismus" für Anfang Oktober 1990 geplante Tagung "Perspektiven jenseits der 35-Stunden-Woche - Gewerkschaften in den neunziger Jahren" Interesse finden.

Arnold Breuer

Neuerscheinungen des IMSF e.V.

IMSF Forschung und Diskussion Band 4

Demokratisierung

Marxismus, Demokratietheorie, alternative Strategien

Materialien eines IMSF-Kolloquiums

79 Seiten, 9,80 DM

In allen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen unserer Zeit hat sich die Demokratiefrage als das Schlüsselproblem herauskristallisiert. Dabei geht es keineswegs nur um die Veränderung von Verfahrensweisen und institutionellen Formen, sondern darum, in einem fortschreitenden Prozeß, dauerhaft und nicht rücknehmbar reale Kontrolle der Menschen über ihre eigenen Lebensbedingungen zu sichern, Bedingungen also, unter denen "die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller" ist...

AutorInnen und Beiträge dieses Bandes:

Norman Paech, Zum Demokratie-Begriff des Marxismus; Johannes Henrich von Heiseler, Basisdemokratie - Selbstorganisation - sozialistische Perspektive; Jutta Meyer-Siebert, Demokratie als Erfahrung; Martin Kutscha, Klassenstaat und Demokratisierung.

IMSF Forschung und Diskussion Band 5

Hrsg. André Leisewitz/Klaus Pickshaus

Gewerkschaften, Klassentheorie und Subjektfrage

226 Seiten, 24,80 DM

Themen des Bandes:

Subjekt gesellschaftlicher Veränderung - Klassentheorie in der Umbruchperiode - Historisches Subjekt und Handlungsfähigkeit - Klassentheorie oder Ungleichheitsforschung? - Arbeiterklasse der EG - Forschungen über Klassenbewußtsein - Neuer Produzententyp? - Technologischer Umbruch und Angestelltenfrage - Ökologie und Betrieb - Umbau der Automobilindustrie - Chemierisiken und Chemiebeschäftigte - Beschäftigungsgesellschaften als Krisenalternative.

Beiträge u.a. von:

J. Bischoff/ S. Herkommer, G. v. Randow, H. Bierbaum, L. Winter, A. Schwarz, Th. Hagelstange, H.-J. Urban, J. Schattmann, H. Werner, A. Engelhardt, A. Leisewitz/ K. Pickshaus sowie Diskussionsrunde zu "Subjekt gesellschaftlicher Veränderungen?" (J. Hirsch, H. Jung und H. Schauer)

Bestellen Sie bitte bei Ihrer Buchhandlung oder direkt beim

IMSF e.V.

Kölner Straße 66

6000 Frankfurt/Main 1

Veröffentlichungen des IMSF e.V.

IMSF Forschung und Diskussion Band 1

Frauenunterdrückung und Familienverhältnisse

219 Seiten, 17,80 DM

Behandelt werden Fragen nach der gesellschaftlichen Funktion von Familie und Hausarbeit, dem Charakter und der Veränderbarkeit von Familienkonstellationen, den Ansprüchen auf Familie usw.

IMSF Forschung und Diskussion Band 3

Arbeiterkultur - vom Ende zum Erbe?

166 Seiten, 24,- DM

Zentrale Werte und Ziele sozialistischer Arbeiterbewegung sind hierzulande keineswegs durchgesetzt. Was kann das angesichts der Wandlungen der modernen Arbeiterklasse, angesichts von Kulturindustrie und eines bunten Spektrums demokratischer und alternativer Kultur bedeuten? Eröffnen die Gegenwartserfahrungen neue Perspektiven auf die historische Arbeiterkultur? Ist unser Bild von ihr mehr Mythos als Realität?

Arbeitsmaterialien des IMSF Band 29

Lebensweise und Organisationskultur

Neue Fragen gewerkschaftlicher Kulturarbeit

138 Seiten, 15,- DM

Erfordern die Veränderungen der Lebensweise eine andere Politik der Gewerkschaften im Freizeitbereich? Was sind die Anforderungen an eine neue Organisationskultur der Arbeiterbewegung? Wie ist der Kampf um gesellschaftliche Hegemonie anzugehen? Welche Rolle sollen dabei Künste und Medien spielen? Welche Erfahrungen gibt es mit Kul-

turarbeit im Betrieb und im Ortskartell, welche im Jugendbereich?

Internationale Marxistische Diskussion Band 10

10

Stanislaw Menschikow

Lange Wellen in der Wirtschaft

Theorie und aktuelle Kontroversen

146 Seiten, 15,- DM

"Warum ist der Kapitalismus so lebensfähig?" Auf diese heute auch unter Linken der Bundesrepublik diskutierte Frage gibt - so Menschikow in diesem Band - das Konzept der "Lange Wellen" der Konjunktur zumindest teilweise eine Antwort.

Klasse und Geschlecht

Taschenbuch

257 Seiten, 17,80 DM

Die Stellung der Frauen in den Klassenverhältnissen - Wie wurden und werden Geschlechterwiderspruch und Klassenwiderspruch in der Politik von Frauenbewegung und Arbeiterbewegung aufeinander bezogen? - In welchem Verhältnis stehen Betroffenheit und Parteilichkeit von Frauen? - Welche historischen und theoretischen Überlegungen ergeben sich bei Berücksichtigung der beiden Seiten der Frauenarbeit - Hausarbeit und Erwerbsarbeit - für den Arbeits- und Klassenbegriff?

Bestellen Sie bitte bei Ihrer Buchhandlung oder direkt beim

IMSF e.V.

Kölner Straße 66

6000 Frankfurt/Main 1

Blätter für deutsche und internationale Politik

Die "Blätter" sind die auflagenstärkste und meistabbonnierte
politisch-wissenschaftliche Monatszeitschrift in deutscher Sprache.
Sie analysieren wesentliche Fragen der
deutschen und der internationalen Politik, Wirtschaft, Gesellschaft,
Zeitgeschichte und Kultur.
Ihre monatliche Chronik und die ausführliche Dokumentation haben
die "Blätter" zu einem viel genutzten Nachschlagewerk gemacht.

Zuletzt u.a.:

Frank Deppe Die Intellektuellen, das Volk und die Nation

Micha Brumlik Verfassungsgebungspatriotismus

Jens G. Reich Kronkolonie Ostelbien

Claus Leggewie Vielvölkerrepublik – Deutschland in den United Colours...

Christina Schenk Frauenrecht auf Selbstbestimmung

Irene Runge Zur jüdischen Selbstfindung auf deutschem Boden

Dorothee Sölle Es muß doch mehr als alles geben

Henning Melber und Reinhart Köbler Afrika vor der demokratischen Frage

Gregor Gysi/Ernest Mandel "Eine Hoffnung braucht man als Linker ja auch..."

Werner Polster und Klaus Voy Automobilmachung in der DDR

Todd Gitlin Kopfsprung in die Geschichte

Hansgeorg Conert Perestroika unter Druck

Ralf Fücks und Bernd Ulrich Grünwärts – Sprünge über die Mauern im Kopf

Christoph Hein Die Zeit, die nicht vergehen kann

Eberhard Rondholz Nationalitätenkonflikte in Südosteuropa

Ulrich Schneider Armut in der Bundesrepublik

Einzelheft DM 9,00 , im Abonnement DM 5,90 , für Studierende,
Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 4,90 (zuzüglich Porto)

Probehefte kostenlos bei der
Blätter Verlagsgesellschaft mbH
Bertha-von-Suttner-Platz 6, 5300 Bonn 1
Telefon 0228/650133

jetzt in eigener
Regie